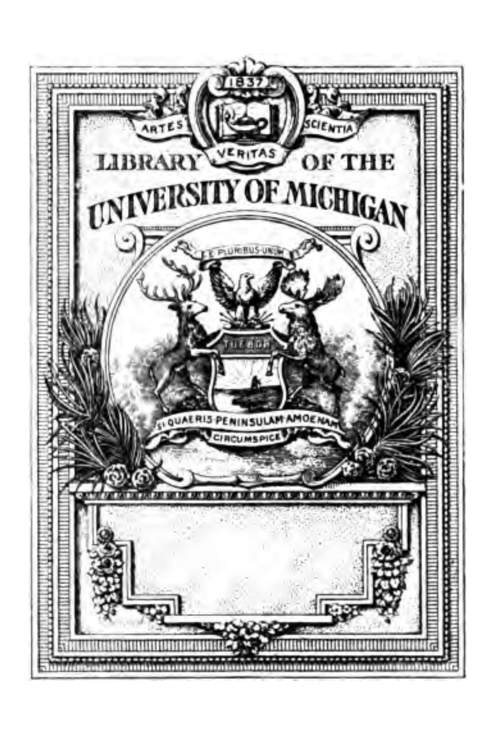



1837
ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
E PLURIBUS UNUM
TUEBOR
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE



Der sozialdemokratische „Zukunftsstaat".

Verhandlungen des Deutschen Reichstags

am

31. Januar, 3., 4., 6. und 7. Februar 1893

veröffentlicht nach dem

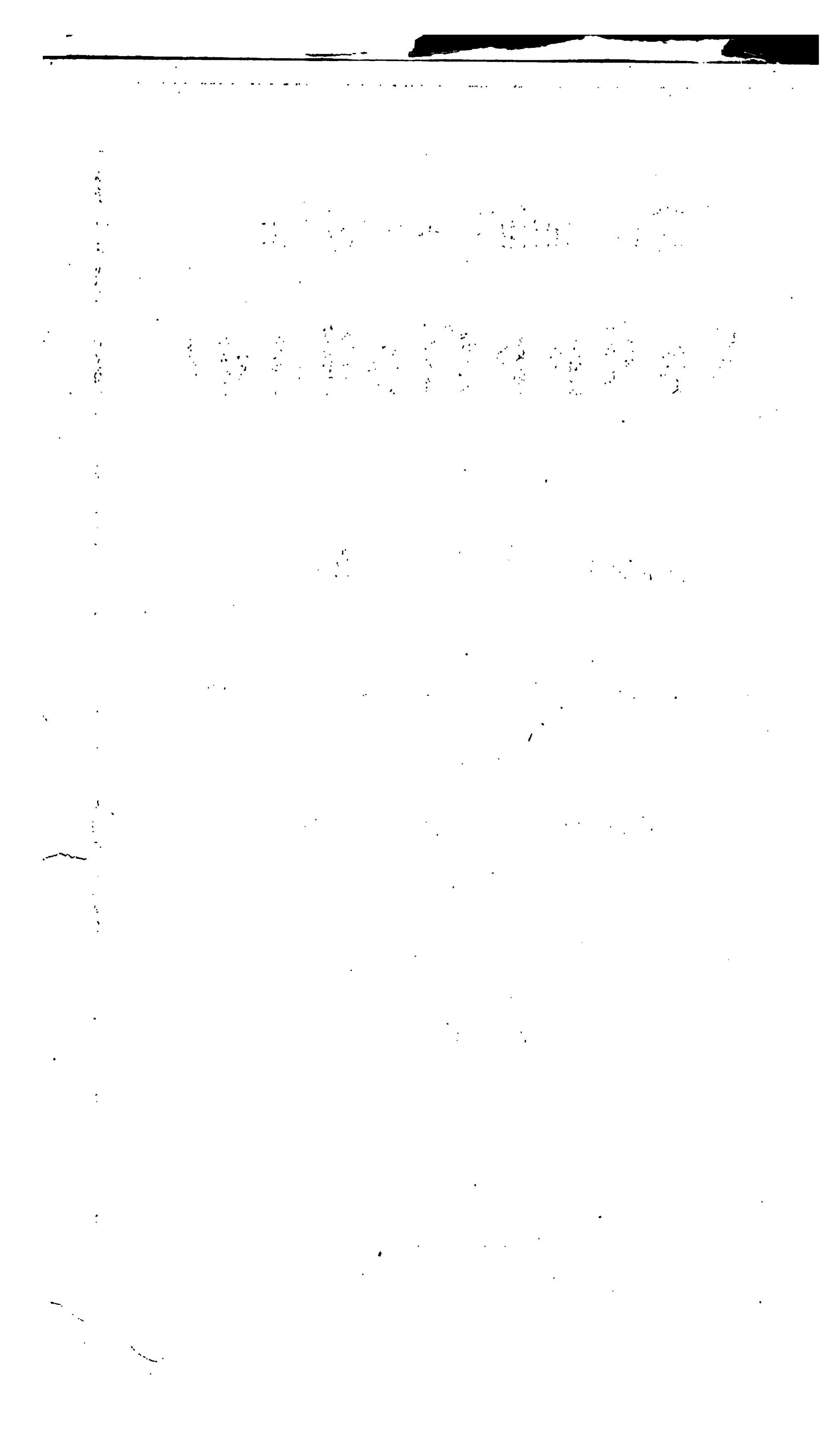
offiziellen stenographischen Bericht.

Preis 15 Pfg.

Berlin 1893.

Verlag der Expedition des „Vorwärts" Berliner Volksblatt

(Th. Glocke).



Abgeordneter Dr. Bachem: Meine Herren, die heutige Debatte, welche von unseren Kollegen der sozialdemokratischen Partei angeregt worden ist, ist ja im wesentlichen eine Fortsetzung der Debatte, welche wir in der vorigen Woche hier gehabt haben. Ich bin darum auch dieser Debatte mit der größten Aufmerksamkeit gefolgt in der Hoffnung, aus derselben etwas lernen zu können. Ich muß leider sagen, daß die Ausbeute nicht sehr groß gewesen ist. Wir haben wiederum von den Herren von der sozialdemokratischen Fraktion eine überaus bittere Kritik unsrer heutigen Gesellschaftsordnung gehört. Sie haben vieles gethan, was auch wir durchaus nicht loben, sie haben vieles hervorgehoben, was uns durchaus nicht unbekannt ist; aber während wir immer bemüht sind, auf dem Boden unsrer heutigen Wirthschaftsordnung eine Besserung aller dieser Verhältnisse herbeizuführen, haben die Herren uns heute nicht ein einziges Mittel angegeben, wie denn allen diesen bösen Dingen, die sie uns vorgetragen haben, und die ich mit ihnen im höchsten Maße bedaure, abzuhelfen sei. Meine Herren, ich glaube sagen zu dürfen, daß es um die wirthschaftliche Wohlfahrt unsrer deutschen Arbeiter sehr übel bestellt wäre, wenn alle Leute in Deutschland um Mittel zur Abhilfe ihrer Noth so verlegen wären, wie die Herren von der sozialdemokratischen Partei. Wenn nicht andere Parteien da wären, die in andrer, energischer Weise an die Besserung herantreten, und die schon erhebliches auf diesem Wege erzielt haben, dann würden wohl unsre deutschen Arbeiter noch recht lange vergeblich auf eine Besserung ihrer Lage warten müssen. — Der Herr Kollege Bebel hat uns auch heute wieder nur das eine Wort entgegengehalten: alle diese Dinge werden in unserem sozialdemokratischen Staate nicht sein! Das ist ihr Alpha und das ist ihr Omega, und dazwischen liegt ein großer Ozean von Vakuum; was zwischen dem Anfangs- und dem Endpunkt dieses Wortes liegt, weiß Niemand. Ich habe schon früher den Herrn Kollegen Bebel gebeten, uns doch diesen sozialdemokratischen Staat etwas näher auseinanderzusetzen. Der Herr Staatssekretär des Innern hat auch heute ihn darauf aufmerksam gemacht, daß bei demjenigen Titel, bei dem wir uns befinden, der Herr Präsident gar nicht in der Lage ist, den Sozialdemokraten die ausgiebigste Auseinandersetzung ihrer staatsbauenden Ideen zu verwehren. Also, meine Herren, warum benützen Sie diese Gelegenheit nicht? — In der vorigen Sitzung hat der Herr Kollege Bebel mir entgegengerufen, als ich ihn bat, Ihren sozialdemokratischen Staat uns hier mitzutheilen: Sie folgen ja doch nicht! Ja, meine Herren, ist denn das ein Grund, ihn uns nicht mitzutheilen, weil Sie von uns die ganz unberechtigte schlechte Meinung haben, wir würden Ihnen nicht folgen? (Heiterkeit.) Wenn wir Ihnen nicht folgen, dann ist es um so mehr nöthig, daß Sie unsern tauben Ohren Ihren Staat predigen, bis wir Ihnen folgen. — Aber ich will dem Herrn Kollegen Bebel die Versicherung geben, daß wir ihm alsbald folgen, wenn er uns diesen Staat auseinandersetzt. Wir werden keiner Schwierigkeit aus dem Wege gehen, wir werden keine Auseinandersetzung vermeiden: im Gegentheil, ich denke, daß wir aus einer derartigen Debatte recht erkleckliches lernen dürften. Ich darf ihm auch die Versicherung geben, daß wir diese Debatte mit voller Objektivität und Ruhe führen wollen, nicht im Parteiinteresse, daß wir nicht irgend welche Reden zum Fenster hinaus dabei halten wollen, sondern daß wir ehrlich bestrebt sein werden, aus demjenigen, was er uns vorträgt, dasjenige herauszunehmen, was etwa nothwendig ist. — Heute ist wiederum den Herren der Vorwurf gemacht worden, daß sie uns ihren Staat nicht auseinandersetzen, und was haben sie geantwortet? „Er steht ja in unsern Werken!" hat der Herr Kollege Bebel ausgerufen. Ja, meine Herren, ich habe die Werke der Sozialdemokraten „durchaus studirt mit heißem Bemühn", gerade in der Absicht, mir klar zu machen, wo denn diese Herren hinzielen. Als ich aber alle diese Werke durchstudirt hatte, da mußte ich mir leider weiter bekennen: „Da steh' ich nun, ich armer Thor, und bin so klug als wie zuvor!" (Heiterkeit. — Zuruf von den Sozialdemokraten.) — Meine Herren, wenn Sie klüger sind, bitte, theilen Sie Ihre Weisheit mit! Sagen Sie uns wenigstens das Eine: In welchem Ihrer Werke steht denn der sozialdemokratische Staat? Steht er in dem Werk von Köhler? Das haben Sie ja desavouirt! Steht er in dem Werk von Bebel? Das haben Sie sich schwer gehütet

anzuerkennen! Oder steht er in dem Werk von Bellamy? Oder wo steht er denn? Bitte, sagen Sie es doch! Meine Herren, in Ihren Werken steht allerhand; aber ein sozialdemokratischer Staat steht nicht darin. Ich habe wohl einige Balken, einige Schindeln und einige Flecken Wand gefunden in Ihren Werken, von denen Sie vielleicht die Meinung haben, sie würden in einem dereinstigen sozialdemokratischen Staat verwendet werden können. Aber ist denn das ein Staat? Klare Grundlinien, eine klare, ausgiebige Auseinandersetzung habe ich nicht gefunden Wie Sie die Konsumtion und die Produktion regeln wollen, habe ich nicht gefunden. Ich habe nur gefunden, daß Sie die Produktion regeln wollen; — nehmen Sie es mir nicht übel, ich zweifle an Ihrer Fähigkeit, das zu thun, und wenn Sie uns die Ueberzeugung beibringen wollen, daß Sie es fähig sind, wohl, meine Herren, einen Befähigungsnachweis haben Sie nicht erbracht! Und den müssen Sie hier erbringen. (Sehr gut! im Zentrum.) Wir fordern auch von Ihnen einen Befähigungsnachweis, wenn Sie uns einen neuen Staat bauen wollen an Stelle desjenigen Staates, den wir haben, der uns ja nicht nach allen Richtungen hin genügt, den wir bessern müssen und bessern wollen, unter dessen Dach wir aber immerhin trocken sitzen. Erst muß ich doch wissen, ob wir nicht unter dem Dach, das Sie bauen wollen, verfrieren oder verhungern, ehe ich mich auf irgend etwas einlasse, was unsere heutige Staatsordnung untergräbt. — Es ist ja von andrer Seite sodann auch versucht worden, aus denjenigen Rudera eines sozialistischen Staates, die hier und da in geistreichen Aperçus in Ihren Werken verstreut sich finden, einen sozialdemokratischen Staat aufzubauen. Unser Kollege Richter hat ja versucht, nach Ihren Rudera einen Staat zu bauen, wie er etwa Ihren Ideen entspricht. Ja, meine Herren, ich muß sagen, die Folgerichtigkeit dieses Versuches des Herrn Kollegen Richter habe ich nicht bestreiten können, und Sie haben auch gar nicht den Nachweis geliefert, daß der Versuch mißlungen sei. Nun, meine Herren, erkennen Sie dann diesen sozialdemokratischen Staat als den Ihrigen an, wie der Herr Kollege Richter ihn aufgebaut hat? Sie werden doch zugeben müssen, daß diejenigen Grundlinien, die der Herr Kollege Richter in seinem Werkchen gezogen hat, ein viel klareres Bild eines Staates geben als alles, was irgendwie in Ihren Werken zu finden ist. Haben Sie etwa dieses Werk von Richter in Ihr Programm aufgenommen? Haben Sie erklärt, das ist jetzt der offizielle sozialdemokratische Staat, wie wir ihn wollen? Nein, das haben Sie nicht gethan! Ich nehme auch an, daß Sie das nicht thun werden, und daß Sie niemals gesonnen sind, das zu thun. Ja aber, meine Herren, wenn Sie die Arbeit des Herrn Kollegen Richter nicht als richtig bezeichnen, dann kann kein Mensch von der Aufgabe Sie dispensiren, daß Sie nun endlich diejenige Aufgabe lösen, die Herr Kollege Richter versucht hat Ihnen vorzumachen. Sie haben die Pflicht, wenn Sie das Werk des Herrn Kollegen Richter als nicht richtig bezeichnen, diesem ein andres Werk entgegenzusetzen, in dem Sie nachweisen: so soll unser sozialdemokratische Staat **nicht** aussehen, er wird **anders** aussehen, und zwar **so**, — und dann werden wir ganz genau Schritt für Schritt dieselbe sorgfältige Durchführung verlangen, wie wir sie an dem Werke des Herrn Kollegen Richter bewundern. (Beifall im Zentrum.) — Meine Herren, aus dem Studium Ihrer Schriften ist mir eins klar geworden: daß nämlich in dem sozialdemokratischen Staat ein ungleich höheres Maß von Autorität von oben nothwendig sein wird (sehr richtig! im Zentrum und rechts), und ein ungleich höheres Maß von freiwilligem Gehorsam, von Berufsfreudigkeit und Begeisterung für die Solidarität. Meine Herren, wenn alle Menschen Engel wären, ließe sich vielleicht darüber reden, einen Staat aufzurichten, der lediglich auf der Autorität von oben, auf der Berufsfreudigkeit, auf der Pflichttreue von unten beruht. Aber, meine Herren, wollen Sie denn behaupten, daß wir alle Engel sind? Oder wollen Sie nur behaupten, daß die Anhänger Ihrer Partei Engel sind? (Heiterkeit.) Zeigen Sie uns in Ihrer Partei doch einmal eine derartige Autorität, eine derartige Berufsfreudigkeit, weisen Sie uns doch einmal nach, daß wenigstens Ihre Partei mit allen diesen Mitteln, mit der Autorität von oben, mit der Berufsfreudigkeit von unten regieren kann! Wenn Sie aber Ihre Partei damit nicht regieren können, wie wagen Sie vor uns hinzutreten und zu behaupten, wir werden einen Staat von 50 Millionen allein mit diesen zwei Mitteln regieren?! (Bravo! im Zentrum und rechts.) Wenn Sie in Ihrer Partei einen Mann hätten, der eine solche Autorität hat, daß die ganze deutsche Arbeiterschaft ihm folgt, und wenn dieser Mann ein kluger, besonnener, ruhig denkender, vielwissender Mann wäre, meine Herren, dann würde es Ihnen vielleicht gelingen, die Grundlinien eines sozialdemokratischen Staates zu ziehen. Aber wie steht es denn damit? Haben Sie einen derartigen Mann in Ihrer Partei? Hat denn der Herr Kollege Bebel diese Autorität? Hat der Herr Kollege Liebknecht diese Autorität? Oder hat sie etwa gar der Herr Kollege Singer? (Heiterkeit.) Ich merke nichts davon; meine Herren, wenn ich hier die Kämpfe innerhalb Ihrer Partei verfolge, so finde ich genau das Gegentheil.

Sie haben weit weniger Autorität in Ihrer Partei, als wir in unsrer Partei, als irgend eine andere Partei hier im Hause, und weit weniger, als wir, Gott sei Dank! im großen Durchschnitt im deutschen Vaterlande haben. Haben Sie denn so viel Berufsfreudigkeit, so viel Solidaritätsgefühl? Nein! Auf Schritt und Tritt innerhalb Ihrer Partei finden Sie Neid und Mißgunst. Wo ist eine Partei im ganzen Deutschen Reich, deren Führern es vorgehalten wird: ihr habt 10 000 Mark Einkommen? Das geschieht nicht in unsrer Partei. Dagegen erleben wir, daß das dem Herrn Kollegen Bebel bei jeder Gelegenheit vorgeworfen wird, daß dem Herrn Kollegen Liebknecht dasselbe vorgeworfen wird, und dem Herrn Kollegen Singer das Geld, was er sonstwie erworben hat, vorgeworfen wird in der immer wiederkehrenden Behauptung, er sei Millionär, — die ich nicht kontroliren, aber auch nicht bestreiten kann. (Heiterkeit.) — Ja, meine Herren, woher kommt es denn, daß Ihnen derartige Vorwürfe gemacht werden? (Zurufe.) — In unseren Zeitungen nur? Bitte sehr! — Ja, lieber Herr Kollege Liebknecht, ich bin in sehr vielen sozialdemokratischen Versammlungen gewesen und habe von noch viel mehr Versammlungen ganz genaue Berichte gehört und gelesen, so daß Sie nicht behaupten können, wir werfen Ihnen das vor. Das ist Ihnen hier in Berlin in zahlreichen Versammlungen unter die Nase gerieben worden. (Zustimmung.) Es ist Ihnen immer dasselbe gesagt worden: ihr Leute, die ihr 10 000 Mark Einkommen habt, die ihr auch gesättigte Existenzen seid, ihr seid nicht fähig, den Proletarier zu begreifen. — Ich will mich über die Thatsache und die Folgen, die anderweitig daran geknüpft sind, hier nicht auseinandersetzen, aber ich führe Ihnen das Eine zu Gemüthe: eine Partei, die es nicht mal erträgt, daß ihre Führer 10 000 Mark Einkommen haben, ist ganz gewiß keine Partei, die einen sozialdemokratischen Staat aufbauen kann, der lediglich auf der Autorität, der Berufsfreudigkeit und dem Solidaritätsgefühl basirt, wie der Staat sein muß, den Sie eventuell aufzurichten haben. — Meine Herren, noch eins. Sie schimpfen immer über die Tyrannei, die im ganzen Deutschen Reich herrscht; wir hören auf Schritt und Tritt, daß es der Kernschatten unseres Staates sei, daß er auf Tyrannei aufgebaut sei. Ja, meine Herren, auch das macht ja einen gewissen Eindruck auf ziemlich weite Arbeiterkreise. Aber, meine Herren, haben Sie denn in Ihrer Partei etwa eine geringere Tyrannei? Der Herr Kollege Bebel ist doch einfach aus dem Grunde nicht der größte Tyrann der sozialdemokratischen Partei, weil es ihm nicht gelungen ist, die „Jungen" aus seiner Partei herauszuschmeißen. Wenn es ihm möglich gewesen wäre, würde er es gethan haben. (Heiterkeit.) Wenn sie Aussicht hätten, daß es ihnen gelingen würde; dann würden die Herren Bebel, Liebknecht und Singer heute noch das unternehmen und durchführen, die gesammten „Jungen" aus ihrer Partei herauszuschmeißen. Ist das keine Tyrannei? — Glauben Sie etwa, daß Sie, wenn Sie einmal einen sozialdemokratischen Staat aufgerichtet haben, ohne Tyrannei ihn zusammenhalten können? Bilden Sie sich ein, daß Sie in Ihrem sozialdemokratischen Staat eine bessere Ordnung haben werden als in Ihrer Partei, wo Sie heute noch auf Grund der Verhältnisse in der Lage sind, eine ganz weitgehende Tyrannei auszuüben? — Wenn sich das noch bei irgend welchen wirthschaftlichen Unternehmungen erprobt hätte, die Sie begonnen haben! Wir kennen doch auch alle die Erfahrungen, die mit der Bäckereigenossenschaft gemacht sind. (Zurufe.) — Ja, meine Herren, Sie sagen: ach! Es paßt Ihnen nicht, wenn wir Ihnen das vorhalten; aber wenn wir uns ernsthaft auseinandersetzen wollen über die Chancen Ihres Staates und über die Vortheile, unserer Staat zu erhalten, dann werden Sie Rechenschaft ablegen müssen über die Erfahrungen, die mit Ihrer Bäckereigenossenschaft gemacht sind. Ja, meine Herren, was hat sich denn ergeben! Auf der einen Seite wird Lohndrückerei vorgeworfen, auf der anderen Seite die Widerspenstigkeit in der höchsten Potenz. Da haben Sie ja sozialdemokratische Leiter und Arbeiter gehabt — haben die Leute sich denn vertragen? Ganz im Gegentheil! elendiglich zu Grunde gegangen ist das Unternehmen, weil Sie noch weniger Disziplin, noch weniger Autorität in Ihrer Bäckergenossenschaft hatten, als irgend ein anderes kapitalistisches Unternehmen in Berlin und im ganzen weiten Deutschen Reich. Glauben Sie denn, meine Herren, daß Sie in Ihrem Staate, wenn Sie ihn errichtet haben, etwa mehr Autorität haben werden, und daß Sie mit weniger Tyrannei durchkommen werden? Gewiß nicht, meine Herren! Also verstecken Sie sich nicht hinter das Wort: Sie folgen uns nicht, — oder hinter das andere Wort: was wir wollen, steht in unseren Werken. Hier vor den Augen von ganz Deutschland werden Sie genöthigt sein, Ihren Staat uns vorzutragen! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Entweder müssen Sie eines Ihrer Werke zu Ihrem Programm erklären, dann reden wir weiter darüber. (Zuruf.) — Jawohl, Herr Liebknecht; entweder müssen Sie uns sagen, welches sozialistische Werk den offiziellen sozialdemokratischen Staat uns zeigt, oder Sie müssen anerkennen, daß

Sie es nicht können! — Oder Sie müssen ein sorgfältig ausgearbeitetes Programm entwickeln und dieses auf einem Parteitage zum Parteiprogramm erklären lassen, mit dem wir uns befassen wollen. Bilden Sie sich nicht ein, daß wir einen Sprung ins Dunkle machen auf Grund der Versprechungen von Leuten, die nicht in der Lage sind, eine Bäckereigenossenschaft zu leiten (Heiterkeit), die nicht in der Lage sind, die kleine sozialdemokratische Partei im Zaume zu halten, die auf Schritt und Tritt auf Widerspenstigkeit, auf Neid, auf Mißgunst, auf alle üblen Leidenschaften, welche die Menschennatur nur irgend hat, stoßen, und in höherem Maße stoßen, als irgend eine andere Partei. — Nein, meine Herren, wir machen diesen Sprung nicht mit, und ich bin fest überzeugt, der deutsche Arbeiter macht ihn auch nicht mit. (Sehr gut!) Ehe der deutsche Arbeiter dieser Sprung mitmacht, wird er Sie fragen: wie sieht der Staat aus, in den ihr uns führen wollt? ist er wirklich das gelobte Land, das ihr uns versprecht? und wenn Sie dann nicht eine genügende Antwort geben können, — fürchten Sie sich vor den Folgen! Dann wird der Arbeiter, der so lange mit einem Hoffnungsstrahl genasführt worden ist, Rechenschaft verlangen von denjenigen, die ihm draußen in Volksversammlungen alle diese thörichten Phantasmata vorgegaukelt haben. — Ja, meine Herren, hier im Reichstag sind Sie recht vorsichtig und recht bescheiden; aber wer Sie kennen lernen will, muß nicht nur im Reichstage Sie hören und Ihre Reden lesen, der muß auch in die zahlreichen und zahllosen sozialdemokratischen Versammlungen großer, mittlerer und kleiner Ausdehnung gehen. Ich habe einer Menge beigewohnt, und ich habe gesehen, wie die Backen voll genommen werden, wie mit den gewaltigsten Posaunenstößen die Vortheile des sozialdemokratischen Staates angepriesen werden, wie das tollste Zeug den Leuten vorgeredet wird. — Sie werden wieder sagen: das schütteln wir von unseren Rockschößen, das gehört nicht zu uns; — gerade so, wie Sie den Bergarbeiterausstand an der Saar von Ihren Rockschößen abgeschüttelt haben und den Buchdruckerstreik, nachdem er verunglückt war, ebenso versuchen Sie auch, diese kleinen Agitatoren von Ihren Rockschößen abzuschütteln. Und doch leben diese kleinen Agitatoren gerade so auf Kosten Ihrer Parteikasse wie Sie selber; sie beziehen ihr Gehalt und ihren Lebensunterhalt mit aus derselben Kasse, wie Sie: — wie können Sie diese Leute von sich abschütteln wollen! Wenn Tausende und Abertausende derartiger Agitatoren den Arbeitern einen Staat vorgaukeln, so haben Sie sich klar zu machen, wenn Sie ehrliche Politiker sein wollen: halten wir für wahr, was diese Leute sagen oder schütteln wir sie öffentlich von unseren Rockschößen ab? desavouiren wir die Leute und sagen wir dem ehrlichen deutschen Arbeiter: was diese kleinen Massenagitatoren à 6 oder 7 Mark (Heiterkeit) euch vorgaukeln, ist nicht dasjenige, was wir wollen, wir wollen besseres und gescheidteres!? Aber das thun Sie nicht. Wenn dann der Arbeiter kommt und Sie fragt: was besseres und gescheidteres wollt ihr uns versprechen? — der Arbeiter verlangt auch von Ihnen einen klaren Grundriß und klare Dispositionen von dem sozialdemokratischen Staat —, so werden Sie keine Geschäfte damit machen, wenn Sie sagen: darüber reden wir, wenn wir ihn erst eingeführt haben. Das kommt mir gerade so vor, als wenn Sie sagen: ich schlafe erst in einem Hause, wenn ich es habe; ob ich es aber bekomme, weiß ich nicht, und inzwischen verzichte ich aufs Schlafen. — Meine Herren, das macht der deutsche Arbeiter nicht mit, und das machen wir nicht mit. Wir sind — ich wiederhole es Ihnen — bereit, in der ruhigsten und objektivsten Weise über alle Einzelheiten Ihres wirthschaftlichen und staatsrechtlichen Programms hier mit Ihnen zu diskutiren, ohne Leidenschaft und ohne Verletzung, in der ehrlichen Absicht, zu lernen, was aus Ihren Ideen zu lernen ist. Wenn Sie aber uns nichts vortragen, keinen Grundriß, keinen Aufriß, keinen Durchschnitt und keinen Querschnitt des sozialdemokratischen Staates, dann werden Sie uns nicht übel nehmen, daß wir Ihren sozialdemokratischen Staat für dasjenige halten, für was die älteren und besonneren Arbeiter ihn auch schon halten, für ein leeres Wahngebilde, das weder Fleisch noch Bein hat, und das nicht in der Lage ist, jemals Fleisch oder Bein anzunehmen. (Lebhaftes Bravo auf allen Seiten des Hauses.)

Abgeordneter **Bebel**: Meine Herren, die Debatte am Dienstag hatte einen Charakter angenommen, der weit über das uns beschäftigende Thema hinausgegangen ist; sie hatte damit geendet, daß insbesondere der Herr Abgeordnete Bachem in sehr lebhafter und lebendiger Weise verlangte, da nach seiner Meinung wir bisher noch keinerlei Mittel vorgeschlagen hätten, die seiner Ansicht nach ausreichten, um die bestehenden Verhältnisse zu bessern in einem alle befriedigenden Sinne, — daß wir, die Sozialdemokratie, doch endlich hier von der Tribüne des Reichstags herunter darlegten, was wir eigentlich wollten. Wir sollen, wie er wünscht, also ein Programm entwickeln, und zwar verlangte er, daß wir insbesondere auseinandersetzten, wie wir uns den so-

zialdemokratischen „Zukunftsstaat" vorstellten. Derselbe Wunsch ist schon einmal früher laut geworden, wenn ich nicht irre, ebenfalls aus dem Munde des Herrn Abgeordneten Bachem, und in der letzten Sitzung am Dienstag noch vor ihm von dem Abgeordneten Dr. Buhl. Endlich hat auch der Herr Staatssekretär Dr. von Boetticher in gleichem Sinne sich ausgesprochen mit der Motivirung, daß mein Einwand, ich werde das unmöglich auseinandersetzen können, weil ich Gefahr liefe, von dem Herrn Präsidenten zur Ordnung verwiesen zu werden, nichts gelte: beim Etat des Reichsamts des Innern könne man über alles sprechen. (Heiterkeit.) — Ich werde allerdings genöthigt sein, heute über vielerlei zu sprechen. Bevor ich aber auf die gewünschte Auseinandersetzung, die jene Herren provozirt haben, des näheren eingehe, bin ich verpflichtet, diejenigen Einwände hier zurückzuweisen, die auf dem Gebiet, das uns zunächst am Dienstag beschäftigt hatte, gegen mich und meine Freunde erhoben wurden. —

— Es war der Herr Staatssekretär Dr. von Boetticher, welcher meine Anklage, daß die Eisenbahnverwaltung in Preußen sogar soweit gegangen sei, daß sie den Bahnbeamten, Schaffnern und Kondukteuren die sonst übliche Zuwendung von Pelzen und Pelzstiefeln im Winter entzogen habe, zurückwies, indem er erklärte, das sei nicht wahr, es sei nur in denjenigen Landestheilen im Westen geschehen, in welchen bisher eine solche Vertheilung nicht stattgefunden habe und an und für sich auch nicht nöthig sei. — Meine Herren, daß ich zu jenen Anführungen kam, gründete sich auf Zeitungsnotizen, die seit Wochen von allen Blättern gebracht und kommentirt wurden, und die insbesondere scharf tadelten, daß der Eisenbahnminister zu solchen Mitteln greife. Eine gewisse Motivirung erhielten diese Berichte auch noch dadurch, daß, soweit ich gesehen habe, der preußische Eisenbahnminister in seinem Etat eine Summe von 140 000 Mark als Ersparnisse an Beamtenbekleidung aufgeführt hat. Thatsache ist ferner, daß die Bahnverwaltung einen Theil der in ihrem Besitz befindlichen Mäntel zu Schleuderpreisen verkauft hat, und daß diejenigen Beamten, welche nach wie vor sich genöthigt sahen, solche Mäntel zu ihrem Schutz zu gebrauchen, genöthigt waren, sie zu verhältnißmäßig hohen Preisen wieder zu kaufen. Er hat ferner angeführt, das von mir monirte Verfahren in den Eisenbahnwerkstätten, daß man statt der bisherigen vierzehntägigen Lohnzahlung jetzt zu monatlichen Lohnzahlungen aus Ersparnißrücksichten übergangen sei, fände nicht statt; nach wie vor sei die Lohnzahlung vierzehntägig, nur die Abrechnung sollte monatlich stattfinden. Meine Herren, daß ein aus den loyalsten Elementen gewählter Arbeiterausschuß, wie jener der Eisenbahnwerkstätte in Witten in Westfalen sich veranlaßt sah, auf Grund dieser Maßregeln des Eisenbahnministers sein Mandat niederzulegen, nachdem die Verwaltung seinen im Sinne der Arbeiter gestellten Antrag, die vierzehntägige Lohnzahlung beizubehalten, nicht angenommen hatte, beweist denn doch, daß die Arbeiter über diese Maßregel wesentlich anders denken als der Minister von Boetticher. Es kommt doch nicht darauf an, daß alle 14 Tage Lohn gegeben, und monatlich abgerechnet wird, sondern es kommt darauf an, ob diese Lohnzahlung — richtiger Abschlagszahlung — die Arbeiter in die Lage setzt, ihre Lebensbedürfnisse, ohne Kredit zu nehmen, befriedigen zu können. Wenn das nicht der Fall ist, haben die Arbeiter Ursache, sich zu beschweren, und ich betrachte das in einer Zeit, wie der gegenwärtigen, wo — auch unbestritten vom Herrn Staatsminister — wenigstens ein gewisser Nothstand vorhanden ist, als eine durch nichts gerechtfertigte Maßregel der Staats-Eisenbahnverwaltung, wenn sie durch solche Maßregeln neben der Schädigung der Arbeiter die allgemeine Nothlage noch erhöht, indem sie eine Anzahl Diätarien spart. Das sind Maßregeln, die bei einer Staatsregierung, die sich besonderer Fürsorge im Interesse der Arbeiter rühmt, in keiner Weise gebilligt werden können. — Weiter hat der Herr Staatsminister gemeint, ich klagte darüber, daß so und so viele Arbeiter brodlos seien; er wolle nicht bestreiten, daß das in großen Städten und Industriebezirken der Fall sei, aber auf dem Lande nicht, und doch erklärten wir uns gegen diejenigen Maßregeln, die geeignet seien, daß die Arbeiter an denjenigen Orten blieben, wo sie Arbeit fänden. Mit andern Worten: er befürwortet die Beschränkung der Freizügigkeit, um zu verhindern, daß die Arbeiter vom Lande nach den Städten und Industriebezirken strömen; sie sollen in ihren ländlichen Bezirken festgehalten werden, um dort nach seiner Meinung diejenige Arbeit zu finden, die sie gegenwärtig in den Städten und Industriebezirken nicht finden können. Auch diese Auffassung des Herrn Staatsministers ist durchaus falsch. Wenn die Arbeiter vom Lande in die Industriebezirke strömen, so geschieht es deshalb, weil auf dem Lande der Verdienst so geringfügig und der Lebensunterhalt so schwer ist, daß sie ihre nothwendigsten Lebensbedürfnisse — sie sind meist sehr bescheidener Art — dort kaum bestreiten können. Die ländlichen Arbeiter haben aber, wie jeder Mensch, das Recht, ihre Arbeitskraft dort an den Mann zu bringen, wo sie glauben, die bestmögliche Bezahlung dafür zu erhalten; und wenn die Arbeiter in diesem ihrem Bestreben vielleicht hier und da irre gehen, indem sie sich in den Hoffnungen,

die sie auf die Städte und Industriebezirke gesetzt haben, täuschen, dann ist es nicht die Aufgabe der Staatsverwaltung, mit Gewalt einzugreifen und die Leute in die Bezirke zurückzuversetzen, wo eine menschenwürdige Lebenshaltung überhaupt nicht mehr möglich ist. (Sehr richtig! links.) Der Vorschlag, die Arbeiter nach dem Lande hinzuweisen, beweist nur, daß die Herren verkennen, daß ebenso wie in der industriellen, so auch in der landwirthschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten eine völlige Revolution vor sich gegangen ist. Auf dem Lande, wo große Güter in Betracht kommen — und das ist namentlich im Osten der Fall —, wird mehr und mehr die Handarbeit durch die Maschinenarbeit ersetzt. Insbesondere sind in der Winterszeit diejenigen Arbeiten, die noch vor Jahrzehnten für landwirthschaftliche Arbeiter vorhanden waren und eine größere Zahl beschäftigten, durch die Einführung von Maschinen nahezu aufgehoben worden. So insbesondere durch die Einführung der Dreschmaschine, der Futterschneidemaschine und einer Reihe anderer größerer oder kleinerer Verbesserungen im Wirthschaftsbetrieb, die alle zusammen zum Resultat hatten, daß heute die Landwirthe in der Lage sind, mit einem verhältnißmäßig kleinen Stabe von Arbeitern im Winter auszukommen, während die größere Zahl von ihnen keine Verwendung findet. Wird bei den notorisch geringen Löhnen, von denen selbst Herr Graf Kanitz neulich erklärte, daß die Landwirthschaft keine höheren zahlen könne, noch künstlich durch Beschränkung der Freizügigkeit dafür gesorgt, daß die Landarbeiter aus den Städten und Industriebezirken wieder auf das Land zurückkehren, — was würde die Folge sein? Die elenden Löhne, die jetzt schon auf dem Lande gezahlt werden, würden noch tiefer sinken, und die allgemeine Lage der Arbeiter würde eine noch schlechtere werden als heute. — Das ist also eins der Heilmittel, die der Herr Staatsminister gegen den Nothstand vorschlägt, das aber, von unserem Standpunkt betrachtet, ein ganz anderes Gesicht hat. — Der Herr Abgeordnete Mehnert hat dann die freundliche Meinung ausgesprochen, er glaube, daß, wenn die Sozialdemokraten, ähnlich so wie ich es kurz zuvor in meiner Rede von den Herren Unternehmern ausgesprochen hatte, auf Schiffe gebracht und wegspedirt würden, die Gesellschaft dabei sich sehr wohl fühlen würde. Daß Herr Dr. Mehnert und seine Parteigenossen, überhaupt die herrschenden Klassen in Deutschland, bei einer derartigen Expatriirung der Sozialdemokraten, wie sie ja schon in dem bekannten Sozialistengesetz von 1887/88 vorgesehen war, sich sehr wohl fühlen würden, das bezweifeln wir gar nicht. Aber eine solche Maßregel ist auch von Ihrem Standpunkt aus, Sie mögen wollen oder nicht, unausführbar. Sollten Sie eine solche Maßregel wirklich einmal durchzuführen versuchen, dann werden Sie doch finden, daß die Sozialdemokratie nicht mit solchen Mittelchen aus der Welt zu schaffen ist. Es geht eben mit der Sozialdemokratie wie mit den Drachenzähnen des Kadmus: wo immer sie ausgesät wird, wächst sie immer neu; wie die Myrmidonen kommen sie in Schaaren hervor. Sie, meine Herren, können nicht mehr verhindern, daß wir die sind und die bleiben, wie ich später Ihnen noch nachweisen werde. Ohne Ihre bürgerliche Gesellschaft und ohne die schöne Ordnung in dieser Ihrer bürgerlichen Gesellschaft bestände die Sozialdemokratie überhaupt nicht. Ihre Gesellschaft liefert erst den Boden für die Sozialdemokratie. Und in dem Maße, wie dieser Boden in unserem Sinne immer fruchtbarer wird dadurch, daß die bürgerliche Gesellschaft sich immer mehr kapitalistisch entwickelt, das Kapital sich konzentrirt, wächst der sozialdemokratische Gedanke in den Klassen, und damit wachsen die sozialdemokratischen Anhänger, nimmt die Sozialdemokratie an Macht und Einfluß zu, bis sie schließlich die ausschlaggebende Gewalt in Staat und Gesellschaft geworden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Oh! oh! rechts.) — Auf die Ausführungen, die dann der Herr Abgeordnete Mehnert bezüglich der Sparkasseneinlagen in Sachsen machte, daß es hauptsächlich Arbeiter seien, welche die Sp areinlagen machten, will ich hier nicht weiter eingehen. Es handelt sich nicht darum, ob die Mehrzahl der Sparer in Sachsen und sonst wo Arbeiter sind, sondern es handelt sich darum, einmal statistisch festzustellen, wie hoch die Spareinlagen sind, die aus den verschiedenen Schichten der Gesellschaften in die Sparkassen eingelegt werden; ferner handelt es sich darum, festzustellen, wie hoch sich der Durchschnitt der Spareinlagen auf den Kopf innerhalb dieser Schichten stellt. Das ist eine Statistik, die bisher noch nicht aufgemacht wurde. Würde sie aber aufgemacht — ich gebe zu, daß das ein schweres Stück Arbeit wäre —, so würde sie ein Resultat ergeben, welches sehr weit verschieden ist von dem, welches der Herr Abgeordnete Mehnert und seine Freunde erhoffen zu können glaubten. — Nun hat Herr Dr. Bachem gesagt: ihr Sozialdemokraten kritisirt nur immer, Vorschläge könnt ihr nicht machen, was habt ihr denn überhaupt für Mittel, um die bestehenden Verhältnisse zu ändern? Meine Herren, wir haben in allen Reden, die wir hielten, und zwar sowohl da, wo wir Verbesserungsvorschläge, sei es zu bestimmten Gesetzentwürfen oder solche durch Einbringen neuer Gesetze, machten, stets betont und betonen es immer wieder, daß das, was wir vorschlagen, und was wir Ihnen zumuthen

auf dem Boden der heutigen Gesellschaft durchzuführen, allerdings alles nur Palliativmittel seien; sie würden bis zu einem gewissen Grade helfen, aber dauernd und gründlich zu helfen vermöchten sie nicht Und zwar weil eine gründliche Hilfe bedingte, daß die heutige Gesellschaft ihrem ganzen Wesen nach umgestaltet werde, eine Zumuthung, die wir an Sie, die Vertreter der herrschenden Klassen, nicht stellen werden. Sie sind mit allen Ihren Interessen auf das innigste mit den bestehenden Zuständen in Staat und Gesellschaft verwachsen, und so wäre es, von Ihrem Standpunkt aus betrachtet, wenn wir Ihnen eine solche Umgestaltung zumuthen wollten, nicht mehr und nicht weniger als das Verlangen, einen moralischen und materiellen Selbstmord zu begehen. Daß aber eine herrschende Klasse, auch wenn sie die gänzliche Unhaltbarkeit eines bestehenden Zustandes einsieht, auf dem aber ihre ganze Klassenexistenz gegründet ist, diesen Zustand aus eigenen Kräften zu untergraben und umzugestalten suchen soll und damit die Macht, die sie bisher besessen hat, aus der Hand giebt, das ist, so lange die Welt bestanden hat, nicht dagewesen, und das wird, so lange die Welt besteht, nicht vorkommen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Im Laufe der Entwicklung treten eben Faktoren auf aus den unzufriedenen Schichten — bisher sind sie stets erschienen —, die zum Konflikt mit den bestehenden Zuständen treiben. Die Erkenntniß von der Unhaltbarkeit dieser Zustände nimmt an Macht zu und greift so mächtig um sich, daß eines Tages ihre Anhänger, sei es in dieser, sei es in jener Weise, sei es auf sogenanntem gesetzlichem, sei es auf sogenanntem revolutionärem Wege, die Dinge von Grund aus umgestalten, und zwar im Interesse der nothleidenden Mehrheit. Und das wird auch wieder so kommen. — Meine Herren, welche Vorschläge zur Abhilfe haben wir nun zunächst gemacht? Wir haben nicht allein hier, sondern auch in den Versammlungen der Arbeitslosen eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die, wenn sie von den Reichs- und Staatsgewalten und namentlich auch von den Gemeindebehörden, kurz von den öffentlichen Gewalten zur Ausführung gebracht wurden, in hohem Grade dazu beitrugen, die gegenwärtige Nothlage großer Massen der Bevölkerung wenigstens zu mildern. — Wir haben insbesondere vorgeschlagen die Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten; wir haben verlangt, daß der Kredit von 200 Millionen, den gegenwärtig der preußische Eisenbahnminister zur Verfügung hat, aber leider nicht in Anspruch nimmt, flüssig gemacht werde, um mit aller Energie die neuen Eisenbahnbauten ins Leben zu rufen, und daß in gleicher Weise in den übrigen Staaten, z. B. in Bayern, wo der Finanzminister auch ca. 45 Millionen Kredite zur Verfügung hat, vorgegangen werde. Wir verlangen ferner, daß man Hospitäler, Schulen und andere öffentliche Bauten unternehme, die im Interesse der Gesellschaft nothwendig sind, ferner Straßen- und Kanalbauten und Meliorationen aller Art. Wir haben heute noch in unseren Provinzen weite Strecken, die nahezu vollständig unfruchtbar sind, die aber bei dem heutigen Stande der Agronomie und Agrikulturchemie in das schönste fruchtbarste Gartenland verwandelt werden könnten. — Für alle diese Dinge hat aber die Staatsverwaltung nahezu gar kein Interesse; sie läßt sich nur mit der größten Mühe bewegen, solche Arbeiten in Angriff zu nehmen, weil in vielen Fällen mehr oder weniger, namentlich durch Arbeiten wie die letzt angeführten, das Interesse unserer Großgrundbesitzer in Frage gezogen wird. — Wir haben weiter verlangt, daß durch eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit etwa auf 8 Stunden täglich, dazu beigetragen werde, daß eine große Zahl von Arbeitern eingestellt werden könne, damit die nothleidenden Arbeiter von der Straße weggenommen werden. Kurz wir haben die verschiedenen Hilfsmaßregeln vorgeschlagen, um die beschäftigungslosen Arbeiter nach Möglichkeit zu verwenden. Wir haben also auf dem Gebiete des Nothstandes alles gethan, was wir zu thun in der Lage waren. Auf dem Gebiete der Reformen haben wir ferner, so lange wir in namhafter Zahl hier im Reichstage sind, unsererseits nach Kräften dahin gewirkt, auf dem Boden der bestehenden gesellschaftlichen Zustände die Lage der Arbeiter soweit zu bessern, als das überhaupt möglich ist. — Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, haben wir seit ungefähr 15 Jahren bei jeder wichtigen Gesetzesvorlage, die im Reichstage für eine Verbesserung der Arbeiterlage eingebracht wurde, uns nicht nur lebhaft an der Debatte betheiligt, sondern auch durch Stellung von Anträgen zu den Vorlagen, wie durch die Einbringung vollständig neuer Gesetzentwürfe — ich erinnere nur an unseren umfänglichen Arbeiterschutzgesetzentwurf — die Richtung angegeben, in welcher nach unserer Meinung für die Lage der Arbeiterklasse, und zwar immer auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung, Verbesserungen eingeführt werden könnten. Wir haben insbesondere gesetzliche Regulirung der Arbeitszeit zunächst auf 10, dann auf 9 und schließlich auf 8 Stunden verlangt; wir haben ein strenges Verbot der Nachtarbeit für alle Industrieen und Gewerbe, für die es vom technischen Gesichtspunkte aus durchführbar ist, verlangt; wir haben ferner das Verbot, beziehungsweise die Beschränkung der Frauenarbeit, soweit sie gesundheitsgefährlich oder gesundheitsschädlich ist, gefordert; ebenso das Verbot der

Kinderarbeit, ein strenges Verbot der Sonntagsarbeit, scharfe Bestimmungen gegen das Trucksystem, Vorschriften über die wöchentliche Lohnzahlung u. s. w. Ferner haben wir die Organisation von Arbeiterkammern gefordert, um endlich auch der Arbeiterklasse eine Organisation zu geben, in der es ihr ermöglicht wird, nicht nur alle ihre Wünsche zur Sprache zu bringen, sondern auch kraft der ihr in den Arbeitskammern zustehenden Gewalten durch Untersuchungen und statistische Erhebungen sich über die Lage ihrer eigenen Klasse aufzuklären. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Weiter haben wir verlangt die Abschaffung der Lebensmittelzölle, weil nach unserer Meinung der Arbeiter es ist, welcher besonders darunter leidet. Bei der Unfallversicherungs-, der Alters- und Invaliditätsversicherungs-Gesetzgebung haben wir in sehr umfassendem Maße unsere Gegenanträge gestellt, und wären diese unsere Anträge angenommen worden, so ist sicher, daß diejenigen, die Unterstützungen auf Grund dieser Gesetze bekommen, sie in höherem und ausgiebigerem Maße bekommen würden, als es gegenwärtig der Fall ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben dann insbesondere auf dem Gebiete der Alters- und Invaliditätsversicherung verlangt, daß dieselbe eine Gestalt annehme, daß nicht nur eine bessere Lebenshaltung für diejenigen, die alt oder invalide werden, ermöglicht werde, sondern daß auch der Kleingewerbe- und der kleine Bauernstand in dieselbe aufgenommen würden. — Wenn nun alle diese Anträge und Forderungen nicht durchgingen und nicht Gesetz geworden sind, so sind sie allein an Ihrem Widerspruch gescheitert und nicht an unserem Verhalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Noch einmal also: sind diese Vorschläge bisher nicht zur Geltung gekommen, und sind alle unsere Bemühungen, in unserm Sinne auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung Verbesserungen zu erzielen, von keinem Erfolg gekrönt worden, so lag das daran, daß Sie, die Vertreter der herrschenden Parteien, gegen uns gestimmt haben. Wir sind noch zuletzt, bei der Berathung der Militärvorlage, mit Vorschlägen herangetreten, die nach unserer Meinung einmal dazu beitragen, in viel gerechterer Weise, als es gegenwärtig der Fall ist, die Militärlasten auf die Schultern der einzelnen Staatsbürger zu vertheilen, und andererseits durch die von uns vorgeschlagene Organisation die schweren Militärlasten, die das gegenwärtige Militärsystem Deutschland auferlegt, in sehr bedeutendem Maße zu reduziren. Weiter sind wir bei jeder sich darbietenden Gelegenheit für die Erweiterung und Aufrechterhaltung der Rechte der Arbeiter eingetreten und werden es weiter thun. Und gerade der Umstand, daß wir in allen diesen Beziehungen praktisch eingetreten sind, daß wir ganz, unbeschadet unseres sonstigen prinzipiellen Standpunkts der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung gegenüber, versuchten, auch auf dem Boden dieser Gesellschaftsordnung für die Verbesserung der arbeitenden Klassen einzutreten, hat es hauptsächlich herbeigeführt, daß die Sozialdemokratie eine so große Anhängerschaft in der deutschen Arbeiterbevölkerung gewonnen hat, wie sie dieselbe gegenwärtig besitzt. Daher werden wir auch allem entgegentreten, was die sogenannten „Jungen" uns bisher zumutheten; sie haben sich von unserer Partei getrennt, und sie machen seit 2 bis 3 Jahren den vergeblichen Versuch, uns von unserem Wege abzubringen, indem sie sagen: alle diese parlamentarische Thätigkeit hilft nichts, ihr müßt anders auftreten, ihr müßt die Massen auf die Revolution und den Umsturz des Bestehenden vorbereiten. Indem wir den Bestrebungen jener bisher entgegengetreten sind, und indem wir andererseits uns schon bewußt waren, was wir unter den gegebenen Verhältnissen von der heutigen Gesellschaft verlangen und zu verwirklichen vermögen, hat unsere Position in den Köpfen der Arbeiter sich unausrottbar befestigt. Daher werden alle Hoffnungen, die Herr Bachem äußerte, dahin gehend, daß die Arbeiter uns eines schönen Tages zur Rechenschaft ziehen und zu der Erkenntniß kommen würden, daß wir das, was wir ihnen versprachen, nicht hielten, — diese Hoffnungen werden zu Schanden werden. Herr Bachem, wenn Sie und Ihre Freunde Neigung haben, es zur Auflösung des Reichstags kommen zu lassen, — wir sind die Ersten, die dafür eintreten und uns am meisten darüber freuen, weil wir diejenigen sind, die allein den Nutzen davon haben werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie werden finden, daß trotz aller Broschüren Eugen Richter's mit seiner Spar-Agnes (Heiterkeit), die Sie zu Hunderttausenden gratis unter die Arbeiter vertheilen ließen, und obgleich Sie in München-Gladbach eine förmliche Universität errichteten, um Lehrer und Agitatoren auszubilden — ja auch Agitatoren, Herr Abgeordneter Bachem, Sie machen uns alles nach! — (Heiterkeit und Zustimmung bei den Sozialdemokraten), die volkswirthschaftlich und politisch auf allen Gebieten wohl beschlagen sein möchten, um den sozialdemokratischen Agitatoren in den Volksversammlungen und in der Presse entsprechend entgegentreten zu können — nun, wir ärgern uns nicht darüber, das läßt uns kalt. Jeder solche Schritt, jede neue Anstrengung, die Sie machen, uns zu bekämpfen, begrüßen wir; denn das ist ein neuer Beweis für unsere steigende Macht. (Sehr richtig! bei den

Sozialdemokraten.) Und wenn Sie demnächst dazu übergehen, Ihren Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes zu begründen und diesen — das wissen wir voraus — wesentlich dadurch begründen: die Jesuiten seien eine vorzügliche Macht zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, — dann werden Sie erleben, daß alle meine Fraktionsgenossen einstimmig für die Aufhebung des Jesuitenausweisungsgesetzes eintreten, weil wir sie nicht fürchten mit allem was drum und dran hängt. (Zwischenruf.) — Jawohl, nur her mit den Jesuiten, wir fürchten sie wirklich nicht! (Große Heiterkeit.) — Damit habe ich, denke ich, genügend nachgewiesen, welcher Art die Abhilfmittel sind, mit denen wir, immer vom Boden der heutigen Gesellschaftsordnung ausgehend, Ihnen gegenübertreten, die wir als nothwendig vorgeschlagen haben und weiter vorschlagen werden. Und das begreifen die Arbeiter. Sie begreifen es aber nicht nur, sondern sie haben auch angefangen, Vergleiche anzustellen zwischen dem, was wir verlangt haben, und dem, was Sie durchgeführt haben, und dieser Vergleich fällt immer mehr zu Ihrem Schaden aus. — Dann hat der Herr Abgeordnete Bachem weiter gemeint: „wie könnt ihr euern sozialistischen Staat aufrichten, da ihr nicht einmal im Stande seid, eine sozialistische Bäckereigenossenschaft zu leiten? da seht, welcher Krakehl hier in Berlin in der Bäckereigenossenschaft herrscht!" Herr Dr. Bachem, Sie haben gleichzeitig erklärt, als Sie das sagten, daß Sie die sozialistischen Schriften studirt „mit heißem Bemühn", aber als „armer Thor seien Sie so klug als wie zuvor". Ja, Herr Dr. Bachem, ich bin denn doch, als ich Ihre Rede mir näher angesehen habe, zu der Ueberzeugung gekommen, daß Sie sehr wenig studirt haben und eigentlich Unrecht hatten, sich hier in der Rolle des Faust uns vorzustellen, der *wirklich* bestrebt war, ehrlich zu studiren. Ich finde, daß Sie eigentlich in die Rolle des Schülers dem Mephistopheles gegenüber sich hätten begeben sollen, der auf die Vorschläge des Mephistopheles, was er ergreifen solle, voller Verlegenheit antwortet: „Mir wird von allem dem so dumm, als ging mir ein Mühlrad im Kopfe herum." (Sehr gut! links.) Denn was Sie hier als Weisheit und Quintessenz aus den sozialistischen Schriften angeführt haben, das suche ich darin vergebens; und wenn Sie überhaupt die sozialistischen Schriften so studirt hätten, wie Sie es nicht gethan haben, Herr Dr. Bachem, dann hätten Sie die Rede vom letzten Dienstag gar nicht halten können. (Sehr gut! links.) *Denn etwas Oberflächlicheres, Platteres, als die Ausführungen, die Sie gemacht haben als Volksvertreter im Deutschen Reichstag und dabei unter dem Beifall der großen Majorität, das, muß ich sagen, habe ich nie für möglich gehalten.* Ich bin im Zweifel, ob in irgend einem anderen Parlament der Welt es möglich sein würde, daß man *solchen* Ausführungen den lebhaftesten Beifall zollt. Imponirt hat mir gerade nicht eine solche Unkenntniß des Deutschen Reichstags von dem, was die Sozialdemokratie will. Daher wird es nothwendig sein, Ihnen das heute etwas ausführlicher darzulegen und Ihnen ein kleines Kolleg darüber zu halten. (Heiterkeit links.) Gerade aus Ihren Ausführungen, Herr Abgeordneter Bachem, habe ich ersehen, wie vollständig ununterrichtet Sie eigentlich sind über das, was die Sozialdemokratie ist und will. — Aber Herr Dr. Bachem ist — und dabei muß ich ein wenig verweilen — auf die berühmte Bäckereigenossenschaft zu sprechen gekommen, die sogenannte sozialistische. Sie scheinen gar nicht zu wissen, daß es sozialistische Genossenschaften heute nicht giebt, daß sie gar nicht existiren können, daß, eine „sozialistische" Genossenschaft etwa als Gegenmittel gegen die bürgerliche Gesellschaft an einem Orte zu gründen, von uns als Wahnsinn erklärt wird. Was sich innerhalb unserer Partei als Genossenschaft aufgethan hat, steht auf dem Boden der sogenannten Schulze-Delitzschen Bestrebungen der Selbsthilfe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sagen und haben es jederzeit gesagt: wir unterstützen derartige Genossenschaften von Parteiwegen nie und nimmer; wir können — in dieser Beziehung hat der letzte Berliner Parteitag mit der wünschenswerthesten Offenheit gesprochen — unter keinen Umständen es billigen, daß unsere Parteigenossen Mittel und Kräfte dazu verwenden, Genossenschaften ins Leben zu rufen, in dem Glauben, daß sie, sei es für sich oder ihre Klassengenossen, damit einen wesentlichen Vortheil erringen. Wir können die Gründung einer Produktivgenossenschaft nur von dem Standpunkte aus gutheißen, daß dieselbe entweder den Zweck hat, sozialistische Literatur herzustellen und zu verbreiten, weil es sonst an einem Ort keine Möglichkeit giebt, diese zu drucken, oder daß sie den Zweck hat, gemaßregelten Arbeitern in einer Form wieder Stellung zu schaffen und sie zu beschäftigen, wie es sonst nicht möglich ist. Das sind die einzigen Ausnahmen, aus denen wir bisher solche Genossenschaften zwar nicht unterstützt, aber geduldet haben. Wenn Herr Dr. Bachem die sozialistischen Schriften nur halb so gelesen hätte, wie er es angiebt, dann hätte er in allererster Linie zum mindesten das Antwortschreiben Lassalle's, was den ersten Anstoß zu der neueren sozialistischen Bewegung in Deutschland gegeben hat, lesen müssen. Und hätte er dieses Antwortschreiben Lassalle's gelesen, dann würde er gefunden haben, daß Lassalle in der allerschärfsten und

bis auf den heutigen Tag noch mustergiltigen Weise gegen alle solche Genossenschaften als elende Palliativmittelchen auftrat und warnte, sie zu gründen. Und er müßte ferner wissen, daß Lassalle deswegen gerade die damalige Fortschrittspartei und speziell Schulze-Delitzsch angriff, weil sie diese Mittel als besondere Heilmittel pries zur Hebung der sozialen Lage des Arbeiterstandes, wie es damals hieß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sehen Sie also, wir haben mit diesen Dingen nichts zu thun, sie gehen uns nichts an; wir betrachten sie als keinerlei Hebungsmittel für die soziale Lage der Arbeiterklasse an sich, höchstens als ein Hebungsmittel für vereinzelte Genossen. Wenn Sie aber glauben, aus einer vielleicht übelgeleiteten Produktivgenossenschaft, die Sie nur daher kennen, weil dieselbe öffentlich kritisirt wurde, wie das nun einmal in der Natur der öffentlichen Erörterung liegt, die bei den Arbeitern und bei uns Sozialdemokraten Sitte ist, und weiter glauben, weil bei der betreffenden Bäckereigenossenschaft vielleicht wesentlich Sozialdemokraten betheiligt sind — daraus auf die Befähigung der Sozialdemokraten ein Geschäft zu leiten schließen zu können, dann irren Sie sich wieder. Im Gegensatz zu jener Genossenschaft hier in Berlin, in der jene Szenen vorkamen und jene Anklagen erhoben wurden, die Sie erwähnten, könnte ich Ihnen mindestens ein Dutzend und mehr Genossenschaften in Deutschland nennen, die in der ausgezeichnetsten Weise geleitet werden und in ihrer Art ganz Vorzügliches leisten. — Wir haben z. B. in Hamburg im Gegensatz zur Berliner eine von Parteigenossen gegründete Bäckereigenossenschaft, die heute das größte Geschäft in Hamburg ist, und mit nicht weniger als 10 Wagen mit Pferden bespannt jeden Morgen aus ihren Geschäftslokalitäten fährt, um nach der Stadt und der ganzen Umgegend das Brot und die Backwaaren zu bringen. Damit brüsten wir uns aber nicht, damit gehen wir auch nicht so weit, zu sagen: seht, was dort möglich ist, kann auf die ganze Gesellschaft übertragen werden, und damit habt ihr ein wesentliches Heilmittel in der Hand, die soziale Lage der Arbeiter zu verbessern. Das fällt uns nicht ein. Und neben dieser gut geleiteten Bäckereigenossenschaft sind weiter Zigarrenarbeiter-, Schuhmacher-, Hutmachergenossenschaften u. s. w. in Deutschland, die zum Theil in ganz ausgezeichneter Weise geleitet werden und prosperiren. — Aber damit ist in gar keiner Weise weder für noch gegen unsere Prinzipien ein Beweis erbracht; weder spricht die Bäckereigenossenschaft, die schlecht verwaltet wird, gegen uns, noch die vielen Genossenschaften, die gut verwaltet und vorzüglich prosperiren, sprechen für uns, die nehmen wir für uns nicht in Anspruch. Wir betrachten sie als im ganzen für die große Bewegung gleichgiltige Institutionen, die mit ihr nichts zu schaffen haben; genau, wie wir den Konsumvereinen, von denen auch erwähnt wurde, daß sie von Sozialdemokraten geleitet und ins Leben gerufen werden, vollständig neutral gegenüberstehen. Wir legen dem Vortheil, den diese ihren Mitgliedern verschaffen, gar kein Gewicht bei, weil wir der Meinung sind, sie haben gegenüber den großen Umgestaltungen, die in Frage kommen, um die Arbeiterklassen als solche von dem bestehenden Lohnsystem zu befreien, und den Klassenstaat als solchen zu beseitigen, gar keine Bedeutung. — Dann hat der Herr Abgeordnete Dr. Bachem weiter auch Bezug genommen auf die Gehaltsfrage meines Freundes Liebknecht. Daß man eine solche Sache, Herr Dr. Bachem, vor das Forum des Reichstags schleppt, das ist stark; ich muß sagen, es ist mir ordentlich widerlich, darauf einzugehen. (Sehr richtig! links. Widerspruch im Zentrum.) Nachdem aber einmal diese Frage hier erörtert worden ist, so muß ich ja wohl darauf eingehen. — Was ist denn passirt? Nicht 10 000 Mark, sondern 7200 Mark haben wir unserem Freunde Liebknecht, wir als Parteivorstand, bewilligt, nachdem er, man darf wohl sagen, ein ganzes Menschenalter hindurch unentwegt in der Partei gestanden und für einen Hungerlohn zu arbeiten genöthigt war. Da haben wir, als wir endlich in der Lage waren, ein Gehalt ihm bezahlt, das anständig genannt werden darf, das aber nach den in Berlin an die ersten Redakteure der hier bestehenden Blätter gezahlten Honoraren als niedrig angesehen werden muß. Alle ersten Redakteure hiesiger Blätter bekommen ein Durchschnittsgehalt, das weit höher ist als das Liebknecht'sche; und wenn Sie den Herrn Kollegen von Hammerstein fragen wollten, was er als erster Redakteur der Kreuzzeitung bezieht (Heiterkeit), er wird antworten: für eine Lappalie, wie sie Herr Liebknecht hat, gebe ich meine Arbeitskraft für die Kreuzzeitung nicht her; und da hat er am Ende recht. Er ist der Redakteur eines großen konservativen Bourgeoisunternehmens; und wenn er statt 7200 Mark 20- oder 30 000 Mark beziehen kann, so nehme ich ihm das nicht übel, beneide ihn aber auch nicht darum. (Heiterkeit.) — Aber, meine Herren, wer hat diese Sache in die Oeffentlichkeit getragen? Nicht unsere „Jungen“, nein die bürgerliche Presse. Die bürgerliche Presse ist so unanständig gewesen, aus der Thatsache, daß hier und da in Parteikreisen eine kleine Unzufriedenheit über jenes Gehalt entstand, von dem wir überzeugt waren, daß es im stärksten Mißverhältniß zu denjenigen Einkommensverhältnissen stehe, mit denen der größte Theil

unserer Parteigenossen sich zufrieden geben muß, — ich sage, die bürgerliche Presse hat in der gehässigsten und schofelsten Weise die Höhe des Gehalts und die darüber entstandene unbedeutende Unzufriedenheit in unserer Partei benutzt, um agitatorisch und demagogisch gegen die Sozialdemokratie zu hetzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dieselben Redakteure, die ein ganz anderes Gehalt beziehen als die unsrigen, haben sich dazu hergegeben, in gehässiger Art gegen Liebknecht und das von ihm bezogene Gehalt loszuziehen, und versuchten innerhalb unserer Partei Propaganda gegen Liebknecht zu machen. (Unruhe rechts und im Zentrum.) Meine Herren, Sie müssen freilich zu solchen Mittelchen greifen, weil Sie mit großen, anständigen Mitteln überhaupt nicht mehr gegen uns zu kämpfen im Stande sind. (Oho! — Glocke des Präsidenten.) — Vizepräsident Dr. Baumbach: Herr Abgeordneter Bebel, ich muß Sie hier unterbrechen. Ich nehme an, daß die Wendung, die Sie soeben brauchten, — daß man mit anständigen Mitteln gegen die Sozialdemokratie nicht mehr zu kämpfen im Stande sei, — sich nicht auf Mitglieder des Hauses bezogen haben soll. — Abgeordneter Bebel: Herr Präsident, ich will zugeben: daß ich mich etwas falsch ausgedrückt habe, ich habe mit meinen Worten in erster Linie die gegnerische Presse, die hier im Hause nicht in Frage kommt, gemeint. — Weiter hat der Abgeordnete Bachem lebhaft bemängelt, daß wir keine Autorität hätten. „Wer ist denn eigentlich die Autorität bei Ihnen?" rief er uns zu, „ist es Bebel, ist es Liebknecht, ist es Singer? Niemand. Es giebt keine Autorität bei ihnen!" — Sehen Sie, meine Herren, das ist eben der große Vorzug, daß wir keine Autoritäten besitzen. Wenn bei uns eine Autorität besteht, dann ist das die selbsterworbene Autorität der einzelnen Personen, das ist die Autorität, die der Einzelne sich erwirbt durch seine Thätigkeit, durch seine Fähigkeiten, durch seine Opferwilligkeit, durch seine Hingabe für die Sache. Keine andere giebt es; eine künstliche, eine gemachte Autorität kennen wir nicht. Und die Parteigenossen, die einen Mann vor sich zu haben glauben, der ihre Interessen voll und ganz vertritt, übertragen ihnen selbstverständlich die Vertrauensstellungen, die sie zu vergeben haben, und nur insofern kommen diese in eine gewisse autoritative Stellung. Aber wie wenig diese autoritative Stellung von entscheidender Bedeutung ist, sehen Sie auf jedem unserer Parteitage. Muß nicht dort Liebknecht, muß nicht ich, muß nicht jeder unter uns sich gefallen lassen, von dem letzten unserer Genossen, wenn ich diese Unterscheidung einmal machen darf, in einer Weise vorgenommen zu werden, wenn er Dinge gemacht hat, die dem Einen oder Andern nicht behagen, wie das in keiner anderen Partei jemals vorkommt? Und wir, meine Herren, empfinden das nicht einmal unangenehm, wir finden es vielmehr ganz in der Ordnung und natürlich, daß der einzelne Genosse von seinem Rechte, seine abweichende Meinung uns gegenüber geltend zu machen, umfassenden Gebrauch macht und seine Anschauung uns gegenüber vertritt. — Also die geschaffenen und künstlich erhaltenen Autoritäten bekämpfen wir und zwar mit Recht. Wir sind gegen alle Autoritäten, gegen die himmlischen, wie gegen die irdischen, die Sie uns gegenüberstellen, und mit denen Sie bisher die Massen am Leitseil geführt haben und noch zu führen versuchen. Das ist der ungeheure Gegensatz, in dem wir uns zu Ihnen befinden. Und wenn Sie im Gegensatz zu der mangelnden Autorität, die Sie bei uns sehen, von „sozialdemokratischer Tyrannei" sprechen, so ist das auch wieder eine von den Behauptungen, für die Sie keine Beweise haben. Auf der einen Seite Mangel an Autorität und auf der anderen Seite die ärgste Tyrannei. Welcher Widerspruch! Wer übt denn eigentlich diese Tyrannei aus? Wir wahrhaftig nicht; wir sollten es uns beikommen lassen, irgend einem Genossen gegenüber eine Tyrannei auszuüben — wir kämen schön an! Da sind die klar ausgesprochenen Programmsätze und die klar ausgesprochenen Organisationsbestimmungen, nach denen wir uns wie jeder unter uns zu richten haben. Und wer im Widerspruch mit diesen dem Einzelnen gegenüber auftreten und ihm etwas zumuthen wollte, wozu er kein Recht hat, dem ginge es schlecht. In keiner Partei wird gegen tyrannische Bestrebungen in so energischer Weise aufgetreten als in der sozialdemokratischen, die ihrem ganzen Wesen und ihrer inneren Natur nach eine durchaus demokratische Partei ist und auch sein muß, wenn sie zu ihren Zielen kommen will. Wir stehen damit in Gegensatz zu allen alten Parteien, von denen keine einzige eine wirklich demokratische Partei ist. — Meine Herren, daran anknüpfend, kam man dann auf die Frage nach dem „Zukunftsstaat". Es waren die Herren Dr. Buhl, Dr. von Boetticher und Bachem, die diese Frage gleichzeitig stellten. Als ich Herrn Dr. von Boetticher in die Tonart der Herren Bachem und Dr. Buhl einstimmen hörte, dachte ich anfangs: es thut mir weh, daß ich dich in der Gesellschaft seh. (Heiterkeit.) Denn in der 27. Sitzung, in der Abgeordneter Schrader unsere Partei angriff wegen unserer Stellung zu den Abzahlungsgeschäften, war es Herr Dr. von Boetticher, der in einer Art, die unsern lebhaftesten Beifall fand, unsere Partei gegen die Anschuldigung und Unterstellungen des Dr. Schrader in Schutz

nahm. (Heiterkeit.) Wir haben, wie gesagt, ihm dafür Beifall gezollt, und ich sagte mir damals: wenn ihr einmal künftig in die Lage kommen solltet, einen Staatssekretär des Innern nöthig zu haben, und um eine passende Person in Verlegenheit seid, dann hat der Staatssekretär Dr. von Boetticher durch seine heutige Rede bewiesen, daß er sich bereits so lebhaft in den sozialdemokratischen Ideengang hineingearbeitet hat, daß er wohl als Kandidat für diesen Posten in Frage kommen kann. (Hört! hört! links. Lebhafte, lang andauernde Heiterkeit.) Meine Herren, ich muß nun freilich jenes Lob sofort einschränken; denn am letzten Dienstag hat er es wahrhaftig nicht verdient. Da hat Herr Dr. von Boetticher eine Stellung eingenommen, die ganz entgegengesetzt der gegenüberstand, die er in der Sitzung vom 27. Januar eingenommen hatte. Am Dienstag sagte auch er: was wollt ihr denn eigentlich mit eurem sozialdemokratischen „Zukunftsstaat"? Ich könnte diese Frage, die auch Herr Bachem stellte, mit einer anderen Frage an Herrn Bachem beantworten, indem ich ihn fragte: wie stellen Sie sich denn die Auferstehung nach dem Tode und das ewige Leben vor (Unruhe und Zuruf), — über welche seit 18 Jahrhunderten Ihre Kirche gepredigt und bis heute keine Beweise dafür erbracht hat —? (Zuruf.) — Sie werden mir mit keinen Beweisen antworten können. (Zuruf.) — Doch? Da bin ich wirklich sehr gespannt. Das wird eine Beweisführung werden, auf die ich außerordentlich neugierig bin. Meine Spannung darauf ist größer als die Ihre gegenüber mir in Bezug auf meine Auseinandersetzungen über den „Zukunftsstaat". (Heiterkeit.) — Ich sagte Ihnen schon: Herr Bachem hat im Widerspruch mit dem, was er behauptete, keine Studien in der sozialdemokratischen Literatur gemacht; denn hätte er diese Studien gemacht, so konnte er gar nicht die Frage nach dem sozialdemokratischen „Zukunftsstaat" stellen, und zwar aus dem sehr einfachen Grunde, weil wir überhaupt keinen sozialdemokratischen „Zukunftsstaat" haben wollen. (Lebhafte Bewegung und Zurufe. — Oho!) — Meine Herren, ich wußte ja, daß Sie da allerlei zurufen würden. Ich sage noch einmal: Sie hätten diese Frage nicht stellen können. Ich gebe zu, daß Sie vor 10, 12 15 Jahren eine solche Frage stellen konnten, und zwar aus dem Grunde, weil die Sozialdemokratie damals in ihrer theoretischen Entwicklung noch erheblich hinter ihrem heutigen Standpunkte zurückstand. Wir sind nicht nur eine, wie Sie sagen, revolutionäre Partei, wir sind auch eine vorwärts strebende Partei, eine Partei, die beständig lernt, und die in beständiger geistiger Mauserung begriffen ist (Große Heiterkeit), eine Partei, die nicht die Meinung hat, daß ein heute ausgesprochener Satz und eine heute als richtig gehegte Anschauung unzweifelhaft und unfehlbar für alle Ewigkeit feststeht. Sehen Sie, meine Herren: wir haben, seitdem in Deutschland die Sozialdemokratie besteht — es sind jetzt 30 Jahre seit dem Auftreten Lassalle's verflossen —, eine ganze Reihe geistiger Mauserungen durchgemacht. Da hatten wir zuerst das Lassalle'sche Programm, die Lassalle'schen Theorien mit den Auffassungen Lassalle's vom Staate, die noch ganz in der alten Auffassung der deutschen Philosophie seit Fichte befangen waren; beachten Sie weiter die Mittel, die Lassalle vorschlug in Bezug auf die Hebung der Arbeiterklasse, die Gründung sogenannter Staatswerkstätten, richtig die Gründung von großen Genossenschaften mit Hilfe von Staatskredit. Diese Forderung hat nahezu 20 Jahre im sozialdemokratischen Programm gestanden, aber dann ist sie beseitigt worden, nachdem die vorgeschrittenen Köpfe in der Partei bereits seit langem über diese Forderung hinausgegangen waren. In unserer vorgeschritteneren Literatur, insbesondere in den Werken von Marx und Engels, haben zwar zu keiner Zeit die Anschauungen Lassalle's Zustimmung gefunden, aber sie beherrschten die Partei. Wir wissen auch heute, daß Lassalle — das hat er in seinen bekannten Briefen an Rodbertus ausgesprochen — selber nicht gemeint hat, mit seinen Vorschlägen das letzte Wort gesprochen zu haben, daß er vielmehr im Gegentheil der Meinung war, es handle sich zunächst nur darum, einen möglichst praktisch scheinenden Vorschlag zu machen als Propagandamittel, um dann später weiter zu gehen, wenn die Massen für diesen Vorschlag gewonnen seien. Er war damals der Meinung, daß das geistige Auffassungsvermögen der Masse noch nicht so weit sei — mit welchem Rechte, das lasse ich streitig —, um die sozialistischen Forderungen in ihren letzten Konsequenzen zu verstehen. — Lange hat die Partei auf diesem Boden gestanden, bis sie zuerst in den fortgeschrittenen Köpfen sich hiervon loslöste und sie endlich auf dem Parteitage zu Erfurt vor 2 Jahren dazu überging, das neue Programm aufzustellen, das vollständig mit der früheren Auffassung vom sozialdemokratischen Staate gebrochen hat. Ich erinnere ferner als Zeichen unserer Entwicklung an das Programm des Verbandes der Arbeitervereine von 1868 in Nürnberg, an deren Spitze ich damals stand, an das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach 1869, an das Gothaer Programm von 1875, das allerdings im Wesentlichen das 1869er Programm war, als die beiden Fraktionen, die Lassallaner und die Eisenacher, sich vereinigten; endlich bekamen wir 1891, wie bemerkt, auf dem Parteitag zu Erfurt das gänzlich neue Programm, das

nunmehr für die Gesammtpartei diejenige Richtschnur schuf, die theoretisch seit langem die wissenschaftliche Literatur und die vorgeschritteneren Männer in unserer Partei aufgestellt hatten. — Also die sozialistische Literatur über die letzten Ziele der Partei ist vorhanden; und der Herr Abgeordnete Bachem, indem er — ich komme wieder darauf zurück — davon sprach, daß er die sozialistische Literatur kenne, — er kennt sie nicht. Denn, wenn er nur das kleine Broschürchen, das ich hier in meiner Hand halte und das gegenwärtig in 4. Auflage in der hiesigen „Vorwärts“-Buchhandlung erschienen ist, aber vor mehr als 12 Jahren zuerst herauskam, gelesen hätte, so würde er auf Seite 40 — es ist das Schriftchen „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopien zur Wissenschaft“ von Friedrich Engels — eine längere Auseinandersetzung finden, worin Engels die beim ersten Erscheinen der Schrift noch allgemein vorhandene Auffassung von dem sozialdemokratischen Volksstaat bekämpft und ausführt, daß in letzter Entwicklung für den Sozialismus es sich nicht mehr um den Staat handelt, sondern um die Aufhebung des Staats, um die Schaffung einer Organisation der Verwaltung, der nichts obliege, als die Leitung von Produktions- und Austauschprozessen, also einer Organisation, die mit dem heutigen Staat nichts mehr zu thun hat. — Weiter ist außer den ausgezeichneten Ausführungen, die aus dem letzten Theil des I. Bandes des „Kapital“ von Marx hier einschlagen, auf die ich hier nur verweise, in erster Linie zu nennen die vorzügliche, zuerst 1877 erschienene und seitdem in vielen Auflagen verbreitete Schrift von Engels „Herr Eugen Dühring und die Umwälzung der Wissenschaft“, weiter die sehr instruktive und außerordentlich interessante, auch in der Wissenschaft von allen Seiten als vorzüglich anerkannte Schrift von Friedrich Engels „Der Ursprung der Familie, des Privateigenthums und des Staates“, dann das Kautsky'sche Buch „Das Erfurter Programm“, und endlich diejenigen Ausführungen, die ich selbst zum Theil in Anlehnung an die Darlegungen meines Freundes Engels in meinem Buche „Die Frau“ gemacht habe. Es sind dies alles Ausführungen, die zeigen, daß es sich bei Lösung des sozialen Problems im Sinne des Sozialismus in letzter Instanz nicht mehr um den sozialdemokratischen „Zukunftsstaat“, sondern um etwas ganz anderes, um eine sozialistische Gesellschaftsorganisation handelt. — Der Herr Abgeordnete Bachem fragte: wo ist denn euer Zukunftsbild? ist es dasjenige, das Herr Eugen Richter entworfen hat? Na, er wird wohl selbst wissen, daß das ein Pamphlet war, das gegen die Sozialdemokratie geschrieben wurde, und ebenso gut und schlecht geschrieben wurde, wie es Herr Eugen Richter konnte. (Heiterkeit.) Meine Herren, ich sage Ihnen offen, daß ich seine Militärreden und seine Budgetreden, auch sein A-B-C-Buch mit viel mehr Genuß (große Heiterkeit) und mit mehr Nutzen für meine Belehrung — denn ich lerne auch vom Gegner gern, wenn er etwas Lernenswerthes bringt — gehört und gelesen habe, als was in dieser Broschüre über die Sozialdemokratie herausgekommen ist. Wir haben durch dieselbe nur eine typische Figur für unsere Witzblätter bekommen, die „Spar-Agnes“, von der unsere Witzblätter seit Jahren zehren, und die auch in unseren Privatunterhaltungen nicht selten ein Thema des Amüsements bildet. (Heiterkeit.) — Aber, meine Herren, weiter mich hier auf eine Auseinandersetzung und Widerlegung derselben einzulassen, das hieße wahrhaftig Eulen nach Athen tragen; das ist auch verschiedentlich geschehen, nicht vor mir, aber von anderen. Aber eines will ich Ihnen anführen — und das ist charakteristisch für den agitatorischen Werth dieser Schrift, die von Ihnen, d. h. von Ihren Freunden draußen im Lande in Hunderttausenden von Exemplaren vertheilt worden ist, Sie werden sehen, welcher Werth für Sie dabei herausspringt. Ich bin überzeugt, kein Mann, wenigstens kein Arbeiter ist durch diese Broschüre der Sozialdemokratie abwendig gemacht worden. Ich sage mehr, ich sage: kein Arbeiter wird gehindert werden, dadurch Sozialdemokrat zu werden. Ich habe im vorigen Herbst in Brandenburg an der Havel eine Volksversammlung gehalten. Als ich nach dem Schluß derselben wegging, kam ein junger Arbeiter an mich heran und bat mich um ein paar Minuten Gehör. Er erzählte mir darauf, er sei Arbeiter in einer Fabrik, in der über 300 Arbeiter beschäftigt würden, und in der auf die Ankündigung meines Vortrages der Unternehmer sofort 3- bis 400 Exemplare der famosen Broschüre unseres Kollegen Richter habe kommen und in der Fabrik habe gratis vertheilen lassen — sie müssen überhaupt gratis vertheilt werden, denn die Arbeiter kaufen sie nicht, die kaufen vernünftigere Sachen als Eugen Richter'sche Schriften. (Heiterkeit.) Dann sagte er, er habe sie auch gelesen, er habe sich bisher um die Sozialdemokratie gar nicht gekümmert, aber sich doch gesagt: solchen Unsinn kann die Sozialdemokratie unmöglich wollen; und da sei er heute in die Versammlung gegangen und habe mich gehört, und da habe er gefunden, daß das bestätigt sei, was er sich gedacht, und von jetzt ab sei er Sozialdemokrat. Sehen Sie, meine Herren, das ist auch ein Beispiel dafür, wie die Verbreitung derartiger Schriften für die Sozialdemokratie wirkt. —

„Nun, wenn ihr den sozialdemokratischen Zukunftsstaat nicht wollt,“ werden Sie sagen, „ja, was wollt ihr denn?“ Da bin ich zunächst genöthigt, mit einigen Worten auf den Begriff des Staats einzugehen, wie wir ihn nach den neuesten Forschungen der Wissenschaft auffassen. Meine Herren, über das Wesen des Staats ist schon seit Jahrhunderten und länger gestritten worden. Seit Plato und Aristoteles haben sich alle unsere Philosophen und Staatsrechtslehrer damit abgegeben, eine genaue allen Anforderungen entsprechende Definition des Staatsbegriffs und damit auch des Wesens des Staats zu geben. In der Hauptsache ohne Erfolg, wie das bisher auch mit vielen anderen Begriffen geschah. Alle, die sich mit der Definition des Staatsbegriffs befaßten, stellten die widersprechendsten Gesichtspunkte und Kriterien auf über Begriff und Wesen des Staats. Erst in dem Augenblick, wo man dazu überging, die Gesellschaft historisch in ihrer ganzen sozialen und ökonomischen Entwicklung zu studiren, da ist man auch dazu gekommen, zu erkennen, was der Staat ist, was er bedeutet in einer jeweiligen Geschichtsperiode, und woher er seine Macht hat. Meine Herren, der Staat ist in derselben Geschichtsperiode entstanden, in der, überall zeitlich und in den Formen verschieden, das Privateigenthum aufgekommen war. In dem Moment, wo die alte kommunistische Urgesellschaft in den gentes organisirt, sich in einer Weise entwickelt hatte, daß sie zur Bildung von Privateigenthum gelangte, war eine reprimirende Gewalt, was der Staat ist, nothwendig. So lange kommunistisches Eigenthum besteht, ist ein Staat und eine Staatsgewalt nicht nothwendig und nicht möglich; die Staatsgewalt, die Staatsorganisation tritt erst in der Periode auf, in der gegensätzliche Interessen in der Gesellschaft zum Vorschein kommen, — in einer Periode, in der der Streit und der Kampf um das Mein und Dein begann, in der also die alte kommunistische Gesellschaftsverfassung verschwunden oder im Verschwinden begriffen war, in welcher der Besitzer dem Nichtbesitzer gegenübertrat, in der ein Theil der Gesellschaft sich ganz oder theilweise das Eigenthum der gentes, des Stammes, als Privateigenthum angemaßt hatte und die damit gewonnene Macht nun benutzte, um in immer weiterem Maße seine ökonomische und soziale Stellung zu befestigen. Sobald in der Gesellschaft ein solcher Interessengegensatz vorhanden ist, sind auch Organe nöthig, die reprimirend eingreifen, die als auferzwungene Autorität eintreten, und die dann in der Regel gleichzeitig von der vorhandenen Priesterschaft, die immer im Dienste der Herrschenden steht, als die von den Göttern eingesetzten Autoritäten dargestellt werden, damit die Besitzlosen und Benachtheiligten davor zurückschrecken, eine solche Autorität anzutasten, ihre soziale und politische Stellung zu untergraben oder gar zu vernichten. In dem Maße, wie die Bildung und Entwicklung des Privateigenthums immer vielgestalteter wird, das Handwerk neben dem Ackerbau und der Viehzucht emporwächst, und insbesondere der Handel anfängt, eine größere Bedeutung zu erlangen, wird mit den vielgestaltigen Beziehungen auch die Staatsorganisation immer vielgestaltiger. Der Staat ist aber dazu da, den Anforderungen der herrschenden Klassen nach allen Richtungen hin Rechnung zu tragen, und mit der Komplizirtheit der gesellschaftlichen Erscheinungen wird auch er selbst immer komplizirter. — So sehen Sie also, meine Herren, — und daher unsere materialistische Geschichtsauffassung, — daß in dem Maße, wie innerhalb einer gegebenen Gesellschaft bestimmte Produktionseinrichtungen existiren, und diese Gesellschaft ihre Austauschbeziehungen dementsprechend regulirt, in demselben Maße auch die Staatsgewalten und die Staatsformen sich ändern und umgestalten. Die Gesellschaft, die Jahrtausende auf dem Boden des Privateigenthums stand, die Gesellschaft, die aus dem alten antiken Staat, aus dem Feudal- und absoluten Staat zur bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelte, mußte mit ihren immer mehr zunehmenden und sich verzweigenden sozialen Beziehungen auch selbstverständlich die Staatsverwaltung einer totalen Umgestaltung unterwerfen. Und, meine Herren, daß in der neueren Zeit, in allen Kulturländern der Erde sich das Bestreben geltend machte — in dem bürgerlich vorgeschrittensten Land England in erster Linie —, die Herrschaft unserer großen und kleinen Feudalherren immer mehr und mehr zu brechen und an die Stelle der kleinen Territorien dieser Herren die großen Zentral- und Nationalstaaten zu setzen, entsprach dieser ökonomischen Entwicklung. Also diese letztere Entwicklung speziell ist niemand anders als den materiellen Interessen unserer Bourgeoisie geschuldet, die mit Nothwendigkeit den großen Nationalstaat braucht, einmal um ein möglichst großes und sicheres Absatzgebiet für ihre Waaren zu haben, dann nach der andern Seite um eine Schutzgewalt zu besitzen, die sie in die Lage versetzt, auf dem Weltmarkt auftreten zu können, um nach allen Seiten Absatz für ihre Produkte zu finden. — Das ist in großen Zügen das Entwicklungsbild unseres Staatswesens, und von diesem Gesichtspunkt aus erklärt sich auch, daß die jeweilige Staatsgewalt nichts anderes ist als der Ausdruck der Interessengemeinschaft der herrschenden Klassen in einem *bestimmten* Staat. Als ich daher vor ein paar Jahren an dieser Stelle — ich glaube

es war in einer Budgetrede — den Ausspruch that: wer sind denn eigentlich die Herren im Bundesrath und in den Regierungen? sie sind in Wahrheit nichts weiter als der Verwaltungsausschuß der Interessen der besitzenden Klassen, — war es Herr v. Boetticher, der im vollkommenen Einverständniß und in Würdigung seiner eignen Stellung als Verwaltungsausschußmitglied der herrschenden Klassen mir zurief: sehr richtig! Nun, meine Herren, ist das aber der Fall, ist die Staatsgewalt nichts anderes, als daß sie die Gesellschaftsinteressen der herrschenden Klassen repräsentirt, daß sie dafür zu sorgen hat, daß diese nicht angetastet werden, daß sie ein bestimmtes Rechtssystem schafft, durch das die aus den ökonomischen Verhältnissen sich ergebende Rechtsordnung möglichst fest und gesichert aufrecht erhalten wird, dann ist es auch klar, daß, wenn einmal ein Zeitpunkt kommt, wo die Klassengegensätze aus der Welt geschafft werden können und werden, auch die Staatsgewalt aufhört zu existiren, weil sie keine Aufgaben mehr vor sich hat. (Zuruf.) — Meine Herren, es wird mir zugerufen: oho! Ich kann nicht verlangen, daß ich Sie mit meinen sehr aphoristisch gehaltenen Ausführungen ohne weiteres überzeugen werde; ich will dem Herrn Kollegen, der mir das Oho zugerufen hat, bemerken: auch mir als Sozialisten hat es nicht über Nacht eingeleuchtet, daß der Staat einmal aufhören könnte. Wie kann der Staat aufhören, das Höchste, was man bisher gekannt hat? Der Staat, der auch nach der Auffassung von Lassalle diejenige Organisation ist, die für den Schutz, das Recht, die Gleichberechtigung Aller einzutreten habe! Wir sehen, daß der Staat das keineswegs thut, daß er sich im Gegentheil sträubt, die Gleichberechtigung Aller anzuerkennen. Wir wissen ja, daß das allgemeine Stimmrecht, was bis zu einem gewissen Grade einen Ausdruck der Rechtsgleichheit Aller bedeutet, — daß das allgemeine Stimmrecht nur gegeben wurde unter dem Zwange äußerer Verhältnisse, und daß man sich heute freuen würde, wenn man es abschaffen könnte. (Sehr richtig rechts.) — Sehr richtig! rufen Sie, — das weiß ich; ich gebe Ihnen auch zu: das allgemeine Stimmrecht, d. h. die demokratische Anerkennung der Gleichheit aller Staatsbürger ohne Unterschied des Standes, des Besitzes, der religiösen Auffassung und der Geburt steht allerdings in direktem Gegensatz zu unseren ungleichen Besitzverhältnissen. Eine Gesellschaft, die auf der Klassenherrschaft beruht, die nur durch Klassengegensätze existirt, die bemüht sein muß, diese Klassengegensätze aufrecht zu erhalten bei Strafe ihres eignen Untergangs, diese kann die allgemeine Rechtsgleichheit nicht mit gutem Willen gewähren; denn damit ist ein Moment gegeben, das auf ihre eigne Zerstörung und ihren Untergang hinwirkt. (Sehr richtig! rechts.) Das allgemeine Stimmrecht arbeitet auf die Demokratisirung des Staates, der Staatsgewalt und auf die Umgestaltung der sozialen Verhältnisse hin. (Sehr richtig! rechts.) Ich sage Ihnen das ganz offen, selbst auf die Gefahr hin, daß Sie diese meine Ausführungen nächstens einmal bei einem Antrag auf Aufhebung des allgemeinen Stimmrechts benutzen, um Kapital daraus zu schlagen. Thun Sie es nur, — wir wissen doch, wo wir bleiben, und wohin wir zuletzt kommen werden, Sie mögen machen, was Sie wollen! — Nun, meine Herren, werden Sie fragen: „wie denkt ihr euch denn die Fortentwicklung?“ Meine Herren, wie haben Sie denn Ihren heutigen Staat geschaffen? Daß der heutige Staat nicht dem von vor 100 Jahren ähnlich sieht, werden Sie mir ohne weiteres zugeben. Wie stimmen aber die heutigen Zustände mit dem Gemälde das vor 100 Jahren und noch vor Jahrzehnten Ihre Vorkämpfer von diesem neuen bürgerlichen Staat entwickelt haben? Lesen wir, was vor der französischen Revolution über die Nothwendigkeit der Umgestaltung des Feudalstaats in einen konstitutionellen Staat, d. h. in einen Staat des Bürgerthums, geschrieben wurde, was da alles sich entwickeln werde, was nothwendig wäre, und vergleichen wir es mit der Wirklichkeit, dann finden wir einen mächtigen Unterschied. Daß wir kein solches Gemälde heute mehr geben, das kommt daher, weil wir die Gesetze der Entwicklung, durch welche unsere Gesellschaftsordnung mehr und mehr ihrer Weiterentwicklung und ihrer Vervollkommnung, aber auch ihrem endlichen Untergang entgegengeht, im Gegensatz zu Ihren Vorfahren genau kennen. Wie Ihre eignen Vorfahren auf dem Gebiet des Staatswesens Utopisten waren und Schilderungen sich erlaubten, die mit den später eingetretenen thatsächlichen Verhältnissen in gar keinem Einklang standen, ebenso auch diejenigen Männer, die als Sozialisten in gewissem Sinne unsere Vorkämpfer waren und auch ihrerseits solche Gemälde veröffentlicht haben. Ich rede gar nicht mehr von Plato; gehen wir nur zu Thomas Morus über, der im 16. Jahrhundert in dem damals bürgerlich vorgeschrittenen England lebte; gehen wir über zu Campanelli, zu Morelli im vorigen Jahrhundert, gehen wir endlich über zu den großen Sozialisten und Kommunisten, die insbesondere in England und Frankreich im Laufe dieses Jahrhunderts eine Rolle gespielt haben, zu Saint Simon, zu Fourier, Owen, Babet, — ja, meine Herren, diese alle haben wunderschöne, prächtige Staats- und Gesellschaftsgemälde entworfen, wundernett bis ins einzelne dargestellt, — nichts wurde darin übersehen zu

ordnen und vorzuschreiben. Und mir scheint, daß Sie etwas von diesen Staats- und Gesellschaftsgemälden haben läuten hören oder vielleicht auch gelesen haben, da Sie der Meinung sind, daß auch wir genau so, wie diese großen Utopisten ihrer Zeit dazu übergegangen sind, die Gesellschaft in allen ihren Einzelheiten zu malen, — daß wir es nun auch so machen müßten. Nein, meine Herren, das lassen wir schön bleiben. (Heiterkeit.) Das ist gerade der große Unterschied zwischen uns und jenen: jene waren Utopisten, und wir, wir sind praktische Leute: jene waren Männer, die entsprechend ihrem unentwickelteren Zeitalter, von der Auffassung ausgingen, es sei nur nöthig, daß man den herrschenden Klassen darlege, daß die bestehende Gesellschaftsordnung ungerecht, unwahrhaftig, lügnerisch, korrupt sei, und daß man nur auf Grund der vorhandenen Thatsachen darauf brauchte hinzuweisen, daß eine Neuordnung nöthig sei, und daß man diese Neuordnung in allen Einzelheiten fertig vorzuführen brauche, um die Menschen zu bestimmen, die Neuordnung zu begründen. So konnte es geschehen, daß ein Fourier, einer der geistreichsten Menschen, die je gelebt haben, 20 Jahre lang Tag für Tag Mittags 12 Uhr in seiner Wohnung war, um den Mann in Empfang zu nehmen, der ihm die Million Franken bringen würde, um sein Phalanstère ins Leben zu rufen; so fest glaubte er an diese Idee. Er wandte sich an alle Fürsten Europas, um sie von der Richtigkeit seiner neu geplanten Gesellschaftsordnung zu überzeugen; ja, als alles nichts mehr helfen wollte, wandte er, der selber Antisemit war, wie aus seinen Schriften hervorgeht, sich an Herrn von Rothschild, um ihn zu veranlassen, ein neues Reich der Juden in Palästina auf Grund seiner sozialistischen Phalanstèrien zu gründen. Ganz in ähnlicher Weise haben ein Saint Simon, ein Owen, ein Cabet gehandelt. Warum thun wir das heute nicht? Warum fällt uns das gar nicht ein, im Gegensatz zu jenen Männern und ihren Schülern — denn sie haben zahlreiche Schüler gehabt, namentlich aus den höheren und den mittleren Klassen, besonders aus der Schriftstellerklasse — warum gehen wir nicht darauf ein, wie es jene gemacht haben, in Amerika, Australien kleine Gesellschaften, sozialistische Kolonien ins Leben zu rufen und zu beweisen: seht ihr, so kann die große bürgerliche Gesellschaft umgewandelt werden —? Weil wir sagen: das ist Unsinn, ihr kennt die bürgerliche Gesellschaft nicht. Die bürgerliche Gesellschaft ist nicht entstanden, weil Einzelne von der Nothwendigkeit und Gerechtigkeit derselben überzeugt waren, sondern sie ist entstanden, weil die ökonomische Entwicklung der Gesellschaft diejenige Arbeits- und Gesellschaftsordnung nothwendig machte, die wir gegenwärtig besitzen; und ebenso wird eine weitere Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft auf ihrem gegenwärtigen Boden bis zu ihrer höchsten Vollendung die Bedingungen schaffen, die für die Gründung einer anderen neuen Gesellschaft die Bausteine liefert. Gewiß ist die bürgerliche Gesellschaft die beste aller bisher bestehenden Gesellschaften, — das gebe ich zu; aber sie ist nicht die letzte der Gesellschaften, hinter ihr wächst eine neue empor. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Die bürgerliche Gesellschaft hat nicht ewig bestanden, wie Sie und Ihre Anhänger im Reiche gern den unwissenden Leuten vorzureden pflegen: Sie sagen gern: es ist ewig so gewesen, und weil es ewig so war, wird es ewig so bleiben. Nein, es ist nicht ewig so gewesen. Die bürgerliche Gesellschaft ist ein verhältnißmäßig neues Produkt; die Gestalt, die sie angenommen hat, ist in Deutschland erst in diesem Jahrhundert entstanden, in Frankreich am Ende des vorigen, in England seit dem 17. Jahrhundert nach der Revolution unter Oliver Cromwell. Da sind die neuen Bedingungen, da ist der neue Zustand gesetzlich und staatlich organisirt worden, der die bürgerliche Gesellschaft auf die Höhe gebracht hat, auf der wir sie heute sehen. — Weit entfernt, daß wir die bürgerliche Gesellschaft deshalb als unvernünftig bekämpfen, weil sie ist, was sie ist, — wir bekämpfen sie vielmehr in ihren Auswüchsen, um zu zeigen, daß an ihre Stelle eine neue, bessere Gesellschaft treten muß. Wir erkennen an, daß die bürgerliche Gesellschaft im Gegensatz zu allen vorhergehenden Gesellschaften die großartigste Gesellschaft ist, die je bestanden hat. Die bürgerliche Gesellschaft hat eine revolutionäre Umgestaltung in allen Lebensbeziehungen der Menschen herbeigeführt, wie vor ihr keine andere Gesellschaft. — Hören Sie einmal, was meine Freunde Karl Marx und Friedrich Engels in dem bekannten Manifest, das bereits Anfang 1848 erschienen war, über die bürgerliche Gesellschaft sagen!

> Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt. — Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose „baare Zahlung“. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmuth in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche

Würde in den Tauschwerth aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlerworbenen Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt. — Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Thätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt. — Die Bourgeoisie hat dem Familienverhältniß seinen rührend sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältniß zurückgeführt. — Die Bourgeoisie hat enthüllt, wie die brutale Kraftäußerung, die die Reaktion so sehr am Mittelalter bewundert, in der trägsten Bärenhäuterei ihre passende Ergänzung fand. Erst sie hat bewiesen, was die Thätigkeit der Menschen zu Stande bringen kann. Sie hat ganz andere Wunderwerke vollbracht, als egyptische Pyramiden, römische Wasserleitungen und gothische Kathedralen; sie hat ganz andere Züge ausgeführt, als Völkerwanderungen und Kreuzzüge.

Meine Herren, das ist doch das größte Lob, daß man der Bourgeoisie, diesem Repräsentanten der bürgerlichen Gesellschaft, zollen kann. (Große Heiterkeit.) Ja, ungeheure revolutionäre Entwicklung auf allen Gebieten menschlichen Wissens hat die Bourgeoisie herbeigeführt wie keine andere Klasse. Und, in demselben Maße, wie die Bourgoisie sich weiter entwickelt, geschieht es ihr wie allen anderen leitenden Klassen, in früheren Gesellschaftsepochen: in dem Maße, wie sie sich weiter entwickelt, schafft sie diejenigen Elemente aus ihrem eigenen Leibe, die ihr den Untergang bereiten, erzeugt sie ihre eigenen Todtengräber. (Oh! oh!) Die bürgerliche Gesellschaft war erst möglich nach der feudalen Gesellschaft, und die sozialistische Gesellschaft ist erst möglich nach der bürgerlichen Gesellschaft. Wir sind Ihre Erben. (Oh! — Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Ist das aber der Fall, dann begreifen Sie aber auch wohl, hoffe ich, daß wir diesen ganzen Entwicklungsprozeß nicht künstlich beschleunigen können und nicht künstlich beschleunigen wollen. Es hängt nicht von uns ab, wie die bürgerliche Gesellschaft sich weiter entwickelt; wir können Ihnen nicht vorschreiben, wie Sie, die herrschenden Klassen, arbeiten sollen, damit wir zur Macht und zum Siege kommen. Meine Herren, in dem Maße, wie das Kapital sich konzentrirt, in dem Maße, wie die Großproduktion immermehr überhand nimmt, in dem Maße, wie die kapitalistische Gesellschaft mehr und mehr das Prototyp der gesammten heutigen Gesellschaft wird, in dem Maße, wie die Verarmung der mittleren Schichten um sich greift, und die Proletarisirung der Massen vor sich geht, werden die Klassengegensätze schärfer, werden mit der Proletarisirung der Massen auch neue Gedanken und neue Ideen in ihren Köpfen erzeugt. Daß es vor hundert Jahren keine Sozialdemokraten gab, liegt darin, weil vor hundert Jahren die Existenzbedingungen für die Sozialdemokratie nicht vorhanden waren, nicht diese moderne bürgerliche Gesellschaft bestand, aus der allein die Sozialdemokratie entstehen konnte, weil sie das naturnothwendige Produkt eben dieser bürgerlichen Gesellschaft ist. — Ich meine, das ist eine so einfache selbstverständliche und so naturnothwendige Folgerung, daß ich nicht glaube, daß noch ein einziger Mensch ihr widersprechen kann. — Ist das aber der Fall, dann haben wir heute für uns nichts weiter zu thun, als dafür zu sorgen, daß die Massen über das Wesen und die Natur der bürgerlichen Gesellschaft aufgeklärt werden, daß sie zur Auffassung kommen, daß sie in dieser Gesellschaft nothleiden und darben, daß sie, obgleich sie arbeiten von früh bis spät, von der Gesellschaft in der ungerechtesten Weise ausgebeutet werden, daß sie, die sie die Werthe erzeugen, dieselben nicht genießen, sondern daß kraft der Organisation der Gesellschaft diejenigen es sind, die die Produktions- und Arbeitsmittel als Kapital in ihren Händen haben, um sich als Herren der Welt und als Herren der Schöpfung aufzuspielen und die Arbeiterklasse zu unterdrücken. Das ist also der natürliche Verlauf. Und in dem Maße, wie die Massen unter diesen Verhältnissen leiden und das erkennen, und kraft der großartigen Kulturmittel — das soll wiederum der bürgerlichen Gesellschaft unbestritten anerkannt werden, daß sie Kultur- und Aufklärungsmittel in einer Fülle erzeugt hat, wie keine Gesellschaft vor ihr — die Arbeitermassen in die Lage kommen, diese Kultur- und Aufklärungsmittel, wenn auch in noch so verkümmerter Gestalt, benutzen zu können, wächst die Einsicht der Massen über die Zustände in der bestehenden Gesellschaft, wächst die Einsicht über die Nothwendigkeit der Umgestaltung derselben im Interesse der Arbeiterklasse. — Sehen Sie, meine Herren, darum arbeiten wir so, wie wir arbeiten, und gehen nicht dazu über, utopistische Kleinmalerei zu treiben und zu sagen: so und so muß die sozialistische Gesellschaft sein. Die kommt von selbst. — Hören Sie einmal, wie, anknüpfend an das Erfurter Programm und seine Beschlüsse, Professor Delbrück in den „Preußischen Jahrbüchern" über das Verlangen, wir sollten eine Malerei von unserem Zukunftsstaat geben, denkt. Da heißt es im fünften

Heft vom November 1891 in einer Korrespondenz, welche den sozialistischen Parteitag betrifft:

> Diejenigen, die glauben, die Sozialdemokratie durch Aufdeckung der Absurditäten ihres Programms tödten zu können,

— er glaubt nämlich, wir hätten Absurditäten im Programm, was wir natürlich nicht glauben —

> sind in einem vollständigen Irrthum. Was hatten denn die Männer, die zuerst die Wiedererrichtung eines deutschen Nationalstaates ins Auge gefaßt haben, für ein Programm? Nichts leichter für einen kühlen Verstandsmenschen nach den Freiheitskriegen und in den 20er Jahren, als nachzuweisen, daß die Deutschthümelei sinnlos sei, da niemand von all den deutschen Enthusiasten einen gangbaren Weg zum neuen deutschen Kaiserthum anzugeben wußte. Aus dem Nachlaß des verstorbenen Historikers Schmidt in Jena ist ein dickes Buch veröffentlicht, wonach der Freiherr von Stein von der zukünftigen Gestaltung Deutschlands die allerverkehrtesten Vorstellungen gehabt und die allerunausführbarsten Dinge angestrebt habe.

Und er schließt dann:

> Praktisch ausführbare Programme bedürfen die Parteien und Staatsmänner erst in dem Augenblick, wo sie die thatsächliche Verwirklichung in die Hand nehmen.

Sehen Sie, Herr Delbrück ist ein Mann, der die Sache studirt hat, die historische Entwicklung der Gesellschaft, aber auch die der Sozialdemokratie kennt, und der sagt Ihnen: Thorheit, zu verlangen, daß wir heute Detailmaßregeln im einzelnen angeben sollen, wo wir gar nicht wissen, wann wir zur Macht kommen. In dem Moment, wo die Sozialdemokratie praktisch an ihre Aufgabe herantreten kann und die Frage entsteht, was thun? — wird sich dies finden! Was will es denn bedeuten, wenn wir Ihnen diese Einzelheiten auseinandersetzen, wie wir uns die zukünftige Gesellschaft und den Uebergang zum — ich will mal sagen — zum sozialdemokratischen Staat denken —? Sind Sie denn in der Lage, meine Herren, — ich will Sie jetzt einmal fragen — zu wissen, die Sie heute in der Macht sind, was Sie in den nächsten fünf Jahren thun? Wissen Sie das? Nein, Sie wissen es nicht! Warum wissen Sie es nicht? Weil Sie sagen: wir wissen nicht, was für Verhältnisse eintreten werden; die jeweiligen Verhältnisse können die schönsten Pläne, die wir heute fassen, über den Haufen werfen; wir müssen warten, wie die Zustände sich gestalten, und dann werden wir nach Lage der Umstände handeln! — Sie handeln also genau so wie wir! — Wir haben unser Programm; dieses Programm enthält die allgemeinen Grundzüge dessen, was wir wollen; und um mehr kann es sich nicht handeln. Nachdem dieses Programm im einzelnen die theoretischen Anschauungen von der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft giebt, sagt es:

> Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.
>
> Diese gesellschaftliche Umwandlung

— also die Expropriation der gesammten Arbeitsmittel, die schon im Jahre 1848 das kommunistische Manifest forderte, und die wir in dem Augenblick, wo die Sozialdemokratie die Macht in Händen hat, durchführen werden, die Expropriation der Arbeitsmittel —

> diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Und weiter, meine Herren, haben wir uns auch gesagt: zu diesem äußersten Schritt kommt ihr nicht über Nacht, ihr wißt nicht, wann dieser Moment eintritt, ja, ihr wißt nicht einmal den Moment, wo ihr vielleicht theilweise, partiell an die Macht kommt und die Möglichkeit habt, wenigstens theilweise euer Programm durchzuführen. In

letzter Instanz kann es zehn, zwanzig, dreißig verschiedene Wege geben, die wir betreten müssen, es sind vielleicht auch eine Reihe von Etappen zurückzulegen, ehe wir unser Ziel erreichen. Aber das steht für mich fest: nichts leichter, als wenn erst einmal die Sozialdemokratie die Staatsgewalt hat, die Großbetriebe, wie z. B. diejenigen der Herren von Stumm, Krupp u. s. w. zu expropriiren und in Gesellschaftseigenthum zu verwandeln. (Heiterkeit.) — Und sehen Sie, meine Herren, je mehr die großen Betriebe in die Hände von Aktionären übergehen, in die Hände der Nichtarbeiter, desto leichter wird das Expropriationsgeschäft, und deshalb sind wir in gewissem Sinne auch für die Expropriation durch den Staat; daß der Staat z. B. die Eisenbahnen übernahm, hat uns nicht geärgert; daß er die Bergwerke übernimmt, auch nicht, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil wir diese Staatsbetriebe in sozialistische mit Leichtigkeit umwandeln können, sogar mit Herrn von Boetticher als Staatssekretär des Innern an der Spitze. Diese Staatsbetriebe brauchen wir nicht zu expropriiren, weil kein Eigenthümer da ist; denn der Staat sind wir, das Volk. Und je mehr wir die großen Unternehmungen in die Hände der Aktiengesellschaften übergehen sehen, je mehr man das Volk darauf hinweisen kann, wie die Nichtsthuer ungeheure Profite einheimsen, nur Kupons abzuschneiden brauchen, desto leichter wird es uns werden, alle diese Aktiengesellschaften zu expropriiren und in Gesellschaftseigenthum zu verwandeln. Das wird das reine Kinderspiel sein. (Heiterkeit.) Je mehr also die bürgerliche Gesellschaft sich in dieser Richtung entwickelt, je mehr der Kleinbesitz verschwindet, um so leichter ist eines Tages die Expropriation vorzunehmen. Und Ihre Techniker, Ingenieure und Betriebsleiter, — die können wir sehr gut gebrauchen, die werden eines schönen Tages sehr froh sein, wenn sie in dem sozialdemokratischen „Staat" ihr Wissen ausüben können und freie Menschen werden. Wir sind wirklich nicht in Verlegenheit, wie wir die Sache anfangen müssen, wenn wir nur erst einmal so weit wären. (Heiterkeit.) — Hierbei will ich noch eins bemerken. Um dazu zu gelangen, diesen letzten Schritt durchführen zu können, die gesellschaftliche Produktion zu organisiren, muß die politische Macht erobert werden. Wir werden also auch eine ganze Reihe von politischen Rechten und Freiheiten haben müssen, die die Staatsbürger in die Lage setzen, die ihnen zugefallenen Gewalten in entsprechender Weise zu benutzen. Da fordern wir:

allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe vom zwanzigsten Jahre an für Männer wie für Frauen,

— das ist Ihnen ein wahrer Horror — (Heiterkeit)

direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts, Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken, Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen, Erklärung der Religion zur Privatsache, Weltlichkeit der Schule, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes.

Sehen Sie, das sind unsere praktischen Forderungen. Das wäre etwa ein Stückchen „sozialdemokratischer Staat". Und da frage ich Sie, Herr Bachem: stimmen Sie diesen Forderungen bei? Nein, keiner einzigen Forderung stimmen Sie zu! Weshalb sollen wir also mit Ihnen diskutiren? Hat das einen Zweck? Gar keinen! Wir gehen hinaus und predigen das der Masse, die begreift es. — Ich könnte Ihnen noch eine ganze Reihe weiterer Forderungen vorführen, die alle sich auf eine spätere eventuelle Staatsorganisation beziehen. Der letzte Akt dieser Staatsorganisation ist allerdings darauf berechnet, daß die große Maßregel der Expropriation des Privateigenthums, der Aufhebung beziehungsweise der Liquidation der öffentlichen Schulden, der Aufhebung der Hypotheken u. s. w. erfolgt. Es wird also eines schönen Tages das Wort Schiller's zur Wahrheit werden: Unser Schuldbuch sei vernichtet, ausgesöhnt die ganze Welt! (Große Heiterkeit.) Ja, meine Herren, zu diesen Maßregeln wird einmal die Sozialdemokratie, wenn sie die Macht hat, greifen, und die bürgerliche Gesellschaft ist ja so kolossal verschuldet, namentlich auch die Großgrundbesitzer, daß sie eines schönen Tages froh sind, wenn wir sie expropriiren. (Heiterkeit.) Wir werden vielleicht eines Tages auch den Herren von der Rechten als eine Art Wohlthäter erscheinen (große Heiterkeit), während sie uns heute als ihre schlimmsten Feinde ansehen. — Weiter, meine Herren. Wenn wir nun die Erziehungsmittel, die Bildungsmittel im großartigsten Maßstabe in unseren Händen haben und organisirt anwenden, so werden wir das allgemeine Bildungsniveau der großen Masse in verhältnißmäßig kurzer Zeit auf eine Höhe heben, von der wir heute keine Ahnung haben; und Sie, die Sie die entschiedensten Gegner einer solch' allgemeinen Bildung sind, werden dann sehen, was ein Volk mit einem solchen Maß von Bildung auch in Bezug auf seine materielle Lebenshaltung und die Besserstellung derselben zu schaffen vermag. (Sehr gut! bei den Sozialdemo-

kraten.) — Weiter, meine Herren. Es ist wieder der große Vorzug der bürgerlichen Gesellschaft, daß dieselbe in ihrer großartigen Entwicklung der Technik, des Maschinenwesens und in der Anwendung der Naturwissenschaften auf den Produktionsprozeß, im Verkehrsmittelwesen rc., endlich die Gesellschaft in einen Zustand gebracht hat, wo sie, wenn sie nur einmal will, die Waaren, d. h. die Konsumartikel in einer Masse und Vollkommenheit erzeugen kann, daß Alle in reichstem Maße zu leben vermögen (Lachen rechts und im Zentrum.) Was haben wir heute? — Eine sogenannte Ueberproduktion. „Ueberproduktion"! — ein verrücktes Wort, — wir haben Ueberproduktion, weil alle Läden und Läger mit Waaren überfüllt sind, weil überall die Waaren in Haufen sich aufgestapelt haben. Und gegenüber diesen aufgestapelten Waaren, die Niemand bekommt, sehen wir auf der anderen Seite eine große, zahlreiche Bevölkerung, die in Jammer, Noth und Elend lebt, die arbeiten möchte und nicht arbeiten kann, weil die Besitzer der Waaren zunächst keinen Profit aus neuer Waarenproduktion herauszuschlagen vermögen. Kann es eine tollere und verrücktere Gesellschaftsordnung geben, wie eine solche, die auf der einen Seite ungeheure Waarenvorräthe produzirt und liegen läßt, während auf der anderen Millionen und aber Millionen Menschen, die mit großem Vergnügen zu arbeiten bereit wären, an bitterstem Mangel leiden und nicht arbeiten können, aber auch von den aufgestapelten Waaren nichts erhalten? Stellen Sie sich nun einmal eine Gesellschaftsordnung vor, die Produktion und Konsumtion in Einklang miteinander zu bringen sucht und es jedem ermöglicht, für seinen Theil an der gesellschaftlichen Arbeit seinen Bedürfnissen entsprechend befriedigen zu können! Und sehen Sie weiter, meine Herren, keine frühere Gesellschaftsperiode, — nehmen Sie die technischen Fortschritte an, in allen Zweigen der Landwirthschaft, in der Gartenwirthschaft, in der Viehzucht u. s. w., im Verkehrswesen, in der Produktion industrieller und gewerblicher Dinge, — keine frühere Gesellschaftsperiode hat die großartigen technischen Hilfsmittel erzeugt, mit deren Hilfe die Gesellschaft in der Lage ist, die Bedürfnisse Aller im reichlichsten Maße befriedigen zu können. Sagt doch schon der konservative Rodbertus vor mehr als 40 Jahren: es wird einmal eine Zeit kommen, wo wir die Lebensmittel aller Art in vollstem Maße, den Bedürfnissen der Menschen angepaßt, produziren können auf allen Gebieten. — Sie könnten überhaupt von Ihrem Rodbertus, meine Herren von der Rechten, sehr viel lernen. Er hat viele Wahrheiten ausgesprochen, die Sie heute nicht anerkennen; er hat auch unter anderem die Nothwendigkeit betont, die auch Adolf Wagner in der Neubearbeitung von Rau's „Lehrbuch der Nationalökonomie" ausgesprochen hat, daß die Aufhebung des Privateigenthums an Grund und Boden im Interesse der Gesellschaft eine Nothwendigkeit sei. (Hört! links.) Dagegen sträuben sich ja die Herren dort (nach rechts) am meisten. Es sind also gerade die konservativen Nationalökonomen Rodbertus und Adolf Wagner, die das schon längst anerkannt haben. Wir sehen auch unsere Bodenreformer ganz ähnliche Anschauungen, wenn auch in anderer Art der Verwirklichung, vertreten. Nun, wenn wir erst einmal den Grund und Boden expropriiren, dann expropriiren wir selbstverständlich auch die Fabriken und was drum und dran hängt. Das ist selbstverständlich, es ist der zweite Schritt, der dem ersten folgt. — Ueber die Organisation, die dann geschaffen wird, zu reden, ist ganz überflüssig, weil wir nicht wissen, wie die Verhältnisse dann beschaffen sein werden. In welcher Art diese Organisation ins Leben treten soll, das überlassen wir denen, die alsdann in dem Augenblick vorhanden sind, um diese neue Organisation ins Leben zu rufen. Ich habe die feste Ueberzeugung: sie werden nicht eine Sekunde im Zweifel sein, wie sie dies am besten zu machen haben. Da zerbrechen Sie sich nicht unsere Köpfe; das überlassen Sie uns! (Heiterkeit.) — Und, meine Herren, sehen Sie, weil die bürgerliche Gesellschaft diese großartigen Fortschritte in der materiellen und geistigen Entwicklung gemacht hat und im weiteren Verlauf ihrer Entwicklung noch weiter machen wird, entstehen auch diese widersprechenden Erscheinungen, die in dem Wechsel der Perioden der Prosperität und der Krisis immer häufiger zum Ausdruck kommen. Dadurch leiden aber die Massen immer mehr und werden dadurch immer lebhafter zu einer sozialen Reform, einer sozialen Umgestaltung von Grund aus im Sinne der Sozialdemokratie gedrängt. Sie, die Kapitalisten, die Vertreter des Kapitalismus zu bekehren, fällt uns gar nicht ein. Es kommt auch gar nicht darauf an, daß Sie bekehrt werden; Sie können nichts machen. (Heiterkeit.) Sie paar Männlein sind die Gesellschaft nicht; und in dem Augenblicke, wo Sie mit fliegenden Fahnen in das sozialdemokratische Lager übergehen würden, würden Ihre kapitalistischen Wähler draußen im Lande die Sturmglocke läuten und Sie auffordern, Ihr Mandat niederzulegen, weil Sie einen Verrath an den Interessen des geheiligten Kapitals begangen haben. (Heiterkeit.) Ob Sie zu uns gehören oder nicht, ist für die Entwicklung der Dinge ganz gleichgiltig; indeß soll uns jeder willkommen sein, der aus Ihren Reihen zu uns kommt. (Heiterkeit.) — Was hat die Entwicklung der letzten Jahrzehnte gezeigt? — daß die ganze na-

tionalökonomische Wissenschaft mehr und mehr zu sozialdemokratischen Anschauungen übergeht. Hat doch sogar vor wenigen Wochen das offiziöse Organ des Papstes es offen ausgesprochen — ich weiß im Augenblick nicht den Namen des Blattes, es thut mir auch sehr leid, daß ich die Notiz vergessen habe, ich werde sie Herrn Dr. Bachem privatim mittheilen, falls er meine Angabe bezweifelt —: „es ist kein Zweifel mehr, der Sozialismus ist die Gesellschaftsordnung der Zukunft, und wohl oder übel, Staat und Gesellschaft werden sich mit ihm abzufinden haben.“ Das spricht das offiziöse Organ des Papstes aus, und wenn bereits solche Stimmen solche Anschauungen aussprechen, dann haben wir wahrhaftig keine Ursache, uns graues Haar über die Zukunft wachsen zu lassen. Im Gegentheil, wir können getrosten Muths der Zukunft entgegengehen. Gerade der Umstand, daß wir ökonomisch immer mehr und mehr in die Brüche kommen, aus einer Krisis in die andere geworfen werden, daß die Krisen immer länger und die Prosperitätsepochen immer kürzer werden und damit der Nothstand immer weitere Kreise der Gesellschaft dem Untergang entgegentreibt, weil die Widerstandsfähigkeit der Mittelschichten immer mehr sinkt und diese in das Proletariat geschleudert werden, — wird der Sozialdemokratie nicht nur innerhalb der Arbeiterklasse, sondern auch in den Reihen der Intelligenz immer mehr Eingang verschaffen. Ist doch auch eine Ueberproduktion an Intelligenz vorhanden. Die Bourgeoisie, die ihre Söhne in der materiellen Produktion und Vermittlung als Fabrikanten und Kaufleute nicht mehr unterbringen kann, sie steckt sie in die Beamtenfächer, in das höhere Lehrfach, in die Juristerei, die Medizin, das Verwaltungsfach u.s.w. und überall ist ein großes Ueberangebot an Kräften vorhanden. Die Gesellschaft vermag ihre eigenen Geisteskräfte nicht mehr unterzubringen! Das beweist die Widersprüche, in denen sie sich bewegt und beweist ebenfalls eine Nothwendigkeit zur Umgestaltung. Die Produktivkräfte sind unserer Gesellschaft längst über den Kopf gewachsen, und so wird und muß sie an ihren inneren Widersprüchen mit Nothwendigkeit zu Grunde gehen. Und wenn sie nun weiter dazu kommen wird, daß die famose äußere Politik, die Sie seit Jahrzehnten treiben, über kurz oder lang uns einen europäischen Krieg auf den Hals zieht, wenn wir dann bei enorm geschwächten ökonomischen Kräften von Millionen Menschen in eine neue Krise eintreten, wie wir eine solche zuvor in keiner Periode durchgemacht haben, wenn Massenbankerotte über Massenbankerotte kommen, Tausende und Abertausende in das Nichts geschleudert werden, wenn die größten Unternehmungen aus Arbeitsmangel zu Grunde gehen, wenn durch die Hinderung der Zufuhr eine Lebensmitteltheuerung in kolossalstem Maßstabe eintritt, wenn endlich auf den Schlachtfeldern die Massenschlächtereien stattfinden, die das Entsetzen von ganz Europa hervorrufen werden, dann, meine Herren, haben Sie etwas geschaffen, an dem möglicherweise Ihre ganze Gesellschaft mit einem Mal zu Grunde geht. (Oho!) Und da sollten Sie sich sehr überlegen: was thun? Aber Sie mögen es sich noch so sehr überlegen, Sie können es doch nicht ändern — was kommen muß, kommt. — Also die bürgerliche Gesellschaft — das ist ihr innerer Widerspruch — erzeugt aus dem Ueberfluß die Noth und den Mangel. Mit diesem einen Satze ist alles gesagt. Aber indem eine neue Organisation den Ueberfluß den Massen zu Gute kommen läßt, verwirklicht sich das Sprüchlein, was hierauf Heine schon vor mehr als 50 Jahren sang:

Es giebt hienieden Brod genug
Für alle Menschenkinder
Und Rosen und Myrrhen und Schönheit und Lust
Und Zuckererbsen nicht minder.
Ja Zuckererbsen für jedermann
Sobald die Schoten platzen!
Den Himmel überlassen wir
Den Engeln und den Spatzen.

(Große Unruhe rechts und im Zentrum.)

Meine Herren, das ist unser Programm, die Zukunft gehört uns und nur uns. Ob Sie mit meinen Auseinandersetzungen zufrieden gestellt sind oder nicht — wir werden weiter marschiren, und nach den nächsten Wahlen werden Sie eine noch weit größere Zahl von uns in diesem Saal sehen, als wir gegenwärtig hier vorhanden sind. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Zischen rechts.)

Abgeordneter Freiherr **von Stumm-Halberg**: Meine Herren, daß Sie der Rede Ihres Führers und Papstes Bebel Beifall zurufen und meinen Namensaufruf mit Murren begleiten, wundert mich gar nicht; wohl aber wundert es mich, daß der Abgeordnete Bebel heute nichts besseres zu erwidern wußte; und darin stimmt mir das Haus sicher in seiner großen Mehrheit zu. — Meine Herren, auf die so berechtigte Forderung des Herrn Abgeordneten Bachem, der, wie ich glaube, mit voller Zustimmung

der großen Mehrheit des Hauses an den Abgeordneten Bebel die Aufforderung gerichtet hatte, endlich einmal aus dem Phrasenknäuel herauszutreten und klipp und klar zu sagen, wie er sich den Zukunftsstaat denkt, hat der Abgeordnete Bebel heute mit nichts als mit seinen Redensarten geantwortet, die wir seit Jahren von ihm zu hören gewöhnt sind. Er hat uns angeblich ein Kolleg halten wollen. Meine Herren, dies Kolleg, soweit es sich nicht auf einzelne nebensächliche Dinge bezog, war einfach eine Vorlesung aus seinem bekannten Buche „Die Frau" und hat nicht ein Wort neues enthalten. (Zuruf.) — Jawohl, nicht ein Wort neues! Wenn der Abgeordnete Bebel sich damit entschuldigt, daß er sagt: „Ja ich kann mich auf Detailmalerei nicht einlassen", so erwidere ich ihm darauf: Es handelt sich hier nicht um Detailmalerei, sondern es handelt sich um die letzten Ziele, zu denen er gelangen will, und da hat er weiter nichts gethan, als uns einige der Schritte vorzumalen, die er gebraucht, um zu diesen Zielen hinzugelangen; statt aber das Ziel selbst zu bezeichnen, schloß er mit den Worten: „Ihr braucht euch unsere Köpfe nicht zu zerbrechen; wenn wir so weit sind, werden wir schon wissen, was wir zu thun haben." Meine Herren, auf die Frage: wie soll es gemacht werden, daß Produktion und Konsumtion in ein richtiges Verhältniß zu einander gebracht werden? — hat er mit keinem Wort geantwortet; das wäre, meine ich, doch eine Detailmalerei, die mindestens hätte von ihm verlangt werden können. Ebenso wenig haben wir etwas darüber gehört, wie die Ernährung der 50 Millionen Menschen, die wir in Deutschland haben, stattfinden soll. Meine Herren, wenn es heute schon nicht möglich ist, diese 50 Millionen Menschen zu ernähren, ohne das Ausland in Mitleidenschaft zu ziehen, ohne die Ueberproduktion unseres industriellen Fleißes mit dem Ausland auszutauschen, wie soll es dann werden, wenn die 50 Millionen Menschen ernährt werden sollen ohne das Ausland und mit einer ganz erheblich ermäßigten Arbeitszeit im Inland? Denn das versteht sich von selbst, daß, wie sich der Abgeordnete Bebel den ganzen Zukunftsstaat denkt, in demselben der Knecht auf dem Lande, der jetzt schon nicht dort bleiben will, weil man ihm zu viel Arbeit zumuthet, weniger Arbeit leisten und deshalb weit weniger Produkte herstellen wird, als es jetzt der Fall ist. Wenn er sich vielleicht damit hilft, zu sagen: wir brauchen die 50 Millionen Menschen bei den Mitteln, die uns im Zukunftsstaate zu Gebote stehen, gar nicht zu ernähren, — ja, wenn er von der Ansicht ausgeht, daß die Hälfte von den 50 Millionen todtgeschlagen werden muß, um sein Ziel zu erreichen, dann wäre er allerdings nur in die Nothwendigkeit gesetzt, 25 Millionen zu ernähren; aber von einem Ueberfluß kann auch dann keine Rede sein. Der Abgeordnete Bebel weiß sehr gut, daß, wenn die Gesammtproduktion derjenigen Produkte, die im Deutschen Reich erzeugt würden, mit der Bevölkerungszahl dividirt wird, für den Einzelnen nicht so viel herauskommt, daß von Ueberfluß die Rede sein kann, namentlich wenn durch Herabsetzung der Arbeitsstunden die Arbeitsthätigkeit in der Weise eingeschränkt wird, wie er es seinerseits wiederholt verlangt hat. — Meine Herren, es ist außerordentlich schwer, in das Einzelne einzugehen, die einzelnen Punkte des Zukunftsstaates, den der Abgeordnete Bebel im Auge hat, zu kritisiren, weil er lediglich die Mittel angiebt, um dahin zu gelangen, in keiner Weise aber Vorschläge macht, in welcher Weise der Zukunftsstaat eingerichtet werden soll. Als einziges Beispiel hat er die Aktiengesellschaften hingestellt und gemeint: so gut wie Krupp und so gut wie Stumm durch Aktiengesellschaften expropriirt werden können, — das gehe leicht, wir seien persönlich gar nicht nothwendig, — ebenso gut könne das im sozialdemokratischen Staate auch gemacht werden. Darauf erwidere ich ihm, daß diese Aktiengesellschaften von mir und denjenigen meiner Freunde, die auf meinem sozialpolitischen Standpunkt stehen, noch niemals als etwas besonders zu Erstrebendes hingestellt worden sind. Im Gegentheil, ein großer Nachtheil der neuen sozialpolitischen Entwicklung besteht nach unsrer Meinung darin, daß in Folge der Nachgiebigkeit, die vom Staat und den staatserhaltenden Klassen den sozialdemokratischen Bestrebungen entgegengetragen wird, daß durch diese Konnevienz Zustände geschaffen worden sind, die vielfach Söhne von Fabrikanten davon abhalten mußten, in die Fußstapfen ihrer Väter zu treten; und dadurch ist die Bildung von Aktiengesellschaften ungemein gefördert worden. Das sind Uebelstände, die wir beklagen, die aber nicht in dem Maße eintreten, daß dadurch irgendwie die wirthschaftliche Ordnung, vorausgesetzt daß die richtigen Leute an der Spitze der Aktiengesellschaften stehen, gestört wird. Aber das behaupte ich ganz entschieden: eine Aktiengesellschaft in Ihrem Sinne, die als Genossenschaft sich durch den ganzen Staat erstreckt und die ganze wirthschaftliche Existenz von 50 Millionen Menschen regelt, wäre ein so kolossaler Blödsinn, daß daran ebenso wenig gedacht werden kann, als an Ihren Zukunftsstaat. Daß man aber 50 Millionen Menschen in einzelne selbständige Kommunen auflöst, daß man Dörfer von ein paar Hundert Einwohnern oder in Städten von vielleicht 500 000 Einwohnern wieder Gruppen von einigen Hundert Einwohnern,

die ein abgeschlossenes Dasein führen, sich selbst verwalten lassen kann, das werden Sie selbst für unmöglich halten. Sie werden zugeben müssen, daß da Friktionen eintreten, über welche doch jemand eine Entscheidung fällen muß; und wenn da eine einzelne Person oder auch eine Korporation nicht nur über das politische Wohl und Wehe, sondern überhaupt über die ganze persönliche und wirthschaftliche Existenz jedes Einzelnen die Entscheidung treffen soll, so kommen wir zu einem Blödsinn, den ich wohl nicht näher zu beleuchten brauche. — Ich bin also genöthigt, wenn ich über den Zukunftsstaat sprechen will, mich an diejenigen Beispiele zu halten, die uns bis jetzt in konkreter Gestalt vorliegen. Das ist, abgesehen von dem bekannten Richter'schen Buch, das Zukunftsbild, das uns Bellamy vorgeführt hat. Bellamy ist natürlich von Ihnen verleugnet worden und mußte von Ihnen verleugnet werden, weil sein ganzer Aufbau auf einem Grundsatz beruht, der noch in der letzten Nothstandsdebatte von Ihnen als der größte Gegensatz zu dem Ihrigen, der nur denkbar sei, hingestellt wurde. Der Staat, den Bellamy im Auge hat, wird ja von sehr vielen Leuten, die sein Buch nur oberflächlich beurtheilen, für sehr schön gefunden, und von ihnen wird wirklich gemeint, es könne derselbe verwirklicht werden. Der Gegensatz dieses Staates zu dem Bebel'schen besteht darin, daß der Bellamy'sche Zukunftsstaat auf idealer Zufriedenheit aufgebaut ist, während Sie umgekehrt sagen: Zufriedenheit ist das größte Laster, das in der Welt existiren kann, Zufriedenheit ist sogar ein Zeichen von Gehirnerweichung. Wenn Sie Ihrerseits einen zufriedenen Staat konstruiren wollten, so müßten Sie also zugeben, daß derselbe nur aus lasterhaften und von Gehirnerweichung durchtränkten Bürgern bestehen könne. Das werden Sie nicht zugeben; Sie werden vielmehr verlangen, daß Ihr Zukunftsstaat nur aus unzufriedenen Menschen bestehen dürfe, denn zufriedene wollen Sie ja nicht haben. Nun werden Sie doch selbst, wenn Sie die Geschichte einigermaßen studirt haben, zugeben müssen, daß alle diejenigen Bildungen, die sich auf gemeinschaftlicher, gewissermaßen kommunistischer Wirthschaftsordnung entwickelt haben, nur dann gediehen sind, wenn sie durchdrungen waren von dem Geist der Liebe, — ich möchte geradezu sagen: der christlichen Liebe. Bei den Herrnhutern und ähnlichen Gemeinschaften hat sich allerdings die gemeinschaftliche Wirthschaft einige Zeit erhalten, auch bei den Mormonen, obwohl ich diese nicht als Muster hinstellen will, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil hier die Zuneigung, die Liebe, das gemeinschaftliche Interesse, vorwiegend war gegenüber dem Egoismus, während Sie, meine Herren, den Egoismus bei jeder Gelegenheit in den Vordergrund stellen, und alles das, was Sie thun, lediglich vom krassesten Egoismus durchdrungen ist. Wenn Sie die Beispiele ablehnen, die der Herr Dr. Bachem mit vollem Recht vorgeführt hat, in Bezug auf die Bäckereigenossenschaft und in Bezug auf andere Genossenschaften, bei denen Sie vollständigen Bankrott gemacht haben, so hatte der Abgeordnete Bebel dazu gar kein Recht. Es versteht sich ganz von selbst, daß diese Genossenschaften auf Grund des Genossenschaftsgesetzes nicht mit den Genossenschaften identisch sein können, die Sie als Ihren Schlußstein im Auge haben. Nebenbei bemerkt: wenn Sie zwischen dem Zukunftsstaat und den Zukunftsgenossenschaften unterscheiden, so liegt der Unterschied nur in dem Worte — das ist „gehupft wie gesprungen", das sind Wortspiele, hinter denen sich gewöhnlich der Mangel an Gedanken verbirgt, wenn man solche Wortspiele gebraucht. Ich meine, wenn diese Genossenschaften auch in keiner Weise identisch sind, so ist doch der Beweis erbracht, daß, wenn bei diesen modernen Genossenschaften mit ihren paar Hundert Leuten nicht einmal ein harmonisches Zusammenarbeiten möglich ist, und sie von den betreffenden Personen, die an der Spitze stehen, nicht dirigirt werden können, Ihnen in der That die Kräfte fehlen, um die Leute zusammenhalten und das gemeinschaftliche Interesse über den Egoismus setzen zu können. Den besten Beweis hierfür bilden Sie selbst in Ihrer eignen Fraktion. Ich weiß, wie unangenehm es Ihnen ist, wenn man von Ihren persönlichen Verhältnissen spricht; aber Sie werden mir zugeben, daß, da die Herren so oft von meinen persönlichen Verhältnissen gesprochen haben, ich berechtigt bin, auch einmal, ohne bei den Herren allzu sehr anzustoßen, Ihren persönlichen Verhältnissen näher zu treten. (Sehr richtig! rechts.) — Also, so sehr es feststeht, daß — Ausnahmen bestätigen nur die Regel — Sie auf genossenschaftlichem Wege Bankerott gemacht haben, ebenso fest steht, daß Ihre Privatunternehmungen sich rentiren, und daß Sie damit gute Geschäfte machen. Meine Herren, Sie sagen, Sie wollen die Unternehmer auf ein Schiff setzen und — ich weiß nicht, wohin — nach Afrika bringen. Der Herr Abgeordnete Bachem hat darauf erwidert: wir würden umgekehrt nichts dabei verlieren, wenn die Sozialdemokraten auf ein Schiff gebracht und außer Landes geführt würden. Ich aber sage: wir brauchen das nicht, wir brauchen gar kein besonderes Schiff für die Herren; denn unter den Sozialdemokraten sitzen 18 Unternehmer — es sind unter denselben mehr Unternehmer als bei irgend einer andern Fraktion. (Sehr richtig! rechts.) Also wir brauchen das besondere Schiff des Herrn

Abgeordneten Bachem nicht; denn die Mehrzahl der sozialdemokratischen Abgeordneten würde gleichzeitig mit nach Afrika geschafft, wenn das Schiff der Unternehmer dahin abgeht. Meine Herren, ich habe die Statistik schon einmal vorgeführt: unter den 35 sozialdemokratischen Abgeordneten befinden sich 18 Personen, die mehr oder weniger, oder vielmehr vollkommen Unternehmer sind, es sind sogar mehrere Fabrikanten darunter; es sind dann 12 Schriftsteller und Redakteure darunter und — nach dem Almanach — ganze 2 Arbeiter. Ich möchte selbst noch bezweifeln, ob diese beiden Arbeiter das sind, was die Herren gewöhnlich unter „Arbeitern“ verstehen, d. h. wirkliche Handarbeiter. Ich glaube, daß das eine Firma ist, die auch auf sie nicht ganz zutrifft. — Also, meine Herren, gerade Ihre eigne Thätigkeit hat am besten bewiesen, daß der Spezialegoismus selbst in einer angeblich so ideal angelegten Fraktion, wie der Ihrigen, immer noch weiter kommt, als der Kollektivismus, wenn er auch noch so sehr von Ihnen hervorgehoben wird. Es liegt das selbstverständlich daran, daß der Egoismus überall seine Rolle spielt und auch, wenn in gesunder Weise angewandt, seine durchaus nützlichen Folgen hat. Der Abgeordnete Bebel selbst hat soeben ein Zitat vorgelesen, welches die bürgerliche Gesellschaft lobt. Ich brauche es nicht zu wiederholen; es genügt zu meiner Beweisführung. Dieser Egoismus treibt Sie nicht bloß an, genau wie die ganze übrige Gesellschaft; nein, meine Herren, ich behaupte sogar, der Egoismus ist bei Ihnen noch sehr viel stärker vertreten und geht bei Ihnen so weit, daß, während andere Leute einfach nach den bestehenden Gesetzen ihre Geschäfte zu machen, ihr bürgerliches Dasein aufrecht zu erhalten und — wie ich hinzufüge — für das Wohl der Arbeiter zu wirken suchen, bei Ihnen das nicht möglich ist ohne großen und gesetzlosen Terrorismus. Ohne diesen Terrorismus ist von Ihnen noch niemals etwas zu Ende geführt worden, noch niemals eine Anregung unter die Arbeiter gebracht, und noch viel weniger etwas durchgeführt worden. — Sie verwerfen die Disziplin. Ich habe aber noch kürzlich aus dem „Vorwärts“ sowohl wie im vorigen Jahre aus den Ausführungen des Abgeordneten Tutzauer entnommen, daß die Disziplin für jeden Unternehmer, besonders aber für Sie, von absoluter Nothwendigkeit sei, und ich meine, daß wir aus demjenigen, was Herr Bebel über die „Jungen“ gesagt hat, und was wir aus den Zeitungen kennen, alle wissen, daß gegenüber dem Terrorismus sowohl in Ihrer Partei wie gegen diejenigen, die sich Ihnen nicht unterwerfen wollen, die Disziplin eines Arbeitgebers, er mag heißen wie er wolle, ein Kinderspiel ist. Ich brauche nicht hervorzuheben, daß das Boykottiren von Fabriken und Lokalen bei Ihnen in keinem Verhältniß steht zu dem Boykottismus oder den schwarzen Listen von einzelnen Unternehmern oder von deren Vereinigungen. Ich habe neulich den „Vorwärts“ gelesen und darin eine Liste von mehr als 100 Lokalen gefunden, die von Ihnen allein in Berlin boykottirt sind. Ebenso steht es mit den Fabriken: es wird von den Glasarbeitern, von den Formern verlangt, daß überhaupt von keinem eine Arbeit angenommen werden darf, die nicht durch das sozialdemokratische Arbeitsbureau nachgewiesen ist, und wie die Dinge alle heißen. Allerdings, meine Herren, die Gewaltthätigkeiten, wie sie in England, wie sie in Amerika, wie sie in Frankreich in der letzten Zeit vorgekommen sind, die uns die Haare zu Berge sträuben ließen, sind von Ihnen noch nicht verursacht worden, weil Sie dazu noch nicht die Macht haben. Wenn Sie aber ein oder zwei Etappen weiter sind — wie der Abgeordnete Bebel sagt —, so werden Sie ebenso verfahren und vielleicht noch viel schlimmer, weil der Fanatismus, der Sie beseelt, noch viel größer ist als in den Staaten, die ich eben erwähnte. Meine Herren, ich brauche Ihnen die Behandlung in den Carnegie-Werken, in Carmaux und in den London Docks nicht vorzuführen; aber ich muß sagen, daß es nichts grausameres, nichts brutaleres geben kann, als die Behandlung der nichtstreikenden Arbeiter, die sich dort dem Terrorismus nicht unterwerfen wollten; — das spottet doch in der That jeder Beschreibung! — Also, meine Herren, eine wirklich klare Vorstellung über den Zukunftsstaat haben Sie nicht, oder Sie wagen sie nicht vorzutragen, weil es eine Spielerei sein würde, Ihnen im einzelnen zu beweisen, daß Sie vollständig undurchführbare Projekte im Sinn haben. Ihr Zweck ist nur einfach der, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen, die Arbeiter durch falsche Hoffnung zu täuschen und dann für sich im Trüben zu fischen. Das ist Ihnen bis jetzt sehr gut gelungen; und wie weit es Ihnen in Zukunft gelingen wird, hängt von ganz andern Faktoren ab als von Ihnen selbst. Meine Herren, das steht für mich ganz fest, nachdem ich Ihre Werke — vielleicht nicht so genau durchstudirt habe, wie der Herr Abgeordnete Bachem, aber das Buch von Bebel „Die Frau“ und auch die Marx'schen Schriften durchgelesen habe: Ihr Zukunftsstaat ist nichts als ein großes Zuchthaus, verbunden mit einem allgemeinen Kaninchenstall! (Große Heiterkeit und Beifall rechts und im Zentrum. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) — Meine Herren, ich habe vorhin gesagt, der Bellamy'sche Staat ist für Sie nicht gangbar, weil er eben von der Liebe, von der Zufriedenheit ausgeht, und Sie wollen Haß und Unzufrieden-

heit. Der Richter'sche Staat aber gefällt mir auch nicht. (Heiterkeit links.) Der von Herrn Richter als Konsequenz Ihrer Ideen beschriebene Staat gefällt mir deswegen nicht, weil der Verfasser in viel zu milder und versöhnlicher Weise mit Ihnen umgegangen ist. Herr Richter hat mit vielem Geist und Satyre sein Buch geschrieben; aber die letzte Konsequenz hat er nicht gezogen. Der todtgeschlagene Buchbinder genügt mir nicht! Meine Herren, was Ihren Zukunftsstaat richtiger wiedergiebt als das Buch von Richter, das viel zu milde mit Ihnen umgeht, ist das Buch von Gregorovius „Der Himmel auf Erden", wo sich die Menschen schließlich auffressen. Dazu werden Sie nothgedrungen kommen müssen, mögen Sie wollen oder nicht! Meine Herren, ich sage, Ihre ganze Macht liegt darin, daß Sie die bösen Leidenschaften im Menschen dazu benutzen, um Hoffnungen zu erwecken, die Sie niemals erfüllen können, von denen Viele von Ihnen genau wissen, daß dies so ist, von denen aber die von Ihnen mißleiteten Arbeiter annehmen, daß Sie sie erfüllen können. Und, meine Herren, die Arbeiter werden mit dazu verführt, weil eine Menge von Gebildeten durch eine Anzahl von Kathedersozialisten — wie der Abgeordnete Bebel vorhin ganz richtig sagte — und deren Theorien verleitet werden, und sich dadurch in einem Theil der öffentlichen Meinung eine Stimmung gebildet hat, die für Sie viel günstiger ist, als sie es bei richtiger Auffassung sein dürfte. Die Thaten, die Sie zu Gunsten der Arbeiter begangen haben wollen, von denen der Abgeordnete Bebel gesprochen hat, spielen bei der Sache gar nicht mit; denn solche Thaten bestreite ich auf das allerbestimmteste. Das hohe Haus wird sich erinnern, daß Sie zu den verschiedenen Wohlfahrtsgesetzen, die wir mit Aufwendung großer Arbeit und Mühe durchgesetzt haben, zwar allerlei geredet, aber schließlich durch die Bank dagegen gestimmt haben. Sie haben niemals für die Arbeiter etwas nützliches gethan und hüten sich, für sie etwas zu thun. Sie fördern die Unzufriedenheit und sind darum gegen jede Wohlfahrtseinrichtung; Sie hetzen die Arbeiter mit Ihren Reden auf, und sobald wir etwas zu Gunsten der Arbeiter thun wollen, sagen Sie **Nein**. (Beifall rechts und im Zentrum.) — Ich habe noch in der letzten Zeit gesehen, wie Ihre Presse über jede Wohlfahrtseinrichtung schreibt: jede Wohlfahrtseinrichtung sei eine Schandthat, eine neue Fessel, die den Arbeiter von den Arbeitgebern abhängig mache; es wird dem Arbeiter direkt widerrathen, in Wohnungen zu ziehen, die ihnen der Fabrikherr zu mäßigen Preisen einräumt, um ihnen ihr Dasein bei ihrem verhältnißmäßig nicht zu hohen Lohn zu erleichtern; sie sollen nicht hineinziehen, weil sie, wie Sie sagen, abhängig werden — nicht etwa dadurch, daß sie der Fabrikherr jeden Tag hinaussetzen kann — denn das ist nicht der Fall —, sondern weil sie dadurch zufriedener werden, und Ihre Agitationen, Ihre Hetzereien gegen den Fabrikherrn weniger verfangen. — Nun sagen Sie: wir haben öffentliche Arbeiten zur Verminderung der Arbeitslosigkeit verlangt. Ich habe noch keinen Antrag von Ihnen hier im Hause gesehen. Sie haben noch keinen Gesetzentwurf eingebracht, der die verbündeten Regierungen aufgefordert hätte, etwas positives zu machen. Im Gegentheil, wenn die verbündeten Regierungen etwas vorschlagen, um die Arbeitslosigkeit zu verhindern, sagen Sie jedesmal Nein. Das vorige Jahr haben Sie mich bei der Korvette K ausgelacht, als ich damals sagte, gestützt auf ein Schreiben des Oberpräsidenten, daß es sich dabei wesentlich darum handle, die Arbeitslosigkeit in Stettin zu verhindern. Genau dasselbe ist jetzt bei der Militärvorlage der Fall, in Bezug auf welche doch kein Mensch behaupten wird, daß die 64 Millionen allein für Löhne und Gehalte ausgegeben werden sollen, sondern es werden eine Menge Industrieartikel erfordert, von denen sogar in Ihren Zeitungen gestanden hat, ich hätte ein persönliches Interesse daran. Nicht einen rothen Fuchs würde ich durch irgendwelche Fabrikate dabei gewinnen; denn die Eisenindustrie hat damit gar nichts zu thun. Das ist eine Unwahrheit, die ich in Parenthese zurückweisen muß. Aber daß in der Herstellung der Bekleidung, des Schuhwerks, aller möglichen Dinge, die die Soldaten brauchen, ein Mittel liegt, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, kann nicht geleugnet werden. Wenn Sie etwas besseres finden, — gut, Herr Bebel, machen Sie einen Gesetzentwurf, etwa über Moormeliorationen, oder was Sie sonst im Auge haben; darüber können wir dann reden. Bisher haben Sie es nicht gethan. Deshalb haben Sie auch kein Recht, mit allgemeinen Redewendungen den Regierungen und den anderen Parteien den Vorwurf zu machen, daß sie gegen Arbeitslosigkeit nichts thäten. Wenn der Abgeordnete Bebel meint, daß durch Herabsetzung der Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden der feiernde Theil der Arbeiter beschäftigt werden könnte, so ist das ein so kolossaler wirthschaftlicher Irrthum, daß ich darüber wirklich erstaunt bin, nicht etwa, daß in Volksversammlungen so etwas vorkommt, sondern darüber, daß hier im Hause derartiges vorgebracht wird. Weiß der Abgeordnete Bebel nicht, daß die Arbeitslosigkeit, über die wir uns heute zu beklagen haben, wesentlich daher kommt, daß unser Export zurückgegangen ist? Meint der Abgeordnete Bebel, daß, wenn heute dieselben Leute zum

halben Lohn 8 statt 10 Stunden arbeiten, die Exportfähigkeit wachsen wird? Nein, Gott bewahre! Wir arbeiten dann um so theurer und sind erst recht nicht in der Lage, mit den auswärtigen Nationen zu konkurriren. Das ist klar wie die Sonne! Oder er müßte annehmen, daß die Leute dahin zu bringen seien, in 8 Stunden dasselbe zu leisten wie früher in 10 Stunden. Ich habe erst kürzlich in einer Schrift des englischen Sozialpolitikers Playfair zugestanden gefunden, daß das die größte Gefahr für die Arbeiter sei, weil durch eine so konzentrirte Arbeit ihre Kräfte, ihre Nerven ruinirt würden, was viel schlimmer sei, als wenn die Leute zwei Stunden länger arbeiten und sich dazwischen mehr Ruhe gönnen. Nach der Richtung geht ja unsere ganze Arbeiterschutzgesetzgebung für Frauen und Kinder, worin ja bestimmte Pausen vorgeschrieben sind. Das ist das Gegentheil von dem, was der Abgeordnete Bebel zu wünschen scheint. — Dann hat der Abgeordnete Bebel gesagt, wir sollen die Lebensmittelzölle aufheben. Als die Lebensmittelzölle in ihrer vollen Höhe bestanden haben, noch vor zwei Jahren — das weiß der Abgeordnete Bebel ganz gut —, bestanden keine Klagen über Arbeitsnoth, war der Lohn hoch, war der Fleischkonsum größer, während er selbst auseinandergesetzt hat, daß seitdem die Löhne fortwährend heruntergegangen seien, der Fleischkonsum abgenommen habe, und die Sparkasseneinlagen geringer geworden seien. Das ist doch ein Beweis dafür, daß die Lebensmittelzölle die Arbeitslosigkeit nicht verschuldet haben. Wenn Sie die Getreidezölle aufheben wollen, so wird auf der anderen Seite die Landwirthschaft vom Körnerbau zu einer Wirthschaft übergeführt werden, in der sie noch weniger Arbeiter beschäftigen kann. Es wird die Arbeitslosigkeit dann nicht vermindert, sondern erheblich vermehrt werden. — Das sind alles Widersprüche; auch, wenn der Abgeordnete Bebel sagt, die Leute aus den Städten sollen nicht aufs Land gehen, weil dadurch die Löhne fallen würden. Wenn er auf der einen Seite die Lebensmittelzölle aufheben und auf der anderen Seite die Leute in den Städten behalten will; dann ist es klar, daß er uns geradezu Mittel empfiehlt, um die Arbeitslosigkeit sowohl in den Städten als auch auf dem Lande zu vermehren. — Meine Herren, ich sage, die Mittel, die Sie bisher zur praktischen Aufbesserung des Lohnes der Arbeiterklassen auf Grund der heutigen Gesellschaftsordnung angegeben haben, sind absolut nichtig. Es ist nicht wahr, daß Sie jemals praktische Vorschläge gemacht haben, und wir werden abwarten, ob Sie das später thun werden. Das Einzige, was Sie gethan haben, ist, daß Sie den Arbeiterklassen durchaus falsche Vorstellungen beigebracht haben über die Zustände, wie sie bestehen, und über die Entwicklung, wie wir sie in Deutschland erlebt haben. Ich möchte dafür noch einige Beispiele vorführen. — Zunächst wird den Arbeitern weisgemacht, daß sie Hungerlöhne haben, daß die Löhne sich in immer weiter herabgehender Skala bewegen. Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß noch im Jahre 1888 in der Berufsgenossenschaft ein Durchschnittslohn von 612 Mark bestanden hat, der im Jahre 1890 auf einen Durchschnittslohn von 646 Mark gestiegen ist; wir sehen, daß überall, wohin man blickt, eine Aufbesserung des Lohnes stattgefunden hat. Ich würde zu weit gehen — ich würde ebenso lange sprechen müssen wie der Abgeordnete Bebel, wenn ich das in jedem einzelnen Falle nachweisen wollte; ich habe es im vorigen Jahre wiederholt vorgeführt, und es ist in diesem Jahre von verschiedenen Rednern bestätigt worden. Es ist, wie gesagt, eine krasse Unwahrheit, wenn behauptet wird, daß die Entwicklung der modernen Gesellschaft so sei, daß der Kapitalist ein größeres, der Arbeiter dem früheren Zustand gegenüber ein verhältnißmäßig geringeres Einkommen habe. Die Sache ist genau umgekehrt: der Zinsfuß geht herunter, und der Lohn steigt, — ob es sich um einen Arbeiter oder einen Beamten handelt, überall steigt das feste persönliche Einkommen. Meine Herren, wie mühsam und doch fruchtlos es ist, Ihnen alle diese Dinge jedesmal wieder vorzubringen, das beweisen die Sparkassen. Ich habe bei der ersten Nothstandsdebatte hier im Hause angeführt, daß in Sachsen 1 473 966 Sparkassenbücher existiren, daß also auf ein Sparkassenbuch 2,24 Köpfe der Bevölkerung kommen, und daß im Jahre 1890 auf je 2 Köpfe der Bevölkerung ein Sparkassenbuch kam, so daß also mehr Sparkassenbücher als erwerbende Personen in Sachsen existiren. Was haben Sie daraus gemacht? Einer von Ihnen hat bestritten, daß überhaupt diese Sparkassen den arbeitenden Klassen zu gute kämen; ein anderer hat gesagt: es sind bloß die mittleren Klassen, die die Vortheile davon haben, es sind die kleinen Rentiers, die dort ihre Ersparnisse anlegen. Haben Sie nicht gemerkt, daß Sie uns damit ein außerordentliches Zugeständniß machen? Das heißt doch mit anderen Worten, daß in Sachsen nur Menschen existiren, die den mittleren Klassen angehören oder Rentiers sind. Einen besseren Beweis für unsere gesunden Zustände hätte von uns gewiß niemand beibringen können. Nun ist heute von Herabsetzung der Löhne viel die Rede gewesen, und es ist damit ein Wort des Herrn Staatssekretärs von Maltzahn aus der Militärkommission in Verbindung gebracht worden.

Ich war damals nicht in der Lage, sofort darauf zu antworten; aber ich konstatire jetzt, daß dies Zitat von dem Abgeordneten Bebel durchaus falsch hier vorgebracht wurde. Gerade von anderer Seite, von der Opposition gegen die Militärvorlage, ist in der Kommission argumentirt worden: die Löhne seien jetzt sehr niedrig, die Finanzen seien sehr schlecht, und der Tiefstand sei noch lange nicht erreicht. Darauf hat der Herr Staatssekretär von Maltzahn erwidert, daß das letztere durchaus nicht zutreffe, daß eine Anzahl von Ermittelungen dafür spreche, daß seit November eine Besserung eingetreten sei, und hat dann hinzugefügt: natürlich, wissen kann niemand, ob der Tiefstand heute schon erreicht ist, aber wir müssen annehmen, daß dem wirklich so ist. Daraus macht der Abgeordnete Bebel das Umgekehrte: der Staatssekretär v. Maltzahn habe konstatirt, daß der Tiefstand erst noch kommt. Also das ist auch eine von den objektiven Unwahrheiten — etwas anderes darf ich ja hier nicht sagen —, die ich den Herren so oft vorgehalten habe. — Meine Herren, wie Sie auf diese Weise die unzweifelhaft fortschreitende Besserung in den Verhältnissen der arbeitenden Klassen leugnen, die ja durch eine momentane Krisis etwas zurückgegangen sein können, und die ja auch wirklich etwas zurückgegangen sind gegen den „Standard" von 1890, die aber bei weitem besser sind als noch vor zehn Jahren oder in noch früheren Perioden, — ebenso wie Sie die Arbeiter im allgemeinen mit Haß, mit Neid, mit Bosheit gegenüber der Gesellschaftsordnung erfüllen, — ebenso machen Sie es mit der persönlichen Verdächtigung einzelner Personen. Meine Herren, ich könnte Ihnen ein langes Lied darüber singen. Der Abgeordnete Bebel ist ja in meiner Heimath gewesen und hat selbst keinen Anstand genommen, hier einmal zu erklären, ich sei eigentlich an sich ein ganz anständiger Mensch, ich hätte nur falsche Prinzipien. Was heißt es denn nun dem gegenüber, wenn die Herren seiner Partei in jeder Weise, ich möchte beinahe sagen, meine Privatehre angreifen, wenn sie mich als einen Blutsauger, als einen Tyrannen hinstellen, der so schlecht wie möglich seine Arbeiter behandle, ihnen alles absauge, wozu er nur im Stande wäre? Neuerdings wird sogar eine Geschichte in einem illustirten Blatt kolportirt, wonach mein Großvater sein Vermögen damit erworben habe, daß er mit Schinderhannes gemeinsame Sache gemacht habe. (Große Heiterkeit.) Das ist ein so kolossaler Blödsinn, daß in meiner Gegend natürlich jedermann darüber lacht. Das wissen die Herren ganz genau. Aber in dem weiteren Deutschland wird die Sache doch ganz anders beurtheilt, und die Leute haben dort gar keinen Grund, anzunehmen, daß hier eine infame Erfindung vorliegt. Das hängt eben zusammen mit der Aufhetzung, die — ich will nicht sagen: Herr Bebel, aber seine Parteigenossen jedenfalls bewußt und seine Parteipresse gegen alle diejenigen verüben, die ihnen gefährlich sind. Ich weiß sehr gut, daß die Herren mich nicht deshalb hassen, weil ich meine Arbeiter tyrannisire, sondern gerade deshalb, weil ich mit meinen Arbeitern in durchaus gutem und sogar freundschaftlichem Verhältniß stehe. Das ist der Grund. Wenn ich wirklich das Scheusal wäre, als welches Sie mich hinstellen, — Sie ließen mich vollständig in Ruhe und freuten sich, daß Leute da sind, die für Sie Propaganda machen. Sie wissen aber, daß ich keine Propaganda für Sie mache. Ich betone nochmals; wir haben im Saarbrücker Bezirk 60 000 Arbeiter; davon sind 30 000 fiskalische Bergarbeiter, 30 000 Privatarbeiter. Diese 30 000 Privatarbeiter werden ungefähr nach meinem Prinzip behandelt, nicht nur mit fester Hand, sondern vor allem mit warmem Herzen, und diese 30 000 Privatarbeiter sind ruhig und zufrieden und wollen von Ihnen nichts wissen. Ich meinte, das ist ein Beweis, daß mein Beispiel Ihnen nicht nützlich ist. Also Sie verfolgen mich, weil ich Ihnen unbequem bin, und es wäre Ihnen nicht unangenehm, wenn das Wort des Abgeordneten Auer, das er hier ausgesprochen hat: ein Ende findet Tyrannenmacht, — einen Tell fände, der vielleicht die praktische Anwendung aus solchen hetzerischen Reden zöge. Ich habe von Hamburg in diesen Tagen ein Blatt — „Echo der Gegenwart", glaube ich — zugeschickt bekommen: da steht unter der Ueberschrift „König Stumm" ein Artikel, in dem bewiesen wird, ich sei eigentlich kein Mensch, sondern ein Thier; es wird genau der zoologische Ausdruck angegeben, in welche Klasse ich gehöre: es wird gesagt, daß ich im Zukunftsstaat als Ichthyosaurus in Spiritus aufgehoben werde als Erinnerung vergangener Zeiten. (Große Heiterkeit.) Es war am hundertjährigen Gedenktage des Todes Ludwigs XVI., und es wurde schließlich gesagt, ich möchte bedenken, es sei viel leichter, einem Industriekönig den Kopf abzuschlagen, als einem Feudalkönig, wie Ludwig XVI. — Das sind alles Dinge, die sehr praktischer Natur sind, und ich kann nur wiederholen, was ich vor Jahren schon gesagt habe: bei all diesen Hetzereien bin ich erstaunt, daß man mich noch nicht längst todtgeschlagen hat. Es ist kein Wunder, wenn alle diese lügenhaften Behauptungen, alle diese Hetzereien gegen die Gesellschaft, wie gegen einzelne Mitglieder der Gesellschaft, die Ihnen unbequem sind, schließlich ihren Effekt nicht verfehlen werden. Wenn ich ein paar Monate lang jeden Tag nichts

anderes als den „Vorwärts" lese und — wie ich allerdings hinzufüge — wirklich glaube, was darin steht, — ich würde selber Sozialdemokrat. — Meine Herren, wenn Sie auf diese Weise, geschützt durch den Wegfall des Sozialistengesetzes, geschützt durch ein nach meiner Auffassung schwächliches Preßgesetz, geschützt durch ein nach meiner Meinung schwächliches Vereinsgesetz, Ihre Reden immer weiter verbreiten, Ihre Grundsätze in immer weitere Kreise dringen lassen, so bestreite ich doch auf das allerentschiedenste, daß das ein Vorgang ist, der irgendwie zu vergleichen ist mit den großen religiösen Umwälzungen, die die Menschheit, weil sie sich in ihrem Gewissen gedrückt fühlte, zu großen Entschlüssen, meinetwegen zum Fanatismus hingeführt hat. Von einem ehrlichen Fanatismus ist bei Ihnen nicht die Rede, wohl aber von dem Fanatismus des Neides, der Bosheit, der sich gegen die Mitglieder der Parteien wendet, die nicht zu Ihnen gehören. Aber das ist eine Macht, gegen welche man nicht kämpft mit idealen Waffen, auch nicht mit den Waffen der Ueberredung. Es ist ja unmöglich, die Widerlegung Ihrer Theorien bis in die breitesten Volksmassen hineinzubringen; die Leute lesen die Reden nicht, mit welchen wir Ihnen erwidern, sondern die werden ihnen wohlweislich vorenthalten — ich will hier nicht wieder an die Fälschung erinnern, welche ich Ihnen bei einer früheren Gelegenheit einmal nachgewiesen habe. (Zurufe links.) — Ich sage, die Waffen, mit denen die Gefahr bekämpft werden muß, die Sie heraufbeschwören, und die der Abgeordnete Bebel heute in recht krasser Weise wieder heraufbeschworen hat, sind nicht ideale Waffen, sind nicht Rede und Gegenrede, sondern die Waffen der Gewalt, an die Sie appelliren, sobald Sie die Macht haben, und die auch Ihnen gegenüber angewendet werden muß. (Lebhafter Beifall rechts.) In diesem Kampfe werden Sie nur dann zum Siege kommen, wenn der Staat schwach ist, aber niemals dann, wenn der Staat seine Schuldigkeit thut und, ohne sich zu fürchten, Ihnen mit den Mitteln gegenübertritt, die er in seiner Macht hat. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Abgeordneter Dr. **Bachem**: Meine Herren, die Entgegnung des Herrn Kollegen Bebel zerfällt, wie ungefähr alles, was die sozialdemokratische Partei thut und sagt, in zwei Theile. Folgend dem sozialdemokratischen Programme hat auch er uns zunächst dasjenige vorgetragen, was seine Partei auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung für die Arbeiter gethan habe und noch zu thun gedenke, und dann erst ist er — aber auch wiederum nur in aphoristischer Weise — auf dasjenige übergegangen, was die sozialdemokratische Partei im Prinzip will. — Ich bin leider genöthigt, ihm auf diesem Pfade zu folgen, obschon das im allgemeinen meinem Wunsche nicht entspricht. Ich werde auch versuchen, bei dieser Entgegnung in einem durchaus ruhigen und besonnenen Tone zu sprechen und insbesondere weder in die Hitze des Herrn Kollegen Bebel, noch in denjenigen Ton zu verfallen, in welchen die ernste Debatte, die wir doch am Dienstag gehabt haben, in dem offiziellen Parteiorgan der sozialdemokratischen Partei behandelt worden ist. — Meine Herren, ich habe hier die Nummer des „Vorwärts", den Sie alle kennen, der an seiner Spitze die Bezeichnung trägt: „Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands." Wer der Hauptredakteur dieses „Vorwärts" ist, wissen wir: es ist der Herr Abgeordnete Liebknecht. Er ist die Seele und der moralisch verantwortliche Redakteur für dieses Blatt. — Ueber unsere Debatte am vorigen Dienstag läßt dieser „Vorwärts" sich folgendermaßen aus:

> Der Zentrumskapuziner Bachem, (große Heiterkeit) die Verdienste und den Verdienst der Richter'schen Spar-Agnes im Deutschen Reichstag zum wirthschaftlichen Glaubenssatz erhebend und heilig sprechend, wie das Dogma von der unbefleckten Empfängniß der Maria — kann es etwas Groteskeres geben? Und diese verrückte Kapuzinade in einem Augenblick, wo das deutsche Volk gespannten Blickes nach dem Reichstag schaut und nur auf das eine lauert: die Entscheidung in der Militärvorlage.

Weiter heißt es hier:

> Thatsache ist: während die wichtigste Frage, die dem Deutschen Reichstag seit seinem Bestehen aufgedrängt war, der Entscheidung zudrängt, weiß der Deutsche Reichstag nicht, wie er seine Zeit todtschlagen soll, beschäftigt sich mit den nichtigsten Dingen und findet sein Vergnügen an Unterhaltungen, welche die geistigen Bedürfnisse einer Schülerverbindung von Quartanern und Quintanern schwerlich befriedigen würden.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, ich kann nicht annehmen, daß, wenn ich in diesem Tone antwortete, irgend etwas sachlich zur Besserung unserer Verhältnisse und zum Nutzen des deutschen Arbeiterstandes gewonnen würde. Darum gehe ich auf diesen Ton nicht ein. Ich kann aber nicht umhin, mein Bedauern darüber auszusprechen, daß man diese ernste Kontroverse durch derartige Bemerkungen auf eine Bahn zu lenken sucht, die lediglich agitatorischer Natur ist und die gar nichts mit einer objektiven Förderung

unserer heutigen Verhältnisse zu thun hat. (Lebhafter Beifall.) — Meine Herren, es ist ja überaus schwer, gegen die sozialdemokratische Partei als solche etwas zu sagen (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten); denn wenn man irgend etwas sagt, dann heißt es: das wollen wir nicht — oder es heißt: das wollen wir jetzt nicht mehr! Man weiß gar nicht, wo man sie fassen soll. Heute haben wir genau dasselbe gefunden. Während Herr Kollege Liebknecht sagt: wir beschäftigen uns mit den nichtigsten Dingen, ich habe ganz dummes Zeug, eine Kapuzinade vorgetragen — beehrt Herr Kollege Bebel mich mit einer zweistündigen Erwiderung. Ich bin Herrn Kollegen Bebel für seine Anerkennung der Bedeutung meiner Rede, die er dadurch geliefert hat, daß er mir zwei Stunden lang geantwortet hat, durchaus dankbar. Auf eine Entgegnung gegen die Aeußerungen des Vorwärts verzichte ich. (Sehr gut.) — Meine Herren, nun will ich mich kurz wenden zu dem ersten Theil der Rede des Herrn Kollegen Bebel. Er hat heute, wie früher schon, ausdrücklich anerkannt, daß dasjenige, was seine Partei auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung im Interesse der deutschen Arbeiter thun wolle, lediglich Palliativmittel seien. Ja, meine Herren, wenn das lediglich Palliativmittel sind, hat es eigentlich gar keinen Zweck, uns mit den Herren Sozialdemokraten über dieselben auseinanderzusetzen. Sie hoffen keinen Erfolg von diesen Palliativmitteln, uud Sie wollen keinen Erfolg von denselben; denn wenn diese Mittel einen Erfolg haben, ist es ein für allemal mit der Zukunft und der Hoffnung der sozialdemokratischen Partei vorbei. Diese Wahrheit kann nicht laut und oft genug verkündigt werden. Wenn diejenige Sozialpolitik, die wir begonnen haben, Erfolg hat, wird die sozialdemokratische Partei verschwinden (sehr richtig! — Lachen bei den Sozialdemokraten); und nur dann werden die Sozialdemokraten Glück haben mit ihren Bestrebungen, wenn auf dem Wege, der jetzt beschritten ist, nicht weiter vorgegangen wird. Wir haben in den letzten 10 Jahren erheblich viel erreicht im Interesse der deutschen Arbeiter, Schritt für Schritt, aber immer unter dem Widerstande der sozialdemokratischen Fraktion. Sie hat gegen die Krankenversicherungsvorlage gestimmt, sie hat gegen die Unfallversicherungsvorlage gestimmt, sie hat gegen die Alters- und Invaliditätsversicherung gestimmt und sie hat endlich auch gegen die Arbeiterschutzgesetzgebung gestimmt, die wir im vorigen Jahre zu Stande gebracht haben. Meine Herren, wenn alle Parteien so gehandelt hätten wie die sozialdemokratische Partei, hätten wir heute weder Krankenversicherung, noch Unfallversicherung, noch Alters- und Invaliditätsversicherung, noch auch diejenigen Beschränkungen der Arbeitszeit, diejenigen Schutzmaßregeln im Interesse der Arbeiterfamilie, welche unsere Arbeiterschutznovelle gebracht oder angebahnt hat. Das möge der deutsche Arbeiter sich klar machen, wenigstens derjenige deutsche Arbeiter, der in der Lage ist, sich zu besinnen auf die Verhältnisse, welche noch vor 20 Jahren waren. Meine Herren, Sie können den jungen Leuten, die heute mit 20 Jahren Ihre eifrigsten Rekruten sind, Ihre Theorien vortragen, daß auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung nichts für sie zu hoffen ist, — dem älteren Arbeiter, der weiß, wie es vor 20 Jahren war, und was seitdem geschaffen ist, den werden Sie nicht hinters Licht führen! (Bravo! — Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — Meine Herren, über die Einzelheiten spreche ich nicht. Was über den achtstündigen Arbeitstag, über die Frauenarbeit, die Kinderarbeit, die Sonntagsarbeit, die Arbeiterkammern u. s. w. zu sagen ist, hat in mustergiltiger Weise bei der Nothstandsdebatte, welche durch die Interpellation der Herren Sozialdemokraten angeregt worden ist, mein Freund Hitze ausgeführt; ich habe dem nichts hinzuzufügen und habe nichts davon zu nehmen. Wollte ich heute darauf eingehen, so möchte wohl diese Debatte kein Ende absehen lassen. — Der Herr Kollege Bebel hat dann versucht, unsere wissenschaftlichen Bestrebungen im Interesse der Besserung unserer industriellen Verhältnisse, die in München-Gladbach von uns begonnen worden sind, zu verspotten. Er hat gemeint, wir thäten in München-Gladbach nichts, als daß wir, dem Beispiele der sozialdemokratischen Partei folgend, Agitatoren ausbildeten. Er hat also unsere Bestrebungen in München-Gladbach auf dieselbe Lienie stellen wollen etwa mit der Rednerschule in Hamburg, deren ausgesprochener Zweck es ist, Agitatoren heranzubilden, die nicht rechts und links sehen, sondern, der sozialdemokratischen Schnur folgend, gegen Bezahlung an dem Werte der Verführung der deutschen Arbeiterschaft ohne Nachdenken sich betheiligen. Meine Herren, haben Sie die Verhandlung des München-Gladbacher praktischen sozialen Kursus verfolgt? (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — Wie können Sie denn zu derartigen Auffassungen kommen? Haben Sie etwas von Agitation gegen die Sozialdemokratie gefunden? Nein, meine Herren, wir sind in ernster, ruhiger Weise bestrebt gewesen, zu einem wissenschaftlichen Verständniß unserer heutigen wirthschaftlichen Verhältnisse zu gelangen, um, ausgehend von dieser Erkenntniß, die Mittel zu finden, welche noch weiter ergriffen werden können und müssen, um schließlich zu einer Versöhnung der Arbeiter mit ihrer heutigen Lage zu kommen. Wir haben nicht agitirt.

sondern wir haben alle unsere Freunde angeregt, zum Wohle der Arbeiter zu studiren und das Resultat dieser Studien nutzbar zu machen für den deutschen Arbeiter. — Der Herr Kollege Bebel hat sich sodann darüber beschwert, daß ich die Gehaltsverhältnisse des Herrn Liebknecht und von ihm selbst hier zur Sprache gebracht, und er hat die Art, in der ich das gethan, widerlich genannt. Meine Herren, ich beziehe mich auf das Zeugniß des ganzen Hauses, ob Sie etwas widerliches in meinen Ausführungen gefunden haben. Ich habe dem Herrn Liebknecht nicht vorgeworfen, daß er ein erhebliches Einkommen hat, und auch nicht dem Herrn Kollegen Bebel und ich bin ebenso heute weit davon entfernt. Auf dem Boden unserer Staatsordnung ist es doch ganz in der Ordnung, daß ein Mann von der Arbeitskraft, dem Talent und der Aufopferung für die Sache seiner Partei, die ich anerkennen muß, wenn ich auch die Ziele dieser Partei verurtheile, so gestellt ist, daß er ohne die Nöthe des Lebens für das Parteiinteresse arbeiten kann. Ich habe Ihnen keinen Vorwurf gemacht. Im Gegentheil, ich habe deutlich zu erkennen gegeben, daß ich nicht verstehe, wie Sie in Ihrer Partei Leute haben, die das nicht wollen, die das nicht einmal anerkennen und Ihnen diese verhältnißmäßig günstige Lage mißgönnen. Ich habe daraus nur hergeleitet: wenn Sie in Ihrer Partei nicht einmal so viel Selbstbeschränkung, so viel Neidlosigkeit erzielen können, daß Sie Ihren ersten Führern, die in das Gefängniß gegangen sind, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben für Ihre Partei, Ruhe vor derartigen Angriffen schaffen, wie wollen Sie das erst in dem sozialdemokratischen Staat, wo sie Ihr Prinzip der allgemeinen Gleichheit in die Praxis zu versetzen suchen —? Ich weiß nicht, warum das widerlich sein soll Auf der anderen Seite: Sie greifen die Unternehmer, die Großgrundbesitzer, die Kapitalisten, die Bourgeois fortwährend in der schärfsten Weise an, indem Sie ihnen Ausbeutung und die selbstsüchtigsten Beweggründe unterschieben. Und da soll es mir nicht gestattet sein, die Einkommensverhältnisse der Sozialdemokraten zu berühren?! (Bravo!) — Sodann hat der Herr Kollege Bebel auf meine Frage: wie sieht es mit dem sozialdemokratischen Zukunftsstaate aus? — mit zwei Gegenfragen geantwortet. Zunächst hat er mich gefragt: wie stellen Sie sich die Auferstehung nach dem Tode vor? Herr Kollege Bebel, ich stelle mir die Auferstehung nach dem Tode genau so vor, wie sie die katholische Kirche lehrt und zu glauben vorstellt, wie sie in dem katholischen Katechismus steht und wie sie in allen Werken katholischer Theologen seit 1800 Jahren auseinandergesetzt ist. Hier darf ich mit Recht sagen: das steht in unseren Werken!; und ich habe keine Veranlassung, hier mit Ihnen über dieses altehrwürdige Dogma der katholischen Kirche, an dem seit 1800 Jahren weder Ihre Partei, noch irgend eine andere atheistische Sekte etwas hat ändern können. — Sie lachen! Aber das wird an der Thatsache nichts ändern. Das sind theologische Dinge, und die gehören nicht hierher. Hier handelt es sich um Politik, um die praktischen Ziele der Sozialdemokratie. Ich würde in der Lage sein, Ihnen unter vier Augen, wenn Sie geneigt wären, auf derartige religiöse Gespräche einzugehen, sehr viel sagen zu können zum Beweise, daß der Mensch auch noch nach dem Tode fortlebt und darum gut thut, in dieser Zeitlichkeit auf das Leben nach dem Tode Rücksicht zu nehmen. Ich zweifle aber daran, daß Sie geneigt sind, darauf einzugehen, und ich verzichte darauf, Ohren zu predigen, die nicht etwa taub sind, sondern die nicht hören wollen. — Sie haben dann mit der zweiten Frage geantwortet: können Sie uns sagen, wie der jetzige Staat nach 5 Jahren aussieht, was Sie nach 5 Jahren thun werden? Ich antworte Ihnen: jawohl weiß ich, wie unser Staat nach 5 Jahren aussieht. Er wird im wesentlichen genau so aussehen, wie er heute aussieht; nur werden wir hoffentlich über 5 Jahre zu einer weiteren Besserung der Verhältnisse der deutschen Arbeiterschaft gekommen sein. Brauche ich Ihnen Rechenschaft zu geben, was über 5 Jahre ist, wenn ich einfach die bestehende Gesellschaftsordnung, wie wir sie haben, in ihrer historischen Entwicklung annehmen und auf ihrem Boden weiter bauen will? Gewiß nicht! Eine derartige Forderung an mich stellen, ist ganz ungerechtfertigt. Aber Sie wollen etwas anderes. Sie wollen mit einem großen Kladderadatsch eine neue Gesellschaftsordnung einführen, und ich habe Ihnen ausgeführt, daß wir uns darauf nicht einlassen können, wenn wir nicht ganz genau wissen, wie diese neue Gesellschaftsordnung, die sich in allen und jeden Grundlagen und Grundsätzen von der heutigen unterscheiden soll, aussehen wird. — Ich komme nunmehr zu demjenigen, worauf es mir ankommt, nämlich zu der Auseinandersetzung, wie es im sozialdemokratischen Zukunftsstaate aussehen wird. Die Frage ist ja schon häufiger hier im Reichstage debattirt worden, auch im Lande draußen ist sie viel besprochen worden. Heute hat der Herr Kollege Bebel den Standpunkt eingenommen, daß er sagt: „wissen Sie, warum wir Ihnen unseren sozialdemokratischen Zukunftsstaat nicht ausmalen? — weil wir einen sozialdemokratischen Zukunftsstaat gar nicht wollen!“ Das haben Sie heute gesagt. **Früher haben Sie ganz anders gesagt, Herr Kollege Bebel;** gestatten Sie mir, Sie

daran zu erinnern. Sie haben früher, — wenn ich nicht irre, in den siebziger Jahren — ein Werk geschrieben, das heißt „Unsere Ziele“: Auf Seite 45 dieses Werkes ist Folgendes gesagt:

In der Zeit der Aktion ist es zu spät zu theoretischen Diskussionen. (Hört! hört!) Der Plan des Zukunftsstaats muß bereits vor der Aktion in allen Theilen durchgearbeitet und fertig sein. (Hört! hört! Lebhafte Heiterkeit.)

Meine Herren, im Jahre 1884 hat sodann der damalige Reichskanzler Fürst Bismarck an die Sozialdemokraten die Bitte gerichtet, hier den Zukunftsstaat doch auseinanderzusetzen. Damals stand Kollege Bebel noch nicht auf dem Standpunkt, daß er den sozialdemokratischen Zukunftsstaat gar nicht wolle. Damals wurde derselbe von ihm im Reichstag und draußen im Lande in allen Versammlungen, dann in der ganzen Presse das Dogma des sozialdemokratischen Zukunftsstaats bei jeder Gelegenheit paradiren gelassen; man wußte nichts anderes, nichts anderes, und er war das Hauptagitationsmittel. Darum frug damals — es war am 26. November — der Reichskanzler Fürst Bismarck den Herrn Kollegen Bebel folgendermaßen:

Die Kritik ist außerordentlich leicht — aber das Bessermachen! Wenn ich doch endlich einmal eine Verfassung, eine solche Gesetzgebung sehen könnte, wie die Herren Führer der Sozialdemokraten sie sich denken. Sie sind jetzt 25; das zweite Dutzend haben Sie also. Ich will Ihnen noch das dritte Dutzend geben. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie aber 36 sind, dann erwarte ich mit Sicherheit, daß Sie Ihren vollen Operationsplan zur Verfassung, wie sie sein soll, entwerfen. Sonst glaube ich: Sie können nichts! (Sehr gut rechts. — Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Damals hat Herr Kollege Bebel nicht geantwortet: wir wollen überhaupt diesen Zukunftsstaat gar nicht; — zwei Tage später, und zwar am 28. November 1884, hat der Herr Kollege Bebel folgendermaßen geantwortet:

Der Herr Reichskanzler hat vor zwei Tagen an uns appellirt, wir möchten unser Zukunftsprogramm entwickeln. Er will uns Zeit geben, bis wir 36 Mann in diesem Hause sind. Ich habe, obgleich der Reichskanzler dies erst für später wünschte, Ihnen heute bereits ein nicht unwesentliches Stück zur Lösung der sozialen Frage — denn alle sozialen Fragen hängen auch mit den großen politischen Fragen zusammen — entwickelt. Wir werden bei anderen Gelegenheiten auch die rein sozialen Fragen, auch die nothwendige Organisation der Produktions- und die Organisation der Distributionsverhältnisse, auch die kooperative Ausnützung des Grund und Bodens, die Nothwendigkeit der Assoziirung sowohl der Landwirthe als des Kleingewerbs und der Arbeiter unter sich darlegen. (Hört! hört!) Einstweilen habe ich Ihnen heute eine Reihe von Aufgaben gestellt, die, wenn Sie dieselben lösen, uns sehr zufriedenstellen werden. Das Weitere werden wir dann später sehen.

Im Jahre 1884 haben Sie also eine sorgfältige Auseinandersetzung der Organisation der Produktions- und der Organisation der Distributionsverhältnisse auf der kooperativen Ausnützung von Grund und Boden versprochen; ich konstatire, daß wir heute noch darauf warten, daß Sie weder in allen diesen Jahren noch auch am vorigen Dienstag, noch auch heute irgend etwas dazu beigetragen haben. (Sehr richtig! Bravo! rechts und im Zentrum.) — Der Herr Kollege Bebel hat uns sodann eine lange historisch-politische oder geschichtsphilosophische Auseinandersetzung gegeben über die Entwickelung der Gesellschaft. Wenn ich ihn recht verstanden habe, war der Zweck dieser Auseinandersetzung, darzuthun, daß es gar nicht nöthig ist, über einen sozialdemokratischen Zukunftsstaat hier sich auseinanderzusetzen, weil er von selber auf Grund der Entwickelung der Gesellschaft sich ergeben werde und man darum ruhig abwarten könne, wie der sozialdemokratische Zukunftsstaat aussehen werde. — Meine Herren, so einfach ist die Sache nun doch nicht, durchaus nicht. Die Sache brennt, es ist die höchste Zeit, daß Sie sich klar werden, wie Ihr Zukunftsstaat aussieht. Ich für meinen Theil glaube, Sie können diese Entwickelung gar nicht abwarten, Sie haben gar keine Zeit mehr dazu! (Zuruf links.) — Die Entwickelung, daß ein sozialdemokratischer Staat ausgeführt werden soll, steht unmittelbar vor der Thür, nach Ihren eigenen Auseinandersetzungen. — Meine Herren, unser verehrter Kollege, der Herr Reichstagsabgeordnete von Vollmar, ebenfalls ein Mitglied der offiziellen sozialdemokratischen Partei, wenn er auch ungleich nüchterner und besonnener in der Beurtheilung aller politischen Verhältnisse ist als die meisten übrigen Herren von der sozialdemokratischen Partei, hat sich einen schönen Tages ein großes Verdienst dadurch erworben, daß er Prophezeiungen über den Zeitpunkt, wo der sozialdemokratische Staat ins Leben treten werde, zusammengestellt hat. Das ist geschehen in Nr. 7 der „Neuen Zeit“, der offiziellen wissenschaftlichen Revue der Sozialdemokratie, vom Jahre 1892/93, in einem Aufsatz, der überschrieben ist „Zur Streitfrage über den Staats-

sozialismus.“ In diesem Aufsatz hat Herr von Vollmar der Sozialdemokratie vorgehalten, daß ihren offiziellen Verlautbarungen — sie sind alle entnommen aus der „Neuen Zeit,“ aus dem Erfurter Protokoll und aus dem „Vorwärts“ — Folgendes steht. Zunächst:

Die soziale Frage ist die Frage des Jahrhunderts, und das letzte Jahrzehnt desselben ist allem Anscheine nach berufen, es zu wichtigen Entscheidungen zu bringen.

Dann heißt es an einer anderen Stelle:

Die Partei, die wie die aufsteigende Fluth alle Dämme überbraust, die sich über Land und Stadt ergießt bis in die reaktionärsten Ackerbaudistrikte, diese Partei steht heute auf dem Punkte, wo sie mit fast mathematischer Genauigkeit die Zeit bestimmen kann, in der sie zur Herrschaft kommt.

Wieder an anderer Stelle heißt es:

Die deutsche Sozialdemokratie hat eine Stellung erobert, die ihr binnen kurzer Frist den Heimfall der politischen Macht sichert.

Weiter an einer anderen Stelle:

Die Verwirklichung unserer letzten Ziele ist so nahe, daß wenige in diesem Saale sind, die diese Tage nicht erleben werden. (Zuruf links.)

— Jawohl, das hat Herr Bebel gesagt. — Weiter:

Breche der drohende Weltkrieg aus, so könne derselbe den Sieg in zwei bis drei Jahren

— vom Herbst 1891 ab gerechnet —

bringen, andernfalls werde die Partei bei den nächsten Wahlen in eine Lage kommen, wo sie jede Regierung zur Kapitulation bringen kann.

Weiter, meine Herren:

Und wenn die Ereignisse diese Richtung nehmen, wird unsere Partei sich gegen das Jahr 1898 (Heiterkeit) in den Besitz der Macht setzen können.

Meine Herren, es steht also fest: in Ihrer ganzen Partei herrscht die Auffassung, daß Sie spätestens in diesem Jahrzehnt und wahrscheinlich im Jahre 1898 zur Macht kommen werden! (Große Heiterkeit.) Dann wird der große Kladderadatsch kommen, dann wird die soziale Revolution durchgeführt sein; dann wird Herr Bebel Präsident der Republik, Herr Liebknecht Staatssekretär des Innern, Herr Kollege Singer Finanzminister sein. Meine Herren, Sie müssen sich doch schon überlegt haben, was Sie thun wollen in diesem Augenblick! Dann sind Sie gezwungen, diese neue Republik alsbald einzurichten und in Thätigkeit treten zu lassen. Früher hat der Herr Abgeordnete Bebel ja selbst gesagt, daß es nothwendig sei, für diesen Zeitpunkt einen Plan des Zukunftsstaats bereits vor der Aktion in allen Theilen durchgearbeitet und fertig zu haben; und nun, wo wir so unmittelbar vor diesem Ereigniß stehen, kommt Herr Kollege Bebel und setzt uns auseinander: wir wollen gar keinen sozialdemokratischen Zukunftsstaat (hört! hört! links), der wird sich aus der Entwickelung von selbst ergeben, und wenn er sich ergeben hat, werden wir schon sehen, was wir machen. — Meine hochverehrten Herren, ich glaube nicht, daß es richtig ist, die Dinge in dieser Weise zu behandeln. Das Gesetz der Entwickelung ist ein Gesetz, das angewandt auf politische und wirthschaftliche Verhältnisse wohl besteht, aber nicht in dem Sinne, wie die sozialdemokratische Partei es will. — Der Herr Kollege Bebel hat darauf hingewiesen, daß der heutige Staat mit dem Staat von vor hundert Jahren wenig gemein hat. Ganz gewiß, Herr Bebel! Aber seitdem ist der Staat in unzähligen Abstufungen geändert worden, seit den Zuständen des vorigen Jahrhunderts, bis wir zu derjenigen Ordnung gekommen sind, auf deren Boden wir heute stehen. Möglich, daß die Entwickelung weiterhin einer gewissen sozialistischen Regelung sich nähert — ich weiß es nicht, ich bin kein Prophet wie Sie, ich wage nicht, derartige Dinge vorauszusagen. Aber ich will es für möglich halten, ich will es einmal, ohne es zuzugeben, annehmen. Dann unterliegt es doch keinem Zweifel, daß bis dahin wieder in vielleicht hundert Jahren Schritt für Schritt bis zu der sozialistischen Ordnung unserer Produktion viele Stadien durchlaufen müssen. Aber das wollen Sie nicht, sondern im Gegentheil, Sie wollen die Revolution; Sie wollen ganz plötzlich mit einem Schlag, mit einem großen Kladderadatsch, mit dem Sie das große Gebäude unserer heutigen Ordnung einrütteln wollen, zu einer Neuordnung kommen. Wenn man das will, dann ist es frivol im höchsten Maße, wenn man nicht vorher einen Plan hat, nach dem man neu bauen kann. (Bravo! im Zentrum und rechts.) — Meine Herren, ein ganz anderes, höchst eigenartiges Ding ist aber die sozialdemokratische Entwickelung. Der Herr Kollege Bebel von heute ist nicht mehr der Kollege Bebel von früher, das habe ich schon nachgewiesen. Als Beispiel diese besondere sozialdemokratische Entwickelung! Ganz genau dasselbe ist vom Herrn Kollegen Liebknecht zu sagen. Früher, als man der Sozialdemokratie noch nicht so sehr das Messer auf die Brust gesetzt hatte mit dem

Verlangen, sie solle doch nun Farbe bekennen und den Staat, den sie durch eine einzige große Revolution einführen wolle, auseinandersetzen, — in dieser Zeit haben Sie offen gesagt, daß das nicht auf einmal gehe, mit einem einzigen großen Kladderadatsch von heute auf morgen zu erreichen sei, sondern allmählich in einer längeren sozialistischen Revolution erreicht werden müsse. Der Herr Marx, der geistige Führer Ihrer Partei, den Sie heute noch nicht so ganz über Bord geworfen haben wie den Herrn Lassalle, den Sie aber auch schon im Begriff sind so ganz allmählich zum alten Eisen zu werfen — wir werden es zweifellos erleben, daß Herr Marx gerade so zum alten Eisen geworfen wird wie Herr Lassalle, gerade so wie das Gothaer Programm und das kommunistische Manifest, von dem Sie heute nicht viel mehr haben (Zuruf), — was den prinzipiellen Theil anlangt, der agitatorische Theil ist ja allerdings noch Ihr Eigenthum; von dem prinzipiellen Theil sind Sie aber in den wesentlichsten Punkten schon abgewichen, und wenn der Herr Abgeordnete Bebel alt wird, wird er in sehr vielen weiteren Punkten noch davon abweichen. Dieser Herr Marx hat in seiner bekannten Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogrammentwurfs, die eines schönen Tages zur großen Ueberraschung gewisser Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion Herr Engels aus London in der „Neuen Zeit" veröffentlichte, folgendes gesagt — es handelt sich um die Kritik des Entwurfs zum späteren Gothaer Programm in den siebziger Jahren — also in dieser Kritik hat Herr Marx gesagt:

> Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.

Marx war der Ansicht, daß zunächst die sozialdemokratische Partei zur politischen Macht zu gelangen habe, daß sie dann die Macht zu benutzen habe in der Form einer revolutionären Diktatur des Proletariats, um dann allmählich in einer längeren politischen Uebergangsperiode den sozialdemokratischen Staat aufzubauen. Verhältnißmäßig vernünftig, meine Herren! — das muß ich anerkennen. — Als nun aber die Frage, wie denn dieser sozialdemokratische Staat aussehen würde, der Sozialdemokratie allmählig lästig wurde, da wurde diese revolutionäre Uebergangsperiode in die Ecke gestellt. Sie hatte ihre Dienste zur Fanatisirung der Massen gethan. Fortan war sie nicht mehr zu gebrauchen. In Halle, auf dem Parteitage der Sozialdemokratie, am 16. Oktober 1890 war von dieser revolutionären Uebergangsperiode nichts mehr vorhanden. Da hat Herr Liebknecht sich ganz anders ausgesprochen, nämlich folgendermaßen:

> Ein Fehler unseres Programms ist seine Eintheilung.

— Nämlich die Eintheilung, was man auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung wolle, und was die definitiv anstrebenden Prinzipien des sozialdemokratischen Zukunftsstaates sein werden. —

> Ein Fehler unseres Programms ist seine Eintheilung. Wie kann der Zukunftsstaat von dem heutigen Staate getrennt sein? Die heutige Gesellschaft wächst in die sozialistische hinein. Deswegen dürfen wir in unserem Programm keine bestimmte Grenze zwischen den beiden ziehen.

Damals war also Herr Liebknecht im Verfolg des sozialdemokratischen Entwickelungsgesetzes schon dazu gekommen, daß eine revolutionäre Uebergangsperiode nicht mehr nöthig sein werde, sondern daß die heutige Gesellschaft in die sozialistische hineinwachsen würde. In weiterer Entwicklung der sozialdemokratischen proteusartigen Entwickelungsfähigkeit hat dann wenige Tage später in einer Versammlung im 6. Berliner Wahlkreis am 27. Oktober 1890 Herr Kollege Liebknecht folgendes ausgeführt:

> Wenn die Arbeiter einmal die Macht erlangen, dann wird es ihnen ein Leichtes sein, zu dekretiren: von morgen Mittags 12 Uhr ab sind alle Fabriken, Werkstätten, Bergwerke u. s. w. Eigenthum des Staates, beziehungsweise der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter. Damit ist der sozialdemokratische Staat mit einem Schlag hergestellt.

(Große Heiterkeit.) Das ist also das „Hineinwachsen" des heutigen bürgerlichen Staates in den sozialdemokratischen Zukunftsstaat! Es bedarf nur eines Dekretes: von morgen Mittag 12 Uhr ab gehört aller Grund und Boden, gehören alle Fabriken, gehören alle Bergwerke der arbeitenden Bevölkerung — und dann haben wir den sozialdemokratischen Staat! Nun wohl! Dann haben wir den sozialdemokratischen Staat! Was dann aber weiter? Diese Ausführungen können Sie doch nicht der Pflicht überheben, uns zu sagen, was nun der zweite Schritt sein wird, wenn Sie im Jahre 1898, meinethalben am 11. November, ein Dekret erlassen haben werden: von morgen Mittag 12 Uhr ab ist alles in unsern Händen, und dann ist der sozialdemokratische Staat eingeführt. Meine Herren, wenn Sie also dieses Dekret erlassen haben werden, wird der Herr Kollege Bebel nicht mehr Inhaber seiner Fabrik sein, werden auch die andern

sozialdemokratischen Unternehmer nicht mehr Inhaber ihrer Fabriken sein; alle Bergwerksbesitzer, alle Grundbesitzer werden in der Lage sein, kein Eigenthum mehr zu haben, nichts mehr zu sagen zu haben, keiner ist ihnen mehr Gehorsam schuldig; es würde im Gegentheil gegen die sozialdemokratische Gleichberechtigung verstoßen, es würde das demokratische Prinzip, das ja, wie der Herr Kollege Bebel uns auseinandergesetzt hat, der Grund der sozialdemokratischen Anschauungen ist, verletzen, wenn irgendwer in diesem Augenblick noch irgend eine Autorität anerkennen würde. Der Herr Kollege Liebknecht hat ja auf dem Halle'schen Parteitag ausgerufen: „wir anerkennen keine Autorität im Himmel und auf der Erde!" In dem Augenblick, wo das Dekret erlassen worden ist, giebt es also keine Autorität für Sie mehr, wenigstens hier auf Erden; die himmlische Autorität bleibt, die können Sie ja nicht wegdekretiren! (Zuruf von den Sozialdemokraten.) — Hier auf Erden wird für Sie keine Autorität mehr sein! Und nun, bitte, Herr Kollege Bebel, setzen Sie auseinander, wie Sie es dann anfangen, um die Produktion, um die Distribution, um die genossenschaftliche Arbeit zu regeln und in die Fabriken zu vertheilen! (Sehr gut! im Zentrum und rechts.) In demselben Augenblick werden alle Unternehmer aufhören zu überlegen und zu berechnen, werden alle Techniker aufhören zu zeichnen und vorzubereiten, werden alle Meister der Fabriken aufhören zu ordnen und zu regeln; denn sie haben nichts mehr zu sagen, sie haben keine Autorität, und wer ihre Autorität anerkennt, der verstößt gegen das Grundprinzip des sozialdemokratischen Staats. Es werden also zunächst für den Augenblick zweifellos alle Fabriken, alle Bergwerke, alle landwirthschaftlichen Betriebe still stehen. Nun, Herr Kollege Bebel, was thun Sie dann? Sie sind dann moralisch verantwortlich dafür, daß das Volk nicht verhungert! (Zuruf.) — Herr Kollege Bebel, wenn Sie die Verantwortung gern übernehmen, nehme ich an, daß Sie sich bereits ganz klar gemacht haben, was Sie dann thun, wie Sie es in Ihrem Buch „Unsere Ziele" damals als das absolut Nothwendige und Unentbehrliche auseinandergesetzt haben. Also, bitte, heraus mit Ihrem Flederwisch! (Große Heiterkeit.) Sie werden vielleicht sagen: alsdann wird eine Wahl organisirt werden müssen, um die Leiter der Bergwerke, der Fabriken, der landwirthschaftlichen Betriebe durch freie Wahl der Arbeiter zu bestellen. Ja, meine Herren, wenn nun diese Wahl, sagen wir z. B. zur Leitung eines landwirthschaftlichen Großbetriebs auf den Herrn Kollegen Singer fällt? (Heiterkeit.) Dann wird derselbe in der Lage sein, aus dem Lande so viel herauswirthschaften zu müssen, wie der einfachste und bescheidenste Bauer, der heute das Land auf Grund einer langen Erfahrung bebaut! Wird er das können? (Sehr gut!) Oder der Herr Kollege Bebel wird vielleicht zum Leiter einer Maschinenfabrik gewählt werden. Es wird ihm das ja ohne allen Zweifel unangenehm sein; er erwartet, daß er zum Präsidenten der Republik gewählt wird. (Heiterkeit.) Aber das könnte ihm doch schief gehen; die Arbeiterschaft könnte andrer Ansicht sein, es könnte sein, daß sie einen anderen hätte, der sich besser zu diesem Posten eignet. (Zuruf.) Also, bitte, Herr Kollege Bebel, ich nehme an, Sie werden zum Leiter einer Maschinenfabrik oder eines großen Bergwerks, das 3000 Arbeiter beschäftigt, gemacht; was werden Sie dann thun? Sie werden ohne allen Zweifel den bisherigen Leiter, die bisherigen Techniker, die bisherigen Obersteiger und Steiger zu Schleppern degradiren. Die sind ja dann gerade dazu gut genug! (Zuruf.) — Herr Kollege Bebel, ich bin in einer ganz nüchternen Auseinandersetzung. Der Herr Präsident wird Ihnen ohne allen Zweifel das Wort geben, wenn Sie es verlangen, um auseinanderzusetzen, wie Sie sich dann verhalten. Aber vor der Hand warten Sie gütigst ab, bis Sie das Wort bekommen, und gestatten Sie mir, in ruhiger und sachlicher Weise auseinanderzusetzen, welche Schwierigkeiten ich finden würde, wenn ich vor eine derartige Aufgabe gestellt würde. Ich nehme also als unbezweifelbar an, daß alle Unternehmer, alle Techniker, alle Ingenieure Schlepper würden; ich nehme an, daß einige eben noch als Häuer zu benutzen wären; jedenfalls könnten sie nur als Lehrhäuer eine Anstellung finden; denn einstweilen verstehen sie von dem Hauen doch noch nichts. Nun wohl, Herr Kollege Bebel, wen werden Sie dann zum Techniker machen, wen werden Sie zum Maschinenwärter machen? (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — Mich nicht? — Aber warum denn nicht, Herr Kollege Bebel? (Große Heiterkeit.) Nehmen Sie an, ich hätte mich bis dahin zur sozialdemokratischen Partei bekehrt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — Ja aber, Herr Kollege Bebel, Sie werden mich doch nicht herausschmeißen? (Große Heiterkeit.) — Sie werden mich herausschmeißen? — Ja aber, Herr Kollege Bebel, im sozialdemokratischen Staat — — (Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich muß sehr bitten, daß Sie zum Hause und nicht zu einem einzelnen Abgeordneten sprechen. (Große Heiterkeit.)

Abgeordneter Dr. Bachem: — Herr Kollege Bebel will mich also zum Blechschmied machen! (Zurufe! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Bebel, ich muß bitten, nicht dazwischen zu sprechen.

Abgeordneter Dr. **Bachem:** Also zum Blechschmied; da weiß ich wirklich nicht, ob ich diese Funktion in einer den Herren Sozialdemokraten genügenden Weise ausüben könnte. (Große Heiterkeit.) Jedenfalls richte ich nochmals die Frage an Sie — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich muß meine Bitte wiederholen, daß Sie Ihre Worte an das Haus und nicht an den Herrn Abgeordneten Bebel richten.

Abgeordneter Dr. **Bachem:** Meine Herren, ich nehme an, daß ich im sozialdemokratischen Staate auch ein Unterkommen gefunden habe, daß es mir vielleicht gelungen ist, meine von der sozialdemokratischen Grundanschauung abweichenden Ansichten zu verbergen, daß ich in dem großen sozialdemokratischen Hause mit untergelaufen bin. Angenommen, ich werde zum Ingenieur für das Bergwerk gewählt, dann werde ich ohne Zweifel versuchen, mein Bestes zu thun. Aber was wird dann herauskommen? Ich bin sicher, daß in ganz kurzer Zeit das Bergwerk in Unordnung ist, daß überhaupt der Betrieb unmöglich werden würde. Ganz dasselbe wird auf allen andern Gebieten der Fall sein. Nun wird mir wahrscheinlich wieder entgegnet werden, so dumm werden die Sozialdemokraten nicht sein, sie werden die besten Leute auswählen und an die richtigste Stelle stellen. Ja, meine Herren, wenn jemand mir das entgegnete, so würde ich ihm wieder den Herrn Kollegen Bebel entgegenhalten, der in seinem Buch „Die Frau" auseinandergesetzt hat, daß das eine Ungerechtigkeit sein würde, weil die angenehme Arbeit der Leitung nicht immer einem und demselben obliegen dürfe, sondern daß er auch die rauhere Arbeit der Schlepper und der Häuer verrichten müsse. Der Herr Kollege Bebel hat gesagt, es sei nichts dagegen einzuwenden, daß ein Alterniren der angenehmen Funktionen unter den Einzelnen stattfinden müsse. Also es steht doch fest, daß unter irgend einer Konstellation Leute zur Leitung eines industriellen Betriebes, eines landwirthschaftlichen Unternehmens berufen werden, die vorher in diesem Betriebe nicht beschäftigt waren. Was werden Sie denn machen, daß kein Betrieb stillsteht? Wenn Sie nichts machen, so wird das Bergwerk stillstehen, der landwirthschaftliche Betrieb wird halb so viel produziren als bisher. Und das angesichts der Thatsache, daß wir in unserm Deutschen Reich mehrere Millionen haben, die wir nicht ernähren können mit derjenigen Brotfrucht, die wir selbst produziren, für deren Ernährung wir angewiesen sind auf die Zufuhr von außen. — Meine Herren, die Herren von der sozialdemokratischen Partei machen sich über alle diese Dinge keine Sorge. Ich dagegen mache mir schon auf dem Boden unsrer heutigen Gesellschaftsordnung Sorge, daß wir unsre Leute nicht mehr genügend ernähren können. Es ist das schlimmste und schwierigste Problem unsrer gesammten sozialen Wissenschaft und unsrer Politik, wie wir für die stets zunehmenden Millionen unsrer Bevölkerung noch Brot und Arbeit schaffen. Wir könnten unsere Leute nicht ernähren, ohne daß wir auf dem Weltmarkt konkurriren. Wir müssen ausführen, damit wir das in andern Ländern gewachsene Brot zu uns herüberziehen können. Hört diese Ausfuhr auf, so hört die Einfuhr von Getreide auch auf, und dann steht es fest, daß eine Hungersnoth, wie sie niemals im Deutschen Reich war, kommen wird. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — „Entsetzlich!" wird mir zugerufen. Ja, das ist in der That entsetzlich; es ist aber auch Wahrheit, — und darauf kommt es an. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Sie sagen: nein. Setzen Sie uns doch auseinander, wie Sie es machen werden, um einer solchen Hungersnoth vorzubeugen! Sie werden nicht leugnen können, daß, wenn Sie Ihr Dekret zur Einführung des sozialdemokratischen Staates erlassen haben, zunächst eine ganz gewaltige Desorganisation unsrer gewerblichen Verhältnisse sich ergeben wird. Entweder werden alle Arbeiter, die bisher unangenehme Arbeiten verrichtet haben, in andere Gegenden gebracht — sie werden es wenigstens verlangen, daß man ihnen angenehmere Arbeit giebt —, und dann giebt es eine allgemeine Anarchie; oder aber Sie führen es ein, daß dem Einzelnen seine Arbeit angewiesen wird, daß er gezwungen wird, diese und keine andere Arbeit an diesem und keinem andern Ort zu verrichten; damit heben Sie dann die Freizügigkeit, die freie Berufswahl auf, und das ist die vollkommenste Tyrannei, die jemals gewesen ist. (Beifall.) Zwischen diesen beiden Extremen giebt es kein Mittel, und Sie müssen uns auseinandersetzen, ob Sie das eine oder das andere in ihrem Staate haben wollen. — Meine Herren, was der Herr Kollege Bebel uns hier vorträgt, unterscheidet sich ganz regelmäßig in einem ungeheuern Grade von demjenigen, was im Lande den armen zu verführenden Arbeitern vorgelogen wird. Dort leugnet man nicht, daß man einen sozialdemokratischen Zukunftsstaat haben wolle; im Gegentheil, ich habe in einer ganzen Reihe sozialdemokratischer Versammlungen die längsten Tiraden über den Zukunftsstaat gehört, und gerade mit der Ausmalung des Zukunftsstaats, in dem Milch und Honig für jeden Arbeiter fließen soll, fanatisirt und bethört man die Arbeiter. — Der Herr Kollege Bebel hat ja auch selbst die Schön-

heiten des sozialdemokratischen Zukunftsstaats Ihnen ausgemalt; die schönen Seiten! die Schattenseiten nicht. Das geschieht in andren Werken noch in viel ausdrucksvollerer Weise. Gestatten die Herren, zum Beweise auch hier nur wenige Zitate zu bringen. Ich könnte Ihnen eine ganze Menge bringen. Das „Berliner Volksblatt" hat im November 1890 — also das offizielle Organ der sozialdemokratischen Partei unter der Redaktion des Kollegen Liebknecht — folgendes ausgeführt:

> Was man im sozialistischen Volksstaat essen wird, lassen wir dahingestellt sein. Aber daß jeder satt wird, das behaupten wir fest. Wie die Wohnungen eingerichtet sein werden, in welchem Styl man die Häuser bauen, wie die Anlage der Städte sein wird, darüber zerbrechen wir uns unsern Kopf nicht. Aber das wissen wir gewiß, daß jeder Mensch und jede Familie eine gesunde, geräumige, freundliche Wohnung, ein trauliches Heim haben wird.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Herr Kollege Bebel, woher wissen Sie das denn? (Heiterkeit.) Wie kommen Sie dazu, so positiv sicher zu wissen, daß, nachdem Sie Ihr Dekret erlassen haben: „Von morgen Mittag 12 Uhr ab gilt der sozialdemokratische Staat", daß Ihnen dann sofort oder wenigstens in einer vernünftigerweise absehbaren Zeit gelingen werde, jeder Familie eine „gesunde, geräumige, freundliche Wohnung, ein trauliches Heim" zu schaffen? (Heiterkeit.) Sie müssen sich doch zuerst selbst das klar gemacht haben, wenn man Ihnen das glauben soll. — Ferner erfahren wir aus demselben Artikel, daß

> die gesellschaftliche Arbeit nicht in ihrem Uebermaß die Gesundheit untergraben oder schädigen, die geistige Beschäftigung verhindern oder beeinträchtigen werde, sondern daß jedermann neben der ihm obliegenden gesellschaftlichen Arbeit noch Zeit und Muße genug haben wird, der Wissenschaft, Kunst, Natur sich zu widmen und seinen Lieblingsbeschäftigungen sich hinzugeben. (Heiterkeit.)

Wie das zu ermöglichen ist, erfahren wir nicht. Nun, meine Herren, das Stärkste auf diesem Gebiet hat ja wiederum — vielleicht nicht der Herr Kollege Bebel, aber doch der Schriftsteller August Bebel in seinem Werke „Die Frau" geleistet. Er hat angeführt, er halte es für möglich, daß man in baldiger Zeit dazu gelange, daß man mit dem dreistündigen Arbeitstag auskomme. Also Sie halten es für möglich, daß man mit dem dreistündigen Arbeitstag auskomme! Wohl, dann muß doch vorher der Beweis geliefert werden, daß bei einem dreistündigen Arbeitstag so viel produzirt wird, daß wir unsere Ausfuhr aufrecht erhalten können und für den Erlös unserer Ausfuhr die nöthigen ungeheuren Massen Getreide anderswo kaufen können, deren wir bedürfen, wenn unsere Bevölkerung nicht verhungern soll. — Ein anderer Mann, der, soviel ich weiß, auch niemals von der sozialdemokratischen Partei desavouirt worden, sondern offizielles Mitglied derselben ist, Herr Stern, in seinen „Thesen über den Sozialismus", Seite 12, verspricht auch sehr viel. Er sagt:

> Jedem, der sich ausweist, sein Arbeitsquantum verrichtet zu haben, steht das unumschränkte Recht auf jeden Konsum in jeder beliebigen Quantität zu. (Anhaltende Heiterkeit.) Er bezieht seine Bekleidungsstücke aus den öffentlichen Magazinen, er ißt im Hotel was ihm beliebt (Heiterkeit), oder, wenn er es vorzieht, zu Hause in einer höchst komfortablen Privatwohnung (Heiterkeit), die mit den öffentlichen Hotels in Verbindung steht (Telephon, Rohrpost, oder was sonst noch erfunden wird), und woher er auf die bequemste Weise die Speisen bezieht, die er wünscht, oder er läßt sie sich zu Hause bereiten oder bereitet sie selbst. (Große Heiterkeit.)

Sie sehen, meine Herren, die wunderschönen Versprechungen! Nur zerbricht sich der Herr Stern ebenso wenig den Kopf darüber, wer denn parirt, wenn er im Hotel sagt: ich wünsche ein Beefsteak zu essen! Eine Autorität giebt es im Hotel doch auch nicht; er persönlich wird auch nicht das genügende Ansehen haben, daß der Kellner — oder, pardon! der mit dieser Funktion bekleidete Genosse — (Heiterkeit) das Beefsteak brät und bringt. Also wie macht er es? Darüber zerbricht sich kein Mensch den Kopf. Und mit solchen Dingen verführt man das Volk! (Beifall.) — Meine Herren, der Herr Kollege Liebknecht ist auch einmal in der Lage gewesen, über eine derartige Frage sich auszulassen. Es waren in der Literatur, in der Presse ähnliche Fragen an ihn gestellt worden, und das hat dem Kollegen Liebknecht auf dem Halleschen Parteitag Gelegenheit gegeben, darüber zu sprechen: er hat diese Frage einfach mit einer eleganten Handbewegung bei Seite geschoben, indem er sagte: das sind „einfältige Fragen". Ich werde abwarten, ob heute einer der Herren der sozialdemokratischen Partei das auch noch antworten wird. Sobann hat Herr Liebknecht fortgefahren:

> Was man heute für unmöglich hält, wird morgen möglich. Wenn man erwägt, welch gewaltige Umwälzungen der Dampf, die Elektrotechnik u. s. w. hervorgebracht, dann muß doch jedem klar sein, daß man nicht sagen kann, wie der sozial-

demokratische **Zukunftsstaat gestaltet sein wird.** Nur ein **Narr** kann solche Frage stellen Was heute Ideal ist, ist morgen Wirklichkeit und übermorgen Reaktion. Können uns unsere Gegner sagen, wie es in einem Jahre im heutigen Deutschland aussehen wird? Und diese **Thoren** verlangen, wir sollen ihnen sagen, wie es im sozialdemokratischen Zukunftsstaat aussehen wird!

Sie sehen also, der Kollege Liebknecht weist es durchaus ab und erklärt denjenigen für einen Thoren, der wie ich solche vorwitzigen Fragen stellt! — Ganz anders in der Abonnementseinladung zum „Berliner Volksblatt" im November 1890. (Heiterkeit.) Ich nehme an, daß diese Abonnementseinladung ebenfalls von dem Abgeordneten oder Redakteur Liebknecht herrührt; jedenfalls ist er moralisch dafür verantwortlich. Ob er damals als verantwortlicher Redakteur im rechtlichen Sinne im Blatt gestanden hat, weiß ich nicht; das thut aber auch, wie allgemein bekannt sein dürfte, nichts zur Sache. In dieser Abonnementseinladung heißt es:

Nur durch die sozialdemokratische Presse kann der Arbeiter über Wesen und Werth der kapitalistischen Produktionsweise aufgeklärt werden, und in der sozialdemokratischen Presse findet er **Mittel und Wege angegeben, die ihn schließlich aus den Fesseln erlösen und ihn einer freien, glücklichen Zukunft entgegenführen werden.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich finde in der sozialdemokratischen Presse nichts als Mittel und Wege bis zur Revolution. Bis dahin reichen Ihre Mittel aus; wie Sie aber, nachdem Sie die Macht errungen haben, nachdem die Revolution durchgeführt ist, Mittel und Wege finden wollen, nun eine neue Ordnung der Produktion, der Distribution, der kooperativen Arbeit herzustellen, darüber habe ich im „Berliner Volksblatt" im „Vorwärts", in allen anderen offiziellen und nichtoffiziellen Aeußerungen der sozialdemokratischen Partei bisher noch nicht das Geringste gefunden. — Meine Herren, das Allersonderbarste — wenn ich diesen zahmen Ausdruck gebrauchen darf — ist der Glaube der Sozialdemokratie, daß man im sozialdemokratischen Staate auskommen könne **ohne Autorität und ohne Gehorsam.** Sie wollen die Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins-, Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, die freie Forschung beschränken. Es unterliegt also keinem Zweifel, daß im sozialistischen Staat jedweder das Recht hat, in derselben bitteren Weise zu kritisiren und „Radau zu machen" — wie Sie das nennen —, wie das die „Jungen" gethan haben. Glauben Sie, meine Herren, daß Leute von dieser Naturanlage, die immer kritisiren, die immer etwas anderes wollen, in Ihrem Staate nicht auch sein werden? Ich meinerseits bin darüber nicht im Zweifel. — Noch viel weiter gehen Ihre Aeußerungen in denjenigen Schriftstücken, von denen man nicht offiziell nachweisen kann, daß die sozialdemokratische Fraktion die Verantwortung zu tragen hat. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1890 ist ein Flugblatt in meiner Heimath Köln in vielen tausend Exemplaren verbreitet worden und, wenn ich recht berichtet bin, auch im ganzen Rheinland und im ganzen preußischen Staate und Deutschen Reiche, welches ohne Zweifel von Parteiwegen hergestellt worden ist; denn es wurde in großen Massen aus Berlin bezogen. In diesem Reichstagswahlflugblatt von 1890 heißt es:

Herrschen ist seiner Natur nach **Ausbeuten.** Der Staat muß aufhören, die Domäne einzelner Stände, Personen und Klassen zu sein. Er muß werden die Vereinigung gleichberechtigter Bürger, von denen keiner über den anderen herrscht, keiner vom anderen beherrscht wird. Das erstrebt die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie ist die konsequente Demokratie. Sie will eine Staats- und Gesellschaftsordnung, die, fußend auf der Gleichberechtigung aller Menschen, die **Quellen der Ungleichheit verstopft, weder Herren noch Knechte duldet** und eine brüderliche Gemeinschaft von freien Menschen begründet.

Ganz ähnlich hat sich, wie ich schon die Ehre hatte anzuführen, nur kürzer und noch viel schneidiger der Abgeordnete Liebknecht auf dem Parteitage in Halle ausgedrückt:

Unsere Partei leugnet alle Autorität im Himmel und auf Erden.

Heute hat der Herr Kollege Bebel diesen Ausspruch — wenn ich so sagen darf — kommentirt. Er hat gesagt: wir leugnen jede **offizielle,** jede **erzwungene** Autorität; wir lassen nur diejenige Autorität zu, die auf Grund des Verdienstes, auf Grund der eigenen Kenntniß, auf Grund der bisherigen Leistungen für das Gemeinwohl von selber erworben wird. Wir haben uns also mit der Frage zu beschäftigen: kommt man denn im sozialdemokratischen Staat aus ohne eine offizielle, staatlich garantirte Autorität, lediglich auf Grund derjenigen Autorität, welche persönliches Ansehen giebt? Ja, meine Herren, wenn man versucht, diesen Gedanken auszudenken, wird es einem grau vor den Augen. So lange die Welt steht, hat es noch keine Korporation gegeben, in der nicht eine Autorität bestand, welche mit Zwang durchzuführen war, es sei denn, daß

es sich um Genossenschaften handelte, die bereit waren, auseinanderzugehen, wenn sie die freiwillige Autorität nicht mehr weiter hochhalten wollten. Es hat vor allem niemals einen Staat gegeben, der ohne eine feste Autorität ausgekommen ist. (Zuruf von sozialdemokratischer Seite.) — Langsam, langsam! (Heiterkeit.) Es hat niemals Menschen in größerer Zahl gegeben, die nur auf Grund der freiwilligen Autorität zu lenken waren; überall hat es Leute gegeben, die sie nicht anerkannten. Ich habe früher schon ausgeführt, daß in der sozialdemokratischen Partei diese Leute ganz besonders zahlreich sind und ganz besonders laut und lärmend mit ganz besonderem Fanatismus auftreten. Nun will der Herr Kollege Bebel auskommen ohne Autorität! — Ja, Herr Kollege Bebel, Sie müssen doch wissen: was machen Sie denn, wenn wider Erwarten, wider Ihren Willen, gegen das sozialdemokratische Prinzip im sozialdemokratischen Staat Einer die freiwillige Autorität irgend welcher Leute nicht anerkennen will? Sie werden doch nicht anders können, als ihn ins Gefängniß zu setzen, ihn auf irgend eine Weise zur Ruhe zu bringen! In Ihrer heutigen Partei heißt es: „wer nicht parirt, fliegt hinaus!" (Sehr gut!) Im sozialdemokratischen Staate werden Sie dieses Wort doch nicht aufrecht erhalten wollen und jeden Menschen, der Ihre Autoritäten nicht freiwillig anerkennt, hinausschmeißen wollen! Das wäre mir eine schöne Gleichberechtigung! (Lebhafter Beifall und Heiterkeit.) Das wäre mir ein schönes Glück, ein schönes Wohlergehen im sozialdemokratischen Staate, wenn ich sofort hinausflöge, wenn mir irgend etwas an den dermaligen Zuständen nicht gefiele! Wie also, Herr Kollege Bebel, werden Sie mit mir verfahren? Es heißt doch: im Jahre 1898 wird der sozialdemokratische Staat fertig sein! Dann werde ich also, gezwungen oder nicht, mich fügen müssen, dann bin ich im sozialdemokratischen Staat. Ich habe also das dringendste Interesse daran, zu wissen, wie es mir dann ergehen wird. (Sehr gut!) Es ist mir in hohem Maße unwahrscheinlich, daß ich alsdann ohne weiteres lammfromm geworden bin und ohne alles weitere auf Grund der Verdienste der alsdann bestellten Ordner thue, um was ich von diesen gebeten werde, auch wenn es mir nicht paßt, oder wenn mir eine Arbeit zugemuthet wird, von der ich nichts verstehe, und der ich nicht gewachsen bin. Ich fürchte, daß ich in diesem Staate ein Krakehler sein werde. (Heiterkeit. — Sehr gut!) Werde ich mir auch den Vorwurf zuziehen, daß ich „Radau mache", ein „Geschäftssozialist" oder gar ein „Verräther" bin? Wenn dieser Radaumacher, Geschäftssozialisten, Verräther aber Millionen im Staate sind, wie ich es im höchsten Grade für wahrscheinlich halte, was werden Sie dann machen? (Sehr gut!) Dann werden Sie sagen: ja, wir werden so lange kämpfen, bis sie uns freiwillig anerkennen! Das wird doch aber nicht eher geschehen, als bis Sie alle diese Millionen in einem Meer von Blut erstickt haben! (Oh! bei den Sozialdemokraten.) Eine nette Gleichberechtigung, ein nettes Glück, ein nettes Wohlergehen! (Lebhafter Beifall.) Ich wiederhole das zum zweiten Male! Nun, meine Herren, ein anderer Ton! Einiges, was ich Ihnen vortrug, scheint Sie humoristisch angemuthet zu haben. Ich kann Ihnen aber versichern, daß mir die Sache sehr ernst ist; und wenn hier und da die ernste Behandlung, welche ich der Sache zu geben wünsche, unwillkürlich einen derartigen Ton angenommen hat, so werden Sie mir zugestehen, daß das in der Natur der Sache liegt und nicht auf mein persönliches Konto geschrieben werden kann. (Sehr richtig!) Die Bedeutung meiner Ausführungen kann man nicht damit abweisen, daß man, wie eben Herr Bebel that, mir zurief: „wir werden Sie zum Blechschmied machen". Es ist uns bluternst, meine Herren, und ich bin fest überzeugt, es ist auch den deutschen Arbeitern bluternst. — Wir können uns nicht der Einsicht verschließen, daß die sozialdemokratische Entwickelung auf eine sehr merkwürdige Bahn gekommen ist. Auf der einen Seite werden Sie immer vorsichtiger mit den Versprechungen des Zukunftsstaates, weil Sie keine Rechnung geben können. Sie werden immer vorsichtiger mit der Revolution, die Sie machen wollen. Denn, nachdem die von mir angeführten Aussprüche in der Welt sind, nachdem die 2 Jahre nach dem November 1891 abzulaufen im Begriff sind, nachdem unser Jahrzehnt schon ziemlich vorgerückt ist, nachdem das Jahr 1898 heranrückt, da wird es Ihnen immer unangenehmer, daß Sie für diesen Zeitpunkt der bethörten Masse die Revolution und die Einführung des sozialdemokratischen Staates versprochen haben. (Sehr gut!) Früher hat der Herr Kollege Bebel hier auf der Tribüne die Revolution gepredigt — er ist vorsichtiger geworden, er thut es nicht mehr, er hütet sich. Hier hat er uns früher immer den „großen Kladderadatsch" prophezeit — in dieser Debatte haben wir nichts mehr davon gehört. Ich nehme an, daß auch hier wieder eine Folge der sozialdemokratischen Entwickelungsgesetze sich zeigt, daß Herr Kollege Bebel, der frühere Revolutionär, der frühere Freund des großen Kladderadatsches, inzwischen bedenklich geworden ist und sich auf den Weg begeben hat, den Ihr älterer Kollege, Herr Liebknecht, auch gegangen ist: **er wartet ab, daß die heutige Ge-**

sellschaft in die sozialistische Zukunft „hineinwächst“. Warten Sie es also ab! Ich habe nichts dagegen einzuwenden. — Meine Herren, auch noch eine andere Entwickelung zeigt sich. Die begeistertsten Anhänger der Sozialdemokratie sind heute junge Leute, die noch gar nicht im Stande sind, unsere heutigen Verhältnisse zu verstehen, und die nicht wissen, wie es vor 20 Jahren in Deutschland ausgesehen hat. Die älteren Arbeiter in unserem Vaterlande sind schon zum großen Theil bedenklich geworden und werden ohne Zweifel noch viel bedenklicher werden. Ein Arbeiter, der heute 45 Jahre alt ist und sich noch auf diejenigen Zustände besinnen kann, die vor den 70er Jahren waren, wird anerkennen, daß seine Verhältnisse heute im Vergleich zu damals bedeutend gebessert sind, nnd wird die Hoffnung nicht verloren haben, daß, wenn wir auf dem begonnenen Wege weiter schreiten, wir zu einer Position für ihn gelangen, von der auch wir von ihr verlangen können, daß er mit ihr zufrieden ist — und ich füge sofort hinzu, meine Herren, daß wir bei diesem Verlangen nicht allzu bescheiden sein werden. Wir verlangen viel für den Arbeiter; wenn wir aber das Nöthige erreicht haben, werden wir auch von ihm verlangen, daß er zufrieden ist; und ich bin überzeugt, daß wir bei dem älteren und besonnenen Theile der Arbeiter für diese Bestrebungen Verständniß finden. Wir erwarten von dem Arbeiter, daß er sich klar macht: kann es mir im sozialdemokratischen Zukunftsstaat besser gehen als im jetzigen gesellschaftlichen Klassenstaat? Darauf kommt alles hinaus, und darum muß sich der Arbeiter diese Frage klar machen: habe ich es hier besser oder in irgend welchem chimärischen Zukunftsstaat? Heute sind es schon Hunderttausende und Millionen von Arbeitern, die die Frage zu Gunsten der Alternative beantworten: ich kann es nicht besser bekommen, und wenn der Staat unter der sozialdemokratischen Leitung eingeführt ist — wie es die Herren wollen —, werden wir es ungleich schlechter haben. Selbst die jungen Arbeiter, die heute noch einen geringeren Lohn haben, werden sich wohl überlegen, ob es für sie sicherer ist, mit uns den Weg zur Verbesserung ihrer Lage zu gehen oder den Sprung ins Dunkle zu machen, und werden sich beruhigen, wenn wir ihnen die Gefährlichkeit und Verderblichkeit der sozialdemokratischen Pläne auseinandersetzen. Ich bin gar nicht im Zweifel, wohin die Entscheidung gehen wird. — Ihnen, meine Herren Sozialdemokraten, gehört die unbesonnene Jugend, uns gehört der besonnene, einsichtsvolle Arbeiter, die Arbeiter, die denken können. Ich habe schon oft ausgesprochen: wenn der deutsche Arbeiter das Denken verloren hat, ist Gefahr vorhanden, daß die sozialdemokratische Republik kommt; so lange er sich aber das Denken bewahrt und den Verstand, den unser Gott ihm gegeben hat, nach besten Kräften benutzt, solange habe ich keine Angst vor der sozialdemokratischen Revolution. Wir sind der sozialdemokratischen Partei dankbar, wenn sie uns hier hilft, wenn auch nur in negativer Weise, unsere Zustände zu erkennen, wenn sie darlegt, wo Uebelstände sind. Ich erkenne unumwunden an, daß wir aus ihrer Kritik oft gelernt haben, wo der Schuh den Arbeiter drückt, und wo wir einzusetzen haben. Ich gebe zu, daß sie durch ihre Kritik die Entwicklung, die wir haben, befördert haben. Aber, meine Herren, diese Entwickelung wäre auch gekommen ohne Sie! — Wollen die Herren doch die Entwickelung des deutschen Volkes seit 1870 gütigst mal ins Auge fassen! Als das Deutsche Reich im Jahre 1870 einig wurde, waren wir nicht annähernd der ausgesprochene Industriestaat, der wir heute sind. Dann begann ein gewaltiger Umschwung, eine gewaltige Entwickelung unserer Industrie; sie ist uns eine Weile vorausgeeilt, aber schon im Jahre 1877 war meine Partei bei der Hand, um nun für diese sich entwickelnden Zustände Wandel zu schaffen. Schon damals haben wir Ihnen unser Programm vorgetragen: das bekannte sozialpolitische Programm des Grafen Galen. Zum großen Theil ist es heute schon in die Wirklichkeit übersetzt. Es ist sodann die Regierung gekommen und hat ein anderes Programm, das Arbeiterversicherungsprogramm vorgebracht und durchgeführt. Wir haben selbstlos mitgearbeitet und wir dürfen mit Stolz darauf hinweisen, daß durch unsere Mitarbeit die Versicherung besser geworden ist, als wenn wir nicht mitgearbeitet hätten. Wir werden auch noch weiter mitarbeiten. Sie haben bei der letzten Nothstandsdebatte wiederum das Programm meines Freundes Hitze gehört, Sie hören heute wieder, daß wir den besten Willen haben, den Arbeitern zu helfen. Ja, meine Herren, weisen Sie zunächst nach, daß alle diese Dinge nicht zum guten Ende führen können. Sie werden uns nicht übertreffen an Liebe zum deutschen Arbeiter, an Aufopferung für sein Wohl, aber wir werden Sie ohne Zweifel übertreffen an Besonnenheit und an ruhigem Fortschreiten auf diesem Wege. — Meine Herren, es ist eine große Zeit, wir sind in einer Entwickelung. Sie glauben die Zukunft vor sich zu sehen; auch wir glauben die Zukunft vor uns. Aber ein gewaltiger Unterschied herrscht zwischen Ihnen und uns: Sie rechnen ganz ohne die höchsten ethischen Gefühle in der Brust der Menschen, Sie erkennen keine Auferstehung an, keine Belohnung oder Bestrafung im Jenseits, Sie wollen sich einrichten auf das

irdische Hier ganz allein. So weit ist das deutsche Volk noch nicht. Es hält fest am Glauben seiner Väter und es wird in weitem Maße noch wieder zurückkehren zu den alten Pfaden, welche die christliche Kultur auf der Grundlage der Offenbarungen unseres Herrn Jesus Christus vorgezeichnet hat. Diesen Weg wollen wir festhalten; er hat uns 1800 Jahre durchgeführt durch alle Gefahren, Wirrnisse und Schwierigkeiten, und es ist uns keine Frage: wenn wir auf dem Boden des Christenthums zusammenstehen, und wenn vor allem die Arbeiter sich wieder zusammenfinden auf diesem Boden, daß wir dann das Ziel rascher und sicherer erreichen, als wenn wir die gefährlichen Experimente machen, die Sie uns und dem deutschen Arbeiter zumuthen. — Meine Herren, eins will ich Ihnen noch sagen. Ich habe schon hervorgehoben, daß Sie hier innerhalb des Deutschen Reichstags sehr vorsichtig sind. Aber gehen Sie selber einmal unbewacht hin und hören Sie, was in den zahllosen kleineren sozialdemokratischen Versammlungen dem armen deutschen Volk vorgetragen wird. Ich bin fest überzeugt, daß, wenn diese Sitzungen stenographirt würden, und ich würde Sie Ihnen hier vortragen, — jeder von Ihnen würde sie verleugnen und sagen: das entspricht nicht unserer Absicht. Aber mit diesen Dingen fanatisiren Sie das Volk, führen Sie es irre. Wo ist denn die freie Autorität, mit der Sie den Staat regieren wollen, wenn Sie Ihre Agitatoren nicht einmal dazu bringen können, auf der Schnur zu bleiben, die Sie ihnen vorzeichnen? Wenn in den sozialdemokratischen Versammlungen nichts anderes vorgetragen würde, als was Sie hier vortragen, — keine Frage, daß Sie auch nicht annähernd dieselben Erfolge erzielt hätten, die Sie erzielt haben. Kehren auch Sie zurück zur Wahrheit und Gerechtigkeit auf sozialem Boden, kehren auch Sie zurück zur Vernunft und Besonnenheit! — dann werden Sie dem deutschen Arbeiter mehr nützen, als wenn Sie ihn in die Revolution treiben, als wenn Sie ihm den Zukunftsstaat vorgaukeln, als wenn Sie ihm Versprechungen machen, die Sie nicht halten können, und eine Entwickelung anstreben, deren Ende niemand absehen kann, die aber ohne Zweifel unsere deutschen Lande zu einem gewaltigen Trümmerfelde machen würde, wie noch niemals eins gewesen ist. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Abgeordneter Richter: Ich bin im Laufe der Diskussion mehrfach persönlich derart provozirt worden, daß ich nicht umhin kann, mich an dieser Debatte zu betheiligen. An sich ist mir das, offen gestanden, nicht erwünscht. Ich halte den Militärstaat der Gegenwart in diesem Augenblick für gefährlicher als den sozialdemokratischen Zukunftsstaat. In dem Maaße, wie wir von rechts bedrängt werden mit Vorlagen dieser Art, wird uns die Zeit und die Kraft genommen, unseren Standpunkt nach links hin zu vertheidigen. — Ich kann es der sozialdemokratischen Partei an sich nicht verübeln, wenn sie hier allgemeine Nothstandsdebatten einleitet. Sie folgt damit nur dem Beispiel, welches im preußischen Abgeordnetenhause von Seiten der Agrarier gegeben ist. Solche allgemeine Debatten sind nicht in unserem Sinne. Nicht weil wir gewisse Nothstandsverhältnisse verkennen; aber wir sind der Meinung, daß der Staat nicht in der Weise verantwortlich gemacht werden kann, dort für den Betrag der Grundrente, hier für den Betrag des Lohnes. Wenn man sich aber dort oder hier gegen übertriebene Schilderungen des Nothstandes wehrt, so wird dadurch der falsche Schein erweckt, als ob man die gegenwärtigen Verhältnisse für günstig ansehe, und als ob man den Betheiligten es nicht gönne, eine Besserung ihrer Verhältnisse zu erlangen. — Ich bin auch der Meinung, daß die Regierung in der That die jetzigen wirthschaftlichen Verhältnisse zu günstig ansieht; ich behalte mir vor, dies bei der weiteren Erörterung der Militärvorlage meinerseits noch näher zu entwickeln. Aber eine solche Diskussion im allgemeinen hat nur dann einen Zweck, wenn es sich, wie bei solcher Gelegenheit, darum handelt, Vorlagen abzuwehren, die geeignet sind, die an sich ungünstigen Verhältnisse noch mehr zu verschlimmern. Außerdem können mir solche Diskussionen über Nothstandsverhältnisse nur dann gerechtfertigt erscheinen von meinem Standpunkte aus, wenn sie bezwecken, bestimmte praktische Vorschläge zu machen, welche die Regierung zu verwirklichen im Stande ist. — Nun, meine Herren, wenn wir auch dem Staatssekretär, um dessen Gehalt es sich bei dieser Etatsposition hier handelt, die doppelte Summe bewilligen wollten, so würde er doch nicht in der Lage sein, diese Nothstandsverhältnisse zu beseitigen, hier schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil praktische Vorschläge, welche das Reich angehen, ebenso wenig gemacht worden sind, wie im preußischen Abgeordnetenhause von agrarischer Seite praktische Vorschläge gemacht worden sind, welche die preußischen Staatsminister berücksichtigen könnten. — Auch dasjenige, was der Abgeordnete Bebel von Meliorationen und von Bauten gesprochen hat, die man jetzt vornehmen könne, und dergleichen gehört ja thatsächlich nicht in das Ressort des Reiches, sondern in das des preußischen Staates. Daß die Herren von der sozialdemokratischen Partei aber ihrerseits für das Reich nicht befürworten, Aus-

gaben um der Nothstandsverhältnisse willen zu machen, die sie an sich für ungerechtfertigt erachten, — das ist uns schon dargethan worden in den Verhandlungen der Budgetkommission beispielsweise über neue Panzerschiffe. Der Staatssekretär des Marineamts kündigte an, daß, wenn das Panzerschiff, was jetzt gebaut werden soll, nicht in Angriff genommen würde, dann Arbeiterentlassungen stattfinden müßten. Mit vollem Recht nahmen auch die sozialdemokratischen Abgeordneten hieraus keine Veranlassung, eine Ausgabe zu bewilligen, die sie mit uns für ungerechefertigt hielten. — Nur zwei unmittelbar praktische Fragen sind hier von dem Herrn Abgeordneten Bebel erörtert worden, die ich deshalb erwähnen muß, weil ich in der Beurtheilung derselben so ziemlich mit ihm übereinstimme. Das ist einmal die Frage der Winterkleider, der Pelze für die Eisenbahnbeamten. Allerdings gehört auch diese Frage nicht in das Ressort des Reiches. Ich hatte mir meinerseits vorgenommen, diese Sache beim preußischen Eisenbahnetat im preußischen Landtage klarzustellen. — Mir ist es völlig unbegreiflich, weshalb die preußische Eisenbahnverwaltung nicht längst gegenüber demjenigen, was in den Zeitungen darüber verlautbar ist, Veranlassung genommen hat, den Sachverhalt völlig klarzustellen. Bisher ist das auch nicht durch die Aeußerungen des Herrn Staatssekretärs von Bötticher — der ja eigentlich nicht der verantwortliche Minister dafür ist — geschehen. Auch die Erläuterungen, die uns gegeben sind im Eisenbahnetat in Preußen, haben diese Klarstellung nicht vollständig ermöglicht. — Der zweite Punkt betrifft die Verlängerung der Lohnzahlungstermine bei den Arbeitern der Eisenbahnwerkstätten von 14 Tagen auf 4 Wochen. Es ist ausgeführt worden zu Gunsten dieser Verlängerung von Seiten des Herrn Staatssekretärs, daß man ja vierzehntägige Abschlagszahlungen beibehalte und nur die endgiltige Regulirung erst nach 4 Wochen vornehme. Meine Herren, das ist doch ein Unterschied: eine Abschlagszahlung wird immer unter dem innerhalb der 14 Tage wirklich verdienten Lohn bleiben, und jedenfalls bleibt der Arbeiter bis zur endgiltigen Regulirung im Ungewissen über dasjenige, was er wirklich zu fordern hat. Ich meinerseits habe stets das größte Gewicht darauf gelegt, daß die Zahlungsperioden so kurz wie möglich bemessen werden und sich möglichst unmittelbar an kurze Arbeitsperioden anschließen. Denn in dem Maße, wie es dem Arbeiter möglich ist, klar und alsbald zu übersehen, was er wirklich verdient hat, wird es ihm erleichtert, seine Ausgaben einzurichten und anzupassen dem wirklichen Verdienst; wenn dies aber nicht der Fall ist, so wird er nur zu sehr verleitet, auf das Borgsystem sich einzulassen. Das Borgsystem bei der Beschaffung nothwendiger Lebensmittel ist aber ein Krebsschaden in den Arbeiterverhältnissen, unter denen der Arbeiterstand weit mehr leidet, als unter manchen anderen Verhältnissen, die hier in den Vordergrund der Beschwerden gestellt werden. — Damit habe ich aber nun von vornherein dasjenige erledigt, worin ich in der Auffassung und Darstellung mit dem Herrn Kollegen Bebel übereinstimme. — Der Herr Abgeordnete Bebel spricht von einer planlosen Ueberproduktion und stellt es gewissermaßen so dar, als ob die gegenwärtigen Verhältnisse Folgen der planlosen Ueberproduktion, der Wirthschaft der Privatunternehmer seien. Nichts ist meines Erachtens unrichtiger als dies. Die Ursachen dieser Nothstandsverhältnisse sind in keiner Ueberproduktion begründet, sondern sind in letzter Linie zurückzuführen auf einander folgende ungünstige Ernten, die durch eine nachfolgende günstige Ernte dieses Jahres in ihren nachtheiligen Wirkungen noch nicht ausgeglichen sind. Nun hat auch der sozialdemokratische Zukunftsstaat, wenn man ihm auch noch so viel zutrauen mag, kein Mittel, die Ernten zu reguliren; auch er muß sich die Schwankungen in der Produktion gefallen lassen, die aus der Verschiedenheit der Ernten folgen. Was ist die Folge auch dann einer ungünstigen Ernte? Daß man sich entweder in dem Brodkonsum des Landes allseitig einschränken muß und nun also auch dann in gewisse kümmerliche Verhältnisse geräth, oder daß man im Verkehr mit anderen Staaten den Ersatz sich durch Einführung ausländischen Getreides verschafft, den die inländische Ernte nicht gewährt. Ein solcher außerordentlicher Ersatz aber setzt voraus eine Bezahlung mit inländischen Produkten an das Ausland. Je mehr die inländische Volkswirthschaft zur Ausgleichung einer ungünstigen Ernte an das Ausland abgeben muß, um so mehr wird sie im eigenen Konsum sich beschränken müssen. Diese Beschränkung trifft aber naturgemäß nicht in erster Linie die nothwendigen Gegenstände des täglichen Verbrauchs, sondern knüpft an an die mehr entbehrlichen Gegenstände des Konsums, an diejenigen, die zur Annehmlichkeit des Lebens dienen. Das hat aber zur Folge, daß diejenigen Industriezweige, die sich mit der Produktion mehr entbehrlicher Gegenstände beschäftigen, unter solchen Verhältnissen mehr Noth leiden als die Produktionszweige, die das Nothwendige hervorbringen; und da derartige Industriezweige vornehmlich in Städten, namentlich in großen Städten, vertreten sind, ist es eine ganz natürliche Folge solcher Verhältnisse, daß hier diese ungünstigen Rückwirkungen auf den gesammten Erwerb und die

ganze Produktion am schärfsten hervortreten. — Meine Herren, so wenig ich die Nothstandsverhältnisse, welche derart entstehen, leugne, so bin ich darum andererseits doch nicht geneigt, nun in den Schaustellungen der Arbeitslosen ein richtiges Bild dieser Verhältnisse zu erkennen. Wer tritt denn in diesen Versammlungen als Redner auf? Nicht die Arbeitslosen, nein, es sind in erster Linie hier unsere Kollegen selbst aus dem Reichstag und der Berliner Stadtverordnetenversammlung, (sehr richtig!) die das Wort führen für die Arbeitslosen und also dasjenige zum Ausdruck bringen, was nach ihrer Ansicht die Arbeitslosen drückt, und woran sie leiden; und dasjenige, was dort beantragt und beschlossen wird, ist nicht die Formulirung dieser Leute, sondern eine Formulirung, die ihnen in den Mund gelegt wird nach sozialdemokratischen Rezepten und nach sozialdemokratischen Auffassungen vom Nothstand. (Sehr richtig!) Und damit nicht, den wirklichen Verhältnissen entsprechend in ihrer Verschiedenheit, auch verschiedene Resolutionen dort zum Ausdruck kommen, so sind von vornherein diese Resolutionen nach einem Schema geliefert, und werden in diesen Versammlungen zur Annahme gebracht. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Gewiß, angenommen! — dazu sind ja die Leute eingeladen. (Heiterkeit.) Warum sollte in der großen sozialdemokratischen Partei nicht auch eine große Anzahl solcher sein, die auf die Einladung ihrer Führer bereit sind, in den Versammlungen an Vormittagen ähnliche Resolutionen anzunehmen, wie sie für gewöhnlich nur am Abend angenommen werden? (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Lassen sie mich doch ausreden; ich lasse Sie doch auch immer ausreden in ihren Ausführungen gegen mich; es ist doch unmöglich, daß man hier nur mit der nächsten Nachbarschaft eine Unterredung pflegt. Meine Herren, wie diese Versammlungen zusammengesetzt sind, ist ja noch gar nicht näher klargestellt und illustrirt worden. Ganz unzweifelhaft befindet sich aber eine große Zahl sogenannter Saisonarbeiter darunter, die zu dieser Zeit unter allen Umständen, unter allen Verhältnissen die regelmäßige Arbeit, die sie sonst haben, nicht haben können. Vor allem ist es der große sozialdemokratische Stamm der Maurer. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — Gemauert werden kann natürlich, wenn es friert, auch im sozialdemokratischen Staat nicht. (Heiterkeit. — Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — Die Maurer? Ja das setzen Sie doch später einmal auseinander. Meine Herren, selbst in den Deputationen, die beim Minister vorstellig werden, finden sich die Maurer, und wenn man näher zusehen würde, würde man vielleicht sogar finden, daß es dieselben Maurer sind, die bei den Streiks an der Spitze stehen und eine Lohnerhöhung fordern, die über die Verhältnisse anderer Arbeiterklassen hinausgehen mit der Begründung, daß, weil sie im Winter feiern müßten, nicht mauern könnten, ihnen deshalb der höhere Lohn zu anderer Zeit gebühre. (Hört! hört!) Darum aber, wie gesagt, kein Mißverständniß, daß ich etwa die Verhältnisse im Ganzen, wie sie sind, als zu günstig ansehe und mich etwa der günstigeren Auffassung der Regierung von diesen Verhältnissen anschließen möchte. — Wenn nun der sozialdemokratische Staat bestände, ja, was würden Sie dann machen mit den Leuten, die hier keine Arbeit finden? Das Einzige, was Sie machen könnten, wäre, daß Sie dekretirten, sich dorthin zu begeben, wo nach Ihrem Produktionsplan auch in solchen Zeiten sich Arbeitsgelegenheit findet. Der sozialdemokratische Staat würde überhaupt, wenn er zur Abhilfe schritte, anfangen müssen mit der Aufhebung der Freizügigkeit der Arbeiter. (Sehr richtig!) Das wollen Sie, wie wir, nicht, und mit vollem Recht, und die Arbeiter selbst würden sich am ersten dafür bedanken, wegen einer anderen Arbeitsgelegenheit aus dem Orte, den sie sich ausgewählt, fortzugehen. Anderenfalls würde es ihnen ja auch jetzt frei stehen, sich an eine Arbeitsstelle zu begeben, wo die Arbeit reichlicher ist als gerade in den großen Städten. Sie würden also damit anfangen müssen, die Arbeiter auf den Schub zu bringen, um sie dahin zu dirigiren, wo nach der Ansicht Ihrer Arbeitsbehörde die Produktion zu verstärken wäre, und wo die Arbeiter eine Arbeit fänden, die ihnen vielleicht weniger paßte als ihre bisherige. — Herr Bebel hat in der ironischen Weise, die in der Sozialdemokratie üblich ist, gespöttelt über die Bemerkungen des Herrn Dr. Buhl in Betreff der Harmonie der Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es giebt allerdings eine solche Harmonie, so sehr Sie sie auch leugnen mögen. Mit vollem Recht hat Herr Dr. Buhl hervorgehoben, daß es jetzt viele Arbeitgeber giebt, die ohne Gewinn, die sogar mit Zuschuß nur deshalb fortarbeiten lassen, um einen Stamm alter Arbeiter über diese Nothstandsverhältnisse hinwegzubringen. (Sehr richtig!) — Darauf hat der Herr Abgeordnete Bebel erwidert: ja, das thun sie nur im eigenen Interesse, damit sie sich zu anderer Zeit diesen Stamm von Arbeitern erhalten. Sehen Sie, das ist ja eben die Harmonie der Interessen. Der Arbeitgeber in seinem Egoismus — wenn Sie nun einmal nur vom Egoismus sprechen wollen — wird durch diese Harmonie der Interessen gezwungen, im eigenen Interesse zugleich im Interesse der Arbeiter zu handeln. Hier haben Sie also selbst die Harmonie der Interessen aner-

kannt und gewissermaßen unterschrieben. Wagen Sie es, wenn Sie es leugnen können! (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) — Ja, meine Herren, im sozialdemokratischen Staat freilich braucht der große sozialdemokratische Arbeitgeber in solchen Fällen nicht Rücksicht zu nehmen; es kommt gar nicht bei ihm darauf an, ob er sich den altgewohnten Stamm an dieser Produktionsstätte erhält. Nein, wenn er Arbeiter später dort wieder braucht, so kommandirt er sie wieder dorthin zurück. Die Arbeiter stehen im sozialdemokratischen Staat genau im Verhältniß der Soldaten, die man heute zu einen Dienst kommandirt, morgen dann beurlaubt und übermorgen von solcher Beurlaubung zur Disposition wieder zurückruft. (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten. Glocke des Präsidenten.) — Vizepräsident Dr. Baumbach: Ich bitte, diese Unterbrechungen zu unterlassen. — Abgeordneter Richter: Ja, der sozialdemokratische Staat ist noch weit schlimmer als der Militärstaat. Dessen eiserne Disziplin und Zucht ist eine ganz humane, milde Behandlung im Verhältniß zu der Ordnung, wie sie im sozialdemokratischen Staat eingeführt werden muß. Wer den großen Haushalt des Militärs studirt, kann sich ein ungefähres Bild leichter machen, wie es in dem sozialdemokratischen Staat zugehen muß. (Heiterkeit.) — Herr Bebel sprach mit besonderer Ironie und Wegwerfung von den Aktionären, einer ganz unbrauchbaren Menschenklasse, die man am besten nach Kamerun schickte, — man würde deshalb keinerlei Veränderung merken. Mag sein, nachdem man vorher den Aktionären das Geld abgenommen hat! (Heiterkeit.) Aber wie anders wären denn alle die industriellen Etablissements, die Eisenbahnen und alles das entstanden, wenn die Ersparnisse der Aktionäre nicht die Mittel dazu hergegeben hätten! Sie können sagen: man hätte dann Anleihen von Staatswegen dazu gemacht; aber wo hätten die Privaten die Mittel dazu hergegeben, wenn ihnen nicht der Zinsgewinn den Reiz bietet, die Ersparnisse dazu herzugeben? Den Zinsgewinn wollen Sie aber auch abschaffen, und so bleibt also für Sie als einziges Mittel übrig, daß man aus dem Jahresertrag vorweg so und so viel aufwendet für solche außerordentliche Anlagen. Wie würde es nun sein in Preußen und im Reich, wenn auch nur alle die öffentlichen Aufwendungen, allein 200 Millionen Mark jährlich für Eisenbahnbauten in Preußen, aufgebracht werden müßten — anstatt durch Inanspruchnahme des öffentlichen Kredits — durch Steuern oder durch Beiträge oder Vorwegnahme von den sonstigen Einnahmen des Staats? — Die Eisenbahnverstaatlichung, die Sie als eine gewisse Annäherung bezeichnet haben zum sozialdemokratischen Staat, spricht keineswegs zu Gunsten Ihrer Anschauung. Ich glaube, der Herr Finanzminister Miquel würde etwas darum geben, wenn jetzt noch die Aktiengesellschaften der Eisenbahnen beständen, Angesichts des Defizits der Staatseisenbahnverwaltungen von 60 Millionen Mark. Wären die Privateisenbahnen noch vorhanden, so würde dieses Defizit nicht zerrüttend eingreifen in die Finanzverhältnisse des Staates, sondern die verspotteten Aktionäre müßten dasselbe decken durch Verminderung ihrer Dividende. (Sehr richtig!) So hat die Sache ihre Kehrseite. — Sie klagen über die rücksichtslosen Einschränkungen, welche die zentralisirte Staatseisenbahnverwaltung einnimmt in Bezug auf ihre Angestellten, auf den Verkehr und dergl. Mag sein, daß Sie darin zum Theil Recht haben, — ich wünschte, daß auch eine Untersuchung damit demnächst im preußischen Landtage stattfände; aber was beweist das? Daß gerade eine solche allgemeine zentralisirte und monopolisirte Verwaltung nach den Vorstellungen über Ihren sozialdemokratischen Staat viel rücksichtsloser verfahren kann, als irgend eine Privatgesellschaft es zu thun im Stande sein wird. Beständen die Privatgesellschaften noch, so würde die Konkurrenz unter einander sie zwingen, Rücksicht zu nehmen; man würde nicht von oben herab dekretiren können, so und so viel Schnellzüge zwischen Berlin und Hamburg sind einzustellen, — dann alsbald würde man z. B. auf der Parallellinie Berlin-Uelzen-Hamburg desto mehr den Verkehr an sich zu ziehen suchen. — Ich komme nun zum sozialdemokratischen Zukunftsstaat selbst. Sie haben nicht das Recht, die aufgeworfene Frage, wie Sie sich denselben denken, als unberechtigte Neugier zu bezeichnen. Sie selbst sagen doch, daß alles, was auch Sie vorschlagen zur Beseitigung der Nothstandsverhältnisse, im Grunde genommen doch nur elende Palliativmittelchen sein würden, daß eine wirkliche Heilung nur möglich sei, nicht auf dem Boden des „elenden Privatunternehmerthums“, wie Sie sich ausdrücken, sondern auf dem Boden der sozialdemokratischen Ordnung in der Zukunft. — Nun ist doch die Frag gerechtfertigt, ob Sie im Stande sind, von dieser Zukunft aus etwas besseres in Vorschlag zu bringen und anzugeben, als es in der Gegenwart möglich ist. Und Sie können darauf nicht antworten, wie sich der sozialdemokratische Staat gegenüber solchen Nothstandsverhältnissen verhalten würde, ohne daß Sie uns ein kleines Bild geben über die Einrichtungen dieses Staates selbst. Und weil Sie das nicht wollen, verschweigen Sie auch, wie sich der sozialdemokratische Staat gegenüber solchen Verhältnissen verhält — Herr Bachem meinte, Sie seien um so mehr verpflichtet, nun doch endlich zu zeige

wie Sie sich die Sache denken, als Sie verkünden, daß schon in der nächsten Zeit die Einrichtung dieses Staates bevorsteht. Insofern hat Herr Bachem Unrecht. Sie führen hierin eine verschiedene Sprache. Wenn die „Jungen" unruhig werden und sagen: „dieses ewige Parlamenteln! dabei kommt gar nichts heraus! wie stehen die Früchte im Verhältniß zu den großen Hoffnungen und Erwartungen?" dann suchen Sie sie zu beschwichtigen, wie der Herr Abgeordnete Bebel, daß Sie in den Versammlungen sagen: „die Katastrophe steht vor der Thür" oder: „der Kladderadatsch wird" — das ist die wörtliche Aeußerung des Abgeordneten Bebel in der Versammlung am 13. September in Rixdorf — „rascher eintreten, als irgend einer sich jetzt noch einbildet." Wenn Sie dagegen aufgefordert werden, nun wissenschaftlicher Kritik zu unterbreiten, wie Sie die Sache machen wollen, oder sich auch nur der parlamentarischen Kritik auszusetzen, dann brauchen Sie Rücksicht auf die „Jungen" nicht zu nehmen, dann verstecken Sie sich mit Ihren Plänen und suchen dieselben nach Möglichkeit zu verhüllen. (Sehr richtig!) — Meine Herren, ich kann nur wünschen, daß, wenn Sie irgend in der Lage sind, die Sache bald zu machen, Sie in unserem beiderseitigen Interesse dann möglichst rasch damit vorgehen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Eins werden Sie zugeben: das Schlimmste ist jedenfalls die lange Uebergangszeit. (Heiterkeit. Zuruf links.) — Ja, meine Herren, wie kann ich Ihnen denn helfen auf dem Wege, den ich an sich für verderblich halte? Und Sie haben es nach Ihrer Aussage ja auch gar nicht nöthig, da Sie sich schon so stark und sicher fühlen! — Das aber ist doch ganz unzweifelhaft: je länger eine Uebergangszeit sich ausspinnt, um so weniger werden wir noch theilhaftig der guten Seiten, die doch auch nach Ihrer Ansicht in gewissem Grade die gegenwärtige Gesellschaftsordnung hat, und um so mehr entbehren wir doch auf der anderen Seite all' der Segnungen, die Ihr neuer Staat bringen soll. Eine solche Uebergangszeit kann also mehr vernichten, als Ihr Zukunftsstaat, wenn er möglich wäre und wirklich die vermeintlichen Segnungen brächte, für Jahrhunderte wieder gut zu machen im Stande ist. — Der Herr Abgeordnete Bebel sagt: „zerbrechen Sie sich doch nicht unsere Köpfe über unseren Zukunftsstaat!" Meine Herren, zerbrechen Sie sich doch nicht Ihre Köpfe über unseren jetzigen Staat, — könnte ich ebenso erwidern. (Sehr richtig!) Wollen Sie denn nur allein in Ihrem Zukunftsstaat wohnen? (Sehr richtig!) Wenn es sich bloß handelte um eine Organisation innerhalb Ihrer Partei, dann machen Sie das mit sich selber aus! Aber Sie wollen doch, daß wir unsere Köpfe mit dabei haben; und wenn wir nicht mitmachen wollen, so zerbrechen Sie vielleicht mehr als bloß bildlich unsere Köpfe. (Heiterkeit.) Wir sind also an dieser Frage doch ziemlich nahe persönlich interessirt, und deshalb haben wir das Recht, diese Auskunft von Ihnen zu verlangen. — Sie prahlen mit Ihrem großen Anhange, mit Ihrem zunehmenden Anhange. Meine Herren, mag sein, daß, wenn eine Reichstagsauflösung erfolgt — ich will mal sagen, wegen der Militärvorlage —, daß Sie dann, wie Sie uns von diesen Bänken auf der Seite schon fortgedrängt haben, uns noch weiter in die ausschlaggebende Mitte hineindrängen. Aber, meine Herren, täuschen Sie sich nicht. Diese Ihre 1½ Millionen, oder wie viele Wähler es sein mögen, sind nicht auch Anhänger Ihres Zukunftsstaats. Nein, meine Herren, Sie selbst geben das ja auch zu. Sie verstehen es mit großem Geschick, Unzufriedene der verschiedensten Art an sich zu ziehen, sich als Vertreter der Unzufriedenheit zu geriren, und haben in Folge dessen einen sehr gemischten Anhang. Neuerlich sind ja sogar zum Theil Agrarier selbst zu Ihnen übergegangen. (Große Heiterkeit.) Ja, jene Herren begreifen nur nicht, daß Sie ihnen nicht bloß ihre Hypothekenschulden abnehmen wollen, sondern auch den ganzen Grundbesitz dazu. (Große Heiterkeit.) — Dieser große Anhang, der den größten Theil Ihrer Partei bildet, geht so weit mit Ihnen, um einen Stimmzettel für Sie in die Wahlurne zu werfen und damit Ihnen zu Plätzen zu verhelfen, auf denen Sie diese oder jene Interessen vertreten können; aber in dem Maße, wie Sie den eigentlichen Kern der Sozialdemokratie enthülen, den Zukunftsstaat darlegen, schwenken diese Massen wieder von Ihnen ab, folgen Ihnen nicht mehr, weil sie gar nicht daran denken, das Privateigenthum, das Privatunternehmen, das Erbrecht in dem Maße beschränken zu wollen, wie Sie es nach Ihrer Lehre für richtig halten. Sie haben Anhänger in großer Zahl, um diese oder jene Gruppe parlamentarischer Fragen zu vertreten; aber diese Anhänger verschwinden Ihnen in dem Maße, wie Sie den eigentlichen Kern Ihrer Partei enthüllen. Weil Sie dies selbst wissen, sind Sie gezwungen, diesen eigentlichen Kern Ihres Strebens möglichst im Dunkeln zu lassen und möglichst zu verhüllen. (Sehr richtig!) Sie thun es jetzt weit mehr als früher. (Zuruf links.) Vergleichen Sie Ihr neues Programm mit dem früheren, so ist es noch karger geworden in Bezug auf Darlegung der eigentlichen Ziele der Partei, nur um so beredter in Bezug auf das, was Sie im anderen Abschnitt in Bezug auf die gegenwärtige Gesellschaftsordnung anstreben. — Der Herr Abgeordnete Bebel ist scharf provozirt worden von dem Herrn Abgeordneten Dr. Bachem,

ihm zu sagen, was er sich unter dem Zukunftsstaat der Sozialdemokraten denke. Darauf hat er erwidert: „Es giebt ja gar keinen sozialdemokratischen Zukunftsstaat, es wird keinen geben.“ Er klammert sich dabei an das Wort „Staat“; er ergeht sich in gelehrten Betrachtungen darüber, was der Staat bedeutet, was er in den verschiedenen Zeitaltern bedeutet hat. Das ist aber nur Wortklauberei, weiter nichts. (Sehr richtig! Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Nein, meine Herren, jedermann weiß, was man unter „Staat“ und „Gesellschaft“ zu verstehen hat. (Sehr richtig! links.) Unter „Gesellschaft“ verstehe ich die freie, selbständige Regelung gemeinsamer Angelegenheiten; unter „Staat“ dagegen verstehe ich diese Regelung mit Hilfe einer Zwangsgewalt, nöthigenfalls mit Hilfe von Polizei und Steuererhebung. (Zuruf von Seiten der Sozialdemokraten.) Diese Zwangsgewalt braucht erst recht der sozialdemokratische Staat. — Lassen Sie mich doch ausreden! Ja, das ist Ihnen sehr unbequem; es geht mir genau mit Ihnen hier eben so wie in jeder Volksversammlung. Sobald man das Thema vom Zukunftsstaat anschneidet, entsteht eine solche Unruhe, (sehr richtig!) während Sie sonst ganz andächtig zuhören, und es ist kaum möglich, die Diskussion logisch fortzuführen. Heute aber gelingt das Ihnen mir gegenüber nicht. — Also das ist ein Versteckspielen mit dem Wort Staat. Sie sprechen von gesellschaftlicher, von genossenschaftlicher Ordnung; aber was alle Welt unter Gesellschaft versteht — die freie Regelung der gesellschaftlichen Verhältnisse —, was man unter genossenschaftlicher Ordnung versteht, das ist gerade der sozialdemokratische Staat nicht. Die sozialdemokratische Regelung ist eine Regelung durch die Zwangsgewalt des Staates, wie ich Ihnen auch noch näher darlegen werde. Meine Herren, die ganzen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bebel auf die Provokation des Herrn Abgeordneten Bachem, sie waren erstaunlich als eine Leistung in der Kunst, um etwas herumzureden, ohne auf die Sache einzugehen. (Große Heiterkeit. — Sehr richtig!) Mehr als für irgend einen Diplomaten früherer Zeit ist hierbei für Herrn Bebel die Sprache erfunden, um die Gedanken zu verbergen. (Zuruf.) Meine Herren, Sie suchen dabei unter stolzen, prahlerischen Worten die Verlegenheit zu verbergen, die Sie haben, dem Abgeordneten Bachem eine runde und klare Antwort zu geben. (Sehr richtig!) Ich erstaune allerdings über die Volubilität der Sprache, über die geschickte Art, in der man die Aufmerksamkeit in der verschiedensten Weise ablenkt, bald durch Zitate aller Art, bald durch Ausfälle auf die jetzige Regierung und die gegenwärtige Gesellschaftsordnung (Heiterkeit), aber in der That kann das nur denjenigen irre führen, der gewöhnt ist, auf einen gewissen Klingklang der Worte zu hören und nicht auf den Inhalt. Das sind Reden, allerdings geeignet, durch eine gewisse Fülle von Worten, durch die Schwulst der Sprache sozusagen die Zuhörer betrunken zu machen (Heiterkeit); aber derjenige, der den Inhalt erfaßt, der nach dem Kern hört, der eine klare Antwort auf die klare Frage erwartet, wendet sich dann um so unbefriedigter von Ihnen ab. — Eins war mir allerdings neu in den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bebel: seine Ausführung über den Mauserungsprozeß der Sozialdemokratie. (Heiterkeit.) Nun, das mache ich allerdings dem Herrn Abgeordneten Bebel persönlich gar nicht zum Vorwurf, — er hat ja schon manchen Mauserungsprozeß durchgemacht. Als ich ihn zuerst kennen lernte, traten wir beide zusammen in gleicher Linie für Schulze-Delitzsch und seine Prinzipien gegen Lassalle auf dem Arbeitertag in Frankfurt a. M. im Jahre 1863 ein. Späterhin hat sich der Herr Abgeordnete Bebel — wie er es selbst bezeichnet — gemausert, ist ein Anhänger Lassalle's geworden, ist mit dem Programm von Gotha eingetreten für das Universalheilmittel der Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe, ist eingetreten für das eherne Lohngesetz, bei dem Lassalle erklärt hat, daß die Anerkennung desselben der Prüfstein sei für die wahre Wissenschaft. Nun, eine Zeit lang haben Sie das anerkannt; jetzt haben Sie sich wieder gemausert: jetzt werfen Sie dasjenige verächtlich fort, was lange Zeit hindurch nach Ihrer Ansicht in Uebereinstimmung mit Lassalle „der wahre Prüfstein für die echte Wissenschaft“ war. Ja, meine Herren, das Mausern an sich ist ja gar nichts, was man zum Vorwurf machen kann; nur wer sich immer mausert, der soll nicht eine so stolze Sprache führen. (Heiterkeit. Sehr richtig!) Man weiß ja gar nicht, wie Sie sich noch weiter mausern werden. (Heiterkeit.) Wie können Sie verlangen, daß man auf Ihre stolzen Worte so viel giebt, während man gar nicht weiß, wohin Sie sich noch mausern werden. (Heiterkeit.) — Sie sprechen von religiösen Anschauungen. Meine Herren, religiöse Propheten haben niemals von ihren Anhängern so viel Glauben verlangt, wie Sie von den Ihrigen. (Sehr richtig!) Diese haben den Glauben verlangt an das, was sie im Augenblick unter dem Vorgeben göttlicher Erleuchtung vortrugen; aber Sie verlangen von Ihren Anhängern, daß sie sich von vornherein verpflichten, auch für das Ergebniß Ihres künftigen Mauserungsprozesses einzutreten. (Sehr richtig!) — Warum soll aber Ihr Mauserungsprozeß nun durchaus in der revolutionären Richtung sich fortentwickeln? Offen gestanden, in einem haben Ihre

„Jungen" Recht — ich kenne Sie ja zum Theil persönlich seit 20, 30 Jahren —: Sie sind eigentlich in dieser Mauserung nicht revolutionär geworden, sondern Sie sind zahmer geworden. Das erkenne ich an. Sie diskutiren über viele Fragen viel sachlicher als früher, über Fragen der jetzigen Gesellschaftsordnung auf dem Boden der Gesellschaftsordnung, und das erkennen wir ja sehr an. Die Mauserung kann also auch dahin gehen, daß Sie mit allmählicher Abwendung von Ihrem eigentlichen sozialdemokratischen Programm sich zu einer radikalen Volkspartei entwickeln, die radikaler ist als wir, die aber im Grunde genommen auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung steht. — Wenn man näher zusieht, giebt es sogar verschiedene Gruppen der Mauserung innerhalb Ihrer jetzigen Partei. Herr v. Vollmar, den wir jetzt so selten das Glück haben unter uns zu sehen, hat sich schon ganz anders gemausert als die übrigen Herren. (Heiterkeit.) — Auf dem Parteitag in Erfurt hat der Herr Abgeordnete Singer nach sozialdemokratischen Blättern dem Abgeordneten v. Vollmar den Vorwurf gemacht, für ihn scheine der eigentliche Kern der sozialdemokratischen Partei, das eigentliche sozialdemokratische Programm, jetzt nur noch die Bedeutung einer alten Familienreliquie zu haben, die man im Silberschrank als Hausschatz aufbewahrt, um sie nur noch bei festlichen Gelegenheiten (Zuruf) — Sie bestätigen mir also, das haben Sie gesagt — (Heiterkeit) dann und wann anzusehen. Wie sind Sie aber doch so unkollegialisch! Wir alle im Reichstag bitten Sie, diese Ihre alten Familienreliquien wieder einmal aus dem Silberschrank hervorzuholen und auch uns zu zeigen. Sie verhüllen sie aber statt dessen um so fester und kommen damit nicht heraus. — Nun gestatten Sie mir, meine Herren, etwas auf meine Broschüre einzugehen. Ich muß Sie im vornherein bitten, mich darin nicht mißzuverstehen. Ich bin ja schon früher wiederholt im Laufe der Zeit im Reichstag wegen dieser Broschüre haranguirt worden; aber ich habe es immer vermieden — es hätte mir eigenthümlich ausgelegt werden können —, darauf näher einzugehen. Aber da jetzt wieder verschiedene Redner darauf zu sprechen gekommen sind, würde es mir, wenn ich darüber wieder schweigen würde, nach der umgekehrten Seite mißdeutet werden können. Meine Herren, ich habe mir allezeit, so lange ich Ihre Bestrebungen verfolge, nie verhehlt, daß Ihre starke Seite in der Kritik der jetzigen Zustände, und Ihre schwache Seite in den Vorschlägen liegt, die Sie zur Abhilfe machen, also in dem eigentlichen sozialdemokratischen Programm, in dem Kern Ihrer Bestrebungen. So lange das Sozialistengesetz galt, konnte man Sie auf dieser schwachen Seite nicht angreifen; denn mit Recht hätte man erwidern können: wir werden hier angegriffen, und wenn wir uns auf dem Punkte vertheidigen, verfallen wir dem Sozialistengesetz. Nachdem das Sozialistengesetz aufgehoben war, habe ich es mir allerdigs zur Aufgabe gemacht, Sie nun zu provoziren durch eine Broschüre über die Irrlehren der Sozialdemokratie, diesen eigentlichen Kern Ihrer Partei und Ihres Wesens klarer darzulegen. Diese Broschüre hat Sie in große Verlegenheit gebracht; Sie haben gar nichts darauf recht antworten können. Der Herr Schwiegersohn des Herrn Abgeordneten Liebknecht hat zwar eine Gegenschrift geschrieben über den „Irrsinn des Abgeordneten Richter"; aber diese Broschüre ist vollständig ins Wasser gefallen. Ich habe aus der Aufnahme dieser meiner ersten Broschüre gefunden, daß es sich außerordentlich lohnt, auf diese schwache Stelle weiter zu drücken, und so habe ich die folgenden Parlamentsferien benutzt, um in Form einer Erzählung eine Darstellung Ihrer Ziele denjenigen näher zu bringen, welche weniger gewöhnt sind, mit volkswirthschaftlichen Begriffen mathematisch zu rechnen. — So sind die sozialdemokratischen Zukunftsbilder entstanden. Der Herr Abgeordnete Bebel spottet über deren Verbreitung; er meint, man habe sie zu verschenken oder sonst unentgeltlich zu verbreiten gesucht. Nun, meine Herren, ich habe diese Broschüre genau so verbreitet, wie Sie auch Ihre Broschüren verbreiten, in derselben Weise und mit demselben Ueberschuß, wie Sie Ihre Broschüren verbreiten (Heiterkeit), und ich habe die Genugthuung gehabt, daß am Schlusse des Jahres ich von dieser einen Broschüre mehr verbreitet hatte, als nach Ihrem veröffentlichten Berichte Ihr ganzes Zentralpreßbureau an sozialdemokratischen Broschüren überhaupt. (Hört! hört!) — Nun sagt der Herr Abgeordnete Bebel, es sei kein Arbeiter davon überzeugt worden. Ja, meine Herren, seit wann sind denn die Arbeiter, die in ihren sozialdemokratischen Gesinnungen irre geworden sind, verpflichtet, sich bei Herrn Bebel abzumelden? (Heiterkeit.) Wie soll das konstatirt werden? Wie soll ich mir diese zunehmende Verbreitung anders erklären, als daß eine ganze Reihe unbefangener Leute sich Erfolg davon verspricht? — Meine Herren, ich würde ganz das Wesen Ihrer Bewegung verkennen, und es würde vermessen sein, wenn ich mir einbildete, eine Bewegung, die 30 Jahre gedauert hat, der so viel äußere Dinge zu gute gekommen sind, der namentlich so viele Fehler der Regierung zu gute gekommen sind, ließe sich mit ein paar Broschüren oder gar mit einer einzigen Broschüre todtschlagen. Nein, meine Herren, ich sagte mir: ich habe schon sehr viel erreicht, wenn

ich ein gewisses Kokettiren des Katheder- und Staatssozialismus mit der Sozialdemokratie durch diese Satyre künftig unmöglich mache, (sehr gut!) wenn ich verhindere, daß volkswirthschaftlich unklare Köpfe in gebildeten Kreisen Sympathieen mit Ihnen hegen, die in der Sache nicht berechtigt sind. (Sehr wahr! — Zuruf.) — Verehrtester Freund, das ist genau so, wie Sie sagen — damit ich das nicht vergesse —, ich hätte sonst ganz gute Sachen vielleicht geschrieben, in Militärfragen, im politischen A-B-C-Buch und dergleichen. Aber sehen Sie einmal, ich kenne umgekehrt auch Herren von der Rechten, ich kenne sogar Minister, die sagen: „es haben mir diese sozialdemokratischen Zukunftsbilder sehr gut gefallen; aber Ihre A-B-C-Bücher gefallen mir ganz und gar nicht.“ Wenn daher auf der einen Seite diese Schriften gelobt werden, auf der andern Seite jene Schriften, so darf ich mir wohl den Schluß daraus ziehen, daß sowohl das eine wie das andere nicht ganz „ohne“ ist. (Heiterkeit.) Jedenfalls kann ich von denjenigen, gegen die sich solche Schriften kehren, nicht gerade das unbefangenste Urtheil in Bezug auf den Werth derselben erwarten. — Ich bilde mir auch gar nichts darauf ein. Die Sache kann vielleicht viel populärer, viel besser von jemand gemacht werden, der mehr Zeit hat, sich auf solche Arbeiten zu konzentriren; dasjenige aber, was ich glaube richtig getroffen zu haben, ist die **Methode**. Und in dieser Methode des Angriffs unterscheide ich mich allerdings von vielen andern Broschüren, die gegen Sie geschrieben sind: Sie sind gewöhnlich angegriffen worden von einer bestimmten Voraussetzung und einer Politik und einer Staatsauffassung oder von einer bestimmten religiösen Auffassung aus. Ich sage, diese Angriffe treffen Sie nicht; denn wenn Sie wirklich Recht hätten, dann würde keine Monarchie, keine Staatsverfassung stark genug sein, die Welt zu hindern, sich diese Vervollkommnung zu eigen zu machen, und wenn Sie wirklich Recht hätten, und auf diese Weise eine Besserung unsrer Zustände möglich wäre, so sage ich, es wäre kein Kreis religiöser Anschauungen stark genug, diese Verbesserung zu hindern. Denn die wirkliche Besserung des Diesseits läßt sich nicht aufhalten, wenn sie wirklich begründet ist, durch Vorstellungen vom Jenseits. Nein, meine Herren, ich habe Sie nicht angegriffen von einem bestimmten politischen Standpunkt aus, von einem bestimmten religiösen Standpunkt aus, sondern ich habe den Versuch gemacht, Ihnen nachzuweisen, daß das, was Sie erstreben, der Natur des Menschen an sich widerspricht (Beifall), mit einem Wort, daß es widersinnig ist. In dem Nachweis der Widersinnigkeit glaube ich allerdings einen gewissen Erfolg gehabt zu haben in dem Nachweis, daß es den Menschen und der Natur der Menschheit widerspricht, solche Ordnungen herzustellen, wie Sie befürworten. Meine Herren, diesem Standpunkte, nicht von einer bestimmten religiösen oder politischen Auffassung aus, sondern aus dem Wesen der Dinge die Sache zu widerlegen, glaube ich auch den internationalen Erfolg zu verdanken, den ich mit dieser Broschüre erreicht habe. Ich habe allerdings eine gewisse Genugthuung darüber, daß die Verbreitung hinausgegangen ist über die Verbreitung irgend einer Schrift, die von Ihren Aposteln ausgegangen ist, und daß man sie der Uebersetzung würdig gehalten hat in Staaten ebenso gut mit monarchischer wie republikanischer Verfassung, in Staaten ebenso gut germanischer wie romanischer Zunge. Ich habe Sie in Ihrem internationalen Wesen vom internationalen Standpunkt aus getroffen durch den Nachweis, daß Ihre Bestrebungen dem Wesen des Menschen und der Natur der Dinge zuwider sind. — Das will ich Ihnen aber nicht verhehlen, daß ich in der Hauptsache die Verbreitung verdanke Ihrer absoluten Unfähigkeit, mich zu widerlegen. (Sehr richtig!) Allgemein war die Spannung: was wird Herr Bebel nun dazu sagen? oder was werden die gewandtesten und wissenschaftlichsten Federn der Sozialdemokratie darauf antworten? Es kam ja eine Flut von Broschüren dagegen von Ihrer Seite. Nachdem ich schon ein Jahr vorher von dem Schwiegersohn des Herrn Liebknecht in eigener Person für irrsinnig erklärt worden war, wurde mir nun angekündigt, daß ich jetzt ganz und gar todt wäre. Aus dem Vergleich mit dem „Ichthyosaurus“ glaubt Herr von Stumm sich etwas einbilden zu können; nein ich bin noch viel weniger respektable Titel gewöhnt, die mir in reicher Fülle in den sozialdemokratischen Erwiderungen zu Theil wurden. Alle diese Erwiderungen schlugen vollkommen ins Wasser, weil sie nichts enthielten als den Versuch persönlicher Verunglimpfung, während ich, was Sie zustehen müssen, nicht im mindesten irgend einen persönlichen Angriff gegen Sie in die Broschüre gelegt habe; im Gegentheil, diejenigen Sozialdemokraten, die in den Vordergrund gestellt sind, sind als rechtlich denkende Personen, als Menschen hingestellt, denen man vom menschlichen Standpunkt aus nicht das Mindeste anhaben kann, wie ich ja auch persönlich den Herrn Kollegen Bebel im höchsten Maße respektire, ganz abgesehen von seinen Anschauungen. — Der Herr Kollege Bebel glaubt gleichwohl meine Broschüre so leichthin abthun zu können Er sagt: dieselbe hätte seine Partei nur mit einer komischen Figur bereichert, durch die „Spar-Agnes“, die ich in meiner Broschüre geschildert habe. — Ich werde mir erlauben, ohne darauf

hier weiter einzugehen, diese „Spar-Agnes“ durch Vertheilung meiner Broschüre Ihnen näher bekannt zu machen. Was hat es damit für eine Bewandtniß? Ich habe geschildert, wie eine Arbeiterin im Stande ist, durch Arbeit sich ihre Aussteuer zu ersparen bis zum Augenblick ihrer Verheirathung im Werthe von 2000 Mark. Das ist das Ganze, was die Herren glauben mit Spott und Ironie behandeln zu können. — Meine Herren, Sie haben mir dabei vorgeworfen, ich kennte nicht die Arbeiterverhältnisse in Berlin. Ich will Ihnen nur sagen, daß gerade diese Figuren nach dem Leben gezeichnet sind und nach wirklichen Verhältnissen, und daß man in den Kreisen auf die die Schilderung zutrifft, spottet über Ihre Unkenntniß und Ihre Entstellung der wirklichen Verhältnisse. — Meine Herren, ich mache Ihnen allerdings nicht zum wenigsten zum Vorwurf die Art, wie Sie die Arbeiter anzuekeln suchen, daß sie nicht sparen. Das ist das Allerverderblichste. (Sehr wahr.) — Ich verkenne nicht, daß es den Familienvätern äußerst schwer fällt, geradezu oft unmöglich ist, etwas zu ersparen. Ich bin am wenigsten derjenige, der nun sagt: unter allen Umständen muß gespart werden. Es giebt eine Sparsamkeit, die Verschwendung sein kann, namentlich auch in solchen Arbeiterfamilien; aber das Sparen wäre in größerem Maße in Arbeiterkreisen vielfach angebracht bei den jungen unverheirateten Arbeitern und Arbeiterinnen. (Zustimmung.) — Das ist ja das Eigene dieser Verhältnisse. In den besser situirten Klassen werden in Folge der größeren Anforderungen an die Vorbildung die jungen Leute erst tief in den Zwanzigern und noch später in den Stand gesetzt, ein eigenes Einkommen zu erhalten. Ganz anders gerade in den einfachen Arbeiterkreisen. Da erhält der junge Mann und die junge Arbeiterin in früheren Jahren oft ein Einkommen annähernd demjenigen, was der ältere Arbeiter oder Familienvater bezieht, und gerade diese jungen Jahre wären die geeignetsten, wenn nicht Manche — es fällt mir gar nicht ein, die Arbeiterklasse im allgemeinen anzugreifen, die Broschüre enthält ja hier gerade die gegentheilige Schilderung — in diesen jungen Jahren Ausgaben machen, die auch zur Klassenlage nicht im Verhältniß stehen. Wenn unter den weiblichen Arbeitern weniger Putzsucht und unter den männlichen weniger Vergnügungssucht vertreten wären — immer nur von einzelnen gesprochen —, und wenn mehr gespart würde, so würde das denselben einen Rückhalt geben für das ganze künftige Leben, sodaß sie nicht jeder Widerwärtigkeit, jedem Zufall ausgesetzt wären, wie es jetzt thatsächlich der Fall ist, wenn in früheren Jahren nichts zurückgelegt ist, und jeder aus der Hand in den Mund lebt. Obwohl Sie nun gar nicht einmal mit Sicherheit angeben können, wann das allgemeine große sozialdemokratische Glück anfängt, suchen Sie trotzdem den Leuten es zu verekeln, zu sparen. Sie haben nur Spott dafür und Ironie dafür und glauben, dieselbe Ironie gegen meine Broschüre kehren zu können. Dies mache ich Ihnen allerdings sehr zum Vorwurf. — Aber wenn es nicht wahr wäre, wenn wirklich eine Arbeiterin nicht im Stande wäre, 2000 Mark zu ersparen zu ihrer Verheirathung, sondern nur etwa 1000 oder 500 Mark, was würde das bedeuten für den ganzen Werth dieser Broschüre, für diese Darlegung? — Meine Herren, ich bin bei dieser Broschüre ausgegangen von dem Programm, was Sie zugeben, was Ihrerseits anerkannt wird, was Herr Bebel gestern verlesen hat. In Ihrem offiziellen Programm heißt es, daß Sie erstreben die Vergesellschaftung alles Kapitals des Grund und Bodens, aller Arbeitsinstrumente, — mit einem Wort: die Verstaatlichung desjenigen, was man als Kapital im weitesten Sinne des Wortes bezeichnet. Meine Herren, von Ihren eigenen Forderungen ausgehend, habe ich nun versucht, logisch darzulegen, zu welchen wirthschaftlichen Konsequenzen die Durchführung dieses Programms führt; und dabei hat es mich sehr bestärkt, daß ich mit meiner Logik auf richtigem Wege sei, wenn ich merkte, daß ich in der logischen Entwickelung Ihres Zukunftstaates zusammentraf mit den Schilderungen, welche der Abgeordnete Bebel in seinem Buch über die Frau gemacht hat. Ich verehre den Abgeordneten Bebel als den logischsten Kopf seiner Partei; und wenn ich fand bei meinen logischen Schlußfolgerungen, daß er zu denselben Schlußfolgerungen gekommen ist, wie es künftig sein würde, so fand ich darin noch eine Bestätigung meiner eigenen Schlußfolgerung. Deshalb habe ich mir erlaubt, auf den Titel der Broschüre zu setzen: frei nach Bebel. Ich konnte freilich nicht sagen: nach Bebel; ich konnte nur einen gewissen Vorbehalt machen; denn da, wo Herrn Bebel in seiner Schlußfolgerung die Logik ausgegangen ist, hat er den Defekt an Logik zu ersetzen gesucht aus dem reichen Schatz seiner Phantasie. Außer der Logik ist die reiche Phantasie dasjenige, womit er so besonders begabt ist. So werden Sie gestern in seinen Darlegungen bemerkt haben: wenn ihm die Logik ausgeht, phantasirt er von ungeheuren Schätzen, die in dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat zur Verfügung stehen werden. (Widerspruch bei den *Sozialdemokraten.*) — Gewiß, meine Herren! — Wie aber muß sich denn dieser Staat *entwickeln?* Nach Ihrem eigenen Programm wird der Staat der Eigenthümer alles

Kapitals sein. Die Folge davon ist, daß der Staat alleiniger Arbeitgeber wird. Die Folge davon ist, daß jeder Arbeiter, wenn er nicht verhungern will, bei diesem Staat arbeiten muß, und daß er diejenige Arbeit verrichten muß, welche ihm der Staat zudektirt. Nun suchen Sie freilich oft zu leugnen, daß dabei ein Zwang geübt werden müsse. Sie glauben, freiwillig werde sich alles machen, es werden sich immer für jedwede Arbeit so viel Freiwillige stellen, wie immer der Staat oder Ihre Gesellschaftsordnung — mögen Sie es nennen, wie Sie wollen — bedarf. Das ist aber eine willkürliche Voraussetzung, und selbst Herr Bebel glaubt in seinem Buch über die Frau auch nicht daran; denn er stellt doch eventuell eine Art alternirenden Frohndienstes in Aussicht, er sagt: wo sich nicht die nöthigen Freiwilligen finden, werden wir eine Art Alternirung einrichten, die Einzelnen zwingen, alternirend die Arbeit zu machen, zu der sich nicht genug Freiwillige finden. — Also der Staat wird der alleinige Herr, der allein bestimmt, wie und wo und was einer arbeiten soll. Der sozialdemokratische Staat dekretirt einfach, — abgesehen davon, daß der Lohn für alle gleich sein muß. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Lohn giebts nicht? Das ist auch wieder nur Wortklauberei. (Heiterkeit.) — Sie sagen, ich könne mich in die Verhältnisse nicht hineindenken; Geld giebt es nicht. — Natürlich mit dem Kopf des Kaisers giebt es keine Münzen mehr. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Lohn giebt es nicht, sagen Sie. Nun, ich verstehe unter Lohn den Entgelt, der für die Arbeit in der Form einer Anweisung auf einen gewissen Konsum gegeben wird. In der Sache, auf die es ankommt, ist es dasselbe; es ist also bloß wieder der Versuch eines Entschlüpfens mit Worten. (Zurufe bei den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Baumbach: Herr Abgeordneter Bebel, ich habe Sie wiederholt zu ersuchen, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Richter: — Also der Lohn ist der gleiche; das hat Herr Bebel ausdrücklich in seinem Buche über die Frau angegeben, wenngleich es mitunter zu verdecken gesucht wird. Sie können ja auch gar nicht anders, als jedem den gleichen Lohn geben. Denn wollten Sie etwas anderes, so würde ja sofort hier und da ein Ueberschuß entstehen, und die Kapitalbildung der Privaten, die Sie ausschließen wollen, würde von neuem ihren Anfang nehmen und allmählich Ihr ganzes Gebäude unterhöhlen. — Nun wird also jeder den gleichen Lohn haben. Aber jeder braucht doch nicht dasselbe, schon weil ja schon die Kinder ungleich an Anzahl in den Familien sind. Nun folgt aus dem Wesen des Staates — und das bestätigt auch Herr Bebel in seinem Buch über die Frau —, daß, um diese Ungleichheit zu beseitigen, der Unterhalt, die Kleidung, überhaupt die ganze Verpflegung der Kinder von der staatlichen Ordnung übernommen werden muß. Herr Bebel verwirft in dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat — darin ist er nur der logische Kopf — jedes persönliche Dienstverhältniß. Die Folge davon ist, wie er auch in seinem Buche über die Frau es zugiebt, daß die Häuslichkeit aufs äußerste beschränkt werden muß. (Zurufe.) — Ja, lesen Sie nur, Herr Kollege, Bebels Buch nach! Der Dienstbote würde für die Wartung einer Anzahl von Kindern und für die Herrichtung einer Mahlzeit gar nicht entbehrt werden können, weil auch die Arbeiterin ebenso lange arbeiten soll wie der Mann. (Zurufe.) — Lesen Sie es nur nach! (Erneute Zurufe.) — Es scheint Ihnen aber nicht gegenwärtig zu sein! Da steht: die Häuslichkeit muß auf das engste beschränkt werden, eine Küche giebt es nicht mehr, wir werden große Zentralkochanstalten, große Zentralreinigungsanstalten, große Zentralwaschanstalten einrichten, da wird dies alles besorgt. Sehen Sie, genau nach dieser Weise habe ich den sozialdemokratischen Zukunftsstaat gezeichnet im Anhalt an Ihre eigene Schilderung. Indem Sie nun die Kinder von den Eltern trennen, indem Sie sie von Staatswegen erziehen, indem Sie die Häuslichkeit auf das nothwendigste beschränken, kommen Sie genau zu den Zuständen, die ich geschildert habe, zu jeder Zerstörung der Familie und der Häuslichkeit, die die Katastrophe in dem sozialdemokratischen Staate nach sich zieht. (Lebhafter Beifall auf allen Seiten.) — Sie sprechen von der gegenwärtigen planlosen Produktion. Ja, wenn Sie eine planmäßige Produktion durch das ganze Land von oben anlegen wollen, so ist dies nicht anders möglich, als indem Sie zugleich eine planmäßige Konsumtion einrichten. Und die planmäßige Produktion zwingt Sie zur Regelung der Konsumtion, zwingt Sie dazu, jedem einzelnen vorzuschreiben, was er konsumiren soll, ebenso wie Sie vorschreiben, was er zu produziren hat. — Der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm meint, daß dieser Zustand dann zu Verhältnissen führe, die denen im Zuchthause ähnlich wären. Das ist auch meine Ansicht. In Bezug auf persönliche Freiheit führt die Durchführung Ihres Programms, des sozialdemokratischen Staats zu Zuständen, wie wir Sie nur im Zuchthause kennen. Dort ist planmäßige Produktion, (sehr gut!) dort wird planmäßig gearbeitet; dort ist

auch planmäßige Konsumtion. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.) — Aber, meine Herren, es ist Täuschung, als ob die sozialdemokratische Zukunft es so gut haben würde wie die Sträflinge im Zuchthause. (Unterbrechung. — Beifall.) Die Voraussetzung selbst des kümmerlichen Zustandes im Zuchthause ist doch noch immer die freie bürgerliche Gesellschaft außerhalb des Zuchthauses; wenn das Zuchthaus auf den Ertrag seiner eigenen Produktion angewiesen wäre, könnte nicht die Hälfte der laufenden Kosten aus dem Ertrag dieser Arbeit gedeckt werden. (Lebhafter Beifall.) Dann könnte die planmäßige Produktion nur so eingerichtet werden, daß sie von einem langsamen Verhungern nicht mehr viel fern hielte. (Lebhafter Beifall.) Nein, die logische Durchführung Ihres Zukunftsstaates bringt einen Zustand zu Wege, der noch tief unter diesem Zustand der Zuchthaussträflinge liegt (lebhafter Beifall); sie führt uns in barbarische Zustände zurück, wie sie kaum in der Zeit des Jagd- und Nomadenlebens der Menschheit bestanden haben, unendlich tief unter den heutigen Kulturverhältnissen. (Unterbrechung. — Lebhafte Zustimmung.) — Meine Herren, es ist auch ganz natürlich. Sie vernichten jedes Eigeninteresse im Menschen, sich selbst vorwärts zu bringen; die Einzelnen können ja nichts besseres erreichen, mögen sie arbeitssam sein oder nicht; der Mensch bringt sich ja dann nicht mehr vorwärts, ob er sich auch etwas spart, — er kann es nicht vererben, seine Kinder haben keinen Vortheil davon. Die ganze Kapitalbildung fällt dem Staat anheim; der Staat muß von dem Ertrag der Arbeit vorweg so viel abziehen, als erforderlich ist für die Vermehrung der Bevölkerung. Jedes eigene Interesse an Kapitalbildung hört auf; Sie beseitigen die Privatunternehmer der Konkurrenz. Damit vernichten Sie jedes Streben, aus eigenem Interesse die Zustände zu verbessern, die Arbeit produktiver zu gestalten, das Streben, welches, trotz eigenen Interesses, zugleich auch dem allgemeinen Interesse zum Vortheil gereicht. Alles das, die Vernichtung jedes eigenen Interesses, glauben Sie ersetzen zu können durch eine allgemeine sozialdemokratische Begeisterung. Solches Vertrauen ist nur möglich, daß sie sich dazu Menschen vorstellen, die gar nicht in dieser Weise existiren, die niemals existirt haben und niemals existiren werden. Die Menschen, die in Ihren Staat passen würden, sind nur Stifte einer großen mechanischen Produktions- und Konsumtionsmaschinerie. Nun, meine Herren, aber wenn das auch alles nicht der Fall wäre, wenn der Herr Abgeordnete Bebel Recht hätte, wenn Sie wirklich im Stande wären, wie es der Herr Abgeordnete Bebel in seinem Buche über die Frau sagt, den Himmel auf Erden zu schaffen, dann würde sich Ihre Logik erst recht in den Schwanz beißen. (Sehr gut!) Wenn Sie wirklich im Stande wären, den Himmel auf Erden zu schaffen, dann müßte Sie die größte Sorge erfassen vor der Uebervölkerung Ihres Himmels. (Sehr gut!) Sie nehmen ja den Eltern jede Verantwortlichkeit für die Kinder. Herr Bebel sagt in seinem Buche über die Frau: jeder Neugeborene ist ein willkommener Zuwachs für unsere Gesellschaft. (Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Ach, durch solche kleinlichen persönlichen Anspielungen suchen Sie vorbeizukommen an der Sache selbst. Das kennzeichnet Ihre ganze Verlegenheit. (Stürmischer Beifall auf allen Seiten.) Meine Herren, das also ist Herr Bebel, der Führer vom Ganzen! Hat es jemals eine Partei gegeben, welche in dem Augenblick, wo sie ernst Rede stehen sollte, sich so kleinlich zeigte (lebhafter Beifall), unter aller Kritik, unter aller parlamentarischen Kritik (lebhafter Beifall) — natürlich nur, um sich aus der Schlinge zu ziehen? (Wiederholter lebhafter Beifall.) — Also Sie sagen: jeder Neugeborene ist ein willkommener Zuwachs in der sozialdemokratischen Gesellschaft; die sozialdemokratische Gesellschaft übernimmt die Verpflichtung, ihn zu erhalten, zu kleiden und zu ernähren. Meine Herren, damit ist also alle Verantwortlichkeit der Familie in dieser Beziehung beseitigt. Sie können nun allerdings große Sorge bekommen, wie es bei einem solchen Wachsthum der Bevölkerung, das ja im „Himmel auf Erden" nicht ausbleiben kann, möglich ist, auch nur eine entsprechende Kapitalvermehrung herbeizuführen. Denn wenn das Kapital sich nicht fortwährend vermehrt mit dem Hinzukommen der Bevölkerung, geht ja die ganze Kultur zurück. Es kommt ja nicht bloß darauf an, das, was vorhanden ist, zu erhalten, sondern es muß auch jeder Neuhinzukommende seinen Tisch in der sozialdemokratischen Gesellschaft gedeckt finden, wie diejenigen, die darin bereits vorhanden sind. Das, was der Herr Bebel hier so scherzweise zu beseitigen sucht, macht ihm doch selbst eine gewisse Sorge, und er hat in seinem Buch über die Frau dieser Frage ein besonderes Kapitel, das Schlußkapitel gewidmet. Da tröstet er sich denn damit, daß es ja doch noch sehr viele Ländereien gebe, nach denen man den Ueberschuß der Bevölkerung abführen könne. Er verweist auf den Norden [illegible] wegen (Heiterkeit), und es haben ihm außerdem Reisende erzählt, daß es [illegible] von Sibirien ganz angenehm wohnen läßt (große Heiterkeit), — und da[illegible] *vielleicht* ein Platz, wo der Herr Abgeordnete Bachem einen Wirk[illegible] *(Große Heiterkeit.) Und wenn der Ueberschuß* der Sozialdemokrat[illegible]

Erden" sich im Norden von Sibirien [illegible]
der Herr Abgeordnete Bebel [illegible]
sagt, noch die Wüste Sahara [illegible]
auszugraben, wird es möglich [illegible]
in Ländereien der üppigsten [illegible]
über die Frau. — (Zuruf bei den [illegible]
haben Sie sich also wohl in der [illegible]
Heiterkeit.) In der Auflage [illegible]
neuen Auflage — man muß [illegible]
habe ich die Wüste Sahara [illegible]
noch Norwegen und Sibirien. [illegible]
haben Sie vielleicht [illegible]
Länderstrich nicht [illegible]
Bebel hat ja noch einen [illegible]
nämlich die Wahrnehmung [illegible]
Junge sie bekommen, und [illegible]
daß der Löwe, der Elephant [illegible]
und die Kaninchen. (Große [illegible]
wenn in Folge der [illegible]
dem Maße die [illegible]
dem Löwen, Elephanten [illegible]
die man nur mit [illegible]
demselben Maße die [illegible]
schwinden. (Große [illegible]
nicht aus; denn — [illegible]
er empfiehlt noch [illegible]
weise der Menschen [illegible]
zwingt dazu, nicht [illegible]
Obrigkeitswegen [illegible]
Staatswegen durch [illegible]
freilich diese [illegible]
Thierreich [illegible]
Gestüten und [illegible]
— Das ist der [illegible]
Abgeordnete Bebel [illegible]
ständig, warum [illegible]
dann der Herr [illegible]

Der Sozialismus [illegible]

Gebieten [illegible]

Ich erlaube [illegible]
Worten zu [illegible]
zureichende [illegible]
gründete [illegible]
Herren, [illegible]
Abgeordnete [illegible]
die seit [illegible]
dieser [illegible]
Grundlage [illegible]
Technik [illegible]
der Zukunft [illegible]

[illegible] an eine
[illegible] man
[illegible] gischen
[illegible] Masse der
[illegible] Phrase, an
[illegible] isch ge-
[illegible] Herren
[illegible] Richter mit
[illegible] und einmal
[illegible] Harmonie von
[illegible] Wollen Sie
[illegible] „gottlosen
[illegible] die Streiks
[illegible] Streik, den
[illegible] ein Mittel be-
[illegible] erfahrungsmäßig
[illegible] noch eine ganze
[illegible] Freiherrn von
[illegible] als sie vielleicht
[illegible] auf bestimmte
[illegible] in ihm nicht ein
[illegible] scheint, daß es den
[illegible] darauf ankommt,
[illegible] konstruirte und noch
[illegible] der Bekämpfung der
[illegible] kein Glück haben;
[illegible] keit" zu halten ist.
[illegible] ung, die so alt ist,
[illegible] gehört; die sogenannte
[illegible] Wir, die Sozial-
[illegible] schaffen. Nun will ich
[illegible] oder Erwecken der Un-
[illegible] Verbreitung der Er-
[illegible] Wenn auf Grund
[illegible] es ihr gutes mensch-
[illegible] Sie mir doch gefälligst:
[illegible] giebt nicht eine einzige;
[illegible] auftreten und einer be-
[illegible] und sagt: das sind die
[illegible] Zentrum.) — Das ist
[illegible] ja eben auch wieder diese
[illegible] deutlich gehört. — Der
[illegible] Kultur und der Ansprüche,
[illegible] ist, und seiner Unzu-
[illegible] als was menschliches
[illegible] Daraus den Arbeitern
[illegible] demagogisch nennen, dema-
[illegible] einzuwenden, wenn in
[illegible] um etliche Millionen
[illegible] das versteht sich ganz von
[illegible] die Gehälter der hohen
[illegible] daß eine gründliche
[illegible] Arbeitseinkommens statt-
[illegible] Herr Vorredner sich so ein-
[illegible] insbesondere die hier sitzenden
[illegible] den Vorwurf, als wollten
[illegible] zu einer irrationellen,
[illegible] wir stehen auf dem Stand-
[illegible] meinen aber, daß man in
[illegible] zu beherzigen habe, ehe man
[illegible] Herren, wie liegt denn die
[illegible] demagogische Praxis,
[illegible] Arbeitern beständig zu sagen:
[illegible] schlecht gehen, [illegible]

entwickelt hätten, als es bis jetzt der Fall ist. Der Fortschritt, die Besserung kann nur kommen von demjenigen, was die Einzelnen zu ihrer Vervollkommnung thun, unterstützt von den Einrichtungen der Gesellschaft, die in verschiedenen Richtungen dafür thätig sind, und unterstützt auch in gewissem Umfange von der Mitwirkung des Staats, insbesondere auch in der Beseitigung von Hindernissen. Das mache ich Ihnen zum Vorwurf, daß Sie durch das Auftreten Ihrer Partei die Fortschritte auch in unserer inneren Politik erheblich gefährdet und verringert haben. Dasjenige, wofür wir kämpfen und auch Ihre Unterstützung haben: eine größere freiheitliche Entwickelung in wirthschaftlicher und politischer Beziehung, — das zu erreichen, wird in hohem Maße dadurch erschwert, daß es Ihnen gelungen ist, die größten Kreise des Bürgerthums in zwei verschiedene Lager zu spalten. Wenn wir uns heute zu vertheidigen haben gegen Rückschritte, die immer mehr drohen, wenn wir dagegen zu schwach erscheinen auf der liberalen Seite, so ist das wesentlich die Frucht der Spaltung, die Sie in das liberale Bürgerthum durch Ihre Partei hineingetragen haben. Sie machen uns den Vorwurf, daß wir, um etwas zu erreichen, zu schwach wären, nicht durchdringen könnten. Woher kommt das? Weil wir — und da möchte ich wieder an die Diskussion der Militärvorlage anknüpfen — fortwährend genöthigt sind, den Krieg auf zwei Fronten zu führen, gegen rechts und gegen links. Schwierig genug ist diese Situation für uns. Wir werden aber nicht erlahmen in diesem Kampfe, um Rückschritten sowohl von rechts wie von links vorzubeugen, um Hindernisse zu beseitigen. Wir führen diesen Kampf nicht um unser selbst willen, sondern um des Volkes willen und seiner Zukunft. (Lebhafter wiederholter Beifall.)

Abgeordneter Frohme: Meine Herren, die Sozialdemokratie kann es mit Genugthuung begrüßen, daß jetzt schon am dritten Tage die Vertreter der sogenannten „staatserhaltenden“ Parteien Arm in Arm sich bemühen, der Welt ihre Gedanken über den „sozialdemokratischen Zukunftsstaat“ auszumalen. Denn es sind in der That Ihre Gedanken, es ist der „Zukunftsstaat“, wie Sie ihn sich ausdenken, um uns in den Augen unwissender, thörichter Menschen zu kompromittiren. Das ist nach meinem Dafürhalten lediglich der Zweck, den Sie im Auge hatten, als Sie diese Debatte hier provozirten. — Nun muß ich ja allerdings sagen, daß der politische Faschingsgeist, der sich bis jetzt in den Aeußerungen unserer Gegner hier kund gethan hat, wesentlich mit dazu beitragen dürfte, weite Kreise des Volkes zu ernstem Nachdenken zu bringen über die unvereinbaren Ideen, die Sie da vorgebracht haben. — Ich will mich zunächst etwas mit dem Herrn Abgeordneten Richter beschäftigen. Er bezog sich darauf, daß hier erwähnt worden sei, es bestehe, entgegen unserer sozialdemokratischen Lehre, eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Ich will daraus Veranlassung nehmen, zu erklären, daß nach der Lehre, welche die tägliche Erfahrung giebt, nach der Lehre der nationalökonomischen Wissenschaft, ebenfalls von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit nicht die Rede sein kann. An eine solche Harmonie glauben Sie im Ernst selbst nicht. Es giebt nicht einen einzigen namhaften Vertreter der herrschenden ökonomischen Richtung, welcher es gewagt hätte, eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zu behaupten. Fangen Sie bei Adam Smith an und gehen Sie bis zu John Stuart Mill, Sie werden überall in den Werken dieser bürgerlichen Oekonomen — Vertreter jener Wissenschaft, auf welche die herrschende Interessenrichtung sich stützt — in den Werken aller dieser Männer den steten Hinweis darauf finden, daß allerdings ein sich stetig verschärfender Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit besteht. Wo soll denn die Harmonie herkommen unter der Herrschaft der Thatsache, daß das, was im Interesse des Arbeiters sein kann. Unsere ganze Oekonomie hat doch die Tendenz, möglichst viel aus der Arbeitskraft für das Unternehmerinteresse zu gewinnen; die kapitalistische Gesellschaft kann gar nicht den Zweck haben, einen gerechten Ausgleich der Interessen zwischen beiden Theilen vorzunehmen. Nein, der eine Theil, der herrschende Theil, der Kapitalismus kann nur bestehen, nur herrschen und sich erhalten, wenn die Arbeit unterdrückt und möglichst ausgebeutet ist. Der Kapitalismus hat die Armuth der großen Massen zur ersten und unerläßlichen Voraussetzung; das ist eine Thatsache, die ebenfalls vom bürgerlichen Oekonomen unumwunden anerkannt worden ist. Glauben Sie denn, daß, wenn wirklich eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit bestände, daß den herrschenden Kreisen, welche im Besitz aller Machtmittel, auch Bildungsmittel sich befinden, es nicht möglich gewesen wäre, den Kampf zwischen Kapital und Arbeit zu verhindern? Nein, der Interessengegensatz besteht und muß sich mit Naturnothwendigkeit immer mehr verschärfen; nichts ist selbstverständlicher, als daß die Konzentration der duktionsmittel des Besitzers in immer weniger Händen die Klassengegensätze mehr ehr verschärft. Ich betone nochmals: im Ernste kann wirklich kein national-

ökonomisch gebildeter Mensch, möge er Eugen Richter heißen oder sonst wie, an eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit glauben. Das ist eine Phrase, die man erfunden hat zu dem Zwecke, die Arbeiter von einer selbständigen, energischen Initiative für ihre Interessen zurückzuhalten; eine Phrase, die von der Masse der Arbeiter längst in ihrer ganzen Haltlosigkeit durchschaut ist, — eine Phrase, an die auch in den anderen Gesellschaftskreisen kein wirklich ökonomisch gebildeter Mensch mehr glaubt. — Ich habe bemerkt, daß die Herren vom Zentrum die betreffenden Ausführungen des Herrn Abgeordneten Richter mit Wohlwollen aufgenommen haben. Wollen die Herren die Güte haben und einmal lesen, was der verstorbene Bischof von Ketteler über die Phrase der Harmonie von Kapital und Arbeit gesagt hat? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wollen Sie sich die Mühe nehmen, in diesem Buche nachzulesen, wie er von dem „gottlosen Kapitalismus“ spricht, welcher unterdrückt werden muß, wie er sogar die Streiks vertheidigt, die Sie gegenwärtig, wenigstens in Rücksicht auf den jüngsten Streik, den Sozialdemokraten zur Last legen, daß Bischof Ketteler die Streiks als ein Mittel bezeichnet, welches allerdings durch die Verhältnisse geboten sei und erfahrungsmäßig zur Verbesserung der Arbeiterlage geführt habe? Ich könnte Ihnen noch eine ganze Reihe Oekonomen und Soziologen aus Ihren Kreisen nennen, z. B. Freiherrn von Vogelsang u. s. w., die alle in den allerschärfsten Ausdrücken, schärfer, als sie vielleicht jemals ein Sozialdemokrat gebraucht hat, beziehungsweise in Rücksicht auf bestimmte Gesetze brauchen konnte, gegen den Kapitalismus zu Felde zu ziehen, in ihm nicht ein Glück für die Menschheit, sondern ein Unglück erblicken. Aber es scheint, daß es den gesammten gegnerischen Parteien hier im Reichstag eben lediglich darauf ankommt, vor der Welt einmal eine — und wenn auch noch so künstlich konstruirte und noch so plump herbeigeführte — sogenannte „Einmüthigkeit“ in der Bekämpfung der Sozialdemokratie zu beweisen. Meine Herren, Sie werden damit kein Glück haben; die Massen draußen werden erkennen, was von dieser „Einmüthigkeit“ zu halten ist. Unzufriedenheit sollen wir schaffen. Ja, das ist eine Behauptung, die so alt ist, wir haben sie noch in fast jeder sozialdemokratischen Debatte gehört; die sogenannte „Ordnungspresse“ im Lande, sie gebraucht diese Phrase unausgesetzt. Wir, die Sozialdemokraten, sollen diejenigen sein, welche Unzufriedenheit schaffen. Nun will ich Ihnen erklären, daß das, was man als absichtliches Schüren oder Erwecken der Unzufriedenheit bezeichnet, in der That nichts anderes ist, als die Verbreitung der Erkenntniß der gesellschaftlichen, wirthschaftlichen Zusammenhänge. Wenn auf Grund dieser Erkenntniß die Massen unzufrieden werden, nun, so ist es ihr gutes menschliches Recht, auch diese Unzufriedenheit zu äußern. Sagen Sie mir doch gefälligst: welche Gesellschaftsschicht ist denn gegenwärtig zufrieden? Es giebt nicht eine einzige; alle sind sie unzufrieden. Nur dann, wenn die Arbeiter auftreten und einer berechtigten Unzufriedenheit Ausdruck geben, dann kommt man und sagt: das sind die Früchte der sozialdemokratischen Agitation! (Zuruf aus dem Zentrum.) — Das ist unausgesetzt geschehen; der Herr Abgeordnete Richter hat ja eben auch wieder diese Vorwürfe gegen uns erhoben, — wir haben es ja eben ganz deutlich gehört. — Der Mensch, welcher in Rücksicht auf seine Erkenntniß der Kultur und der Ansprüche, welche er an die bestehende Kultur zu stellen hat, unzufrieden ist, und seiner Unzufriedenheit Ausdruck giebt, nun, der thut damit nicht mehr, als was menschliches Recht, ja ich möchte sagen, menschliche Pflicht ihm gebietet. Daraus den Arbeitern einen Vorwurf zu machen, das, meine Herren, möchte ich demagogisch nennen, demagogisch im höchsten Grade. — Man hat nichts dagegen einzuwenden, wenn in Rücksicht auf die Steigerung der Preise verschiedene Zivillisten um etliche Millionen und hunderttausende erhöht werden — (sehr richtig! links); das versteht sich ganz von selbst. Es ist auch selbstverständlich, daß man gelegentlich die Gehälter der hohen Beamten erhöht. Aber „unerhört“ ist es, wenn wir erklären, daß eine gründliche Aufbesserung der Arbeiterlage durch eine Erhöhung ihres Arbeitseinkommens stattfinden müsse. — Dann das Sparen, mit welchem der Herr Vorredner sich so eingehend beschäftigt hat. Ich verwahre meine Partei, und insbesondere die hier sitzenden Vertreter derselben, in der allerentschiedensten Weise gegen den Vorwurf, als wollten wir durch unsere Theorie über das Sparen die Arbeiter zu einer irrationellen, verschwenderischen Wirthschaft verleiten. Nein, auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß man sich strecken soll nach seiner Decke; wir meinen aber, daß man in anderen Gesellschaftskreisen dieses gute Sprichwort zuerst zu beherzigen habe, ehe man die Beherzigung von dem Arbeiter verlangt. — Meine Herren, wie liegt denn die Sache? Wir wenden uns lediglich gegen die unerhörte demagogische Praxis, wie sie in vielen gegnerischen Kreisen geübt wird, den Arbeitern beständig zu sagen: seht, wenn ihr nur spart, dann kann es euch nicht schlecht gehen, ihr müßt im

Stande sein, euch unter Umständen so viel zu ersparen, um ein kleines selbständiges Gewerbe begründen zu können. Das ist die Tendenz, von der ja die Herren ausgehen, die ja seiner Zeit in so hervorragendem Maße auch Herr Schulze-Delitzsch vertreten hat, nicht um des Sparens willen an sich, sondern aus Rücksicht auf den ganzen ökonomischen sozialen Zusammenhang im Interesse der diesen beherrschenden Faktoren, um deren Interessen willen sucht man die Arbeiter anzuhalten, zu sparen, um dann enentuell sagen zu können, daß er, da er so viel verdiene, daß er sparen könne, doch keine Noth leide. Das ist ein ganz verkehrter Gedanke, den Arbeitern unter diesen Gesichtspunkten prinzipiell zuzumuthen, zu sparen, sich gewissermaßen durch eine noch weitere Verschlechterung der Lebenshaltung das Nöthige zu verkürzen, die Gesundheit zu ruiniren. — Auch wir wollen ein weises Wirthschaften in jedem Stück; aber dazu werden wir niemals beistimmen, wenn man den Arbeitern erklärt, daß das Sparen ein soziales und wirthschaftliches Heilmittel gegenüber all den Schäden für sie sei, von denen sie unausgesetzt bedroht sind. (Zuruf aus dem Zentrum.) — Nun hat der Herr Abgeordnete Richter ein großes Wort gelassen ausgesprochen, als er zu seiner Kritik des sogenannte Zukunftsstaates, d. h. des Dinges, welches er und andere als Zukunftsstaat sich konstruirt haben. Er sagte: unsere Bestrebungen gehen wider die Natur. Nun, solche Bestrebungen haben keine Möglichkeit, durchgeführt zu werden; ja, ich behaupte, sie haben nicht einmal die Möglichkeit einer nennenswerthen Entwickelung. Bestrebungen, die gegen die Natur sind, können sich nur hier und da, in sporadischen Ansätzen äußern, aber eine Entwickelung, die Möglichkeit einer Durchführung ist ihnen nicht gegeben. Wenn es wahr wäre, was der Herr Vorredner behauptet, daß die sozialdemokratischen Bestrebungen der Natur zuwiderlaufen, wozu dann all das Gespräch, wozu all das Geschreibsel? dann bitte überlassen Sie doch gefälligst der guten Mutter Natur das Richteramt über uns! Sie wird ja bei alledem, was nach den Behauptungen des Herrn Vorredners gegen sie laufen soll, schon mit uns fertig werden. Weshalb verlassen Sie sich nicht auf das Walten dieser höheren Macht? Weshalb hält man es für nöthig, hier im Reichstag eine Diskussion zu provoziren zu dem Zwecke, der Mutter Natur zu Hilfe zu kommen? Die Mutter Natur braucht eine derartige Hilfe nicht, am allerwenigsten dann, wenn sie in absolut ungeschickter Weise geübt wird, wie das von gegnerischer Seite bis jetzt geschehen ist. — Meine Herren, mein Freund Bebel hat gestern in ruhigster und objektivster Weise Antwort gegeben auf die an uns gestellte Frage, welche Bewandtniß es denn nun eigentlich mit unserem viel berufenen „Zukunftsstaat“ habe. Ich habe noch bei keinem der Redner, welche bis jetzt gegen uns nach ihm wieder gesprochen gesprochen haben, ein nennenswerthes, sachliches Eingehen auf die Ausführungen meines Freundes Bebel beobachtet. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) — Gerade in dieser Art und Weise, die so sachlichen, ernsten Ausführungen Bebels zu ignoriren und darum herumzukommen, gerade darin äußert sich das in eklatantester Weise, was ich vorher mir zu bezeichnen erlaubte als politischen Faschingsgeist. — Was hat denn mein Kollege Bebel ausgeführt? Von keiner Seite ist man auch nur mit einer Silbe darauf eingegangen. Er hat ausgeführt, daß der Sozialismus, die Evolution, die Entwickelungstheorie (Zurufe) — er hat ausgeführt, daß die Revolution, die soziale Revolution im Grunde genommen nichts anderes ist, als die von dem Bedürfniß des Volkes nach Besserung der Zustände getragene und bestimmte Evolution. Etwas anderes liegt in seinen Ausführungen nicht drin. Aber gerade, weil er so scharf betonte, wir wollen nichts künstliches schaffen, es fällt uns gar nicht ein, willkürlich in die Entwickelung der Dinge einzugreifen nnd ein Staatswesen nach unseren Ansichten zu konstruiren, — gerade deshalb hätte es sich wohl verlohnt, diesen Aeußerungen Ihrerseits ernsthaft näher zu treten. Sie haben das nicht gethan und müssen wohl Ihre sehr guten Gründe dazu gehabt haben; denn gerade die Entwickelungstheorie, welche die Sozialdemokratie vertritt, sie ist es ja, welche in der Hauptsache von der liberalen Wissenschaft oder von jener Wissenschaft vertreten wird, welche im Liberalismus hauptsächlich repräsentirt ist. Die Herren gerathen da beständig mit sich selbst in einen argen Widerspruch. — Mein Freund Bebel hat keinen Zweifel darüber gelassen, wohin denn recht eigentlich die Entwickelung führt. Er hat Ihnen unter Hinweis auf die seitherigen Resultate der geschichtlichen Entwickelung gezeigt, daß die bestehende Gesellschaftsordnung nicht als die höchste und beste erachtet werden könne. Sehen Sie meine Herren, das war ja von jeher die Erbsünde des herrschenden Privilegiums, daß es behauptete und auch glaubte: so, wie die Zustände sind, sind sie im wesentlichen am besten; eine grundsätzliche Aenderung oder gar eine Abschaffung kann nicht stattfinden. Das ist die Erbsünde, der so viele *blutige Revolutionen* in der Geschichte zu danken sind, und die heute herrschenden *Klassen sind auch noch mit dieser* Erbsünde in außerordentlichem Maße behaftet. Wer

die Entwickelungsgesetze, denen die Menschheit und die Staaten unterworfen sind, verfolgt, wie möchte der zu behaupten wagen, daß wir mit dem heutigen Staate und allen seinen Einrichtungen am Ende aller Entwickelung stehen? Die politischen und wirthschaftlichen Zustände, die wir gegenwärtig haben, sind das Resultat einer Revolution. Nach der bestehenden Gesellschaftsorganisation wird eine andere, bessere kommen müssen: und wer sich in unseren Schriften umthun will, der wird finden, daß in wirthschaftlicher Beziehung von uns die berufsgenossenschaftliche Organisation der Arbeit ins Auge gefaßt wird. Diese Organisation muß sich mit Nothwendigkeit aus der kapitalistischen Produktionsweise ergeben, und man braucht sich gar nicht einmal dabei an die ausgesprochen sozialdemokratische Literatur zu halten, — nei es ist das etwas, was in weiten Kreisen der soziologen Wissenschaft anerkannt und gründlich erörtert worden ist. — Wir können nach der anderen Seite sofort auch volle Befriedigung geben. Sie können fragen: wie sieht es denn in politischer Beziehung aus? Wir haben noch niemals ein Hehl daraus gemacht, daß, entsprechend unseren demokratischen Grundsätzen, wir selbstverständlich als das Resultat der politischen Entwickelung die Republik voraussetzen, und es dürfte Ihnen das wohl bekannt sein. Nun möchte ich aber gerade die Herren aus dem Zentrum daran erinnern, daß sie nach dieser Seite hin ganz besonders nicht befugt erscheinen, der Sozialdemokratie einen Vorwurf zu machen und sie deshalb anzugreifen, weil sie republikanische Gesinnungen hegt. Ich weise Sie auf die Thatsache hin, daß ja das Oberhaupt der katholischen Kirche, der Papst, kürzlich selbst die Republik in Frankreich als Staatsform anerkannt hat, die ebenso zu respektiren sei wie der Staat unter dem Königthum „von Gottes Gnaden“. Ja, meine Herren, glauben Sie denn, daß dieser Anerkennung etwas anderes zu Grunde liegt, als eine politische Zweckmäßigkeitserwägung? Darauf kommt es hier ja aber nicht an; Thatsache ist, daß damit ein Abweichen von der seither maßgebenden Lehre bewiesen ist (Zuruf) — jawohl! —, daß der Staat zu konstruiren sei auf der Basis des Gottesgnadenthums — ganz zweifellos! Der Papst hat in seinen auf die Republik bezüglichen Erklärungen ausdrücklich anerkannt, daß es das Recht des Volkes sei, unter gegebenen Umständen die Staatsform in eine Republik zu ändern, — und was das Oberhaupt der katholischen Kirche den Franzosen als Recht zuspricht, das werden die Anhänger und Vertreter seines Systems und seiner Lehre hier im Reichstag hoffentlich nicht dem deutschen oder irgend einem anderen Volk verweigern! — Ja, meine Herren, Sie im Zentrum hätten am allerwenigsten Ursache, über Zukunftsausmalereien sich aufzuregen, wie Sie uns die Schuld geben, obgleich sie garnicht bei uns liegt. Es fällt uns gar nicht ein, einen Zukunftsstaat auszumalen und zu sagen: so und nicht anders wird dermaleinst die Gesellschaft beschaffen sein müssen. Mein Freund Bebel hat Ihnen gestern gesagt: wir wissen ja garnicht, in welch außerordentlichem Maße die Entwicklung wird beeinflußt werden durch neue Erfindungen; die Bildung der Massen wird außerordentliche Fortschritte machen; also ist es nur irgend einem Menschen gegeben, zu sagen, so und nicht anders wird dermaleinst in der Zukunft der Staat oder die Gesellschaft aussehen müssen! Meine Herren, die Zukunftsstaatsausmalerei ist zu allen Zeiten eine Schwäche der Vertreter der herrschenden Elemente gewesen, und zwar solcher, welche mit den bestehenden Zuständen unzufrieden waren, sich daraus heraussehnten, und Andere auch daraus befreien möchten. — Ich erinnere die Herren vom Zentrum an das famose Staatsideal, welches vor etlichen hundert Jahren Thomas von Aquino entworfen hat. — (Zuruf vom Zentrum). — Wenn Sie erlauben, kenne ich ihn; jedenfalls kann ich mich mit höherem Recht darauf berufen, zu sagen, ich weiß, um was es sich bei diesem Staatsideal handelt, als Sie, Herr Bachem, sich darauf berufen, sozialdemokratische Literatur studirt zu haben. — Meine Herren, dieser Thomas von Aquino gilt als der wahrste und wissenschaftlichste Interpret der Ansichten und Absichten der katholischen Kirche, und es ist erst vor mehreren Jahren ein Buch des Dr. Albert Stöckel erschienen, worin ausdrücklich gesagt wird:

> Die Kirche war über den Werth der thomistischen Lehre nie im Unklaren. Bis zum heutigen Tage hat sie den „Engel der Schule“ und seine Lehre in Schutz genommen und die Geister auf diese Lehre als einen herrlichen Schatz hingewiesen. Es hat eine Zeit gegeben, wo man auch katholischerseits diesen Fingerzeig weniger beobachtete. Diese Zeit ist vorüber. Heute wenden sich die Geister auf katholischem Gebiet wieder vorzugsweise dem heiligen Thomas zu. Man sucht die unterbrochene Kontinuität der wissenschaftlichen Bewegung in der Kirche wieder anzuknüpfen.

Es wird der Wunsch hinzugefügt: möge Gott darüber walten! — Nun, meine Herren, wie hat sich denn dieser, als der „wahrste und wissenschaftlichste Intepret der Ansichten und Absichten der katholischen Kirche“ bezeichnete Thomas von Aquino seinen Staat gedacht? Unter anderem heißt es:

Die Bürger im schlechthin besten Staate müssen wirken, daß sie glücklich sind, und müssen das haben, was Prinzip hierzu ist. Nun sind aber die, welche ein Leben der Lohnarbeit und des Markthandels führen, nicht tugendvoll, nicht von dieser Art. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ihr Leben ist niedrig und nicht darauf geleitet und gerichtet und ist in vielem der Tugend unangemessen und indirekt entgegen; also sind solche nicht Bürger und kein Theil des besten Staates. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Ackerbauer und Landbauer aber auch nicht; denn für die Bürger ist es nöthig, Muße von nothwendigen und niedrigen Verrichtungen zu haben, und daß sie manchmal Zeit für wissenschaftliche Betrachtung haben und für edle Beschäftigungen in Erzeugung von Tugend und bei den gemeinsamen Handlungen, in welchen ihr Begriff besteht. Solche Muße können aber Bauern nicht haben, da sie dem Landbau und der äußeren Arbeit hingegeben sind; also sind sie keine Bürger und keine Theile des Staates. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im besten Staate sind Bürger die, welche Kriegsführung und Berathung besorgen. Diese beiden Hauptseiten des staatlichen Lebens liegen da denselben Personen ob, der Krieg den Jungen, Berathung und Verwaltung den Alten. In den Händen von ihnen muß auch der Besitz liegen; daher ist es zuträglich, daß in einem solchen Staate die Bauern Knechte sind, und zwar entweder Ausländer, die aus der Fremde kommen, oder dienende Leute, entweder Barbaren, d. h. direkt aus der Fremde Eingeführte, oder im Hause von Sklaven Geborene und dort Erzogene. Bauern, Handwerker und Arbeiter, die um Lohn ihre Arbeit tauschen, sind in einem Staate nothwendig, aber durchaus nicht Theile des Staates an sich. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber Krieger, Berather und Priester, das sind die Theile des Staates, und sie sind zu unterscheiden von den Vorhergehenden für allen Zeiten.

Dann spricht er sich aus, wie die Sklaven sein sollen:

Es ist zuträglich in Betreff der Sklaven, welche (im Idealstaat) das Land bauen, daß sie stark von Körper sind, schwach an Verstand, von wenig Muth und nicht von demselben Volksstamm; denn so werden sie nützlicher sein für die Bearbeitung des Landes und nicht ausarten in Machinationen gegen ihre Herren.

Der heilige Thomas empfiehlt auch eine **Beschränkung der Kinderzahl**. Sie haben ja ebenso herzlich gelacht über die diesbezüglichen Anspielungen des Herrn Richter auf meinen Freund Bebel. Nun, der heilige Thomas empfiehlt allen Ernstes eine Beschränkung der Kinderzahl; er sieht gar nichts wider die Religion und Sitte Laufendes darin. (Zurufe im Zentrum.) — Gewiß, das soll geschehen:

Es ist zu bemerken, daß der Staat eine Gemeinschaft ist, welche an sich zum Leben genugsam ist, und daß daher die Bürger auch in sich Genugsamkeit haben müssen und nicht arm sein dürfen. Deshalb muß im Staate alles verhütet werden, was Mangel nach sich zieht; von der Art sind aber viele Kinder, welche im Erbe nachfolgen sollen.

Nun, meine Herren, genügt das? Was glauben Sie wohl, wie müßte der Staat aussehen, wenn er nach dem Ideal, wovon ich eben eine kleine Skizze entworfen habe, eingerichtet wäre? Es sind ja seit diesen Ausführungen jetzt mehrere Jahrhunderte dahingegangen; vielleicht aber hält es einer der Vertreter dieser Richtung für möglich, den Idealstaat des Thomas von Aquino zu verwirklichen, und ich stelle es dem Herrn Abgeordneten Dr. Bachem ganz anheim, am 11. des 11. Monats, **wenn in Köln der große Narrenrath zusammentritt**, den Versuch mit der Verwirklichung dieses Idealstaats zu machen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Meine Herren, was wollen Sie denn eigentlich mit den langen Reden über den Staat, den Statsbegriff und das Staatswesen hier im Hause bezwecken? Hier sehe ich drei große, grundsätzlich sich von einander unterscheidende Gruppen. Auf der einen Seite den **Konservativismus**, in der Mitte das **Zentrum**, auf der anderen Seite den **Liberalismus**. Ja, meine Herren, sind Sie im Stande, mir zu sagen, in welchen grundsätzlichen Punkten der Staatsbegriff dieser drei Richtungen zusammenfällt? Ich glaube, es wird keiner von Ihnen den Versuch unternehmen können. Während auf der konservativen Seite der gegenwärtig bestehende bürgerliche Staat entschieden angefochten wird als unvereinbar mit dem wirklichen Staatsinteresse, wird auf der liberalen Seite versucht, jene Elemente mit ihren Prätensionen an den Staat immer weiter zurückdrängen. Liberaler und konservativer Staatsbegriff, das sind zwei Dinge, die sich vertragen wie Feuer und Wasser, und deshalb muß es den verständigen Politiker geradezu komisch anmuthen, wenn er bemerkt, wie alle diese Elemente hier Arm in Arm in schönster künstlicher Einmüthigkeit das belächeln, was sie sich selbst erzeugt haben, die Idee vom sozialdemokratischen Zukunftsstaat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Meine Herren, *was ist es mit dem* Staat, den Sie gewohnt sind den „**christlichen**“ zu nennen? *Ich will dafür einen Mann anführen*, den Sie hier auf dieser Seite des Hauses, die

Herren der liberalen Richtung, als einen ihrer ehemaligen Mitkämpfer und Vorkämpfer müssen gelten lassen. Es ist der Freiherr von Vincke. Als am 14. Juni des Jahres 1847 hier im Vereinigten Landtage zu Berlin die Frage der Judenemanzipation zur Debatte stand, wurde auch die Frage nach dem Begriff der Idee des christlichen Staates hineingezogen. Und da war es dieser rechtsliberale Volksvertreter, welcher u. a. sagte:

> Ich habe mir trotz der eifrigsten Forschungen und des gewissenhaftesten Nachdenkens nicht klar machen können, was unter einem christlichen Staat zu verstehen sei. Ich glaube das Christenthum sehr hoch zu stellen: aber der Begriff der Religion kann doch nur auf der inneren individuellen Ueberzeugung beruhen.

Und da sagt er dann weiter:

> Wenn es sich darum handelt, die Grundsätze der christlichen Moral zu realisiren, so muß ich gestehen, daß ich die Benennung eines christlichen Staates für den unsrigen bestreiten muß. Ich will nur die Grundsätze unseres Staates mit dem neuen Testamente vergleichen. Ich könnte zwar auch bei dem alten Testamente anfangen und mit den zehn Geboten beginnen. Die zehn Gebote sagen schon: „du sollst nicht tödten," während der Herr Schatzmeister, den auch die Armee in ihren Reihen zu zählen das Glück hat, gewiß nicht beabsichtigen wird, in strenger Anwendung jener Grundsätze den Krieg zu verdammen. Es steht ferner im neuen Testament: „du sollst nicht schwören; eure Rede sei ja, ja; nein, nein; was darüber ist, ist vom Uebel." Wir haben jedoch noch in einer der letzten Sitzungen, wo wir mit dem Gesetzentwurf wegen der Einkommensteuer beschäftigt waren, erfahren, daß sogar neue Eide eingeführt werden sollten: Eide, mit denen die dringende Besorgniß des Meineides verbunden ist, weil von deren Ableistung oder Nichtableistung die Besteuerung abhing. Also während eine Allerhöchste Proposition noch neue Eide in unserem Staate einführt, kann man doch nicht von einem christlichen Staate reden, welcher den Satz nicht beachtet: „du sollst nicht schwören." Es ist ferner das Gebot des Christenthums: „liebet eure Feinde", und: „wenn dir jemand einen Backenstreich giebt, so halte ihm die andere Backe auch hin"; wie wollen wir aber mit diesem Grundsatze die Gesetzgebung über die Injurien in Einklang bringen? Viele Paragraphen des Landrechtes müßten ausgetilgt werden, wenn sie in Einklang mit jenem Grundsatze gebracht werden sollen. Wie will man in der auswärtigen Politik mit dem Gebote der Feindesliebe es vereinigen, Verträge gegen auswärtige Mächte zu schließen?

Und schließlich sagt der Herr Freiherr von Vincke:

> Ich glaube, wenn wir unsere Ministerien alle durchmustern, so können ihre Handlungen diesem Standpunkt gegenüber nicht bestehen. Wenn wir namentlich auf das Schatzministerium übergehen, so können wir es im Sinne des Christenthums nicht gerechtfertigt finden, daß Schätze gesammelt werden; denn das Christenthum gebietet uns, irdische Güter gering zu achten, und es heißt in der Bibel, daß es eher anzunehmen ist, daß ein Kameel durch das Nadelöhr gehen wird, als daß der Reiche in das Reich Gottes kommt. Meine Ansicht

— so schließt er diesen Passus —

> ist die, daß der Staat nicht dazu bestimmt ist, die christlichen Moralvorschriften zu realisiren, und deshalb ist auch die Ansicht, daß wir in einem christlichen Staate leben, falsch.

Hier haben Sie im Gegensatz zu der ultrakonservativen Auffassung des Staats eine Auffassung, wie sie im Zentrum getheilt wird, überhaupt bei allen konservativen Elementen. Nein, meine Herren, seien Sie doch ehrlich und geben Sie doch zu, was doch ganz offenbar ist, daß der ganze heutige Staat mit allen seinen Institutionen nichts anderes ist als eine durchaus auf das Interesse *herrschender* Privilegien berechnete Einrichtung! Mein Freund Bebel hat gestern diesen Gedanken schon in glücklicher Weise ausgesprochen; es erschien mir aber nöthig, dies hier nochmals hervorzuheben. Das ist der Staat, von welchem Sie behaupten, daß er die höchste Stufe der Entwickelung zur Humanität und zur Kultur bedeutet. *Ehrliche* Beurtheiler des heutigen Staatswesens verhehlen sich nicht, daß in ihm ein ganz außerordentliches Maß von Lüge, Heuchelei und Ungerechtigkeit steckt. — So haben Sie es von Ihrem Standpunkt aus allerdings sehr leicht, die Sozialdemokratie zu verdächtigen, daß sie am Höchsten und Heiligsten sich vergreifen, daß sie „*den Staat vernichten*" wolle. Allerdings ist das blasse Thorheit. Denn so wenig es der Sozialdemokratie einfällt, eine gewaltsame Revolution provoziren zu wollen, ebenso wenig kann es ihr vernünftigerweise einfallen, den Staat „stürzen" zu wollen. Wir sehen im Staat, wie er besteht, das naturnothwendige Ergebniß der Entwickelung; aber wir sind der Ueberzeugung, daß wir mit den heutigen staatlichen Einrichtungen nicht am Ende der

kulturellen Entwickelung angelangt sind, daß eine bessere soziale Organisation der heutigen folgen muß. Es hat hervorragende Vertreter der Wissenschaft gegeben, auf welche besonders der Herr Abgeordnete Richter sich beziehen sollte, die mit aller Entschiedenheit der Ueberzeugung Ausdruck gegeben haben, daß denn doch der Sozialismus nicht so mit erkünsteltem Hohnlachen, wie wir es heute bemerkt haben, behandelt sein will. Da ist beispielsweise John Stuart Mill, einer der hervorragendsten Bourgeoisökonomen; der erklärt,

> daß alle Einwendungen gegen den Sozialismus und selbst den Kommunismus stark übertrieben worden sind. „Wir wissen noch zu wenig, was die individuelle Triebfeder in ihrer besten Gestalt, und was der Sozialismus in seiner besten Gestalt zu leisten vermag." „Aber", sagt er weiter, „im Verhältniß mit der gegenwärtigen Lage der Mehrzahl der Menschen würden die Beschränkungen des Kommunismus als Freiheit erscheinen. Die große Masse der Arbeiter hat so wenig freie Wahl bei ihrer Beschäftigung oder ihrem Aufenthalt, sie ist, praktisch genommen, so abhängig von festen Regeln und fremdem Willen, wie es nur bei irgend einem System, wirkliche Sklaverei ausgenommen, sein kann."

Und ferner bemerkt er:

> Wenn man wählen müßte zwischen dem Sozialismus und allen seinen Chancen und dem jetzigen Gesellschaftszustande mit allen seinen Leiden und Ungerechtigkeiten, — — so würden alle Bedenklichkeiten gegen ersteren, große und kleine, nur eine Spreu in der Wagschale sein.

Meine Herren, es nimmt sich doch sonderbar aus, wenn hier jemand auftritt und, berühmten Mustern außen im Lande folgend, erklärt: ihr mit eurem sozialdemokratischen Zukunftsstaat wollt die Arbeit knechten, tyrannisiren, vollständig unterdrücken. Der Herr Abgeordnete Richter thäte besser, sich mal die faktische Lohnsklaverei im gegenwärtigen Staate anzusehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Da ist die Unfreiheit in ihrer höchsten und unerhörtesten Ausbildung. Alle die schlimmen Einrichtungen und Mängel, die Sie dem von Ihnen erfundenen sozialdemokratischen Staate andichten, alle diese unerhörten Einrichtungen haben Sie heute in Ihrem Staate. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es unterliegt doch keinem Zweifel, daß, wenn der Arbeiter anfängt zu denken über seine Verhältnisse und Lage im gegenwärtigen Staat, er, zumal er nichts zu verlieren hat, den sogenannten „Sprung ins Dunkle," Herr Bachem, ganz guten Muthes thut und thun kann. Was der Herr Abgeordnete Bachem den „Sprung ins Dunkle" nennt, das ist für die Masse der nach Erleichterung und Befreiung vom Joche des Kapitalismus ringenden Arbeiter das zielbewußte und energische Fortschreiten zu besseren Zuständen, zu einer gerechteren, politischen und sozialen Organisation. Auf diese Weise bringen Sie das Bild vom sozialdemokratischen Staat zu Stande, mit welchem man die Volksmassen gegen die Sozialdemokratie einzunehmen glaubt. Sie haben eine klare und bündige Antwort gestern von meinem Kollegen Bebel erhalten. Wir verlassen uns auf die organische Entwickelung der Dinge, und wir sind überzeugt, daß diese Entwickelung zur höheren sozialen Einheit und Einigung führen muß. Das ist der Grundzug, der in aller Entwickelung bisher zu Tage getreten ist und auch in der ferneren Entwickelung der Menschheit und der Staaten sich nicht verleugnen kann und nicht verleugnen wird. Da erklären wir: die berufsgenossenschaftliche Organisation der Arbeit ist das nächste große Ziel der Entwickelung, — und dann kommt Herr Bachem, Herr von Stumm und erklären, als wenn das alles gar nichts bedeutet: Phrasen hätten sie genügend von uns gehört, aber keine Schilderung des sozialdemokratischen Staates erhalten Bitte, malen Sie sich gefälligst in Zukunft diesen Zukunftsstaat aus, wie es Ihnen gut dünkt! verbünden Sie sich zu diesem Zweck mit Eugen Richter, mit Herbert Spencer, und mit wem Sie sonst noch eine Koalition eingehen wollen! wir überlassen Ihnen das und regen uns darüber nicht auf. Was Sie sozialdemokratischen Zukunftsstaat nennen, kann es nicht geben, wird es nicht geben; was wir vertheidigen, ist das naturnothwendige Produkt der Entwickelung, die nächste Etappe der organischen Evolution, nicht mehr und nicht weniger. (Unruhe.) — Nun, meine Herren, ich möchte Sie daran erinnern, was vor längerer Zeit hier im Reichstage bei einem ähnlichen Anlaß der Herr Abgeordnete Prinz von Carolath Sie, meine Herren, die Vertreter der herrschenden Interessenrichtungen, ermahnte: lasset dem Volke seine Ideale! Es giebt nur eine Partei, welche ein wahrhaftes Ideal vertritt, das ist die Sozialdemokratie (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten; — Lachen), — das Ideal der höheren sozialen Gerechtigkeit, die den heutigen Zuständen der Kultur unbedingt folgen muß! Was man in anderen Kreisen Ideal nennt, verdient nicht diesen Namen. — Meine Herren, Sie stützen und berufen sich besonders bei jeder Gelegenheit so sehr auf die Religion; Sie muthen der Masse des armen, nothleidenden Volkes zu, zu hoffen auf ein besseres Jenseits als eine Ent-

schädigung für die hienieden erduldeten Leiden.' Warum wollen Sie es den Massen nicht gönnen, auf eine bessere Zukunft, auf eine bessere Gesellschaftsorganisation zu hoffen? Hat die Vernunft, die in diesem Falle die Wege weist, weniger Berechtigung als die religiösen Satzungen? — Ich bin mit meinen Ausführungen zu Ende; ich will Ihre Zeit nicht länger in Anspruch nehmen. Sie werden jedenfalls aus dem Munde meines Freundes Bebel noch ein Eingehen auf die einzelnen Punkte zu gewärtigen haben. Gut! fahren Sie so, wie sie in diesen drei Tagen hier im Reichstage gearbeitet haben, fort! Sie thun uns damit den denkbar größten Gefallen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Ach! ach!) Denn Sie beweisen damit vor aller Welt Ihre absolute Unfähigkeit, Ihre Zeit zu begreifen und die Forderungen, die sie an Gesetzgebung und an die ganze gegenwärtige Generation stellt. (Oh! oh! — Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter Stöcker: Der Herr Abgeordnete Richter hat dem Nothstande begonnen, der zu dieser Debatte die nächste Veranlassung gegeben hat. Ich will das auch thun. — Ich muß ihm zunächst widersprechen, wenn er den Nothstand der Arbeitslosigkeit mit der Noth der Landwirthschaft, wie sie in diesem Hause und im preußischen Abgeordnetenhause behandelt ist, zusammenstellt. Herr Richter kann sich gar nicht wundern, daß auf den Schultern des Fortschritts die Sozialdemokratie aufgestiegen ist, wenn er so Politik treibt, daß er die Interessen einiger tausend arbeitsloser Menschen mit dem Wohl und Wehe der gesammten deutschen Landwirthschaft auf eine Stufe stellt. (Sehr richtig! rechts.) — Er hat sich auch selbst widersprochen, indem er schließlich den ganzen vorhandenen Nothstand aus den Ernten ableitete — ein klarer Beweis, daß der Noth der Landwirthschaft eine ganz andere Bedeutung zukommt als der sehr beklagenswerthen Noth einiger tausend oder zehntausend, meinetwegen hunderttausend Arbeiter. (Sehr richtig! rechts.) — Er hat auch in anderen Dingen geirrt: wenn er z. B. meinte, der Finanzminister Miquel in Preußen würde viel darum geben, wenn die Verstaatlichung der Eisenbahnen nicht wäre. Der sonst so beachtenswerthe Rechenkünstler hat hier einen Fehler gemacht. Er meinte, daß, wenn die Eisenbahnen noch in Privathänden wären, der Ausfall von Privatleuten getragen werden müßte statt vom Staate. Aber einen Ausfall an der Verzinsung haben wir bis heute noch nicht, wir haben nur nicht den großen Ueberschuß, den wir früher hatten. Ich möchte also Herrn Abgeordneten Richter bitten, in seinen Behauptungen etwas vorsichtiger zu sein. Im übrigen hat er ja manches gesagt, was auch uns durchaus treffend erschien, besonders das Wort von den arbeitslosen Reichstagsabgeordneten, die in Volksversammlungen die anderen arbeitslosen Leute nicht zu praktischen Maßregeln auffordern, sondern zu Resolutionen, daß allein die zielbewußte Sozialdemokratie helfen könne. Und was für eine Zielbewußtheit in der Sozialdemokratie vorhanden ist, das haben wir in dieser dreitägigen Debatte gesehen. Das halte ich für die große Bedeutung dieser Debatte, daß eine Partei, die beständig sagt: wir sind es allein, die dem Volke helfen können, wir allein sind zielbewußt! — hier offen vor dem Lande ihren Bankrott erklären (Bravo!) und sagen muß: wir wissen nichts, wir vertrösten unsere Leute auf eine ungewisse Zukunft! Ich glaube, daß das Volk die Konsequenzen dieser Debatte ziehen wird. (Sehr gut!) — Was nun die Nothstandsfrage betrifft, so sagt der Abgeordnete Richter, praktische Vorschläge seien nicht gemacht worden. Einer ist doch gemacht, und zwar in der Form eines Antrages meines Freundes des Grafen Kanitz. Er hat im Abgeordnetenhause aufgefordert, in dem Bau von neuen Eisenbahnen keinen Stillstand eintreten zu lassen; er hat dann nach wohlwollenden Aeußerungen vom Regierungstisch seinen Antrag zurückgezogen. Das ist doch etwas praktisches und zeigt, daß auf unserer Seite praktischer politischer Verstand vorhanden ist. — Ich möchte allerdings noch hinzufügen, daß wir dem in gewissen Perioden wiederkehrenden Nothstande, der sich in einer größeren oder geringeren Zahl von Arbeitslosen herausstellt, in Zukunft eine größere Beachtung schenken sollten, als es bis jetzt geschehen ist. Damit meine ich nicht, wie die Herren von der Sozialdemokratie, daß immer gleich Gelegenheit für Reich und Staat ist, einzuschreiten. Aber die großen Kommunen, in deren Mitte sich hauptsächlich die Arbeitslosen befinden, sollten einmal anfangen, Statistiken aufzunehmen und durch Einrichtung von Arbeitsnachweisen Vorbeugungsmaßregeln zu treffen; sie sollten diesen Nothstand als solchen in großem sozialpolitischem Styl ins Auge fassen. Denn es ist keine Frage, daß diese periodische Erscheinung von Arbeitslosigkeit auf unsere heutige Wirthschaftsordnung einen dunklen Schatten wirft. Diesem Eindruck sich zu verschließen, wäre durchaus verkehrt. Nun sehe ich aber, daß die Herren von der sozialdemokratischen Partei gar nichts thun, um dieser Arbeitslosigkeit zu wehren, sondern daß sie in ihrem Auftreten wie in ihrem Programm eine Stellung einnehmen, welche die Arbeitslosigkeit noch [illegible]

verschlimmern droht. Nichts ist meines Erachtens einfacher, als daß eine Arbeiterpartei in ihr Programm die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit aufnimmt. Das hat die sozialdemokratische Partei nicht gethan, während die englischen Gewerkvereine es zum Theil thun. Warum thun Sie das nicht? Weil Sie keinen Sinn für die Praxis haben! Ebenso wenn Sie den achtstündigen Normalarbeitstag fordern, so ist dies durchaus gegen die Interessen der Arbeiter. Ueber den zehnstündigen Maximalarbeitstag, den Sie früher verlangten, ließe sich reden. Da ist doch die Möglichkeit, in der Arbeitszeit herunterzugehen; da ist doch wirklich ein Moment gegeben, zur Regelung der Produktion beizutragen. Aber der starre achtstündige Normalarbeitstag ist das vollkommene Gegentheil praktischer Maßnahmen. (Sehr richtig!) — Auch den Arbeitsnachweis führen Sie nicht ein. Hätten Sie ein Herz für die arbeitslosen Arbeiter, — Sie mit Ihren vielen Verbindungen müßten doch thun, was wir thun, was die innere Mission in ihrem kleinen Kreise thut, und für die Arbeitslosen ein wenig sorgen! Wo ist denn Ihre Fürsorge? Volksversammlungen halten, wo Sie die Leute aufhetzen und zu thörichten Resolutionen veranlassen, das ist keine Fürsorge. Ich denke noch immer an eine ergreifende Volksversammlung; da trat ein alter, blinder Sozialdemokrat auf, der 8 Jahre lang ausgewiesen war, und beklagte sich vor dem ganzen Lande, daß er in diesen 8 Jahren nie die geringste Unterstützung empfangen hätte. Er sprach auch davon, daß die Sozialdemokraten in Stettin, in seiner Heimath, die Leute veranlaßt hätten, ihre Kinder nicht taufen zu lassen; als dann aber ein armer Vater mit fünf Kindern in Tagen der bittersten Noth gekommen sei, um eine Unterstützung zu erhalten, habe man ihn abgewiesen, und er sei dann veranlaßt gewesen, sich an einen evangelischen Geistlichen zu wenden, der habe ihn unterstützt. So sieht die praktische Hilfe aus, die Sie für das Volk haben; darüber können alle die Reden, die Sie hier vorbringen, nicht täuschen. — Herr Richter hat sich zum Schluß noch darüber beklagt, daß er jetzt nach zwei Fronten kämpfen müßte. Das war für mich aus seiner ganzen Rede eigentlich das Interessanteste. Ja, meine Herren, das geschieht im militärischen Leben sehr oft, daß man nach einer Seite zu stark vorgeht und dadurch in die Lage kommt, abgeschnitten zu werden, daß man dann im Rücken Angreifer hat und nach zwei Fronten kämpfen muß. Ich glaube, daß der Fortschritt nach Seite der Monarchie, der Kirche, der bestehenden Verhältnisse viel zu weit vorgegangen ist und dadurch seine Lage selbst verschuldet hat. Auf die Gironde folgt immer der Berg. (Sehr richtig! rechts.) Ich würde mich sehr freuen, wenn der Fortschritt nach allen den bitteren Erfahrungen bei den Wahlen und im Lande, die er gemacht hat, endlich zur Einsicht gekommen ist. Aber sein Kampf nach zwei Fronten ist von ihm selbst hervorgerufen. — Herr Richter hat seine Schrift — was ich ihm übrigens nicht verdenke — in langen Anpreisungen empfohlen. Nun möchte ich dem verehrten Herrn auch einen kleinen Wink geben in Bezug auf eine Broschüre, die aus unserem Lager hervorgegangen ist. Sie lautet: „Wie kam es doch?" Sie zeigt, daß die heutige Sozialdemokratie zum Theil das Produkt der freisinnigen Agitation ist. Diese Broschüre ist interessant zu lesen; und, wenn sie auch nicht in so viele Sprachen übersetzt ist, wie die des Abgeordneten Richter, so ist sie doch in gutem Deutsch geschrieben; das ist für den Deutschen Reichstag die Hauptsache. (Sehr gut rechts.) — Ich komme nun zu dem Abgeordneten Frohme. Er hat von den sehr ernsten Verhandlungen der drei letzten Tage als von einem politischen Fasching gesprochen. Aber ich kann nur sagen, daß er das gethan hat, um sich und Andere über diese Dinge hinwegzutäuschen. Jedenfalls sind wir es nicht, wie andere Parteien, welche die Narrenkappe hierbei auf dem Kopfe haben. Ich vermuthe auch, die Herren werden nur sehr wenig Zeit vorübergehen lassen, dann werden Sie merken, daß diese Faschingszeit, wie es ja auch im bürgerlichen Leben geschieht, zur Leidenszeit geworden ist, und zwar zur Leidenszeit für die Sozialdemokratie. Und das ist auch Recht. An Ihnen ist in diesen Tagen ein Gericht vollzogen, das Sie billig verdient haben. Wenn eine Partei in einem ihrer vornehmsten Mitglieder, in einem Führer, binnen wenigen Jahrzehnten die entgegengesetzten Grundsätze aufstellt, um dem Volke beizustehen, zuerst Produktivgenossenschaften, die unmöglich sind, dann einen sozialdemokratischen Staat, der eine Phantasie ist, zuletzt eine Entwickelung, die ein bloßer philosophischer Begriff ist, so zeigt sie damit, daß sie vielleicht eine Schaar von intelligenten Menschen ist, aber keine politische Partei. Eine politische Partei muß es für ihre erste Pflicht halten, zu wissen, was sie will, auf welchem Boden sie steht, sie muß wissen, was sie morgen thun wird. Wenn uns die Herren von drüben fragen: was wollt ihr im nächsten Jahre, in fünf Jahren thun? — so wissen wir das genau. Wir thun dasselbe, was wir immer gethan haben, nur daß wir das, was wir dann besser verstehen, auch besser machen. Das ist ein klarer politischer Standpunkt. Es hat sich in diesen Tagen gezeigt, daß der Standpunkt da drüben gar kein Standpunkt ist. Denn wenn der Zukunftsstaat von Ihnen aufgegeben ist, warum läßt denn Herr Bebel sein

Schrift, wo das steht, und sein Buch „Die Frau" immer wieder drucken? Ich kann mir etwas Thörichteres gar nicht denken, als daß man eine Sache völlig verwirft und doch dieselbe Sache, die man als Widersinn erklärt hat, in die Massen wirft. Entweder man will das Volk belügen oder man glaubt nicht an das, was man geschrieben hat — ein Drittes ist unmöglich. — Herr Liebknecht hat über den Zukunftsstaat einmal das beachtenswerthe Wort gesagt: wer danach fragt, der versteht nichts von sozialer Frage, nichts von geschichtlicher Entwickelung, der soll sich als ein unwissenschaftlicher und denkunfähiger Kopf annageln. Also, wenn man darnach fragt, ist man schon denkunfähig. Wenn man aber sogar darauf antwortet, ist man offenbar noch viel denkunfähiger. Diese Antwort hat nun Herr Bebel häufig gegeben und die Produkte seiner Denkunfähigkeit immer von neuem in das Volk hineingeworfen. Kann man sich eine größere politische Thorheit, eine sittlich verwerflichere Thätigkeit denken, als mit Dingen, die man selber als unwahr, als Lügen erkannt hat, das Volk beglücken zu wollen? Aber so hat man nicht erst jetzt gehandelt; das hat man stets gethan, auch in dem Programm von Gotha. Herr Liebknecht hat uns in Halle erzählt, er selber habe wohl gewußt, daß es mit dem ehernen Lohngesetz nichts ist. Also seit 15 Jahren haben Sie das gewußt, daß das ein Unsinn, eine Lüge ist, daß es Ihrem Altmeister Marx widerspricht — und trotzdem haben Sie 15 Jahre hindurch mit dieser Lüge Agitation getrieben, um das Volk unter Ihre Fahne zu bringen! Das ist doch nicht bloß ein Vergehen, nein, das ist ein politisches Verbrechen an dem Geiste des Volkes, ein Verbrechen gegen die Wahrheit und Ehrlichkeit des deutschen Arbeiters. Daß das nachgewiesen ist in diesen Tagen, darin liegt die Bedeutung dieser Diskussion. Am vorigen Dienstag sind Sie blamirt von Herrn Bachem, gestern haben Sie sich selbst blamirt, heute sind Sie aus der Patsche nicht herausgekommen — Sie werden auch nicht herauskommen, und wenn Sie noch einmal so viel reden, als Sie gethan haben. — Meine Herren, ich gehe mit einigen Worten auf das ein, was der Herr Abgeordnete Frohme gesagt hat, um nachher in großen Zügen auf den Abgeordneten Bebel und auf Marx zu kommen. — Der Abgeordnete Frohme sagt: eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit ist unmöglich; das sagten alle Nationalökonomen, und das wisse jeder Mensch. Er begeht damit den logischen Fehler, daß er aus einen realitiven Gegensatz einen absoluten macht. Gewiß kann man Kapital und Arbeit unter nationalökonomischen Gesichtspunkten als Gegensätze betrachten; aber in der einzelnen Unternehmung, wo Kapital und Arbeit zusammenwirken, sind sie keine Feinde, sondern durchaus Brüder. Ich möchte die Herren bitten, daß Sie die beiden Bände von Geheimrath Post, die jetzt beendet sind, durchlesen; da finden Sie etwa 1000 Seiten mit Einrichtungen angefüllt, wo Kapital und Arbeit in Frieden zusammen arbeiten. Wir sagen, daß das noch lange nicht genug ist; und ich bin gewiß der, welcher dem Kapital oft den Vorwurf macht, daß es nicht genug thue, um die Gegensätze zu überwinden, daß es nicht arbeiterfreundlich genug auftritt. Das sage nicht bloß ich, viele sagen es mit mir. Aber durchaus einen absoluten Krieg zwischen Kapital und Arbeit zu machen, das ist utopistisch wie alles, was Sie sagen. — Sie sagen, Unzufriedenheit sei eine Macht, die vorwärts treibt, alle seien unzufrieden. Ich gebe das in gewissem Sinne zu. Nur, meine Herren, bedenken Sie eines: Sie wollen die Zufriedenheit Ihrer Leute nur dadurch herstellen, daß Sie immer fordern, immer aufhetzen, die Gier und den Neid immer mehr erhöhen. Damit werden Sie niemals die Menschen zufrieden machen. (Sehr richtig! rechts.) Und das ist der Fehler Ihrer Agitation. Meine Herren, Mazzini war ein Revolutionär, viel größer als die, welche jetzt auf der sozialdemokratischen Seite eine führende Rolle spielen. Mazzini hat ein Manifest an die Arbeiter erlassen — ich weiß nicht, ob die Herren es der Mühe werth halten, das zu hören. (Zuruf links.) — Gut! Vielleicht wissen es Andere nicht. — Das fängt so an:

> Als Christus erschien, das Ansehen der Welt zu verändern, da sprach er nicht von Rechten, weder zu den Reichen, die sie hatten und mißbrauchten, noch zu den Arbeitern, die sie ebenso gemißbraucht hätten, er sprach nicht von dem Interesse und dem Nutzen; weil gerade durch allzu starke Betonung der Interessen das Volk korrumpirt war; er sprach von Pflicht, von Opfer, von Liebe, von Glaube.

Und dann sagt er im Laufe seines Manifestes:

> Wir suchen das Reich Gottes auf Erden zu bauen, wie es im Himmel ist, und die menschliche Gesellschaft der Ewigkeit und ihrem göttlichen Ziele entgegenzuführen.

Das war auch ein Revolutionär; er hatte aber noch ein Herz in der Brust und Verstand im Kopfe. (Sehr gut! rechts.) Er unterscheidet sich aber von Ihrer Agitation wie ein Edelhirsch von der Hyäne oder, um einen lokalen Vergleich zu brauchen, wie sich ein Tempel unterscheidet von einer Schnapskneipe. (Heiterkeit.) — Ja, meine Herren, das ist der tiefe Unterschied zwischen ihm und Ihnen. Sie lassen alles Edle aus der Menschheit weg, Sie spekuliren nur, ganz im Gegensatz zu dem großen Revo-

lutionär, auf die niederen Instinkte der Menschen. Und damit wollen Sie eine neue Menschheit aufbauen?! Nein, das können Sie nicht. Und daß Ihnen jeder Baustein fehlt, das haben Sie in diesen Tagen bewiesen. — Vom Sparen hat der Herr Abgeordnete Frohme geredet und gethan, als ob auf unsrer Seite Jemand so närrisch wäre, zu glauben, daß sich durch Sparen die soziale Frage lösen ließe. Sie müssen eben die Dinge verdrehen, um sie Ihren Leuten mundgerecht zu machen. Der Herr Abgeordnete Richter hat vollkommen richtig gesagt: man soll in der Jugend sparen, wenn man noch nicht Weib und Kind zu versorgen hat. Es hat damit nichts anderes ausgeführt als das alte Sprichwort: Junges Blut, spar' dein Gut; Hunger im Alter wehe thut. Sie aber sagen, das Verderben komme aus der verdammten Bedürfnißlosigkeit, und prägen das schon der Jugend ein, sehr im Unterschied von den Arbeiterführern in anderen Ländern. Meine Herren, Sie wissen wohl: keine einzige bürgerliche Tugend kann die soziale Frage lösen; aber ohne die Tugenden der Sparsamkeit, Tüchtigkeit, Häuslichkeit, Nüchternheit, des Fleißes wird es niemals glückliche Menschen: einen glücklichen Hausstand, eine glückliche Gesellschaft geben. Und nun frage ich Sie: wo steht in Ihren Schriften jemals etwas von diesen Tugenden des Arbeiters und der Arbeiterfamilie? Das ist es, was ich Ihnen am allermeisten zum Vorwurf mache, daß Sie eine Welt aufbauen wollen, für die das Aufgebot aller edlen Kräfte des Menschen gehört, und Sie unterminiren alle diese edlen Kräfte durch fortwährende Agitation. (Sehr wahr! rechts und im Zentrum.) Darin liegt Ihre große Schuld. — Der Herr Abgeordnete Frohme hat dann gesagt: wenn die Sozialdemokratie, der Sozialstaat so naturwidrig sei, warum wir uns überhaupt mit ihm abgeben, warum wir ihn nicht der natürlichen Verwesung überließen? Ja, meine Herren, wenn wir es mit urtheilsfähigen Massen zu thun hätten, dann brauchten wir kein Wort zu sagen, dann würde jeder Ihre Phantastereien, sowohl die von den Lassalle'schen Produktivassoziationen, wie die vom Zukunftsstaate und noch viel mehr von der Marx'schen Entwickelung einfach als unbrauchbar zu den Akten werfen. Aber Sie wühlen ja in den Massen, die alle diese Dinge nicht verstehen. Darum ist es gut, daß wir Sie einmal hier Angesicht gegen Angesicht auch angesichts des deutschen Volkes vor die Frage gestellt haben: was haben Sie denn? Und Sie haben erklären müssen: Sie haben nichts, Sie wissen nichts, Sie können nichts. (Sehr gut! rechts.) Das ist das ungeheure Resultat dieser Tage. (Heiterkeit.) — Wir hätten Herrn Bebel nicht sachlich widerlegt?! Ja, Sachen hat er ja gar nicht gesagt (sehr gut! Heiterkeit), wenigstens nicht Sachen, die zur Sache gehören. (Sehr gut! rechts.) Wir sollen uns mit der Evolutionstheorie hier beschäftigen?! Wir sind doch nicht hier die Berliner Universität, wir sind ein Parlament. Wir haben doch hier keine philosophischen Diskussionen zu halten. (Zuruf links.) — Aber wenn der Herr Abgeordnete Frohme sagt, das Verlangen des Volkes nach Besserung der Zustände und zeitgemäßer Entwicklung würde von uns nicht verstanden, so muß ich ihm sagen: das ist nicht wahr. Was wir auf unsrer Seite — und ich bin überzeugt, ich spreche hier im Namen des ganzen Hauses — was wir an der gesammten Arbeiterbewegung als das Gesunde begrüßen, das ist das gerade Verlangen des Arbeiterstandes nach einer höheren Stellung im bürgerlichen Leben. Aber wenn man höher hinauf will auf der Stufenleiter der bürgerlichen Gesellschaft, dann kann man das nicht erreichen durch brutale Forderungen, sondern durch sittliche Forderungen an sich selbst. (Zuruf links.) — Wir gönnen dem vierten Stand jede Macht, jede Erhebung, die er braucht, um sein Loos zu verbessern; aber wir müssen fordern, daß der vierte Stand, wenn er gleich stehen will mit den anderen Ständen, wenn er sogar die Herrschaft über das Staatsleben der Zukunft beansprucht, auch die Kulturerrungenschaften der Jahrtausende nicht mit Füßen tritt, sondern uns den Nachweis liefert, daß er geistig, sittlich und religiös auf der Höhe steht, um in Gleichberechtigung mit den übrigen Ständen zu rücken. (Zuruf links.) — Meine Herren, wer hat Ihnen denn Ihre politische Laufbahn eröffnet? Das hat der in Gott ruhende Wilhelm I. gethan mit seinem Staatsmann Bismarck; sie haben Ihnen das allgemeine gleiche Wahlrecht gegeben. Ein Kaiser und ein oft von Ihnen gescholtener Junker haben es gethan — und Sie sagen: die bürgerliche Gesellschaft hat für Ihre Entwickelung kein Verständniß. Das ist nicht wahr. Freilich, daß vielen unter meinen Freunden — ich gehöre dazu nicht — das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht zum Theil verekelt ist, die Schuld liegt nicht an der Sache, nicht an uns, sondern an der wüsten Agitation, die sich daran knüpft. — Und wenn Sie nun gar fordern, man solle von 20 Jahren an jeden jungen Mann und jedes junge Mädchen mit diesem allgemeinen gleichen Stimmrecht bedenken, dann machen Sie eine Einrichtung lächerlich, die Sie selber als Ihr Palladium gefordert haben. Ist denn ein Mensch mit 20 Jahren politisch urtheilsfähig? Ja, wenn Sie fortfahren wollen, von Ihrem Zukunftsstaat heute und von der Evolutionstheorie morgen zu reden, dann brauchen Sie nicht Zwanzigjährige, dann möchte ich Ihnen

vorschlagen, bei jedem fünfjährigen Bürger Deutschlands das Wahlrecht beginnen zu lassen — dann wird es Ihnen noch viel leichter werden, die Leute von Ihrer Theorie zu überzeugen. (Sehr gut! rechts. Heiterkeit.) — Meine Herren, die Sache ist, obwohl hier mancher Scherz gefallen ist, überaus ernsthaft. Denn daß sich die Sozialdemokratie von den unschuldigen Produktivgenossenschaften Lassalle's und von dem träumerischen Zukunftsstaat der Utopisten, zu denen auch Herr Bebel gehört, zurückgezogen hat auf Marx, bedeutet: die Sozialdemokratie zieht sich zurück auf die höchste Energie des sozialistischen Gedankens und auf die Revolution. Es ist ja bekanntlich die Meinung Karl Marx's, daß ohne die Diktatur des Proletariats, ohne die Geburtshilfe der Gewalt die neue Gesellschaft nicht ans Tageslicht kommen wird. Und gerade dies ist an dem Manne das einzige Politische. Seine materialistische Geschichtsauffassung, von welcher die Herren Sozialdemokraten so viel Wesens machen, und seine Entwickelungslehre der ökonomischen Welt sind beide falsch und gar nicht wissenschaftlich anerkannt, sondern wissenschaftlich unhaltbar. — Wenn Karl Marx zur Grundlage seiner Theorie macht, daß nur ökonomische Fragen die Weltgeschichte vorwärts bringen, so ist das ein Irrthum, den jeder Blick in die Weltgeschichte widerlegt. Die moderne Welt steht unter dem Zeichen des Christenthums. Nun sind im Christenthum soziale Ideen, die ich besonders gern vertrete. Aber zu sagen, daß die neue Zeit nicht von Christo abhängig sei, sondern von ökonomischen Momenten, ist falsch. Ich möchte die Herren bitten, zu sagen, welche ökonomischen Momente das sind. Nehmen Sie das Mittelalter an — da spielt das ökonomische Moment eine gewisse Rolle; aber der große Gegensatz, der sich durch das ganze Mittelalter hindurchzieht, Papst und Kaiser, hat mit Oekonomie blutwenig zu thun. Nehmen Sie die Reformation — die Bauernkriege fallen hinein, aber das Moment der Entwickelung liegt in durchaus sittlich-religiösen Gedanken. Erst seit 100 Jahren spielen neben politischen Ideen auch ökonomische Momente entscheidend in die Weltgeschichte hinein. Aber wie wenig sie ausrichten, zeigt die Thatsache, daß in die französischen Revolutionen das soziale Element immer hineingetragen, aber gerade in Frankreich auf sozialem Boden noch wenig erreicht ist. Immer sind es politische, religiöse und nationale Mächte, welche sich stärker erweisen als die ökonomischen. So ist es in der christlichen Geschichte; und wenn ich einmal Herrn Bebel auf den Weg seiner Studien folgen soll, auf muhamedanisches Gebiet, da ist es ebenso. Herr Bebel hält Muhamed für die größte Persönlichkeit, die in Asien geboren ist. Ueber die arabisch-muhamedanische Kulturperiode hat er ja Phantasien losgelassen, die dem ähneln, was er in der „Frau" gesagt hat. Der Abgeordnete Bebel soll mir nachweisen, daß in der Entwickelung des Muhamedanismus ökonomische Elemente maßgebend gewesen sind. Ich begreife ja, daß er den Muhamed für den größten Mann Asiens hält — ich glaube, der hätte sich sehr gut zum Sozialdemokraten geeignet; da er mit Feuer und Schwert alles unterthänig machen wollte, so eignete er sich vortrefflich zum Bürger des sozialen Staates des Herrn Bebel — aber von ökonomischen Momenten ist in der muhamedanisch-arabischen Kultur keine Spur. — Nun, meine Herren, widerlegen Sie das! Widerlegen Sie, wenn ich behaupte, diese ganze Aufstellung von Marx, daß die Weltgeschichte lediglich von ökonomischen Momenten abhängig ist, sei nicht wahr. Sie ist wirklich nicht wahr. Auch seine ökonomische Zukunftsanschauung ist unrichtig. Es klingt nach etwas, wenn er sagt: der Kleinbesitz wird immer mehr vom großen, der Kleinbetrieb wird immer vom großen verdrängt, zuletzt bleibt nur noch der Großbetrieb in wenigen Händen übrig, die Expropriatoren werden dann expropriirt. Nichts ist leichter als solche Dinge zu sagen. So ist es aber nicht, die Statistik widerlegt das. Ist wirklich der Kleinbetrieb schon so dem Verfalle, der Verzweiflung, dem Tode preisgegeben auf dem Lande? Ganz gewiß nicht! Auf dem Lande ist der kleine und mittlere Betrieb sowohl der Personenzahl nach wie der Fläche nach bei weitem größer als der Großbetrieb. Er hat auch außerordentlich viel für sich, weil er vielfach mit größerem Vortheil arbeiten kann als der Großbetrieb. Er ist ökonomisch in manchen Fällen einträglicher als der Großbetrieb. Warum sollte er nicht bestehen? Sie zumal, die Sie die Oekonomie zum Faktor für alles machen, Sie müssen doch alles, was ökonomisch besser ist, auch zu erhalten suchen. In der Großindustrie erweckt ja die Entwickelung Bedenken, das gebe ich zu. Wir arbeiten deshalb daran, den Mittelstand zu stärken. Ich glaube, daß die Regierung diesen Punkt nicht genug ins Auge faßt. Wenn wir es mit sozialdemokratischer Agitation zu thun haben und uns fragen: was für Bataillone können wir den Arbeiterbataillonen entgegensetzen? — so erscheint mir als die einzige politische Antwort, die wir geben können: wir müssen die mittleren und kleinen Existenzen stärken, die kleinen Beamten, die kleinen Handwerker, den Kleinbesitz. Das ist die Aufgabe einer erleuchteten nationalen und sozialen Politik. Und das wollen wir; wir haben den kleinen Besitz noch lange nicht auf den Aussterbeetat gesetzt. — Was bleibt nun von den pompösen Aeußerungen von Karl Marx übrig, auf die Sie sich zurück-

gezogen haben? Es bleibt gar nichts. Seine Grundsätze sind falsch. Und wenn Sie sich jetzt auf Marx verrennen, so werden Sie in wenig Jahren noch viel mehr in der Tinte sitzen als heute. Mit dem Worte „Evolution" ist politisch wirklich nichts zu machen. Sie freilich sprechen schon von der Stunde, wo die Expropriatoren expropriirt werden und wo das Volk in den Besitz der expropriirten Produktionsmittel kommt. Aber die Herren Abgeordneten Bachem und Richter haben vollkommen Recht, wenn sie sagen, daß Sie auf die Frage, was dann geschehen solle, gar keine Antwort wissen. All die Motive des heutigen wirthschaftlichen Lebens haben Sie nicht. Diese Motive sind Eigenthum und Lohn, Liebe und Zuneigung, Ehre und Freude, zuweilen auch Noth und Mangel, Zwang und Gewalt. Das sind die Motive der heutigen Gesellschaftsordnung. Sie verwerfen außer dem einen Motiv der Freude an der Arbeit alles andere, Sie schaffen eine neue Welt und wissen nicht, wie Sie sie einrichten. Ja, Sie zerstören die sittlichen Mittel, womit Sie allein arbeiten können; damit sind Sie die Zerstörer Ihrer eignen Welt. Meine Herren, Sie fragen uns, was der heutige Staat ist, ob ein christlicher Staat, ein liberaler Staat, ein Staat des Zentrums. O, wir können darüber Auskunft geben. Uns ist der Staat die Summe von allen Einrichtungen, welche die jetzt organisirte Gesellschaft bilden; die pflegen und stärken wir und versuchen, so viel auf dieser unvollkommnen Erde möglich ist, sie vollkommner zu gestalten. Aber wir halten die alten Grundlagen fest, Sie halten nichts fest, am wenigsten die Ideale. — Meine Herren, es ist unbegreiflich, wie der Herr Abgeordnete Frohme sagen kann — was auch der Herr Abgeordnete Liebknecht in Halle gesagt hat —: wir sind die einzige Partei, die Ideale hat, Sie haben gar keine! (Sehr richtig! rechts.) Was haben Sie für Ideale? Uns ist ein Ideal das Vaterland; aber für Sie ist das, was sonst die Brust des Menschen höher schlagen läßt, nichts, Sie verweigern sogar in jedem Jahre das Budget des Reichs. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Gewiß, meine Herren, das ist politisch das Schlimmste, was Sie thun können. Sie verweigern dem Deutschen Reich die Mittel zur Existenz Sie stellen sich außerdem in jedem Jahre mindestens einmal hin und sagen den Franzosen, die Eroberung von Elsaß-Lothringen, von unseren deutschen Provinzen, sei ein Unrecht. Wenn Ihre Leute nach Paris gehen, so gehen Sie nach Père Lachaise und legen Kränze auf die Gräber der Kommunarden. Ist das Vaterlandsliebe? Nein, das ist Franzosenliebe. Sie nennen den Militarismus einen Moloch, den man vernichten muß —, während wir zwischen Osten und Westen stehen und uns rüsten müssen! Wenn wir die kriegerische Thätigkeit unseres Volkes erhöhen, so schimpfen Sie auf das Einzige, was uns in diesem großen Kampfe zum Siege führen kann. Ist das Vaterlandsliebe? Nein! — Sie haben auch nach Marx und Engels keine Sittlichkeit, Sie können gar keine haben. Engels sagt — und der Herr Abgeordnete Bebel spricht ihm das nach —: sittlich ist immer nur die Sitte, und die Sitte ist das Produkt der jeweiligen Gesellschaft. Also, Sie kennen den kategorischen Imperativ Kants, die heilige Pflicht des Menschen, nicht; sondern was in jedem Moment dem souveränen Volk gefällt, das ist Ihnen sittlich. Ist das Sittlichkeit? Nein, das ist die Verneinung der Sittlichkeit! Bis jetzt ist noch nicht erwiesen, daß eine Welt ohne Religion bestehen kann; Herr Bebel aber schloß gestern mit einem Spott auf die Religion: den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spatzen! Mit diesem nichtswürdigen Wort eines nichtswürdigen Menschen (Widerspruch bei den Sozialdemokraten — sehr richtig! rechts), der das Gegentheil ist von einem ehrlichen und rechtschaffenen Arbeiter, schloß ein Arbeiterführer seine Rede! Meine Herren, ich bedauere das für den Reichstag, ich bedauere das für die sozialdemokratische Partei, ich bedauere das für die deutsche Arbeiterschaft. Wenn Sie in Ihrem Programm stehen haben: Religion ist Privatsache — und mit solchem Vers schließen, wenn Herr Bebel gestern außerdem sagte: wir bekämpfen alle himmlischen und irdischen Autoritäten, — so ist das nicht mehr Privatsache, sondern — die Irreligiosität der Partei! (Sehr wahr! rechts.) — Sie wollen kein Vaterland, Sie verweisen prinzipiell die Sittlichkeit als etwas Feststehendes in die Ecke. Sie wollen keine Religion. Was bleibt Ihnen? Die Nächstenliebe? Sie sprachen von einem Nothschrei der Liebe, der durch Ihre Reihen dringt. Diese Liebe kennen wir aus Ihren Reden und Büchern. Und wenn wir wissen wollen, wie sich diese Liebe äußert, so thun wir gut, auch einmal in die Nebengemächer der Sozialdemokratie zu gehen und ihre Feuilletons zu hören und ihre Liederbücher aufzuschlagen. Da ist z. B. ein Buch, das jetzt hier viel gebraucht wird bei Festlichkeiten: „Der sozialdemokratische Deklamator"; hier wird in einem Lied die Menschheit geschildert lediglich unter dem Begriff von Reichthum und Noth; sie sind Bruder und Schwester. Der letzte Vers aber lautet:

Das ist das Ende vom Liede
Des Reichthums und der Noth
An einem schönen Morgen
Schlug sie den Bruder todt!

Ob das ein Aufschrei der Liebe ist? Ich zweifle sehr daran. (Heiterkeit.) In diesem Liederbuch — und ich bin überzeugt, daß daraus zur höchsten Freude schon viele jugendliche Sozialdemokraten deklamirt haben — ist auch ein Lied, das mit den Vers schließt:

Michel, fürchte nichts und labe
Hier auf Erden deinen Wanst,
Später liegst du dann im Grabe,
Wo du still verdauen kannst.
(Bewegung.)

Das sind Ideale der sozialdemokratischen Partei in Poesie gebracht! — Meine Herren, wir danken für Ihre Ideale: und wenn das deutsche Volk, soweit es vernünftig ist, von solchen Idealen hört, wird es für Ihre Parteibestrebungen danken. Wir aber wollen zwar das Körnlein Wahrheit, welches in Ihren Bestrebungen liegt, aufnehmen und pflegen, wir werden unserem Volke zu seinem Recht helfen. Im übrigen werden wir Sie bekämpfen, wie Sie bekämpft zu werden verdienen, bis zur Vernichtung Ihrer falschen, vaterlandslosen, unsittlichen, irreligiösen Ideen! (Lebhafter Beifall rechts. Zischen bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter Hitze: Meine Herren, zunächst möchte ich mich mit einigen Worten an den Herrn Abgeordneten Frohme wenden. — Der Herr Abgeordnete Frohme hat sich sehr darüber beschwert, man polemisire gegen den Zukunftsstaat, wie wir uns ihn konstruiren, gegen den Zukunftsstaat, wie Herr Richter ihn konstruirt hatte. Er beschwerte sich darüber, weil dieser Zukunftsstaat nicht das Ideal sei, welches die Sozialdemokraten sich vorstellen. Ja, meine Herren, das ist aber doch nicht unsere Schuld; wir haben ja gerade deshalb die Sache hier zur Sprache gebracht, um einmal den Staat kennen zu lernen, wie Sie ihn sich denken. Der Herr Abgeordnete Richter hat ausdrücklich an dasjenige Bild angeknüpft, welches der Herr Abgeordnete Bebel vom Zukunftsstaat in seiner „Frau" entworfen hat. Der Herr Abgeordnete ist nur etwas weiter gegangen und hat die logischen Konsequenzen aus den Vordersätzen des Herrn Abgeordneten Bebel gezeigt. Diese Konsequenzen haben Sie zwar abzulehnen versucht; Sie haben sich aber wohl gehütet, in eine Einzelkritik dieser Konsequenzen einzutreten. Der Herr Abgeordnete Frohme hat sodann die Sache so dargestellt, als ob das ganze Haus hier an eine Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit glaubte, wie er es vom Herrn Abgeordneten Richter annimmt. Diese Darstellung ist aber ganz unzutreffend. Wir vom Zentrum sind uns vollkommen bewußt, daß eine Harmonie zwischen Arbeiter und Kapital nur existirt in einem gewissen Umfange, daß aber daneben auch Interessen des Kapitals auf der einen und der Arbeit auf der anderen Seite sich finden, welche im Gegensatz zu einander stehen, und die demnach ihre Ausgleichung finden müssen. Darin besteht ja die ganze Aufgabe der Sozialpolitik, das ist der Zweck der Arbeiterschutzgesetzgebung, der Arbeiterversicherung, die Harmonie zwischen den beiderlei Interessen, soweit sie nicht da ist, zu schaffen. — Wenn der Herr Abgeordnete Frohme uns nun gleichsam in Widerspruch zu stellen sucht mit den Ausführungen z. B. des Herrn Bischofs Freiherrn von Ketteler, mit den Ausführungen des österreichischen Freiherrn von Vogelsang, der sich ebenfalls hoch verdient gemacht hat um die Kenntniß der sozialen Zustände, so muß ich ihm sagen, daß dieser Gegensatz absolut nicht besteht. — Meine Herren, ich bekenne mich heute noch vollständig zu den Anschauungen, wie sie Bischof von Ketteler vertreten hat. Wir werden immer auf diese große katholische Sozialpolitik zurückkommen, wir werden immer Ketteler als denjenigen bezeichnen, dem wir unser soziales Programm verdanken; wir werden auf dem weiter bauen, wozu er den Grund gelegt hat. Ein Gegensatz zwischen ihm und uns besteht absolut nicht. (Sehr richtig! im Zentrum.) — Meine Herren, der Herr Abgeordnete Frohme stellte die Sache so dar, als wenn wir alle einmüthig wären in unserer sozialpolitischen Stellung. Wahrscheinlich dachte er an die „reaktionären Massen," zu denen er alle Parteien des Hauses gegenüber der sozialdemokratischen rechnet, und welche gegenüber der letzten einmüthig seien. Einmüthig sind wir allerdings in der Zurückweisung einer ganzen Reihe von Irrthümern, welche Sie verbreiten; aber sonst stehen die „reaktionären" Parteien dieses Hauses doch auf ganz verschiedenen Standpunkten, und jede Partei hat ihre besonderen Wege, wie der Herr Abgeordnete Stöcker es eben noch bewiesen hat. Auch wir haben unsere besonderen Wege, wir sind nur einig in der Bekämpfung Ihrer Irrthümer, in der wir mit den anderen Parteien wetteifern. — Es ist dann wieder ein Lied über die Berechtigung zur Unzufriedenheit gesungen worden. Unzufriedenheit und Unzufriedenheit sind sehr verschiedene Begriffe. Unzufriedenheit in dem Sinne, daß jemand vorwärts strebt, daß auch die Arbeiter weiter zu kommen, ihre Lage zu verbessern suchen, daß sie sich an die Gesetzgebung

und an die Arbeitgeber wenden, um sich bessere Löhne und bessere Existenzbedingungen zu schaffen, — eine solche Unzufriedenheit ist ganz berechtigt. Herr Abgeordneter Stöcker hat diese Art Unzufriedenheit soeben gleichfalls als berechtigt anerkannt, wie wir es jederzeit gethan haben, das ist nicht diejenige Unzufriedenheit, die wir bekämpfen. Aber jene Unzufriedenheit, wie die Sozialdemokratie sie proklamirt, jene alles zerfressende Unzufriedenheit, die den Menschen nicht mehr zur ruhigen Besinnung und zur objektiven Beurtheilung seiner Lage kommen läßt, diese Unzufriedenheit, die systematisch auf Mißtrauen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hinarbeitet, die auch die besten Bestrebungen der Arbeitgeber und der Gesetzgebung in Mißkredit zu bringen sucht, welche allen betheiligten Faktoren die Freude am positiven Wirken für die Arbeiter verleiden könnte, diese Unzufriedenheit, die im Herzen des Arbeiters eine Verwüstung anrichtet, daß er sich aufbäumt gegen den Staat, gegen die Gesellschaft, gegen jede Ordnung, welche ihm selbst die Freude des Familienlebens verdirbt, — diese Unzufriedenheit ist vom Bösen, und diese bekämpfen wir. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Unzufriedenheit als Selbstzweck verurtheilen wir, während wir die Unzufriedenheit, soweit sie reale Ziele verfolgt, jederzeit achten und ihr entgegenkommen. Dasselbe gilt bezüglich unserer Anschauung über das Sparen. Wir sind nicht zu denen gehörig, welche allein mit Sparsamkeit die soziale Frage lösen wollen. Wir haben seiner Zeit ebenso gegen die liberale Auffassung über die Bedeutung des Sparens gekämpft, wie wir heute die Sozialdemokratie bekämpfen, weil sie dem Arbeiter die Sparsamkeit abzugewöhnen trachtet Daß aber die Sparsamkeit ein wichtiges Element bei Lösung der sozialen Frage ist, daß sie nöthig ist, soweit die Selbhilfe der Arbeiter in Frage kommt, zur Führung einer geordneten Wirthschaft, zum Zweck der Fürsorge der Arbeiter für die Zukunft, daß sie mit ein Moment ist, um überhaupt zu befriedigenden Zuständen zu kommen, das können auch die Sozialdemokraten nicht leugnen. Es ist doch nicht etwa einfach unsererseits Egoismus oder wie Sie es sonst nennen wollen, wenn wir der Jugend predigen, für die Zukunft zu sparen; wir thun es nicht aus Selbstinteresse, nicht etwa, um den Arbeitern die Freude am Dasein zu vergällen; wir thun es, weil wir im Leben sehen, wohin es führt, wenn für die Zukunft nicht gespart wird; wir thun es, weil wir uns im täglichen Leben überzeugen, wie das in der Jugend leichtsinnig Durchgebrachte nothwendig gewesen wäre, um das Alter vor Noth zu schützen. Wenn wir ein Mittel hätten, jedem Arbeiter die Zukunft zu sichern, wir würden gern bereit sein, diesen Weg zu beschreiten, ohne auf Sparsamkeit zu dringen. Nur die Liebe zum Arbeiterstand, nur das Bewußtsein, daß das Leben sich glücklicher gestalten kann, wenn der Arbeiter bei Zeiten spart, das ist es, was es uns zur Pflicht macht, den Arbeitern Sparsamkeit zu empfehlen. Es ist Herzlosigkeit, wenn von anderer Seite der Arbeiter zum Leichtsinn, zu unwirthschaftlichen Ausgaben, zur Vergnügungssucht angespornt wird. — Der Abgeordnete Frohme meint, sparen sollten vor allem die besitzenden Klassen. Gewiß, die sollen auch sparen. Soweit wir können, predigen wir ihnen darum ebenfalls, sparsam zu sein in ihren Ausgaben, nicht übermäßigem Luxus zu fröhnen, sondern etwas zu erübrigen, um das Loos der Mitarbeiter damit zu mildern. Allerdings predigen wir die Sparsamkeit in erster Linie den Arbeitern. Denn die Arbeiter haben am bittersten zu leiden, wenn sie nicht sparen. — Meine Herren, der Herr Abgeordnete Frohme hat weiter gemeint, wenn der Zukunftsstaat wirklich so sehr gegen die Natur des Menschen sei, wie wir behaupten, so sei es doch nicht nothwendig, vor ihm so ängstlich zu sein. Ja, es ist schon oft der Natur Gewalt angethan worden, und darum können trotz der Naturwidrigkeit Ihres Zukunftsstaates blutige Trümmer entstehen in unserem Vaterlande. Wir sind überzeugt, daß der Zukunftsstaat der Sozialdemokratie auf die Dauer nicht möglich ist; wir sind überzeugt, daß in demselben Augenblicke, wo die Revolution ausbrechen wird, die Hilflosigkeit der Urheber derselben beginnen und der Despotismus eintreten würde, die Gesellschaft würde dann allmählich wieder zu den natürlichen Zuständen zurückgehen. Dann ist es aber zu spät. Wir wollen eben warnen vor dieser Entwickelung, vor der Vergewaltigung der Natur, um der Menschheit diese bittere Durchgangsstation zu ersparen. Der Despotismus, von dem Karl Marx gesprochen hat, das ist der Despotismus des Zwischenstadiums, und auch dieser wird nicht zum Ideal der Sozialdemokratie führen. — Meine Herren, nun hat der Abgeordnete Frohme uns wieder die Idee der Evolution gepredigt. Ich rief ihm entgegen: Revolution. Es ist jedenfalls eine erfreuliche Entwickelung, wenn die Herren jetzt von der Idee der Revolution zur Evolution zurückkommen. Er sprach von der naturnothwendigen Entwickelung und meinte, wir würden doch auch nicht behaupten wollen, daß wir jetzt am Ende aller Entwickelung seien. Nein, das glauben wir durchaus nicht. Eine naturgemäße Entwickelung unserer Verhältnisse wollen wir; wir werden sie nicht hindern, sondern wir *werden* sie fördern. Aber Sie wollen die naturgemäße Entwickelung vergewaltigen

dadurch, daß Sie gewaltsam fördern wollen. Ja, wenn Herr Bebel die Revolution oder den Kladderadatsch, den Zusammenbruch der jetzigen Gesellschaftsordnung schon mindestens in diesem Jahrzehnt vorraussieht, glauben Sie wirklich, daß jetzt alle Vorbedingungen gegeben seien zur Realisirung des Zukunftsstaats? Denn Sie wollen trotz aller Worte den Zukunftsstaat oder die Zukunftsorganisation — wie Sie es nennen wollen, ist einerlei; das ist Ihr Ideal für die Zukunft — als naturgemäße Entwickelung der Großindustrie. Nun haben wir aber erst die Großindustrie in ganz beschränktem Maße. Sie könnten doch erst davon reden, daß für die Großindustrie die sozialistische Organisation eintreten solle. Die große Masse der Gesellschaft ist in diesen Entwickelungsprozeß noch nicht eingetreten. Also würde es sehr voreilig sein, wenn Sie schon in diesem Jahrzehnt die Evolution und Revolution erwarten. — Das ist eben das Verbrecherische draußen in der Agitation, daß man diese Zeiten schon als so nahe bevorstehend hinstellt, die Massen auf dieses Ziel hinlenkt, dieses Zukunftsideal in den glühendsten Farben schildert, sodaß sich Ungeduld der Massen bemächtigen muß, und sie, wenn die Zeit nicht von selbst kommt, sondern ihnen zu lange ausbleibt, dann mit Gewalt dazu schreiten, diese Zeit herbeizuführen. Das ist ja, wie Ihnen der Abgeordnete von Vollmar richtig gezeichnet hat, das Verkehrte und Gefährliche, daß, wenn diese Hoffnungen sich zu weit hinausschieben, Ungeduld die Massen ergreift. — Der Abgeordnete Frohme hat als sozialistisches Zukunftsideal hingestellt die berufsgenossenschaftliche Organisation der Arbeiter. Meine Herren, ist das alles? Da wollen wir sofort zusammentreten, eine Kommission niedersetzen und mit dieser berufsgenossenschaftlichen Organisation der Arbeiter als Grundlage einen Gesetzentwurf ausarbeiten. Da gehen wir vollständig mit. Ich habe neulich bezüglich der berufsgenossenschaftlichen Organisation der Arbeiter positive Gedanken gegeben. Wir haben eine solche Organisation schon in gewissem Maße insofern, als wir die industriellen berufsgenossenschaftlichen Vereinigungen haben. Diese repräsentiren gewiß noch nicht die Arbeiter. Ich bin aber gern bereit, für eine organische Einregelung der Arbeiter mitzuwirken, und dann können wir sehen, wie wir diese berufsgenossenschaftliche Organisation mit weiteren Mitteln versehen, um sie zu größeren Aufgaben fähig zu machen. — Also, meine Herren, wenn sie weiter nichts wollen, dann werden wir uns bald einigen. Aber auch hier wird wieder nur plötzlich eine Idee hingeworfen, die an und für sich ganz schön ist, — sie wird hingeworfen und nun sollen wir etwas mit derselben machen. Eine Ausführung dieser Idee bleibt wieder aus. Diese Idee wird übrigens, davon bin ich überzeugt, mit den Ideen eines Herrn Bebel oder eines Herrn Singer u. s. w. kaum stimmen, — ich komme noch darauf zurück. Meine Herren, der Herr Abgeordnete Frohme hat uns ja darüber nicht im Zweifel gelassen, daß die Entwickelung der Zukunft auch ihre politischen Konsequenzen haben wird, daß also die Republik die Zukunftsform ihres Staates sein muß. Das war nicht neu. Nun hat er aber eine Neuheit entdeckt: er wollte uns für diese Entwickelung zur Republik engagiren; er stellt es so dar, als ob auch der heilige Vater einen Wechsel in seinen Anschauungen nach dieser Richtung habe eintreten lassen. Meine Herren, das zeigt, daß Sie von diesen Dingen furchtbar wenig verstehen! Wir anerkennen die Republik z. B. in der Schweiz, weil sie dort zu Recht besteht. Wir haben nie gesagt, daß die Monarchie in allen Ländern und zu allen Zeiten die einzig berechtigte Staatsform ist. Wir anerkennen aber auch die Monarchie in Preußen, weil sie hier zu Recht besteht; wir halten ferner die Entwickelung der Monarchie in Preußen für eine sehr glückliche, wir freuen uns derselben und wir halten es für frevelhaft, gegen diese in Preußen bestehende Monarchie anzustürmen. Also das sind ganz einfache Dinge; jedes Volk hat seine besondere Entwickelung. Frankreich hat seine Entwickelung zur Republik genommen, und der Papst hat, in Anerkennung der thatsächlichen Verhältnisse, dort seinen Gesandten hingeschickt und hat dadurch seine Uebereinstimmung mit den dort bestehenden Gewalten ausgesprochen. Wenn Sie in Afrika eine Republik gründen wollen — wir sind gern bereit, Ihre Republik anzuerkennen, und der heilige Vater wird auch zu Ihnen seine Gesandten schicken, wenn Sie ihm nicht von vornherein ihre Grenzen verschließen. (Zurufe.) — Ja, meine Herren, wir sagen: die bestehende Staatsform muß anerkannt werden. Nordamerika z. B. ist ganz naturgemäß Republik geworden; wir würden es ebenso frevelhaft erachten, wenn man in Amerika die Republik bekämpft, als wenn man in Preußen das Königthum bekämpft. — Ein unglückliches Beispiel für die Herren ist es, wenn sie den heiligen Vater für den Sozialismus engagirt hinstellen. Wir sind auch für Sozialismus in einer bestimmten Art: die Berufsgenossenschaften auf einer gewissen sozialistischen Grundlage sind sogar ein spezifisches Ideal der Zentrumspartei. Es kommt nur darauf an, welchen Sozialismus man vertritt. — Nun hat sich Herr Frohme einen großen Koup geleistet, indem er sich ir das Studium des heiligen Thomas von Aquino eingelassen hat. Sobald er

das Zitat verlesen hatte, war mir sofort klar: das kann nicht stimmen —; denn die Anschauungen des heiligen Thomas sind ganz entgegengesetzt. Ich meine auch, es wäre nicht nothwendig, darzulegen, daß das Christenthum — Sie werden doch so ziemlich wissen, daß der heilige Thomas auch auf christlichem Boden steht — die natürliche Gleichberechtigung aller Menschen anerkennt, die Sklaverei dagegen und die alte Auffassung vom Staate nicht vertrete. Als ich das Zitat des Herrn Kollegen Frohme hörte, hatte ich Anfangs gemeint, derselbe hätte die Summe des heiligen Thomas vielleicht gelesen und eine der Oppositionen, die der heilige Thomas nachher widerlegt, zur Grundlage seiner Ausführungen gemacht. Allein die Herren waren ja so freundlich, mir die Quelle vorzuführen. Der Herr Frohme hat sich dagegen verwehrt, als ob er den heiligen Thomas nicht gelesen hätte; ich glaube, er hätte, ohne allzu großen Schaden an seinem Ansehen zu erleiden, sagen dürfen, daß er ihn nicht gelesen hat Ich möchte nunmehr nochmals meinen Zweifel äußern, ob er ihn gelesen hat. Thatsächlich war das Zitat aus einem anderen Buche, von Professer Baumer, entnommen. Nun findet sich darin allerdings die vorgelesene Stelle, die recht erschreckend ist für den, der sie nicht zu beurtheilen versteht. Die Stelle ist nämlich aus dem Aristoteles entnommen; der heilige Thomas hat einen Kommentar zu Aristoteles Politik geschrieben, und da ist diese Stelle aus der Darstellung des Aristoteles angegeben. Und das stimmt: Aristoteles war der Ansicht, daß die arbeitenden Klassen nicht zur Tugend fähig seien; er war überzeugt, daß sie nicht zur Betheiligung an der Politik geeignet seien; Aristoteles wollte auch die Kinderzahl beschränken. Die katholische Kirche und der heilige Thomas haben doch bekanntlich auf diesem Gebiete ganz andere Anschauungen. Also dem Herrn Frohme war passirt, was den Herren Sozialdemokraten, wenn sie sich in die Kirchenväter oder in unsere katholischen Theologen verirren, sehr oft passirt: sie haben eben nicht richtig gelesen. (Heiterkeit.) Dann wollen Sie auch nicht immer den Professoren glauben, sondern auf die Quellen zurückgehen. Fragen Sie doch vorher einen von uns, die in den Werken mehr zu Hause sind, wie die Sache zu verstehen ist! Wir wollen Ihnen Aufklärung geben, damit Sie sich nicht mehr öffentlich blamiren! (Heiterkeit.) Es liegt auch im Interesse des Ansehens des Hauses, daß solche Mißverständnisse nicht vorkommen. — Der Herr Abgeordnete Frohme hat dann ein Zitat über den christlichen Staat nach Georg Freiherrn von Vincke gegeben und dann einen Apell n uns gerichtet: ist das der christliche Staat, wie Sie ihn vertreten? Das ist er eben nicht! Ich kann mich doch für einen Herrn von Vincke, der ein Liberaler vom reinsten Wasser war, nicht engagiren lassen! Also die ganze Polemik verfehlt ihr Ziel. Der Herr Abgeordnete Frohme hat ferner sich darüber beschwert, wie Herr Richter in seinem Werkchen die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse im Zukunftsstaat als Lohnsklaverei dargestellt hat, und hat ihn aufgefordert, sich die Lohnsklaverei im heutigen Staate anzusehen. Das ist aber doch heute nicht das Thema; heute wollten wir nur sehen, wie es in diesem Zukunftsstaat aussieht, resp. wie er sich nach dem Ideal gestaltet, wie Sie es uns immer vorführen. — Der Herr Abgeordnete Frohme hat gemeint, der Arbeiterstand habe große Ideale, und hat seine Ideale hingestellt im Gegensatz zu dem Ideal, das wir haben. Nun, ich glaube, das Ideal, das Sie im Leben vertreten, ist ein Idol, da es nie Verwirklichung finden kann. — Auch mich hat mit dem Abgeordneten Stöcker der Fanatismus überrascht, der sich gestern kundgab bei den Schlußworten des Abgeordneten Bebel über die Stelle vom Himmel und namentlich bei der Darlegung meines Freundes Bachem über die Auferstehung. Meine Herren, ich habe es bedauert, daß, da die deutsche Arbeiterwelt die sozialistische Fraktion nicht beobachtet hat; es war ein Bild, — — (Zuruf links.) — Bitte, die ganze Fraktion wurde so laut in den Zurufen bei der Darlegung von Bachem, daß ich in der That wieder das Gefühl bekommen habe, das ich häufig im Leben habe: wenn Sie die Möglichkeit hätten, Ihre antireligiösen Bestrebungen zum Siege zu führen oder Ihren Zukunftsstaat ins Leben zu rufen, dann würden Sie mehr Gewicht darauf legen, den Glauben und das Christenthum aus der Welt zu treiben, als wie Ihre sozialen Ziele zu erreichen. (Sehr richtig!) — Meine Herren, ich kann, trotzdem die Zeit sehr vorgerückt ist, mir nicht versagen, nochmals auf die Hauptfrage zurückzukommen, die Frage des sogenannten Zukunftsstaates. In jedem Programm unterscheiden Sie ausdrücklich solche Forderungen, welche im Rahmen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung realisirt werden sollen, und solche, die für die Zukunft gelten. Die Forderungen, welche sich auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung bewegen, sind von unseren Bestrebungen nicht qualitativ und prinzipiell verschieden, nur quantitativ. Sie diskreditiren diese Forderungen auf dem Boden der heutigen Gesellschaft in jeder Weise und betonen immer, das sind Palliativmittel, das will gar nichts bedeuten. Das war ja der ganze Zwiespalt zwischen Ihnen und Herrn von Vollmar, welcher die auf dem Boden der

gegenwärtigen Gesellschaft sich bewegenden Forderungen als Selbstzweck ernst nahm, während Sie dieselben zurückgedrängt wissen oder absolut nicht gelten lassen wollen gegenüber den großen Forderungen an die Zukunft. Ich bitte Sie, Ihre Verhandlungen in Erfurt und hier in Berlin nicht zu vergessen Sie betrachten Herrn von Vollmar als Verräther an Ihrer Sache, der Ihre Bewegung zum Versumpfen bringen würde, wenn sich Ihre Taktik nach ihm richten würde, die gegenwärtigen Forderungen als Selbstzweck zu proklamiren. — Ihre wissenschaftliche Bewegung richtet sich immer auf eine neue Gesellschaftsordnung. Sie wollen die Arbeiter zu einer großen Partei organisiren mit dem ausgesprochenen Ziel, sich der Macht zu bemächtigen und dann im gegebenen Augenblick Revolution — vor der scheuen Sie ja nicht zurück, wenn es nothwendig ist — zu machen und alles zu unterdrücken. — Nun, wenn Sie jetzt auf dieses Ihr Zukunftsideal angezapft werden, suchen Sie sich dem damit zu entziehen, daß sie sagen: Es giebt keinen Zukunftsstaat, wir wollen nur die normale Entwickelung der Dinge. Der Herr Abgeordnete Stöcker hat schon mit Recht gesagt: wenn Sie nur das wollen, nur die organische Entwickelung, dann brauchten Sie keine Partei zu gründen, sondern nur vielleicht eine wissenschaftliche Schule zum Studium; aber die großen Massen der Arbeiter abrichten mit Sinnen und Trachten auf das Zukunftsideal, um dann zu sagen, man überlasse das der Entwickelung, — das geht nicht. — Der Herr Abgeordnete Bebel sagte: die gegenwärtige Gesellschaft birgt schon in ihrem Schoße die zukünftige. Dann lassen Sie sie doch in Ruhe! Wenn Sie die Mutter tödten, dann werden Sie auch ihr Kind tödten. Wenn Sie in die organische Entwickelung vertrauen, dann ist es Unsinn, hier eine künstliche Geburt zu wollen durch große Agitation in den Arbeitermassen. (Sehr gut!) — Meine Herren! Ihr Parteiprogramm enthält ebenfalls diese zwei Theile: erstens Forderungen bezüglich des gegenwärtigen Staats und dann Ideale der Zukunft. Die letzteren werden in folgender Weise gezeichnet — ich bemerke, es ist nicht blos eine wissenschaftliche Bewegung, sondern ein Stück Parteiprogramm, welches sie realisiren wollen, auf welches Sie die Arbeiter einschwören — dort heißt es:

> Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Hier wollen Sie also die Verwandlung des Privateigenthums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigenthum. Herr Bebel hat es so ausgedrückt: Sie wollen die Expropriation der Besitzenden und wollen ihr Eigenthum in gesellschaftliches Eigenthum verwandeln. Ja, in welches gesellschaftliche Eigenthum? in wessen Hände soll das gesellschaftliche Eigenthum denn übergehen? Sie sagen: die Fabrik von Herrn Stumm soll expropriirt werden. Ja, wer soll sie denn nun haben? soll sie der Staat haben? wollen Sie Staatseigenthum in allen Produktionsmitteln? Diese Auffassung war früher hauptsächlich vertreten. Herr Richter geht nun davon aus, daß dies auch heute noch die Auffassung sei. Eine andere Auffassung hat namentlich Herr Frohme erkennen lassen; sie soll in den Besitz „der Arbeiter" übergehen —, und Herr Bebel scheint mir der Anschauung zu sein: sie soll in den Besitz „der Gemeinde" übergehen. Geben Sie doch mit Bestimmtheit an; wer soll Eigenthümer werden? Nach dem Zukunftsbild des Herrn Frohme scheinen es die Berufsgenossenschaften sein zu sollen. Das ist die erste Frage, die wir stellen müssen, und auf die Sie uns eine Antwort schulden: wer soll Eigenthümer werden? Nehmen Sie die Bergwerke — sollen die in die Hände der Arbeiter übergehen? Die Weinberge — sollen die in die Hände der Arbeiter übergehen? Oder sollen sie in die Hände des Staates übergehen, oder vielleicht in die Hände der internationalen Republik? — Ja meine Herren, wenn Sie ein solches Problem in Ihrem Programm aufstellen wollen, dann müssen Sie doch über die Einzelheiten Auskunft geben! Danach richtet sich doch auch die Vertheilung der Produktion. Die kapitalistische Produktion soll in die sozialistische umgewandelt werden — früher sagten Sie: in die genossenschaftliche. Wer soll denn die Leitung der Produktion übernehmen? Wenn Ihr sozialistischer Zukunftsstaat in Kraft treten wird, wer soll dann die Vertheilung der Produktion übernehmen? Werden Sie von Berlin einen Direktor nach Saarbrücken schicken, der die Verwaltung übernimmt? Oder werden die Herren in den Fabriken zusammentreten und sich ihren Direktor selbst wählen? — Und weiter: wie wird die Vertheilung des Ertrages der Arbeit sein?

Werden die Arbeiter bestimmen, ob sie sich nach Art der Produktivgenossenschaften einigen sollen, oder wie wird es sein? Ja, die Frage der Vertheilung ist eine eminent wichtige, und auch nach dieser Richtung hin haben Sie Ihre Ansichten in merkwürdiger Weise gewechselt. Am interessantesten war die Frage zu lösen versucht im Gothaer Programm. Dort heißt es:

> Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, d. h. allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

Ja, meine Herren, da gehen die verschiedensten Maßstäbe der Vertheilung durcheinander. „Arbeit ist die Quelle alles Reichthums" — danach muß also die Arbeit selbst der Maßstab der Vertheilung sein. Die Arbeitsprodukte sollen allen nach gleichem Recht gehören — da müssen also nach dem Grundsatze der allgemeinen Gleichheit die Produkte der Arbeit vertheilt werden. Schließlich heißt es: nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen — das ist wieder ein verschiedener Maßstab: denn daß das „gleiche Recht" und „vernunftgemäße Bedürfnisse" sich nicht decken, ist selbstverständlich. Der Herr Abgeordnete Richter hat behauptet, die Vertheilung im Zukunftsstaate werde eine gleichmäßige sein, werde sich also, kurz gesagt, vollziehen ohne Rücksicht darauf, ob einer faul oder fleißig, tüchtig oder weniger tüchtig ist — alle werden gleichen Antheil haben. Ich war sehr gespannt darauf, wie die Herren sich darüber äußern würden. Herr Frohme hat es nicht gethan; vielleicht wird Herr Bebel es noch thun und aussagen, welcher der Maßstäbe der Vertheilung im Zukunftsstaate gelten soll. — Meine Herren, der Herr Abgeordnete Bebel hat sich zwar eigentlich dagegen gewehrt, daß der Zukunftsstaat im voraus konstruirt werden könne; er hat diejenigen verhöhnt, welche ein Gemälde des Zukunftsstaats gegeben haben. Aber er selbst gehört zu diesen Malern; er hat selbst uns in seiner „Frau" ein Bild und zwar ein glänzendes Bild des Zukunftsstaats entworfen. Aber es ist mehr die innere Ausstattung des Gebäudes, es sind mehr die Tapeten, die Erfrischungs- und Erholungssäle gewesen, die er uns entworfen hat, als der Grundaufbau, der Querschnitt und der Grundriß. Das ist es aber, was wir verlangen. — Ich möchte Herrn Bebel bitten, uns zu sagen, wie er sich in diesem Zukunftsstaat die Vertheilung denkt. Es scheint mir, er will die Arbeitszeit zum Vertheilungsmaßstab machen, und er hat es uns selbst so ausgeführt:

> Die neue Gesellschaft produzirt aber keine Waaren, sondern nur Bedürfnißgegenstände, Gebrauchswerthe, deren Herstellung ein gewisses Maß gesellschaftlicher Arbeitszeit erfordert. Die Arbeitszeit, die durchschnittlich nöthig ist, um einen Gegenstand herzustellen, ist allein das Maß, an dem er für den gesellschaftlichen Gebrauch gemessen wird. 10 Minuten gesellschaftlicher Arbeitszeit in einem Gegenstand sind gleich 10 Minuten gesellschaftlicher Arbeitszeit in einem anderen Gegenstand, nicht mehr und nicht weniger .... wie viel jedes einzelne Produkt an gesellschaftlicher Arbeitszeit zur Herstellung bedarf, ist leicht zu berechnen. Danach bemißt sich das Verhältniß dieses Arbeitszeittheils zur ganzen Arbeitszeit. Irgend ein Zertifikat, ein bedrucktes Stückchen Papier, Gold oder Blech bescheinigt die geleistete Arbeitszeit und setzt den Inhaber in die Lage, diese Zeichen gegen seine Bedürfnißgegenstände von der verschiedensten Art auszutauschen.

Also er will die Arbeitszeit als Vertheilungsmaßstab im Zukunftsstaat hinstellen; er meint, als Kriterium benutzen zu können, wie viel Zeit jedes einzelne Produkt zur Herstellung bedarf. Ja, ich möchte Herrn Bebel einmal bitten, die Arbeitszeit, die z. B. in seinem Rock kondensirt ist, zu berechnen. Derselbe ist durch hundert Hände gegangen, durch hundert Fabrikationsmethoden, und nun zu bestimmen, wie viel an Arbeitszeit derselbe darstellt, ist unmöglich. Noch schwieriger ist die Sache in der Landwirthschaft. Herr Bebel und die übrigen Herren stellen die Sache so dar, als ob in diesem Zukunftsstaat ein Gegensatz der Interessen gar nicht mehr bestehen könne, sondern stets die Harmonie der Interessen herrsche. Das ist eben unrichtig. Der Gegensatz der Interessen besteht dann eben zwischen Konsumenten und Produzenten. Die Arbeiter haben ein Interesse daran, jedesmal ihr Produkt möglichst hoch zu berechnen, d. h. die Arbeitszeit hoch zu taxiren; die Konsumenten haben ein Interesse daran, möglichst viel einzutauschen für ihre Zertifikate, also den Werth der Produkte möglichst niedrig zu stellen. Wie soll da die Frage gelöst werden? Versuchen Sie es doch einmal, Herr Bebel, z. B. die Arbeitszeit, die in 100 Zentnern Roggen kondensirt ist, zu taxiren. Diese stellt sich ganz verschieden je nach dem Wetter, der Bodenart u. s. w., und nun berechnen Sie zuerst einmal die Arbeitszeit auf verschiedene Böden, und endlich, wie hoch sich 100 Zentner Roggen im ganzen deutschen Vaterlande stellen, und berechnen

Sie dann daraus, wie viel Lohn dann dem einzelnen ländlichen Arbeiter zukommt! Es ist überhaupt die größte Schwierigkeit für Sie, einen gerechten Maßstab der Vertheilung zu finden. Ich bin noch nicht einmal im Grundsatz dagegen, die Arbeit als Maßstab der Vertheilung anzunehmen. Aber es ist absolut unmöglich, das zu realisiren. Sobald uns Herr Bebel zeigt, wie das zu machen ist, werde ich ganz gewiß dabei sein. Wenn er auf Rodbertus hinweist, so war dieser allerdings auch dafür, daß die Arbeit der Maßstab der Vertheilung sein sollte, die Quelle des Eigenthums. Allein er stellt es so dar, daß in 500 Jahren vielleicht dies Problem gelöst sein würde. Aber die Herren sind ungeduldig, wollen das Problem sofort lösen, thun aber trotzdem nichts, diesem Problem näher zu kommen. — Also mögen wir diese Dinge nehmen, wie wir wollen, überall kommen wir auf die Undurchführbarkeit. — Herr Bebel hat es merkwürdig gefunden, daß Herr Bachem die Produktivgenossenschaften berührt hat und die Sozialdemokraten auf den Bankerott der Bäckereigenossenschaft hinwies. Die Herren haben den Zusammenhang dieser Ausführungen mit unserem ganzen Grundgedanken nicht verstanden. Wir machen Ihnen das nicht zum Vorwurf, daß die Produktivgenossenschaften gescheitert sind; wir finden das ganz begreiflich, wir finden das natürlich. Unsere Beweisführung ist folgende: wenn es euch nicht einmal gelingt, in dem kleinen Kreise einer Genossenschaft die Organisation der Arbeiter zu schaffen, — wie wollen Sie es im Großen? Meinen Sie, dadurch wird es leichter, wenn Sie die Organisation in hunderttausende Genossenschaften überführen, als wenn Sie eine einzelne Fabrikordnung schaffen sollen? Soweit die Arbeiter Zucht, Ordnung, Disziplin und Bildung genug besitzen, um demokratisch-genossenschaftlich ein Unternehmen einzurichten, so weit sind wir gerne bereit, diese Entwickelung zu fördern, aber auch nur in so weit. Auf diesem Gebiet müssen wir langsam vorgehen, da geht es nicht mit Riesenschritten; wir können der Zeit nicht vorauseilen. Wir thun alles, um die Arbeiter in diesem Geiste zu schulen; wir sind sogar gern bereit, den Gedanken zu erwägen, ob auch von Staatswegen Mittel gegeben werden können, um diese Bewegung zu fördern. Aber jedenfalls ist eine solche Entwickelung die Vorstufe, ehe man so weit gehen kann, wie die Sozialdemokraten wollen. — Also ich muß wiederholen, was die anderen Redner schon verschiedentlich konstatirt haben: die Sozialdemokraten haben ein Ideal aufgestellt, aber auch nicht im geringsten gezeigt, wie dieses zu verwirklichen wäre; am wenigsten haben sie die Wege angegeben; sie sind die Antwort auf die gestellte Frage schuldig geblieben. Da glaube ich, daß unsere deutschen Arbeiter besser thun werden, wenn sie sich an das Ideal halten, das seit Jahrhunderten besteht: das ist das Ideal, daß es nach dem Tode eine Belohnung und Vergeltung giebt; daß sie lieber an diesem Ideal festhalten, das auf dem festen Boden des Christenthums ruht, während die Sozialdemokraten uns für die Erreichung ihres Ideals auch nicht die geringste Gewähr bieten können. (Bravo! im Zentrum.)

Abgeordneter Leuschner: Meine Herren, Sie werden wohl nicht erwarten, daß ich bei der vorgeschrittenen Zeit Ihnen jetzt noch eine Rede von längerer Dauer halte. Das ist auch um so weniger nothwendig, als das, was ich zu sagen hatte, bereits von anderen beredteren Herren heute gesagt worden ist. Ich kann nur konstatiren, daß die Herren Sozialdemokraten durch die verschiedenen Reden, die gehalten worden sind, eine Niederlage ohne gleichen erlitten haben, die sie meiner Auffassung nach in jeder Beziehung vollständig verdienen (Zuruf links), und von der ich nur wünsche, daß diese phantastischen Utopisten sich so bald nicht wieder erholen mögen. — Mit dieser Bemerkung kann ich für heute schließen; ich verzichte auf das Wort. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.)

Abgeordneter Bebel: Meine Herren, am Schlusse der letzten Sonnabendsitzung erklärte der Herr Abgeordnete Leuschner, als er das Wort zu einer Rede erhielt, er verzichte auf das Wort, da nach seiner Meinung die Sozialdemokratie in der dreitägigen Debatte moralisch derartig vernichtet sei, daß er nichts mehr hinzuzufügen habe. (Sehr richtig! rechts.) Der Umstand, daß ich unmittelbar nach ihm das Wort ergriff und den Antrag auf Vertagung der Sitzung stellte, damit auch wir unsererseits noch einmal Gelegenheit hätten, ausgiebig auf die gehörten Angriffe zu antworten, hat doch wohl schon den Herren bewiesen, daß wir nicht „vernichtet“ sind, und daß wir nicht gewillt sind, den Kampf aufzugeben. Davon werden Sie aus den heutigen wie aus späteren Verhandlungen noch sehr oft Veranlassung haben, sich zu überzeugen. Wir sind gewillt und bereit, den Kampf jederzeit gegen Sie aufzunehmen, und wer zuletzt in diesem Kampfe moralisch Sieger ist — denn nur darum kann es sich handeln —, darüber lassen wir ruhig die öffentliche Meinung entscheiden und diejenige Klasse, die bei diesem Streite am meisten in Frage kommt, die deutsche Arbeiterklasse. Was schließlich

die letztere dazu sagen wird, was aus diesen Debatten herauskommt, ist für uns das Entscheidende. Daß Sie keine Ursache haben werden, sich über das Resultat dieser Verhandlungen bei der deutschen Arbeiterklasse zu freuen, das wird schon die nächste Zukunft lehren. Also sind Sie bereit, mit uns zu debattiren, sei es über den „Zukunftsstaat“ oder über andere Themata, wir werden Ihnen Rede und Antwort stehen, und wir werden Ihnen auch noch im Laufe dieser Session bei den verschiedensten Gelegenheiten beweisen, daß wir auf dem Platze sind, unsern Mann stehen und Sie zwingen werden, auch uns Rede zu stehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Nach dieser kurzen Einleitung gehe ich dazu über, auf die Einwendungen zu antworten, welche die verschiedenen Herren Redner gegen meine Ausführungen und theilweise gegen die meines Parteigenossen Frohme gemacht haben. Es kann selbstverständlich mir nicht zugemuthet werden, auf alle die kleinen und kleinlichen Dinge, die von Seiten der Herren Redner und namentlich von den Herren Bachem und Richter hier vorgebracht wurden, im einzelnen einzugehen. — Meine Herren, die Reden dieser beiden Herren haben sich ja in der Hauptsache dadurch ausgezeichnet, daß sie eine Menge von kleinen und kleinlichen Dingen hier zur Sprache brachten (Widerspruch), auf Grund deren sie glaubten nachzuweisen, daß unsere Bestrebungen nothwendig Schiffbruch leiden müßten. Aber noch in anderen Beziehungen zeichnen sich die Reden dieser beiden Herren aus und zwar durch die ihnen zu Grunde liegende Taktik. Die Herren haben nicht etwa an der Hand des vorliegenden Beweismaterials und der gedruckt vorliegenden Aeußerungen mit wahrheitsgemäßer Zitirung unserer Ausführungen im Zusammenhang sich auf diese Dinge eingelassen, sondern beide Redner haben die Taktik beobachtet, daß sie die Aeußerungen unserer Parteischriftsteller über die künftige sozialistische Gesellschaft, so wie sie die beiden Gegner sich vorstellten, darlegten und dann gegen den so von ihnen selbst konstruirten „Zukunftsstaat“ ihre Einwendungen machten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ja eine allbekannte Taktik, die namentlich bei den Herren Juristen sehr gebräuchlich ist: sind sie in Verlegenheit und wissen sich nicht zu helfen, dann unterstellen sie dem Gegner Dinge und Ausführungen, die er garnicht gemacht hat, und nunmehr widerlegen sie die von ihnen selbst aufgestellten Behauptungen als solche des Gegners, um zu beweisen, wie schwach der Gegner in seinen Ausführungen gewesen sei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Nun, ich habe die Ueberzeugung, daß diejenigen, die außerhalb dieses Hauses objektiv diesen Verhandlungen folgen, weit mehr, als es innerhalb dieses Hauses der Fall sein wird, das Endresultat zu würdigen wissen werden. Daß wir Sie nicht überzeugen, das haben wir von vornherein gewußt und habe ich auch von vornherein erklärt. Denn wenn wir statt der vier Tage, die wir hier debattiren, noch vier Wochen, vier Monate oder gar vier Jahre debattirten — wir sind bereit, auch darauf einzugehen —, so werden wir am Ende dieser vier Wochen, vier Monate oder vier Jahre genau auf demselben Flecke stehen, auf dem wir gegenwärtig stehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Von Ihnen, den Vertretern der besitzenden Klassen, den Vertretern derjenigen Parteien, welche das größte Interesse dabei haben, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht zu vertheidigen, deren Hauptaufgabe es ist, diese zu vertheidigen, anzunehmen, daß Sie jemals dazu kommen könnten, unsere Ueberzeugung zu theilen, wäre mehr als Thorheit. Wenn Sie uns das zumuthen, zu glauben, so verwahren wir uns feierlichst dagegen. Ich sagte Ihnen schon am Freitag: nie ist, so lange die Welt steht, dagewesen, daß eine herrschende Klasse erkannt und zugegeben hätte, daß die soziale Ordnung, die sie vertritt, so morsch und verfahren und unbrauchbar für die unterdrückte Volksmehrheit geworden sei, daß eine andere an ihre Stelle treten müßte. Das hat nie eine herrschende Klasse in der Geschichte gethan, und das heute von Ihnen, den Vertretern der Bourgeoisie, zu verlangen, das wäre — ich wiederhole es — mehr als Thorheit. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie immer Sie, in verschiedene Parteien getheilt, in Bezug auf die einzelnen Fragen, welche die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung betreffen, auseinandergehen: in dem einen bilden Sie eine geschlossene Phalanx und eine einzige reaktionäre Masse, sobald es sich um uns, die Sozialdemokratie und unsere Zukunftsbestrebungen handelt. Uns gegenüber sind Sie alsdann alle einig. Da verschwinden die kleinen Unterscheidungen zwischen Ihnen und die kleinen Kämpfe, die Sie haben. Die Klassen scheiden sich in zwei Lager, wobei ein hüben ein drüben nur gilt, zwischen denen schließlich der Kampf, so oder so, entschieden wird. (Zuruf.) — Meine Herren, der Herr Abgeordnete Stumm hat in seinen Ausführungen gemeint, der Zukunftsstaat, — die Herren sprechen immer wieder vom Zukunftsstaat, obgleich ich ausdrücklich perhorreszirte, daß wir einen sogenannten „Zukunftsstaat“ erstrebten, daß das, was die Sozialdemokratie wolle, ein Zukunftsstaat sei, aber Ihr Denkvermögen erlaubt Ihnen nicht, einen Unterschied zwischen einer Staats- und einer Gesellschaftsordnung zu machen. (Heiterkeit.) Ich bedaure, daß Ihr

Denkvermögen in diesem Fall zu enge Grenzen hat; denn hätte es hier weitere Grenzen, dann würden Sie klar erkennen, daß ein großer Unterschied zwischen beiden besteht. Wenn Sie sich noch einmal die Mühe geben wollten, genau und sorgfältig die Rede durchzulesen, die ich Ihnen am letzten Freitag über den Unterschied zwischen Staat und Gesellschaft und über den Begriff des „Staats" vorgetragen habe (Heiterkeit), so könnten Sie, wenn Sie daneben auch noch die von mir erwähnte Literatur zu Ihrer Information benutzten, erkennen, daß Staat und Gesellschaft etwas wesentlich anderes sind, als Sie darunter meinen. Ich werde im Laufe der Verhandlungen noch darauf zurückkommen. — Der Herr Abgeordnete Stumm meinte also, der Zukunftsstaat sei einerseits ein Zuchthaus, andrerseits — wie er sich geschmackvoll ausdrückte — ein Kaninchenstall. Meine Herren, genau so, wie es sich widersprach, als der Herr Abgeordnete Bachem sagte, auf der einen Seite besäßen wir keine Autorität, wäre keine autoritative Macht vorhanden, die gefährlichen Gelüsten und Bestrebungen entgegentreten könnte, auf der andern Seite aber von einer sozialdemokratischen Tyrannei sprach, die vorhanden sei, genau so liegt ein Widerspruch in den Ausführungen des Herrn Abgeordneten v. Stumm. Herr v. Stumm scheint nicht zu wissen, wie es im Zuchthause aussieht. Das eine aber wird er wissen, daß im Zuchthause die natürliche Befriedigung des Geschlechtstriebes, die er im „Zukunftsstaat" doch voraussetzt, eine Unmöglichkeit ist. Das Zuchthaus besteht auch nicht im „Zukunftsstaat", sondern im heutigen Staate; das bezeugt z. B. die Fabrikordnung, die in dem industriellen Unternehmen der Gebrüder Stumm existirt. (Heiterkeit links. Widerspruch rechts.) Diese Fabrikordnung hat allerdings Herr v. Stumm ändern müssen auf Grund der neuen Gewerbegesetzgebung, und zwar sehr zu seinem Aerger; aber er hat hier auch ausdrücklich erklärt, er würde sich an das Gesetz nicht binden lassen und Mittel und Wege finden, diejenigen Bestimmungen, die er auf Grund der neuen Gewerbeordnung nicht mehr in die Fabrikordnung aufnehmen könne, auf anderem Wege bei seinen Arbeitern zur Respektirung zu bringen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Somit setze ich voraus, daß Herr von Stumm, da er früher von der Nothwendigkeit überzeugt war, die Heirathsneigungen seiner Arbeiter zu überwachen, und damit in gewissem Sinne auch die Kinderproduktion und die Bevölkerungsvermehrung in seinem Bezirk überwachte und regulirte, die Bestimmung auch ferner aufrecht erhalten hat, wonach nur diejenigen seiner Arbeiter heirathen dürfen, denen er den Konsens dazu gegeben hat. Und dies ist eine Zuchthausbestimmung. Ich betrachte es als einen der größten Fortschritte, die die bürgerliche Gesellschaft gemacht hat, — und Sie sehen hier, wie objektiv wir in allen diesen Dingen sind, wie wir keine Voreingenommenheit haben, weder gegen die Personen noch gegen die Dinge, — ich sage, ich betrachte es als einen großen Fortschritt der bürgerlichen Gesellschaft, daß sie insbesondere seit der politischen Neukonstituirung Deutschlands im Jahre 1867 zunächst im Norddeutschen Bund und später im Deutschen Reich dazu überging, es als eine ihrer ersten Maßregeln erachtete, alle Hindernisse, die in Bezug auf die Eheschließung vorhanden waren, aus dem Wege zu räumen. Das that die bürgerliche Gesellschaft allerdings nur, weil die moderne kapitalistische Entwickelung, sollte sie sich weiter entwickeln, nothwendigerweise einer ungleich größeren Zahl von Arbeitern bedurfte als früher. Bei der Aufrechterhaltung der Ehebeschränkungen war die nothwendige Volksvermehrung nicht vorhanden. Indem nun die bürgerliche Gesellschaft zur Aufhebung dieser Ehebeschränkungen schritt, hat sie etwas gethan, was allerdings auch den Arbeitern zu gute kam, indem sie es diesen ermöglichte, befreit von all den früheren Beschränkungen, eine Familie gründen zu können. Aber die Hauptsache war, daß sie durch diese Maßregel dafür sorgte, daß die Bevölkerungszahl, also auch die Arbeiterzahl, sich vermehrte, und daß nun mit der vermehrten Arbeiterzahl ihre Hände für alle Fälle zur Verfügung standen, und diese es ihr gestatteten, wenn die Umstände es erforderten, auch die Löhne zu drücken. — So hängt in der heutigen Ordnung der Dinge eins am andern. Begrüßten wir es also, daß Sie die in Ihre Hände gelangte politische Macht benutzten — und diese Macht war bei der Gründung des Deutschen Reichs, auch wenn ihre direkten Vertreter nicht in den Ministerien saßen, in Ihrer Hand, insofern als die Regierungen thatsächlich Ihre Interessen vertraten —, um die Ehebeschränkungen zu beseitigen, so wäre es doch mehr als Wahnsinn, wenn wir, wie Sie jetzt glauben und die Sache darstellen, in der künftigen Ordnung der Dinge auf Hemmungsmaßregeln zurückgreifen könnten. Lassen Sie sich das Eine ein für alle Mal gesagt sein, meine Herren — und das gilt für alle Einwände, die Sie uns gegenüber machten —: ist es wahr, was Sie sagen, daß wir in unsern Bestrebungen wider die menschliche Natur handeln, daß wir darauf ausgehen, die menschliche Freiheit zu unterdrücken, daß wir verhindern, daß der Mensch frei nach allen Richtungen hin seine geistigen und körperlichen Fähigkeiten bethätigen und entwickeln könne, — ich bin zwar der Meinung, daß wir in unsrer Gesellschaftsordnung dies in unendlich höherer

Grade ermöglichen, als es in der bürgerlichen Gesellschaft geschehen kann, — aber treten wir allen diesen Entwickelungsbedingungen entgegen, so brauchen Sie sich keine Sorge zu machen, dann ist der Zustand, den wir erstreben, vom ersten Tage an dem Untergange geweiht; dann haben Sie es nicht nothwendig, sich über uns zu ereifern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mir scheint, es liegt sogar in Ihrem Interesse, zu wünschen, daß wir diesen Versuch machen könnten, damit wir in die Lage kommen, gewissermaßen uns selbst ad absurdum zu führen. Aber weil Sie wissen, daß das nicht geschieht, weil Sie selbst innerlich zu gut sich dessen bewußt sind, daß Sie es in der sozialdemokratischen Bewegung mit einer großen Kulturbewegung zu thun haben, mit einer Kulturbewegung ersten Ranges, welcher die Zukunft der Menschheit gehört, (oho! oho! rechts und im Zentrum, — sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), weil Sie innerlich das sich selbst sagen und doch allen diesen Bestrebungen feindlich gegenüberstehen müssen aus Klasseninteresse, darum suchen Sie den sogenannten „Zukunftsstaat“ in so abschreckenden Farben zu schildern, wie Sie es hier gethan haben. Sie müssen dies thun, um Ihren Anhängern in der Arbeiterklasse, überhaupt den niedern Volksklassen, Furcht und Abscheu vor diesem sogenannten Zukunftsstaat einzuflößen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Nun, wir können den Erfolg Ihrer Bestrebungen ruhig abwarten. Ihren Anschuldigungen uns gegenüber werden unsere Aufklärungen folgen, wie es bisher schon geschehen ist, und was war stets das Resultat? Wir habens ja gesehen: es war immer unser Vortheil. Meine Herren, alles, was die Herren Abgeordneten Dr. Bachem und Richter hier in ihren Reden gegen den sozialdemokratischen Zukunftsstaat äußerten, das haben sie alles schon bei den früheren Wahlen in ihren Flugblättern dargestellt und gesprochen. Da ist auch nicht eine einzige Behauptung, die sie hier gemacht, nicht eine Darstellung, die sie hier gegeben, die wir nicht in ihren Flugblättern, in ihren Zeitungen, in ihren Reden bei den Wahlen und bei sonstigen Gelegenheiten gehört oder gelesen hätten. Und was hat ihnen das alles genützt? Nichts! Ich mache kein Hehl daraus, sondern sage es offen: wenn ich manchmal Ihre Flugblätter las, die Sie gegen uns geschrieben haben, in denen wir als reine Mordbrenner hingestellt wurden, die aller Menschlichkeit bar seien, als Menschen, die alle menschliche Kultur und Zivilisation zerstören wollten, die darauf ausgingen, den Zustand der Barbarei wieder herbeizuführen, wie das neulich auch Herr Abgeordneter Richter hier wieder so hübsch ausgemalt hat, — ich sage, wenn ich diese Flugblätter las und mir dann sagen mußte: wer bekommt diese in die Hände? Wer liest sie? Diejenigen, die sie lesen, sind in ihrer großen Mehrheit Leute, die in vollständiger Unwissenheit über Staat und Gesellschaft und über eure Bestrebungen sich befinden, und wie werden sie sich also von solchen Schilderungen beeinflussen lassen? — und wenn dann der Tag der Wahl kam, und ich sah, daß trotz aller dieser abscheulichen hetzerischen und lügnerischen Flugblätter gegen uns fortgesetzt unsere Stimmenzahl mächtig wuchs, da habe ich mir gesagt: da muß doch ein mächtiger Kern von gesundem Menschenverstand, von Klasseninstinkt in diesen Massen stecken, — darauf könnt ihr bauen, auf diesen könnt ihr zählen trotz all der Versuche, die von gegnerischer Seite gemacht werden, denselben auszurotten und zu vernichten. (Große Unruhe. — Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Sie haben auch gesagt — und das war insbesondere der Abgeordnete Stöcker, der am letzten Samstag das sagte: „ihr verhetzt die Massen, ihr verführt die unwissenden Menschen.“ Meine Herren, wenn die Massen unwissend sind, weshalb sind sie unwissend? Nur weil Sie dieselben in der Unwissenheit erhalten haben. (Heftiger Widerspruch rechts und im Zentrum. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir, meine Herren, haben nicht die Volkserziehung in der Hand, wir haben nicht die Schule, nicht die Kirche zur Verfügung, nicht die Tausende von Organen aller Art, die Staatsgewalt mit ihren Soldaten und Gensdarmen, die Lehrer, die Geistlichen, die Tausende von Preßorganen, die soziale Macht der Unternehmer. Wenn also diese Massen so sind, wie sie heute sind, dann sind sie das Produkt Ihrer Erziehung, — besser gesagt, Ihrer Nichterziehung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Große Unruhe.) Sie haben sie in der Unwissenheit erhalten, und wir, meine Herren, müssen sie erst aufklären und unterrichten, damit sie zur Einsicht und zur Vernunft kommen über Sie und Ihre schöne Staats- und Gesellschaftsordnung und die Bestrebungen unterstützen, die wir zu ihrem Besten verfolgen. — Meine Herren, daß das Zuchthaus nicht der „Zukunftsstaat“, sondern die heutige Gesellschaftsordnung ist, zeigt sich auch in Anderem. Hat nicht die Majorität der Wahlprüfungs-Kommission neulich in ihrem Bericht erklärt: wenn ein Arbeitgeber den Arbeiter zwingt, so bei der Wahl zu stimmen, wie er, der Arbeitgeber, es will, dann ist das in der Ordnung? Gegen diese unerhörte Zumuthung, die das freie Selbstbestimmungsrecht des Arbeiters und das freie Wahlrecht aufhebt, dagegen haben Sie nichts zu sagen gehabt. (Unruhe. — Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Freiherr von Stumm hat

vor Jahren auf seinen Werken seinen Arbeitern sogar eine bestimmte Zeitung zu halten verboten. Herr Krupp in Essen hat jahrelang über zwei katholische Blätter den Boykott verhängt; er hat jeden seiner Arbeiter bedroht, der die genannten katholischen Zeitungen lese, aus der Arbeit zu entlassen, und wenn er bei ihm eine Wohnung in Besitz habe, solle er sofort aus der Wohnung gewiesen werden. Meine Herren, sind das keine Zuchthauseinrichtungen im heutigen Staate, in der heutigen Gesellschaft? greifen solche Willkürakte nicht in die Freiheit, in das freie Bestimmungsrecht des Arbeiters ein? (Große Unruhe und Widerspruch rechts. — Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir wissen ja hinlänglich: je mehr die Arbeiter geknebelt, je mehr sie unterdrückt werden, desto wohler ist Ihnen. Wir wissen nur zu gut, daß dies Ihre wahren Bestrebungen für die Arbeiter sind. Und, meine Herren, hat nicht derselbe Herr Krupp, nachdem er jahrelang diesen Boykott über zwei katholische Zeitungen — also nicht einmal über sozialdemokratische Zeitungen — verhängt hatte, hat er nicht neulich großmüthig und feierlichst einen Erlaß veröffentlicht, worin er erklärt, nunmehr sei er bereit, das vor Jahren erlassene Verbot, das Halten jener Zeitungen betreffend, wieder aufzuheben, weil er aus der jetzigen Haltung dieser damals boykottirten Blätter erkannt habe, daß sie für seine Arbeiter keine Gefahr mehr brächten? (Hört! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, wer als Pascha in solcher Weise über Tausende seiner Arbeiter verfügt, wer in solcher Weise die freie Meinungsäußerung und das freie Selbstbestimmungsrecht seiner Arbeiter einengt und mißachtet, der ist ein Zuchtmeister, und die Arbeiter, die in solchen Betrieben beschäftigt werden, sind nicht mehr und nicht weniger als Zuchthäusler, wenn sie auch im Gegensatz zu diesen noch ein gewisses Maß von Scheinfreiheit haben, was Sie in der heutigen Gesellschaft den Arbeitern nun doch einmal gewähren müssen. Sie stützen sich ferner immer mit Vorliebe auf das allgemeine Stimmrecht, das Sie, wie Sie behaupten, eingeführt und dem Arbeiter gewährt haben. Ich habe es Ihnen schon so und so viel Mal gesagt; aber da Sie immer Ihre alten Einwendungen wieder bringen, muß ich auf diese auch meine alten Entgegnungen machen: das allgemeine Stimmrecht haben Sie sehr ungern gegeben, und wenn Sie es heute aus der Welt schaffen könnten, Sie würden es mit Vergnügen thun. (Widerspruch im Zentrum.) Meine Herren, warum haben Sie denn ihre Macht im preußischen Abgeordnetenhause nicht dazu benutzt, das allgemeine Stimmrecht einzuführen? Warum haben Sie, Herr Bachem und Ihre Freunde, bei dem „elendesten aller Wahlgesetze", das neuerdings Herr Miquel in neuer Gestalt wieder vorgelegt hat, nicht opponirt? (Zuruf im Zentrum.) Nein, meine Herren, Sie haben die Grundsätze dieses Entwurfs des „elendesten aller Wahlgesetze" nicht angetastet. (Widerspruch.) — Nein, das haben Sie nicht gethan, Sie haben nicht das allgemeine Stimmrecht verlangt, Sie haben nur gegen einzelne Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfs opponirt und sind bereit, mit einigen kleinen Aenderungen jenen Gesetzentwurf über das Dreiklassensystem auch künftig wieder für die preußischen Wahlen zur Grundlage zu machen. — Genau ebenso haben Sie, meine Herren, ohne Unterschied der Partei, wie in Preußen, es in Bayern, in Sachsen gemacht, und ähnlich haben Sie es in allen deutschen Ländern gemacht, wo Sie ja unbestritten die Majorität besitzen. Sie wollen dem Arbeiter keine politischen Rechte geben: Sie können es nicht vertragen, daß der Arbeiter ein gleichberechtigter Staatsbürger sei, Sie wollen ihn um jeden Preis unterdrücken. Und die politische Macht, die Sie kraft Ihrer sozialen Klassenstellung in den Händen haben, giebt Ihnen die Möglichkeit, als Vertreter der herrschenden Klassen in den Parlamenten die Gesetze so zu gestalten, wie Sie Ihnen passen. — Der Herr Abgeordnete Dr. Bachem hat dann in seinen Ausführungen gegen mich gemeint: wenn erst einmal die Sozialpolitik, die das Zentrum verfolge, verwirklicht sei, dann sei die Sozialdemokratie im Verschwinden begriffen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, warum haben wir überhaupt das bischen Sozialreform? Der Herr Bachem hat neulich eine Rede des Fürsten Bismarck vom 26. November 1884 zitirt, in der Fürst Bismarck sich gegen meinen Freund und Parteigenossen Auer gewandt hatte, der damals vor ihm in einer Diätendebatte das Wort ergriffen und sich gegen das vom Fürsten Bismark vertretene Regierungssystem sowie über die Sozialreform und den Werth derselben ausgelassen hatte. Was Herr Bachem zitirte, war richtig; aber Fürst Bismarck hat damals auch noch etwas anderes gesagt, und das halte ich für wichtig, Ihnen jetzt vorzutragen. Es beweist, daß, wenn Sie seit 14 Jahren im Deutschen Reich zu denjenigen reformatorischen Maßregeln gekommen sind, auf welche Sie sich bei jeder Gelegenheit berufen, und mit denen Sie sich so in die Brust werfen, das weiter niemandem als der Sozialdemokratie zu verdanken ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Wir, die Sozialdemokratie, sind allerdings eine Minorität; wir können bei dem im Parlament mit Recht herrschenden Majoritätsprinzip keine Gesetze machen und keine Gesetze durchführen. Sie sind es, welche die Majorität haben. —

Sie meine Herren, machen die Gesetze! Wir waren früher 12 bis 15, dann 25, jetzt 36 gegen 360, die uns als Feinde gegenüberstehen. Daß wir diesen 360 gegenüber nichts durchsetzen können, versteht sich von selbst, — und doch, meine Herren, haben wir, die 36 Sozialdemokraten, eine größere moralische Gewalt als Sie 360 zusammen! (Lachen und Zuruf rechts! Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Ja, das glaube ich bestimmt, Herr von Massow; denn unser moralischer Einfluß war trotz unserer Minorität so groß, daß Sie gegen Ihren Willen zu diesen sogenannten sozialreformatorischen Maßregeln genöthigt wurden. Was erklärte der verstorbene Kaiser in jener Thronrede 1878, als es sich um den Erlaß des Sozialistengesetzes handelte? Es sei nunmehr nothwendig, indem man die Sozialdemokratie und ihre revolutionären Bestrebungen unterdrücke, zugleich auch den guten Kern, der in der sozialdemokratischen Bestrebung vorhanden sei, zu beachten und dafür zu sorgen, durch positive Gesetzgebung den Arbeitern zu helfen und sie an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu ketten. So hieß es bereits in der ersten Thronrede, und in ähnlicher Weise wiederholten sich diese Sätze in jener Kaiserlichen Proklamation, durch welche die Sozialreform inaugurirt wurde im November oder Dezember 1884. Darin wurden wir wieder als die moralischen Urheber dieser kommenden Gesetzgebung hingestellt. Und was sagte Fürst Bismarck am 26. November 1884 uns gegenüber in der Rede, aus der neulich der Abgeordnete Bachem zitirte?

> Die Sozialdemokratie ist so, wie sie ist, doch immer ein erhebliches Zeichen, ein Menetekel für die besitzenden Klassen dafür, daß nicht alles so ist, wie es sein sollte, daß die Hand zum Bessern angelegt werden kann, und insofern ist ja die Opposition, wie der Herr Vorredner sagte, ganz außerordentlich nützlich. Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe, und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihr fürchteten, **würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existiren** (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und insofern ist die Furcht vor der Sozialdemokratie in Bezug auf denjenigen, der sonst kein Herz für seine armen Mitbürger hat, ein ganz nützliches Element. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Ja, sehen Sie, — sagte Fürst Bismarck weiter, —
> in etwas sind wir doch mit einander einverstanden. (Heiterkeit.)

Auf diese Autoritäten gestützt, kann ich ruhig über die Frage, wer der eigentliche Urheber dieser sozialreformatorischen Maßregeln, mit denen Sie sich so sehr brüsten, hinweggehen. — Aber, Herr Bachem, was wollen Sie denn noch für sozialreformatorische Maßregeln bringen, nachdem Sie die neue Gewerbeordnung gutgeheißen haben; was wird denn da noch von Ihrer Seite kommen? (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sie sind ja am Ende Ihres Latein! Es sind nur noch einige kleine Maßregeln, die Sie bringen können, und dann ist es alle mit Ihnen! Warten wir also ruhig ab, welche Wirkung ihr Handeln auf die Arbeiter machen wird! Sie sagen freilich: ihr Sozialdemokraten habt nur die jungen Arbeiter für euch, — den alten Ariter, der seit 20 Jahren erfahren und gesehen hat, wie die Verhältnisse andere und bessere geworden sind, den habt ihr nicht! Ach, Herr Bachem, Sie irren sich, wenn Sie glauben, wir hätten keine alten Arbeiter hinter uns; eine ganze Garde, die ungefähr gerade so alt ist, wie ich, steht heute noch hinter uns, und zwar aus den ersten Anfängen der Bewegung. Und wenn wir nun hauptsächlich die Jugend hinter uns haben, schadet das etwas? Zu allen Zeiten hat die Zukunft der Jugend gehört; die Alten sterben ab, aber den Idealen, welchen die Jugend huldigt, steht die Zukunft offen. Und haben wir nicht 1 427 000 Wähler am 20. Februar 1890 hinter uns gehabt, die für uns gestimmt haben? die stärkste Partei in Deutschland, stärker als Sie, das Zentrum, das bisher als die stärkste galt? Und bei den nächsten Wahlen werden wir Sie um die doppelte Zahl schlagen! (Widerspruch im Zentrum.) — Sie werden sehen: wir werden statt 1½ Millionen 2¼ Millionen und vielleicht noch mehr auf unsere Seite bringen! (Widerspruch.) — Meine Herren, warten Sie es ab! — Warum haben Sie die fünfjährige an Stelle der dreijährigen Wahlperiode eingeführt? Aus Angst vor der Sozialdemokratie, aus Angst vor den allgemeinen Wahlen, aus Angst vor dem zu häufigen Wählen, aus Angst vor unsrer Agitation! (Große Unruhe rechts und im Zentrum. — Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Also lassen Sie es darauf ankommen; wir werden ja sehen! — Diese 1 427 000 Männer — das sagen Sie freilich — sind nicht alles Sozialdemokraten. Meine Herren, das sind gerade so gut Sozialdemokraten, wie die 1 300 000 und so und so viel Mann, die Sie als Zentrum hinter sich haben, Zentrumsmänner sind, oder die eine Million und so und so viel Mann, welche die Freisinnigen hinter sich haben, Freisinnige sind. So wenig, wie jeder dieser Fortschrittlichen, jeder dieser Zentrumswähler, wenn wir sie einmal examiniren wollten, uns das Programm seiner Partei, auf das er gestimmt hat, bis auf das Detail an-

zugeben vermag — ich weiß, das verlangt nicht die freisinnige und verlangt nicht die Zentrumspartei, das gebe ich Ihnen zu, aber ebenso wenig verlangen wir das —, so wird auch von den sozialdemokratischen Wählern ein größerer Theil nicht vermögen, das Programm in allen seinen Einzelheiten darzulegen. Das thut auch nichts zur Sache, ist auch nicht nothwendig. Die Hauptsache ist, daß sie uns folgen, daß wir sie hinter uns haben, daß sie sich in unserem Heerbann befinden, weil sie Vertrauen zu uns haben. Meine Herren, wenn aber 1 427 000 Männer im Deutschen Reich für eine Partei, wie die sozialdemokratische stimmen, trotzdem sie von allen andern Parteien auf das feindseligste bekämpft wird, trotzdem die Staatsgewalten in einem fort ihr aufs äußerste entgegentreten, und trotzdem die Bestrebungen unserer Partei, wie ich das schon vorhin ausführte, in der gehässigsten Weise hingestellt und durch die gegnerischer Flugblätter wie die Blätter aller Parteien Tag für Tag bekämpft werden — und wenn man uns als Wauwau benutzt und als leibhaftige Teufel abmalt, und dann trotz aller dieser Vorkommnisse 1 427 000 Mann sich finden, die für uns stimmen, dann können wir sagen: diese gehören ganz und gar zu uns! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Herr Bachem hat weiter gemeint, ich hätte in einer Rede dem Fürsten Bismarck gegenüber erklärt, daß wir eines Tages auch einmal in die Lage kommen könnten, unser Produktions- und Konsumtionssystem und die Organisation der kooperativen Arbeit vor Ihnen zu entwickeln. Aber ich habe auch in jener Rede — und der von dem Herrn Abgeordneten Bachem zitirte Satz steht am Schluß derselben, es war eine lange Rede, die ich damals anläßlich der Budgetsberathung hielt — gesagt: einstweilen habe ich in dieser meiner Rede Ihnen so viel Aufgaben gestellt, daß, wenn Sie diese gelöst haben, wir weiter sprechen wollen. Meine Herren, in jener Rede habe ich nun unter anderm verlangt die Aufhebung der indirekten Steuern, der Steuern auf Salz, Bier, Tabak, Zucker, Branntwein, die Aufhebung der Petroleum-, Kaffee-, Tabakzölle, der Getreidezölle, die Einführung einer direkten progressiven Einkommensteuer, die Aufhebung der Zuckerprämien, die Besteuerung der Offiziere, die Besteuerung der Zivillisten, die Besteuerung der Reichsunmittelbaren, die Umwandlung des stehenden Heeres in ein Volksheer, die Gründung eines internationalen Schiedsgerichts: das sind die Forderungen, die ich hauptsächlich in jener Rede erhoben habe. Und wie viel sind denn von jenen Forderungen bis heute verwirklicht! Das wissen Sie selbst am besten, wo Sie dieselben verwirklicht haben! Z. B. bei der Besteuerung der Reichsunmittelbaren haben Sie, und zwar das Zentrum in erster Linie, es im preußischen Abgeordnetenhaus nur unter der Bedingung gethan, daß diesen wenigen reichsunmittelbaren Familien zu ihrem ungeheuren Vermögen auch noch aus der Staatskasse zirka 7 Millionen ausgezahlt würden, dann erst sollten sie Steuern bezahlen. Meine Herren, wenn Sie das auch Arbeiterfreundlichkeit, Volksfreundlichkeit nennen, wenn Sie die reichsten Familien des Landes, die nicht einmal einen stichhaltigen Rechtstitel für dieses Privilegium aufweisen konnten (oho! im Zentrum), aus der Staatskasse, d. h. aus der Tasche aller Staatsbürger dotiren, damit sie von ihren enormen Vermögen einen kleinen Prozentsatz an Steuern bezahlen, obgleich wieder diese Familien es sind, die hauptsächlich die Vortheile der bestehenden Staatsordnung genießen — ich sage, wenn Sie solche Maßregeln gut heißen, dann beweisen Sie damit allerdings Ihre Volks- und Arbeiterfreundlichkeit im reichsten Maße. — Meine Herren, wir haben also durchaus keine Ursache und keine Veranlassung gehabt, uns auf Erörterungen prinzipieller Natur einzulassen; aber was ich in jener Rede sagte, das habe ich für meine Person ausgeführt, und zwar in dem oft zitirten Buch von mir „Die Frau“. — Der Herr Abgeordnete Dr. Bachem stellt fortgesetzt die Fragen: „was wollt ihr? nirgends weist eure Literatur auf, wie ihr euch die Zukunft denkt“. Meine Herren, ich habe, allerdings mit aller möglichen Reserve — das steht deutlich da —, mir Mühe gegeben, nach meiner Auffassung, und soweit man das vom gegenwärtigen Stande der Entwickelung für die Zukunft zu beurtheilen im Stande ist, auseinanderzusetzen, wie nach meiner Meinung sich die Produktion, die Konsumtion, die allgemeine Erziehung, kurz alle wesentlichen Lebensinteressen der Gesellschaft in einem sozialistischen Gemeinwesen entwickeln dürften. Herr Bachem erklärt, davon habe er nichts gelesen; Herr Richter aber kommt und sagt, das steht ja nun bereits in Bebels „Frau“ und giebt sich die Mühe, in einer langen, mit guten und schlechten Witzen gespickten Rede (Lachen) das dort Gesagte nach Möglichkeit zu widerlegen. Ja, meine Herren, wenn man ernste Dinge und ernste Bestrebungen mit guten oder schlechten Witzen aus der Welt schaffen könnte (Lachen), dann wäre das vielleicht dem Herrn Abgeordneten Richter gelungen; aber wer ernste Dinge und ernste Bestrebungen mit Witzen zu bekämpfen sucht, der stellt sich damit selbst sein Armuthszeugniß aus. (Unruhe. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Und nun weiter, meine Herren. Es wurde mir auch gesagt durch den Herrn Abgeordneten Dr. Bachem, und nur dadurch konnte er dazu kommen, zu sagen: Sie haben das alles

in Aussicht gestellt zu schildern, haben es aber nicht geschildert, — indem er sich auf meine Schrift „Unsere Ziele“ berief. Es ist dies eine Broschüre, die ich im Jahre 1869 geschrieben habe, und in der ich allerdings ausführte: wir werden dazu übergehen, eines Tages das Zukunftsstaatsgemälde in allen Einzelheiten darzulegen und den Plan dazu zu entwickeln. Das habe ich also damals geschrieben; aber meine Herren, ich habe aber auch später — und das zeigt die große Aufrichtigkeit, mit der wir in unserer Thätigkeit zu Werke gehen — im November 1885, als es sich darum handelte, die 9. Auflage von „Unsere Ziele“ herauszugeben, folgende Vorrede verfaßt:

Von vielen Seiten seit Jahren gedrängt, eine neue Auflage — die neunte — der vorliegenden Schrift erscheinen zu lassen, habe ich mich endlich dazu entschlossen. Der Grund zu dieser Zögerung war, daß ich bei meinen mit der Entwickelung der Bewegung weiter vorgeschrittenen Anschauungen mich mit dem eigentlich positiven Theil der Ausführungen in der Schrift nicht mehr allenthalben einverstanden erklären konnte. Ebenso wenig konnte ich mich aber auch zu einer mehrseitig gewünschten Umarbeitung verstehen. Die Schrift ist, wie sie vorliegt, die Frucht eines historischen Vorgangs in der Bewegung; etwas daran umzuändern, war nicht möglich, ohne den ganzen Inhalt in Frage zu stellen, sodaß nichts als der Titel übrig blieb. Ueberdies bildet die Arbeit meinen ersten schriftstellerischen Versuch. — So bin ich zu dem Entschluß gekommen, die Schrift unverändert erscheinen zu lassen als Zeugin einer Phase in der Bewegung, die auch für den Nachwuchs der Partei ihr Interesse besitzt, und in der Hoffnung, daß sie agitatorisch immer noch einen gewissen Werth behalten hat.

Dresden-Plauen, Anfang November 1885. A. Bebel.

Meine Herren, kann ein Schriftsteller loyaler sein? kann ein Schriftsteller denjenigen Männern gegenüber, die seine späteren Schriften lesen und darin einen Widerspruch gegen seine früheren finden, offener sagen, warum dieser Widerspruch zwischen seinen früheren und späteren Schriften vorhanden ist? Wer von 1885 ab meine Schrift „Unsere Ziele“ kaufte und gelesen hat, hat auch die Vorrede gelesen und wußte also ganz genau, woran er mit deren Inhalte war. Also weit entfernt, irgend einen illoyalen Kunstgriff anzuwenden, wie mir auch der Herr Abgeordnete Stöcker am Sonnabend unterstellte, daß wir, obgleich wir wüßten, daß das, was wir schrieben, nicht mehr wahr sei, dennoch fortgesetzt die Massen damit fanatisirten, — eine Unterstellung, die durch nichts begründet ist, — habe ich durchaus korrekt gehandelt. Und da der Abgeordnete Stöcker das, was sich eigentlich auf „Unsere Ziele“ hätte beziehen sollen, auf mein Buch „Die Frau“ bezog, so will ich hier sofort bemerken, daß ich alles, was in meinem Buche „Die Frau“ enthalten ist, auch heute noch voll und ganz aufrecht erhalte, und daß die nächste 13. Auflage noch in schärferer Tonart geschrieben sein wird als die gegenwärtige 12. und die zirka 70 000 Exemplare, die davon bis jetzt in die Welt gegangen sind. — Dies zu ihrer Belehrung. — Dann hat Herr Bachem gemeint: weder ist Liebknecht noch ist Bebel heute noch der alte. Herr Bachem, wir sind noch genau die alten — oder, wenn Sie wollen, die jungen — wie früher. Wir stehen heute in allen wesentlichen Dingen auf denselben Standpunkt wie früher; wir gehen nur viel weiter, als wir früher gegangen sind, und das Fazit unsrer theoretischen Entwickelung ist im Erfurter Programm zum Ausdruck gekommen. Wenn Sie dieses Programm mit den Programmen von 1868/69 und später vergleichen, dann werden Sie zugeben müssen, daß das Erfurter Programm unendlich klarer ist als die früheren und in seinen Forderungen unendlich weiter geht. — Meine Herren, es war die Zeitung des Herrn von Hammerstein, die „Kreuzzeitung“, die unmittelbar nach dem Erfurter Kongreß in einer Besprechung der Verhandlungen dieses Kongresses zu dem Resultat kam: die Sozialdemokratie ist die einzige Partei in Deutschland, die ein klares Programm hat, und die weiß, was sie will. Wenn ein Blatt dergleichen schreibt, das auf dem uns entgegengesetzten Flügel steht, dann ist mir diese Anerkennung meines entschiedensten Feindes viel angenehmer als die schwächlichen Kritiken, die die Herren hier halten, weil sie sich von unserm Entwickelungsgange und unsren Bestrebungen sehr ungenau unterrichtet haben. — Nein, meine Herren, ich bin in den 30 Jahren, die ich in der Bewegung stehe, von Jahr zu Jahr weiter geschritten; das rechne ich mir zum Ruhme an. Ich gehe heute in meinen Forderungen an Staat und Gesellschaft viel weiter als je zuvor. Der Herr Abgeordnete Richter hat sich darauf bezogen, wie wir vor 30 Jahren zum ersten Mal in Frankfurt a. M. auf einem Arbeitertag zusammen kamen, beide als Vertreter Schulze'scher Ideen. Nun, meine Herren, ich habe einen Mauserungsprozeß durchgemacht und die Partei, der ich angehöre, ebenfalls; aber der Abgeordnete Richter und die Partei, der er angehört, auch — nur mit dem Unterschied: ich und meine Partei, wir haben uns nach vorwärts entwickelt, er und seine Partei sind entweder stehen geblieben oder sie haben sich nach rückwärts entwickelt. (Große Heiterkeit.) Das ist der

große Unterschied, der in den 30 Jahren zwischen uns vorgekommen ist. Während ich in allen meinen Anschauungen von Jahr zu Jahr vorwärts geschritten bin und heute auf einem weit radikaleren Standpunkt stehe in allen Fragen, als ich vor 30 Jahren gestanden habe, hätte Herr Richter die Ausführungen und die Theorieen, die er am letzten Samstag in Bezug auf die Krisen und in Bezug auf die Nothwendigkeit und die Wichtigkeit des Sparens hier mit großem Aplomb, wie man es bei ihm gewohnt ist, vorgetragen hat, genau ebenso vorgetragen und zwar Wort für Wort, wenn er vor 30 Jahren darüber gesprochen hätte — und er hat damals darüber gesprochen. Herr Richter ist also, so zu sagen, ein lebender Petrefakt. (Große Heiterkeit.) Er ist ein Mann, der nichts gelernt, aber sehr viel vergessen hat. — Meine Herren, damals — das muß ich hier hervorheben — war der Herr Abgeordnete Richter ein fortschrittlicher Demokrat, heute ist er ein freisinniger Liberaler. Man vergleiche einmal das Programm der Fortschrittspartei mit dem Programm der freisinnigen Partei von heute, und der Rückschritt liegt auf der Hand. Also der Unterschied zwischen uns ist allerdings da: Herr Richter ist nach rückwärts, wir sind nach vorwärts gegangen. — Und nun, meine Herren, indem wir sowohl als Personen, wie als Partei — um das Wort, das Ihnen neulich so viel Spaß gemacht hat, zu wiederholen — einen fortgesetzten geistigen Mauserungsprozeß durchgemacht haben, haben wir bei uns gethan, was auf allen Gebieten, die mit dem Fortschritt der Zeit in Beziehungen stehen, ebenfalls vor sich geht, und was sich sogar bei Ihnen vollzieht. Meine Herren, sagen Sie einem Juristen — doch das sind meiner Meinung nach im Grunde durchaus reaktionäre Leute — (Zuruf) — die Juristen! (Zuruf.) — Ja, es ist ein wahres Glück, daß Stadthagen nicht mehr Jurist ist. (Große Heiterkeit.) — Meine Herren, unter den vielen Einwendungen, die der Herr Abgeordnete Bachem am Freitag in seiner Rede gegen mich machte, überraschte mich eine, die er nicht gemacht hat, wodurch er gerade bewies, daß er innerlich weit mehr, als er öffentlich zugeben will, das Wesen und den Charakter der künftigen sozialistischen Gesellschaft erkannt hat. Meine Herren, bei der Frage, die er stellte, was aus ihm in der sozialistischen Gesellschaft werden sollte, sagte ich ihm: Blechschmied. Er lehnte das ab, weil er keine Befähigung dafür empfinde. Nun, wir können ihn ja auch zu etwas anderem machen, irgend eine Beschäftigung wird sich für ihn finden. Aber er hat — und das überraschte mich — nicht die Frage gestellt: wie wollen Sie mich als Juristen beschäftigen? Er hat also vollkommen klar erkannt, daß er als Jurist in der sozialistischen Gesellschaft vollkommen überflüssig ist — und das ist richtig. (Heiterkeit.) Er sagte sich also: da bist du als Jurist ein so überflüssiger Mensch, wie nur irgend einer; er hat also ganz richtig anerkannt, daß er etwas anderes werden müsse, — meinetwegen Straßenkehrer, das ist eine sehr nützliche Thätigkeit, die für uns ebenso nützlich ist und die wir deshalb ebenso belohnen wie irgend eine wissenschaftliche Thätigkeit. — Doch um auf mein Thema zurückzukommen — fragen Sie einmal einen Mediziner, wie in den letzten 5 Jahren die medizinische Wissenschaft sich entwickelt hat und ob heute noch gelte, was damals galt; fragen Sie einen Naturwissenschaftler, einen Techniker, einen Ingenieur, kurz, fragen Sie jeden Menschen, der kraft seiner technischen oder wissenschaftlichen Thätigkeit genöthigt ist, mitten in der Strömung unserer Gesellschaft zu stehen! Alle werden Ihnen sagen: da giebt es kein Stillstehen, das ist nicht denkbar; das entwickelt sich, das fließt in einem fort, wie schon Heraklit sagte: die Natur- und Menschheitentwickelung ist in ununterbrochenem Fließen begriffen, eins entsteht aus dem anderen. Und Hegel hat ja das große Verdienst, daß er diesen Entwickelungsprozeß der Menschheit nicht nur philosophisch begründete, sondern auch hinwies, wie in einem gegebenen Stadium der Entwickelung die Quantität in die Qualität umschlägt; — mit andern Worten: wie in dem Beispiel, das wir haben in Bezug auf die bürgerliche Gesellschaft, in dem Zeitpunkt, wo die bürgerliche Gesellschaft auf der Höhe ihrer Entwickelung angekommen ist, sie ihre höchste Blüthe erreicht hat, aber auch alle Uebel, die ihr anhängen, in erhöhtem Maße sich entwickelt haben, alsdann der Umschlag in die Qualität, in den Sozialismus mit Nothwendigkeit erfolgen wird. — Meine Herren, das sind Grundsätze und Anschauungen, die heute in der Wissenschaft überall Geltung haben, denen auch Sie, wenn auch widerwillig, und zwar sogar die Herren von der Rechten, Rechnung tragen müssen. — Was sagte Herr Stöcker auf meine Frage: was werden Sie in fünf Jahren thun? — Ja, da werden wir auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen, weiter lernen und das Gelernte im besten Sinne verwenden. Also auch die Herren von der Rechten, die früher nie einen unterbrochenen Fortschritt im Staat und in der Gesellschaft zugeben wollten, müssen heute anerkennen: es geht mit dem Stillstehen nicht mehr, wir schreiten weiter; jeder Tag, jedes Jahr bringt neue Erscheinungen, und je nachdem diese Erscheinungen uns entgegentreten, und je nachdem, was aus diesen Erscheinungen resultirt, sind wir genöthigt, dazu Stellung zu nehmen und danach unsere Maßnahmen zu treffen.

Das giebt also sogar die Rechte zu. — Auch der Herr Abgeordnete Bachem hat auf meine Frage: was werden Sie denn in 5 Jahren thun? — geantwortet, indem er mir suchte dadurch auszuweichen: ei, wir stehen auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung auch noch in fünf Jahren und da werden wir thun, was diese erfordert. Ja, gerade weil Sie auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung stehen und weil Sie diese vollständig klar nach allen Richtungen überschauen können, deswegen sollten Sie erst recht in der Lage sein, zu sagen, was Sie in fünf Jahren thun werden. Aber Herr Bachem, eine andere Frage: sind Sie so sicher, daß Ihre Staats- und Gesellschaftsordnung in fünf Jahren noch besteht? Sie kann ja auch in fünf Jahren zu Grunde gehen! — Herr Abgeordneter Bachem, Sie nicken mit dem Kopf! Woher haben Sie denn dieses Wissen? Sie wissen das gerade so wenig, wie, daß Sie nach dem Tode selig werden; Sie glauben das nur, nichts weiter; einen Beweis haben Sie nicht. — Ich sage also: Sie sind nicht in der Lage, obgleich Sie Ihre Gesellschaftsordnung in allen Einzelheiten vor Augen haben, sagen zu können, was Sie in fünf Jahren machen werden. — Meine Herren, ich habe am letzten Samstag Abend in der Subkommission der Militärkommission mich sehr amüsirt, als wir einen Antrag des Abgeordneten Richter verhandelten, indem an die Regierung die Frage gestellt wurde — ich habe augenblicklich den Wortlaut nicht zur Hand, aber der Sinn ist der, den ich anführe —: welche einmaligen und außerordentlichen Ausgaben denkt die Reichsregierung in den nächsten drei Jahren auf Grund der vorhandenen Gesetze und Einrichtungen vom Reichstage fordern zu müssen? Da erklärten sämmtliche anwesenden Herren Offiziere und Kommissare: das wissen wir nicht. Ich rief auch sofort dem Kollegen Gröber zu, der mir vis à vis saß: sehen Sie, Herr Kollege Gröber, das war auch eine Frage nach dem Zukunftsstaat, und wir haben keine Antwort erhalten. Wir erhielten keine Antwort, obgleich doch das Militärsystem, um das es sich handelt, vorhanden ist. Freilich, 1887 und 1890 erklärten jene Herren ja auch: wir haben jetzt die letzten großeren Anforderungen gestellt, das System ist ausgestattet, wir werden mit neuen größeren Anforderungen nicht mehr kommen. Und jetzt kommt man schon wieder mit einem noch größeren Plan, den man uns in Form einer neuen Militärvorlage vorlegt! Warum aber kommt man denn damit? — Einfach deshalb, weil die Herren von der Regierung, da Deutschland nicht mit einer chinesischen Mauer umgeben ist, sondern in politischen und internationalen Beziehungen zu allen Völkern der Erde und besonders zu seinen Nachbarn steht — weil die Regierungen erkannt haben wollen, daß die allgemeine politische Situation sich so entwickelt hat, daß das, was sie 1887 und 1890 für ausreichend erachteten, heute nicht mehr ausreicht. — Also, meine Herren, den feierlichen Erklärungen der Regierung zum Trotz kommt diese wieder mit neuen Gesetzen und Anforderungen an Sie heran, deren Nothwendigkeit sie vorher nicht hat voraus sehen können. Und angesichts solcher Thatsachen kommen Sie und verlangen von uns eine detaillirte Ausmalung eines „Zukunftsstaates“, von dem wir nicht wissen, wann er ins Leben tritt! Meine Herren, wenn eine solche Ausmalung einen Werth haben sollte, so wäre das doch nur dann, wenn die gesammte Partei darüber beriethe, verhandelte und Beschlüsse faßte; denn sonst würden sie ja immer sagen können: ja, das will der Bebel, das will der Liebknecht, das will der Auer — aber was will denn die Partei? Meine Herren, wohin kommen wir denn da? Wenn die Regierung mit einem Gesetzentwurf kommt, dann sagen in der Regel die verschiedenen Parteien, der Gesetzentwurf taugt entweder garnichts oder er muß umgestaltet werden, bis er brauchbar wird. Das machen Sie so bei jedem Gesetzentwurf, obgleich Ihr eigener Auftraggeber, die Herren von der Regierung, doch innerhalb ihres Interessenkreises stehen und ganz gescheute Leute sind — das will ich Herrn von Boetticher zur Beruhigung bemerken, wobei nicht ausgeschlossen ist, daß die Herren über einen gewissen Kreis nicht hinaussehen können, was allerdings bei ihnen der Fall ist. So kommen alle Augenblicke Gesetzentwürfe an Sie heran, die Sie beunruhigen und unzufrieden machen, und Sie lehnen entweder diese Gesetzentwürfe ab oder Sie gestalten sie dermaßen um, daß man sie oft nicht mehr wiederkennen kann. Als die Regierung zum ersten Mal mit dem Unfallversicherungsgesetz vor den Reichstag trat, wurden solche Einwendungen dagegen gemacht, daß der Entwurf zurückgezogen wurde und ein Jahr später ein neuer Entwurf kam. Das alles geschieht auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Und weil wir nun nicht so einfältig sind, Ihnen auseinander zu setzen, was vielleicht in Jahrzehnten oder erst in einem halben Jahrhundert geschehen wird, in allen Einzelheiten klarzulegen, weil wir garnicht wissen können, bis zu welchem Grade die Entwickelung dann gekommen sein wird und welche Richtung sie genommen hat, um danach unsere Maßnahmen zu treffen, schreien Sie über die Unklarheit und Frevelhaftigkeit der Sozialdemokratie, die Schwindelhaftigkeit *der Sozialdemokratie,* die nicht zu sagen vermöge, wie sie sich den „Zukunftsstaat“ in

allen Einzelheiten vorstellt! — Meine Herren, begreifen Sie denn garnicht die große Inkonsequenz, die in Ihrem ganzen Verhalten liegt? Wenn Sie selbst einmal ernsthaft über diese Sachen nachdenken wissen Sie was —? dann müßten Ihre Redner sich schämen über die Einwendungen, die Sie uns gegenüber gemacht haben. (Lachen rechts und im Zentrum. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Ja wohl, schämen müßten sie sich; denn sie müssen sagen: es ist ganz unmöglich, solche Fragen zu stellen in der Erwartung, daß man sie ernst stellt und ernst beantworten soll. — Der Herr Bachem hat weiter gemeint: verliert der deutsche Arbeiter das Denken, dann kommt die soziale Republik. Nein, Herr Bachem, die kommt erst, wenn der Arbeiter **denkt**, nicht, wenn er nicht denkt; und weil der Arbeiter nicht denkt, deswegen läuft er Ihnen nach; wenn er dächte, käme er zu uns, käme er zur Sozialdemokratie, und alle Arbeiter, die das Denken gelernt haben, was Sie bisher bei denselben unterdrückten, sind Sozialdemokraten geworden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Natürlich kommt dann wieder das bekannte Schreckbild vom Waten im Blute (Zuruf), — ja, vom Waten im Blute bis an die Knie. Das soll, nach Ansicht der Herren, kommen, wenn die Katastrophe eintritt. Meine Herren, ich fragte mich: was soll diese ganze Debatte eigentlich bei Ihnen bedeuten? — und da bin ich zu der Ueberzeugung gekommen: es ist eine Verlegenheitsdebatte, die Sie veranlaßten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie fürchten, daß Sie nächstens bei den Wahlen gegen uns Sozialdemokraten die Schlacht zu schlagen haben, und da möchten Sie recht viel Material haben, das sie gegen uns verwerthen können, und da glauben Sie, Sie müßten eine Reihe heikler und kitzlicher Fragen stellen, in der Hoffnung, daß wir Dummheiten machten und Ihnen Wasser auf Ihre Mühle lieferten. Sehen Sie, das ist das ganze Geheimniß dieser Debatte, und darin täuschen Sie sich; denn ganz abgesehen davon, daß wir keine Freunde von Dummheiten sind, haben wir andrerseits auch keine Ursache, irgend etwas vor Ihnen zu verhehlen. Haben Sie wirklich so große Angst, daß es einmal bei der Umwandlung der heutigen Gesellschaft in die sozialistische nicht ohne das Waten im Blute abgehe, dann, glaube ich, irren Sie sich. Ich habe die Ueberzeugung, daß, wenn die Entwickelung der heutigen Gesellschaft in ruhiger Weise weiter geht, sodaß sie zu ihrer höchsten Entwickelung gelangen kann, es möglich ist, daß die Umwandlung der heutigen Gesellschaft in die sozialistische sich eben so ruhig und verhältnißmäßig rasch vollzieht, wie etwa 1870 die Franzosen zur Republik kamen und mit Napoleon fertig wurden, nachdem er bei Sedan geschlagen und gefangen worden war. — Wir wissen allerdings nicht, wie die Entwickelung im einzelnen sich vollzieht. Wir haben die Entwickelung nicht in der Hand; umgekehrt, die Entwickelung hat uns in der Gewalt. Die Verhältnisse zwingen uns, uns nach ihnen zu richten, nicht umgekehrt. Das Ziel der Menschheit in ihrem Entwickelungsgange geht allerdings dahin, eines Tages so weit zu kommen, daß die Verhältnisse, die heute die menschliche Gesellschaft bestimmen und beherrschen, von der Gesellschaft bestimmt und geleitet werden. Das ist die Lösung des Räthsels, auf die wir hinsteuern. (Zurufe.) — Da rufen Sie „Ach"! Sie wundern sich über alles neue, was Sie hören; Sie begreifen es eben nicht, und darum Ihr „Ach"! Meinetwegen rufen Sie nur immer: Ach! (Heiterkeit.) — Also ich sage noch einmal: wir haben nicht den Glauben, daß es absolut zu einem Blutbade kommen **muß**. Und noch eins, meine Herren: Sie erwarten nur in der Zukunft, was Ihre eignen Väter in der Vergangenheit gethan, — ich will nicht sagen, Ihre direkten Väter, aber Ihre Vorgänger — und imputiren uns das Gleiche. Ihre Vorgänger z. B. vom Jahre 1789 ab und den folgenden Jahren in Frankreich, die sollen, wie es heißt, 30 000 Aristokraten und Pfaffen — wie man damals sagte — die Köpfe abgeschlagen haben — ich weiß nicht, ob es so viele gewesen sind; es ist auch gleichgiltig. Das konnte aber nur geschehen, weil seiner Bildungsstufe entsprechend damals das Bürgerthum glaubte, daß, wenn es den Personen die Köpfe abschlüge, sich auch die Dinge ändern müßten. Hätte die französische Revolution nicht zugleich, indem sie den Gegnern die Köpfe abschlug, die Dinge so aus dem Grunde geändert durch Gesetze und insbesondere durch soziale Umwandlungen, wie z. B. die Konfiskation des Grund und Bodens, welchen die Geistlichkeit, die Kirche und der Adel besaß, eine war, und indem man die Vertheilung dieses Grund und Bodens an die bisherigen Hörigen und leibeigenen Bauern vornahm, — hätte man solche und ähnliche Maßregeln nicht ergriffen, die Revolution wäre **nicht** zum Siege gekommen, und wenn sie 300 000 Köpfe statt 30 000 abgeschlagen hätte. Umgekehrt wären die Dinge, glaube ich, ebenso gekommen, wie sie gekommen sind, wenn sie keinen einzigen Kopf abgeschlagen hätte, auch den Ludwigs XVI. nicht. — Meine Herren, das ist eben der Unterschied zwischen uns heute und Ihren Vorfahren von damals. Wir wissen, daß der Schwerpunkt nicht in den Personen, sondern in den Dingen liegt. Das haben wir Ihnen immer gesagt, z. B. wenn Sie Ihren Fürst Bismarck verherrlichten; wir sagten Ihnen: wenn

eines Tages kein Bismarck mehr da ist, wird es genau so gehen, wie es vorher gegangen ist! — und Sie sehen, daß es geht. Und wenn wir heute allesammt, wir und die Herren von der Regierung, plötzlich auf einen Tag stürben, Sie, die Elite der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland, so würde das gar nichts an dem Gange der Entwickelung ändern, alles würde bleiben, wie es ist, nach vier Wochen wäre ein neuer Reichstag da, genau so schön, wie der alte ist. (Heiterkeit.) Meine Herren, so sehen wir die Sache an. Es ist gleichgiltig, was der einzelne Mensch denkt; darum sagte ich neulich auch Ihnen: auf Sie paar Männlein kommt es nicht an und auch auf viele andere nicht, ob Sie nun hier oder anderwärts sind. Es ist also die Entwickelung der Dinge, welche die Gesellschaft und die Menschen ändert. Und weil die Entwickelung auf allen Gebieten das nur zeigt, bestreben wir uns, das Wesen der Dinge kennen zu lernen, sind wir bestrebt, hinter die Gesetze zu kommen, welche ihre Entwickelung bestimmen. Und sind wir zu dieser Kenntniß der Dinge und der Gesetze, die sie beherrschen, gekommen, so können wir unsere Maßregeln treffen; aber im übrigen ist sehr gleichgiltig, ob diese oder jene Personen da sind. Meine Herren, ginge es nach mir, so würde ich wünschen, daß Sie noch alle in jenem Zeitpunkt am Leben wären, wo die sozialistische Gesellschaft ins Leben träte, und ich würde mich sehr freuen, wenn Sie sich recht ärgerten über die schönen Zustände in unserm sozialistischen „Staat". (Große Heiterkeit.) Es ist mir sogar lieber, Sie ärgerten sich zu Tode, als daß wir in die Verlegenheit kämen, Ihnen ans Leben zu gehen. (Heiterkeit und Zuruf.) — Herr Abgeordneter Knörcke, es kann wohl so kommen, daß auch Sie sich zu Tode ärgern. — Ich komme nun zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Richter. (Zwischenruf.) — Ja, meine Herren, Sie haben sich die Suppe eingebrockt, Sie müssen sie auch ausessen, hilft Ihnen alles nichts. Wir wollen Ihnen nur beweisen, daß wir nicht vernichtet sind. — Der Herr Abgeordnete Richter hat auch wieder am Sonnabend diese wundersamen nationalökonomischen Ansichten vorgetragen, die ihn ganz speziell auszeichnen. Er ist in dieser Beziehung sogar ein Unikum in seiner eigenen Fraktion. Ich bezweifle z. B. sehr, daß sein Freund der Abgeordnete Dr. Bamberger bereit wäre, alle die nationalökonomischen Ausführungen, die der Abgeordnete Richter am Sonnabend gemacht hat, Wort für Wort zu unterschreiben. Ich halte den Abgeordneten Bamberger für viel zu klug. Er weiß überhaupt viel mehr, als er sich den Anschein giebt. (Große Heiterkeit. — Zwischenruf.) — Keineswegs, damit ist er kein Heuchler. Ich sage auch nicht alles, was ich denke, und ich glaube, jeder vernünftige Mensch macht es so. — Ich will damit nur sagen: der Herr Abgeordnete Bamberger hat in seinem langen Leben so viel Erfahrungen gemacht und insbesondere während seines langen Aufenthalts in Frankreich eine Menge Kenntnisse erlangt, die vielen seiner Fraktionsgenossen abgehen, und speziell dem Herrn Abgeordneten Richter, der ja in seiner ganzen Thätigkeit nach meiner Auffassung eine außerordentlich einseitige Entwickelung hatte, aber in dieser, wie ich zugebe, in gewissem Sinne Vorzügliches leistete. Daher übersieht der Herr Abgeordnete Bamberger viele Dinge, die andere nicht sehen, und dahin gehören insbesondere die ökonomischen Faktoren und ihre Wirkung und insbesondere die Natur der ökonomischen Gesetze. Ob z. B. Herr Dr. Bamberger bereit wäre, zu unterschreiben, was Herr Richter am Samstag über die Natur und die Entstehung der Krisen gesagt hat, bezweifle ich stark. Die Krisen sind entstanden, weil wir schlechte Ernten gehabt haben — sagt der Herr Abgeordnete Richter. Ja, warum sind denn solche Weltkrisen — denn eine solche haben wir jetzt — nicht auch in früheren Jahrhunderten vorhanden gewesen, wo es auch schlechte Ernten gab? Einfach deshalb, weil nicht entfernt die Produktionsbedingungen und Produktionsinstrumente, die wir gegenwärtig zur Waarenerzeugung besitzen, zu jener Zeit vorhanden waren. Gewiß hat auch die mittelalterliche Gesellschaft Noth und Elend in reichlichem Maße gekannt, vielleicht in reichlicherem als die unsere, und zwar gerade deshalb, weil die moderne bürgerliche Gesellschaft in ihrer gegenwärtigen Höhe der Entwickelung damals nicht existirte. Wenn zu jener Zeit in einem Kreise, einer Provinz oder einem Lande eine Hungersnoth ausbrach, so war es nicht möglich wegen der mangelhaften Verkehrsmittel, das Getreide von anderen Orten, wo es vielleicht im Ueberfluß vorhanden war, herbeizuführen, um die Hungersnoth zu dämpfen. Man kannte zu jener Zeit Hungerjahre, Pestjahre, Kriegsjahre, die Noth und Elend weithin verbreiteten; aber ökonomische Krisenjahre, wie sie die gegenwärtige Gesellschaft kennt und periodisch immer wieder durchzumachen hat, kannte die mittelalterliche Gesellschaft nicht, sie waren damals unmöglich und undenkbar. Diese sind erst eine Erscheinung der modernen Zeit, der Großkapitalentwickelung, die sich in den letzten 200 Jahren in vorgeschrittenen Ländern, zunächst in England, dann in Frankreich und schließlich bei uns in diesem Jahrhundert entwickelt hat. — Eine Ueberproduktion, wie ich sie anführte, ist eine Ueberproduktion an Waaren; sie entsteht nicht aus der Konsumtionsunfähigkeit, sondern

aus der fehlenden Kaufkraft der Masse. Je geringer die Löhne sind, die die Masse bekommt, und je größer der Profit ist, der in die Tasche der Unternehmer fließt, und je rascher die Produktion vor sich geht, um so gewaltiger werden die Krisen, die aus diesen Widersprüchen entstehen; ihre Dauer wird immer länger, die Prosperitätsepoche wird immer kürzer. Diese Entwickelung liegt im Wesen der modernen Gesellschaft, und es ist eine durchaus einseitige Auffassung, wenn man die Ernten für die Krisen maßgebend machen will. Gewiß hat die Ernte einen gewissen Einfluß auf den Zustand des Marktes, weil die Leute, die eine schlechte Ernte gehabt haben, also ein großer Theil des Bauernstandes, nicht so kaufkräftig ist wie bei guter Ernte. Aber worauf es hauptsächlich ankommt, ist, daß die große Masse, die arbeitende Klasse, in Zeiten der Krise durch die Arbeitslosigkeit und das Sinken der Löhne immer kaufunkräftiger und damit auch wieder die Krise intensiver wird. Es werden immer neue Waaren erzeugt, aber die genügenden Käufer für die Waaren fehlen. Das ist das Fehlerhafte in der heutigen Entwickelung, daß der Reichthum sich in immer weniger Händen konzentrirt, daß wir eine verhältnißmäßig kleine Anzahl von Leuten haben, die 20-, 50-, 100 000, ja eine Million und mehr Mark jährlich einnehmen und damit immer neue Kapitalbildungen vornehmen, die in immer neuen Unternehmungen Unterkommen suchen. Dieser Neubildung von Kapitalien und ihrer industriellen Ausnutzung steht aber kein entsprechender Verbrauch an Waaren gegenüber. Die große Masse darbt und leidet Hunger, die kleine Minorität lebt im Ueberfluß und verbraucht nicht, was sie besitzt. Wäre es möglich, die rasche Kapitalbildung zu verhüten dadurch, daß, was dem einzelnen Kapitalisten zu gute kommt, der Masse der Arbeiter zu gute käme, wäre es möglich, diesen ihren Lohn um 33 Prozent, um 50 oder mehr Prozent z. B. im gegenwärtigem Augenblick zu erhöhen, Sie sollten sich wundern, wie rasch die Krise verschwinden würde, denn mit diesen 33 bis 50 Prozent mehr Lohn wäre es der Arbeiterklasse möglich, entsprechend mehr Waaren zu konsumiren, und dadurch würden die aufgestapelten Waarenmassen verschwinden und machten neuer Produktion Platz. So liegen die Dinge in Wahrheit, und nicht, wie Herr Richter sie dargestellt hat. — Dann hat er auch gesprochen von den Schaustellungen der Arbeitslosen: das seien nicht Arbeitslose, das seien sozialdemokratische Abgeordnete gewesen, die dort Reden gehalten hätten. Gewiß waren es Abgeordnete, das wissen wir ja genau, es hat auch in allen Zeitungen gestanden. Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, hinzugehen, weil wir eingeladen wurden. Die Männer — zum Theil waren es unsere Parteigenossen — sagten uns: ihr nüßt solche Versammlungen abhalten und dort auftreten und den Leuten sagen, woher diese Krisis kommt, was ihre Ursache ist und wie sie beseitigt werden kann. Das haben wir gethan nach bestem Wissen und Können, genau so wie der Abgeordnete Richter und seine Freunde in ihre Versammlungen gehen, wenn sie dazu aufgefordert werden und dort sprechen. Wenn er weiter sagt, es seien keine Arbeitslosen aufgetreten, dann hat er entweder in seiner Zeitung sehr schlechte Berichte gehabt oder überhaupt keine; denn es ist nicht wahr, daß keine Arbeitslosen aufgetreten sind. Sie sind in den zwei Versammlungen, in welchen ich gewesen bin, in überraschend großer Zahl aufgetreten. Es war für mich, der ich doch, wie ich glaube, mit den Arbeiterverhältnissen bekannt bin, ein wunderbares Schauspiel, wie aus der Mitte der Versammlung einer nach dem anderen auftrat und die Leute ihre Nothlage schilderten, wie sie erzählten, daß sie nicht bloß seit Wochen, daß sie schon Monate, oft viele Monate lang arbeitslos waren, wie sie sich vergeblich bemüht, Arbeit zu finden, und dabei die Antworten mittheilten, die sie erhalten hätten. Es war mir hochinteressant, in diesen Versammlungen zu verweilen, und ich bin schließlich fortgegangen mit der Erkenntniß, daß ich dort vieles gelernt, was ich vorher noch nicht gewußt. — Nun sagt der Herr Abgeordnete Richter weiter, die Sozialdemokratie könne auch im „sozialistischen Staate" nicht die Arbeitslosigkeit verhindern, sie müsse auch dort die Arbeiter auf den Schub bringen. Herr Richter ist in seinen bürgerlichen Ideen so verrannt, daß er sich aus diesen nicht herausdenken kann. Wenn Sie die Schilderungen in seinen Zukunftsbildern lesen, dann ist das nicht der sozialistische „Staat", den er kritisirt, sondern das ist der Richter'sche Zukunftsstaat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Richter hat sich seinen eigenen sozialistischen „Zukunftsstaat" zurechtgelegt; den malt er aus und widerlegt dann, was er selbst aufgestellt. Die ganze Ausmalung wiederspiegelt, natürlich verzerrt, die bürgerlichen Einrichtungen. Das geht sogar so weit, daß er dem sozialdemokratischen „Zukunftsstaat" auch einen Reichskanzler giebt. Ich wundere mich nur, daß er ihn nicht auch Caprivi genannt hat. (Zurufe.) Herr Richter, es thut mir leid — ich habe nicht verstanden, was Sie sagten, sonst würde ich antworten; ich bin nicht, wie Sie, böse, wenn Sie mich unterbrechen. — Er malt aus, daß der sozialistische Reichskanzler durch die Stiefelputzfrage zum Stolpern kommt. Der Reichskanzler putzt sich nämlich die Stiefel nicht selber, er hat

einen Dummen gefunden, der ihm das besorgt; das erfahren andere, und nun muß er seinen Posten verlassen. Herr Richter ist in seinen kleinlichen Auffassungen so verrannt, daß er nicht einmal auf den Gedanken kommt, daß es doch auch möglich wäre, eine Stiefelputzmaschine zu erfinden, und daß damit die geschilderte Gefahr für den sozialistischen Reichskanzler nicht existirt. (Große Heiterkeit.) — Meine Herren, Sie lachen darüber und amüsiren sich! Nun will ich Ihnen etwas sagen, über das Sie auch lachen mögen. Kaum war ein halbes Jahr vergangen, seitdem die Richter'sche Broschüre erschienen war, da kam aus Nürnberg die Nachricht, daß ein dortiger Industrieller eine Stiefelwichsmaschine erfunden habe. Es wurde sogar behauptet, es wäre ein Parteigenosse des Herrn Richter. (Heiterkeit.) Ob das nun wahr ist oder nicht, ist gleich; Thatsache aber ist, daß in Amerika schon heute Stiefelputzmaschinen in Gebrauch sind, und wenn die Herren dieses Jahr nach Chicago gehen, können Sie sich mit Hilfe solcher Maschinen Ihr Fußzeug putzen lassen. — Aber, meine Herren, gesetzt einmal der Fall: der sozialistische Reichskanzler müßte sich seine Stiefel selber wichsen — was wär' denn dabei? Ich habe mir die meinen während meines Lebens jahrzehntelang selbst geputzt und mache es auch heute noch, wenn es sein muß. Das genirt mich garnicht! Wenn wir im Gefängniß waren, haben wir nicht nur unsere Stiefel gewichst, die Kleider geputzt, sondern auch den Fußboden gescheuert. Das ist mir ganz wohl bekommen, und hat mir nichts geschadet. Ich habe keine Entwürdigung meiner Person darin gefunden. Oder sind Sie der Meinung, daß das Stiefelwichsen ein unehrliches Geschäft ist (Zurufe und Widerspruch) etwa so, wie man im Mittelalter eine ganze Reihe „unehrlicher" Gewerbe hatte? — Warum machen Sie denn die Sache so lächerlich? (Zuruf.) — Herr Rickert, Sie könnten sich nicht nur Ihre Stiefel selbst wichsen, sondern auch Ihr Bett selbst machen; warum soll das gerade Ihre Frau oder Ihr Dienstmädchen thun? Ich finde garnichts dabei, wenn Sie das selbst besorgen. (Heiterkeit.) — Ich will mit meinen Ausführungen nur beweisen, wie riesig lächerlich und absurd die Einwände sind, die Sie auf den verschiedenen Gebieten uns machen — sie sind wirklich furchtbar lächerlich. Die Sozialdemokratie will allerdings die Arbeit reguliren, sie will sie nach der Konsumtion, nach dem Bedarf richten. Es soll also durch umfassende statistische Erhebungen möglichst genau festgestellt werden, wie wir das heute auch schon in den Anfängen in unseren Kommunen, im Staat und im Reich haben, was für Bedürfnisse gedeckt werden müssen. Nach dem wahrscheinlichen Verbrauch an Konsumartikeln aller Art richtet sich die Produktion derselben. Diese ist also zu übersehen und kann regulirt werden, und zwar so, daß längere Pausen der Arbeitslosigkeit gar nicht eintreten können. Aber ganz abgesehen einmal von dieser künftigen Verbrauchsstatistik, versucht nicht auch schon die heutige bürgerliche Gesellschaft, die, weil sie sieht, wie sie fortgesetzt in Folge ihrer anarchistischen Produktion von einer Krise in die andere kommt, eine gewisse Regulirung der Produktion herbeiführen? — Ich frage die Herren von Stumm, Dr. Hammacher, Oechelhäuser und eine ganze Reihe Großindustrieller hier im Hause, ob nicht alle die Trusts, Ringe, Syndikate, wie sie seit Jahren in den verschiedensten Zweigen der Großindustrie gegründet wurden, einen anderen Zweck haben als den, eine Regulirung der Produktion herbeizuführen und keinen anderen. Diese Organisationen suchen den genauen Bedarf des Marktes an den betreffenden Produkten innerhalb ihrer Branche festzustellen und denselben so zu vertheilen, daß er nach Maßgabe der Größe der einzelnen Betriebe vertheilt wird. Daß diese Regulirung der Produktion, die heute auf kapitalistischem Gebiete im Interesse der **Kapitalisten** versucht wird, in der Regel ihnen mißlingt und mißlingen muß, liegt daran, weil sie nie in der Lage sind, **alle** Interessenten in einem Staate unter einen Hut zu bringen, und selbst wenn dies in einem Staate gelang, die Regulirung auch über den Weltmarkt ihnen nicht gelingt; auch treten noch andere Umstände auf, welche den Erfolg dieser Bestrebungen stören. Und doch liegt in dieser ganzen Trust-, Ring-, und Syndikatenbildung ein Keim für das Zukunftsgebilde, wie denn in der ganzen Entwickelung der bürgerlichen Gesellschaft bereits embryonenhaft alle Keime zur Entwickelung sozialistischer Gesellschaft vorhanden sind. Ueberall, wohin Sie sehen, sind in unserer bürgerlichen Gesellschaft embryonisch die ersten Anfänge zu Organisationen vorhanden, die wir im gegebenen Falle nur zu erweitern, und ins Große auszubilden haben, um sie vollkommen zu machen, die aber auch nur die **sozialistische** Gesellschaft zu ihrer vollen Entwickelung bringen kann, weil sie allein die nöthigen Machtmittel und Kräfte zur Verfügung hat. — Ich sagte neulich: wenn man unsere Aktionäre nehme, auf ein Schiff brächte und außer Landes spedirte, so würde dabei für die Gesellschaft kein Schade sein. Hiergegen sagt der Herr Abgeordnete Richter wieder: ja, das glauben wir Ihnen, die Aktionäre schickten Sie weg, aber deren Geld behielten Sie. Herr Richter, auch ihr Geld wollen wir nicht! Wir packen ihnen all ihr Geld, was sie haben, und die Möbel dazu und alles,

was sie sonst besitzen, mit auf die Reise; wir brauchen das nicht. Ihr Geld und Gold können sie mitnehmen, so viel sie wollen, das genirt uns nicht. Unsere Gesellschaft ist ohne ihr Geld und Gold und ohne ihr Besitzthum zu existiren fähig, weil sie eine arbeitende Gesellschaft ist. — Er hat ferner die Unnatur unserer Forderungen — alles Eigenthum zu Gesellschaftseigenthum zu machen — an der Reichseisenbahnverwaltung nachzuweisen versucht. Meine Herren, wenn wieder etwas beweist, in wie vollständig kleinbürgerlichen, philisterhaften Anschauungen der Herr Abgeordnete Richter befangen ist, dann zeigen das seine Ausführungen über das Staatseisenbahnwesen. Wer giebt ihm darin heute überhaupt noch Recht? und was haben seine Ausführungen hierüber mit unseren Ideen zu thun? Uns treffen sie garnicht. Sind wir denn z. B. mit dieser Staatseisenbahnverwaltung zufrieden? Kann die Staatseisenbahnverwaltung nicht ebenso gut gut sein, wie sie schlecht ist, oder schlecht sein soll? Das liegt doch nur an den Personen, und an den Maximen der Regierung, an gewissen Ueberschußbestrebungen, die zum Schaden des Publikums vorhanden sind; aber doch an und für sich nicht an dem Umstand, daß die Bahnen Reichs- oder Staatseigenthum sind. Und was haben wir denn, indem ich auf die Verstaatlichung der Eisenbahnen kam, beweisen wollen? Ich habe nichts weiter beweisen wollen, als daß, je mehr der Staat schon unter den gegenwärtigen Verhältnissen dazu übergeht, gewisse große Industrieen zu verstaatlichen, er in dem Maaße künftig für Gesellschaft und Sozialdemokratie die allgemeine Expropriation erleichtert. Nichts weiter habe ich beweisen wollen. Die Frage nach der Verwaltung geht mich dabei garnichts an; ob diese heute gut oder schlecht ist, ist für meinen Zweck ganz gleichgültig. Wäre der Staat z. B. in Deutschland so weit gekommen, daß er alle Bergwerke, Minen, Gruben u. s. w., die verschiedenen großindustriellen Unternehmungen, wie die von Krupp, Stumm u. s. w., verstaatlichte, so würde das in letzter Instanz den enormen Vortheil haben, daß es die allgemeine Expropriation, also einestheils die Umwandlung des bürgerlichen Privateigenthums, andererseits die Umwandlung des bürgerlichen Staatseigenthums in gesellschaftliches Eigenthum ungemein erleichterte. Das ist, was ich mit dem, was ich neulich über die Staaseisenbahnen anführte, sagen wollte — und nichts weiter. — Gleich wie nach dem Herrn Abgeordneten Freiherrn von Stumm, so ist auch nach Ansicht des Herrn Abgeordneten Richter der sozialdemokratische „Staat“ — das Wort „Staat“ immer in Gänsefüßchen gebraucht — nicht nur ein Zuchthaus, sondern auch noch schlimmer als unser heutiger Militärstaat. Meine Herren, ich habe schon einmal gesagt: wenn die Sozialdemokratie, die heute das allgemeine Stimmrecht für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts vom zwanzigsten Lebensjahr ab verlangt, ferner die volle Preß-, Vereins-, und Versammlungsfreiheit, kurz die weiteste Ausdehnung aller politischen Rechte für Männer wie für Frauen, — ich sage: wenn die Sozialdemokratie also die radikalste demokratische Partei ist, die je existirte, wie kann sie denn da, nachdem sie zur Macht gekommen, dazu übergehen, Zwangseinrichtungen zu schaffen, wie sie Herr Richter, Herr Bachem und Herr Freiherr von Stumm voraussetzen? Glauben Sie denn, das ließen sich unsere eigenen Anhänger gefallen? (Verschiedene Zurufe.) — Meine Herren, Sie rufen so widersprechende Aeußerungen nur zu, daß ich mir nicht recht klar bin, was Sie sagen. Sie glauben doch sicher selbst nicht, was Sie uns da vorhalten! — Das will ich noch hinzufügen: in den Ausführungen des Herrn Dr. Bachem lag namentlich eine so souveräne Verachtung gegen die Arbeiter, eine solche Geringschätzung ihrer Intelligenz, daß ich wirklich erstaunt war; nach seiner Meinung sind die Arbeiter nicht einmal im Stande, wenn die heutigen Betriebsunternehmer nicht mehr existirten, sich Leute zu wählen, die als Sachverständige z. B. den Betrieb eines Bergwerks oder einer Fabrik weiter führen könnten. Er sagte: „ja, was würden Sie denn machen, Herr Bebel, wenn Sie zum Direktor einer Maschinenfabrik gewählt würden, oder Herr Singer, wenn er Direktor eines Bergwerks sein sollte?“ Glauben Sie, Herr Bachem, gesetzt den Fall, es käme zu einer solchen Wahl, die Arbeiter, und sogar Ihre ultramontanen Arbeiter in einem westfälischen Bergwerk würden jemand zum Direktor wählen, von dem sie wüßten, daß er nichts vom Bergwerksbetrieb versteht? Das ist doch unmöglich, daß Sie das glauben, denn da stellten Sie ja ihren eigenen katholischen Arbeitern ein solches Armuthszeugniß aus, wie es größer nicht gedacht werden kann. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Dann haben Sie noch eins vergessen, Herr Bachem: was wollen denn Ihre Ingenieure, Ihre Techniker, Ihre Meister, was wollen Sie mit Ihrer Intelligenz machen, wenn das gesammte heutige Privat- und Staatseigenthum sozialistisches Gesellschaftseigenthum geworden wäre? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was können Sie denn anders machen, als ebenfalls im Dienste eben dieser Gesellschaft Ihre Fähigkeiten und Ihre Intelligenz weiter anzuwenden? Es bleibt Ihnen schon aus dem Grunde, weil Sie in dieser Gesellschaft leben müssen, gar nichts anderes

übrig. (Zuruf). — Sie können auswandern, meinetwegen! wir bringen rasch neue Leute auf, die das ebenso und vielleicht noch besser verstehen. (Oho! — Heiterkeit.) Meine Herren, Sie haben keine Ahnung, welches Maß von Intelligenz selbst schon heute in der Arbeiterklasse steckt, und es ist gerade der ungeheure Vorzug unserer Bewegung, daß die Kräfte, die Sie im Staate, in den Kommunen, im öffentlichen Leben und in allen Ihren privaten Beziehungen als Arbeiter brauchen, ohne die Sie nicht auskommen können, — daß diese Arbeiter, die alles wissen, alles kennen, und denen Sie alles anvertrauen müssen, unsere Anhänger sind, und daß, wenn einmal diese Arbeiter, zu denen Sie heute das unbedingte Vertrauen haben und haben müssen, diese sozialdemokratischen Arbeiter, eines Tages die Karre stehen lassen, Sie machtlos sind. Sie werden sich die weiteren Folgen selbst ausmalen können; mir genügt, was ich angeführt habe. — Also, meine Herren, geben Sie sich keiner Täuschung hin. Die Menschen werden einst frei, und alle gleich; sie werden endlich dazu kommen, sich einmal voll als Menschen zu fühlen, und sie werden in freiester und ungehindertster Weise ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten entwickeln können, und ein Maß von Freude und Genuß wird ihnen werden, das die heutige bürgerliche Gesellschaft ihnen unmöglich bieten kann. (Widerspruch rechts.) Alle die häßlichen Erscheinungen der heutigen bürgerlichen Gesellschaft mit allen ihren bösen Eigenschaften, die ja wieder aus den Verhältnissen erwachsen, werden verschwinden. Bringen Sie die Menschen in vernünftige und gesunde Zustände, so hören die bösen Leidenschaften und die unangenehmen Charakterentwickelungen auf, die wir in der bürgerlichen Gesellschaft, wo der Kampf Aller gegen Alle existirt, sehen, und die durch diese erzeugt werden. (Widerspruch rechts.) Bringen Sie dieselben Menschen wieder in dieselben schlechten Verhältnisse, in denen sie früher waren, und sie werden dieselben schlechten Eigenschaften bekommen, die sie vorher gehabt haben. (Widerspruch rechts. — Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — der Herr Abgeordnete Richter hat weiter gemeint, meine Auseinandersetzuug über das Wesen des Staates sei Wortklauberei. Auch als ich ihm zurief, als er vom Lohn in der sozialistischen Gesellschaft sprach, es gäbe keinen Lohn in derselben, sagte er, das sei Wortklauberei. Meine Herren, was soll ich mit einem Manne machen, der bei Dingen, die die gelehrtesten Leute seit mehr als zweitausend Jahren beschäftigt haben, wie z. B. die wissenschaftliche Definirung des Staatsbegriffes und des Wesens des Staates, jetzt, wenn ich versuche, auf Grund dieser wissenschaftlichen Anschauungen eine Definition des Staates zu geben, sagt: das ist Wortklauberei, — und genau so sagt er, wenn er vom Lohn spricht, und ich ihm widerspreche: das ist Wortklauberei. Weiß Herr Richter wirklich nicht, daß in der menschlichen Gesellschaft lange Entwickelungsperioden vorkamen, wo es keinen Lohn und kein Lohnverhältniß gab, wo von einem Lohn keine Rede sein konnte? Und so werden auch künftig wieder einmal Entwickelungsstufen kommen, wo ebenfalls von Lohn keine Rede sein kann, weil das Herrschaftsverhältniß der Menschen über den Menschen aufhört. — Genau wie er den „Lohn" und das „Lohnsystem" als eine ewige Einrichtung betrachtet, die überall war und überall sein wird, ebenso rasch hat er sich mit den Staatsbegriff abgefunden und giebt da eine sehr dürftige, und ungemein oberflächliche Difinition von Staat und Gesellschaft. Meine Herren, hier noch einmal darauf zurückzukommen, und auseinanderzusetzen, wie groß der Unterschied zwischen Staat und Gesellschaft ist, das hieße meine Ausführungen vom vorigen Freitag im wesentlichen wiederholen, und das werden Sie mir nicht zumuthen, und ich will es Ihnen auch nicht zumuthen, sie noch einmal anzuhören; ich unterlasse das. Die Ueberzeugung habe ich aber, daß, wenn aus neutralen wissenschaftlichen Männern ein Richterkollegium gebildet würde, welches über die Ausführungen zu entscheiden hätten, die er und ich über Staat und Gesellschaft gemacht haben, ich mit der größten Ruhe dem Richterspruch dieses Richterkollegiums entgegensehen würde. Ich weiß, seine Definition wäre nicht diejenige, welche jene gutheißen würden. — Damit genug hierüber! — Aber es giebt auch „Lohn" in der sozialistischen Gesellschaft. Hat es denn in der antiken Gesellschaft, wo die Sklaverei, die Sklavenarbeit die Produktionsform beherrschte, ein Lohnsystem gegeben? Wo gab es in der feudalen Gesellschaft ein Lohnsystem, unter der Hörigkeit, unter der Leibeigenschaft? (Zuruf rechts.) — Ein sehr großer Irrthum! Wenn jemand Lohn bekam, so war es nicht der Leibeigene, der Hörige, sondern sein Grundherr, der Adlige, der Geistliche, die in Form von Zinsen, und Abgaben, von Frohnarbeiten und Robot in Hülle und Fülle den „Lohn" von dem Arbeiter erhielten, also einmal in der Form von Naturalien, das andere Mal in der Form von Diensten. Das Lohnsystem ist eine verhältnißmäßig neue Erscheinung, das erst in der bürgerlichen Gesellschaft Geltung erlangte. Das Lohnsystem setzt einen freien Arbeiter voraus; das Lohnsystem konnte erst entstehen, als der freie Arbeiter vorhanden war, — frei im vollsten Sinne des Wortes: nicht nur frei in dem Sinne, daß er sich frei bewegen konnte, sondern auch

frei in dem Sinne, daß er kein Eigenthum mehr besaß, keinen Grund und Boden, kein Arbeitsmittel. Es war also ein von seinem früheren Eigenthume expropriirter Arbeiter, der seine Arbeitskraft in der Stadt des Mittelalters dem Handwerksmeister, dem Handelsherrn verkaufte. Von diesem Augenblick tritt das Lohnsystem auf und hat in steigendem Maße die bürgerliche Gesellschaft beherrscht. Lohnsystem setzt Unternehmer, setzt entwickelten Handel, setzt Geldwirthschaft voraus; und daß die Geldwirthschaft in Deutschland eine verhältnißmäßig junge soziale Einrichtung ist, wird auch Herr Richter wissen. — Nun ist Herr Richter auch auf die von ihm verfaßten Zukunftsbilder zu sprechen gekommen. Er hat gesagt und sich gerühmt, mit der Verbreitung dieser seiner Broschüre und durch ihre Uebersetzung in verschiedene Sprachen habe er uns den internationalen Einfluß gebrochen. Ich weiß nicht, in wie viel Sprachen seine „Zukunftsbilder" übersetzt worden sind. Seinen „Zukunftsbildern" kann ich die Uebersetzung meines Buches „Die Frau" gegenüberstellen. Es ist bis zu diesem Augenblick in 11 verschiedene Sprachen, zuletzt ins Griechische, übersetzt und erscheint nächstens in rumänischer und russischer Uebersetzung. (Hört! hört! rechts.) — Ja, hört! hört! Ich will damit nur sagen, wenn man von jener Seite auf die Erfolge pocht, auf das was man fertig gebracht, so haben auch wir das Recht, unsere Leistungen nicht unter den Scheffel zu stellen. Und, meine Herren, der große Unterschied in der Verbreitung der Richterschen „Zukunftsbilder" und unserer Schriften ist folgender: seine „Zukunftsbilder" sind weitaus von Kapitalisten und Unternehmern en masse gekauft und unter die Arbeiter vertheilt worden, und der größte Theil dieser Arbeiter hat die Schrift als Makulatur behandelt und kaum gelesen; was aber wir verbreiten, und was wir verkaufen, das wird gelesen. Ich habe Beispiele, daß z. B. ein Exemplar meines Buches „Die Frau" von 40 bis 50 und mehr Männern und Frauen gelesen worden ist. Das ist also der Unterschied. Ich kann wohl sagen, mein Buch „Die Frau" hat eine Revolutionirung der Geister gerade unter den deutschen Frauen hervorgerufen, wie noch nie ein Buch zuvor. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das wird der sozialdemokratischen Bewegung zu gute kommen. Wenn ich die Zuschriften, die ich aus angesehenen Frauenkreisen in den letzten Jahren bekommen habe, veröffentlichen wollte, könnte ich Bände füllen. Und das beweist mir, daß die Ideen, die auf diesem Gebiete von der Sozialdemokratie gehegt und vertreten werden in den Frauenkreisen, in welchen man die Ungerechtigkeit der heutigen Zustände und die untergeordnete Stellung, die heute die Frau als Geschlechtswesen wie als soziales Wesen einnimmt, empfindet, besonders getheilt werden. Sie erkennen, daß nur allein durch die Sozialdemokratie sie zu ihrer vollen Gleichberechtigung und Freiheit in der Gesellschaft gelangen können. Wir sehen also, wie die Frauen mehr und mehr zur Sozialdemokratie übergehen, — und, meine Herren, auf welche Seite in der großen Bewegung der Gegenwart die Frau steht, da ist der Sieg; dessen seien Sie versichert! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Dann hat sich Herr Richter in lange Auseinandersetzungen eingelassen über die Darlegungen, die ich in eben diesem Buche gemacht habe über Einrichtungen, die nach meiner Auffassung unter gewissen Verhältnissen die künftige sozialistische Gesellschaft wird treffen müssen. Er hat gespottet über die Zentralwaschanstalten, über die Zentralkochanstalten, über die Zentralheizanstalten und wer weiß was alles. Meine Herren, es scheint, der Herr Abgeordnete Richter weiß gar nicht, daß Sie alle diese Einrichtungen bereits in Ihrer bürgerlichen Gesellschaft haben, daß die wenigsten Berliner Frauen heute noch zu Hause waschen, sondern durch die Zentralwaschanstalten waschen lassen, daß wir heute in den Hotels die Zentralkochanstalten haben, daß es in Amerika Stadtviertel und ganze Städte giebt, wo Zentralheizanstalten bestehen, daß heute in der Thätigkeit der Frau gegen vor 50 Jahren eine vollkommene Revolution sich entwickelt hat, daß heute eine Menge Dinge, die vor 50 Jahren für die Frauenthätigkeit in der Familie, in der Häuslichkeit als ganz selbstverständlich erwartet wurden, heute gar nicht mehr von der Frau verlangt werden, wenigstens nicht in bürgerlichen Familien, vor allem nicht in größeren Städten, weil die veralteten Einrichtungen, die in jener Zeit nothwendig waren, durch neue, viel bessere Einrichtungen ersetzt sind. Gewiß haben wir heute unsere Zentralkochanstalten auch in den Kasernen, in den Gefängnissen, in den Hospitälern, in den Zuchthäusern. Gewiß kann man darüber spotten und sagen, wie es Herr Richter gethan hat: „und das Futter sollen wir uns gefallen lassen?" Meine Herren, kann man denn in den Zentralkochanstalten nicht ebensowohl gut kochen, wie heute schlecht gekocht wird? Haben wir nicht in den großen Hotels Zentralkochanstalten, welche Tausende wohlhabender Familien auf ihren Reisen oder während ihres Aufenthalts an der Riviera das ganze Jahr benutzen, weil ihnen das alles viel bequemer, viel angenehmer ist als die Zubereitung dieser Dinge in der eigenen Häuslichkeit? Und wenn wir nun sagen, alles, was in der heutigen Gesellschaft auf diesem Gebiete bereits für die bevor-

rechtigten Klassen geschieht, das wird einst für die ganze Gesellschaft zur Einführung kommen, — ist das Utopie, Narretei? Benutzen es die Besitzenden, dann ist es in Ordnung; soll es für alle gelten, dann wird es Wahnsinn genannt, dann werden diese famosen Witze gemacht (Zurufe), — ja diese Mätzchen, Wippchen und Witzchen (Heiterkeit), wie sie Herr Richter zu Ihrer Freude und zu Ihrem Gaudium gemacht hat. Meine Herren, wissen Sie, als sie am Freitag und Samstag bei den Reden der Herren Bachem und Richter so lachten, was Sie da thaten? Sie wissen gar nicht, wie Sie sich selbst ausgelacht haben. (Heiterkeit. — Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Nun die Erziehungsfrage. Die sozialdemokratischen Kinder bekommen die Kleider, das Essen, die Wohnung geliefert; die Mutter hat gar nichts mehr mit ihnen zu thun. Meine Herren, wenn der Herr Richter sich doch nur in der heutigen Gesellschaft ein wenig umsehen wollte! Er war riesig erbost, als ich ihm am Samstag zurief, er sei nicht verheirathet. Ich habe das nicht gethan, um ihn zu foppen, sondern ich habe mit dem Zuruf nur sagen wollen: wären Sie Familienvater, wie Sie es nicht sind, dann würden Sie eine ganze Reihe von Einwänden, die Sie gemacht haben, gar nicht erheben. Wenn Sie alsdann einmal Ihre eigene Frau fragen wollten, ob sie es für eine große Annehmlichkeit hielte, von frühmorgens bis spät Abends etwa drei, vier, fünf Kinder beständig um sich herum haben zu müssen und zu pflegen, dann würde Ihre Frau sagen: ich würde meinem Schöpfer danken, wenn ich sie nur einen halben Tag in Händen wüßte, wo sie gut aufgehoben sind. (Lebhafter Widerspruch. — Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Meine Herren, die wenigsten Menschen haben die Mittel, das zu thun. Meine Herren, die Frauen unserer Aristokratie und unserer Bourgeoisie machen es sich leicht: sie schaffen sich Ammen und Dienstboten an (Heiterkeit) und lassen ihre Kinder erziehen. Auf der einen Seite sehen wir die proletarische Amme, welche die Kinder der Bourgeois ernähren und erziehen muß und auf der anderen Seite die Proletarierin, die durch die Fabrikarbeit gezwungen und gestraft ist, vom frühen Morgen bis zum späten Abend den Kindern fernzubleiben und sie zu vernachlässigen, weil sie keine Kinderpflegerin hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das sind die grellen Gegensätze in dieser bürgerlichen Gesellschaft, das sind die widerspruchsvollen Erscheinungen, die in der heutigen Gesellschaft zu Tage treten. Und daher all die Verdorbenheit, die moralische und physische Degeneration, die aus solchen Zuständen erwächst. In den herrschenden Klassen wird das Familienleben immer mehr zerstört und zerfressen durch die Genußsucht, durch die Vergnügungssucht, die immer mehr zur Herrschaft kommt, während auf der anderen Seite die Demoralisation der Proletarierfamilien herbeigeführt wird, weil Mann und Frau von früh bis spät in der Werkstatt, in der Fabrik zu thun haben und sich um die Kinder nicht bekümmern können. Und sehen wir denn nicht bereits im heutigen Staat Anstalten, sogar kommunistische Anstalten für die Erziehung verwirklicht, wenn auch verballhornisirt, und nicht wie wir sie wünschen? Was sind denn die Kadettenanstalten anders, wo Sie, meine Herren von der Rechten, Ihre Kinder vom zehnten Jahre ab hinschicken, wo sie ohne Mutter und Vater erzogen werden? Ich betrachte diese Anstalten wahrhaftig nicht als Musteranstalten, und doch werden die Kinder aus den „edelsten“ und ersten Familien des Landes zu tausenden oder wenigstens zu hunderten dorthin geschickt. Und wenn andererseits die Noth an den Mann geht, dann sehen wir die bürgerliche Gesellschaft für die Speisung der Kinder, wenn auch zunächst nur der armen, sorgen, weil diese nicht einmal ein Frühstück mit in die Schule bekommen können. Dann müssen die Gemeinden eintreten. Da haben Sie also auch gemeinsame Pflege, aber wie? Und sind denn das Zustände, die so aufrechterhaltenswerth sind? — Meine Herren, es war charakteristisch, sehr charakteristisch, als Herr Bachem aus der Schrift eines meiner Parteigenossen vorlas: in der künftigen Gesellschaft werde jede Familie ihre hübsche, freundliche Wohnung haben; da lachten Sie alle. Ja, meine Herren, das halten Sie also schon für eine unausführbare, eine utopistische Forderung, für jede Familie eine freundliche Wohnung zu schaffen. Wie traurig ist es doch mit Ihrer Gesellschaft beschaffen, daß Sie nicht einmal diese Aussicht unseren Arbeitern gewähren können! Und wie außerordentlich traurig, aber auch wie charakteristisch, daß Sie das schon als eine Utopie betrachten, über die Sie lachen müssen! Meine Herren, ich sage Ihnen wieder: Sie haben sich in den letzten Tagen immer selbst ausgelacht. (Widerspruch. — Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Nun widerlegt Herr Richter die Erziehungsmethode im sozialistischen „Zukunftsstaat“ damit, daß er in seiner Schrift die „Strampel-Annie“ sterben läßt. Die „Strampel-Annie“ ist das kleine Kind der „Spar-Agnes“. (Große Heiterkeit. — Widerspruch links.) — So, nicht? (Andauernde Heiterkeit.) Meine Herren, es thut mir aufrichtig leid, wenn ich Herrn Abgeordneten Richter unrecht that in der Abstammung seiner „Strampel-Annie.“ (Heiterkeit.) Doch das thut nichts zur Sache, wessen Kind sie ist. — Die Strampel-Annie stirbt eben im sozialdemokratischen

„Zukunftsstaat“ daran, daß sie die Pflege ihrer Mutter nicht hat, und deshalb während der Nacht sich bloßstrampelt und eine Unterleibserkältung bekommt. Es ist wirklich schrecklich! (Heiterkeit.) Ja, Herr Richter, passirt denn das in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft nicht auch alle Tage? Fragen Sie doch einmal Ihren Arzt, was der Ihnen erzählt, wie viel Kinder an mangelnder Pflege zu Grunde gehen gerade in Proletarierfamilien, in unseren Fabrikdistrikten! Daß die Kinder in unseren Industriebezirken im ersten Lebensjahre bis zu 40 Prozent sterben, liegt das etwa an der vortrefflichen Pflege, die sie in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft bekommen? Doch wahrhaftig nicht! Und weil Herr Richter so was in seiner Schrift erzählt — ich begreife thatsächlich nicht, wie ein ernster Mann, und das ist doch Herr Richter, sich mit solchen Lächerlichkeiten abgeben kann — weil er solches erzählte, soll das nun gegen die sozialdemokratische Zukunftsgesellschaft sprechen. Es ist wirklich kaum für möglich zu halten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Dann hat der Herr Richter von jener anderen Erscheinung in seinem Buche gesprochen, von der Spar-Agnes. Er war sehr entrüstet darüber, daß wir behaupteten, es sei nicht denkbar, daß Arbeiterinnen in 5 bis 6 Jahren 2000 Mark sparen könnten; er sagte darauf: ihr irrt euch, das Beispiel, das ich angeführt habe, ist dem Leben entnommen. Nun, ich gebe zu, daß es dem Leben entnommen ist; dann ist es aber eine Ausnahme, aber keine Regel, also kein Typus, Herr Richter, und wir haben es mit dem Typus zu thun, aber nicht mit der Ausnahme. Ich gebe zu, daß eine Putzmacherin, eine geschickte Nähterin, die in der Lage ist, jahraus jahrein bei gut bürgerlichen Familien im Hause arbeiten zu können, und, wie es in Berlin Sitte ist, neben dem Lebensunterhalt 3 Mark Lohn per Tag bekommt, — wenn sie also 240 Tage jährlich so arbeiten kann, in der Lage ist, namentlich wenn sie eine Familie besitzt, an die sie wenig oder nichts von ihrem Lohn abzugeben braucht, weil die Eltern sagen: spare dir das, du kannst es im späteren Leben, in der Ehe verwenden, — Geld sparen kann. Ist ein Mädchen in dieser ausnahmsweis glücklichen Lage, so kann sie vielleicht in 6 Jahren 2000 Mark ersparen; aber ist das typisch? Kann man auf Grund der Thatsachen, die wir in der Konfektionsbranche, in der Wäschebranche durch die Reichsstatistik kennen gelernt haben, so schließen? Sie müssen doch zugeben, daß von Tausenden von Arbeiterinnen in Berlin erst eine so sparen kann. Woher kommt die Zunahme der Prostitution, über die wir uns bei der lex Heinze kürzlich unterhalten haben? Woher kommt denn die Noth der weiblichen Arbeiter? Weil Löhne gezahlt werden, die nur als Hungerlöhne angesehen werden können! Mehr als neun Zehntel der Arbeiterinnen verdienen in der Woche nur 5 bis 6 Mark; wie sollen die in 5 bis 6 Jahren oder selbst in einem halben Menschenalter 2000 Mark ersparen können? Das ist doch ein Ding der Unmöglichkeit! Und das ist es, was wir bekämpfen, daß solche Beispiele, solche Ausnahmen als Regel, als typisch hingestellt werden, daß man thut, als wenns die Mehrheit könnte, oder als wenn gar alle das thun könnten, wie jene eine, und daß es darum nicht nothwendig sei, ernsthaft an den bestehenden Verhältnissen zu rütteln. Es ist überhaupt der Glaube an das Heilmittel der Sparsamkeit, was den Herrn Abgeordneten Richter und auch den Herrn Abgeordneten Stöcker veranlaßt, gegen uns zu wettern. Es war der Herr Abgeordnete Richter, der sagte: das ist gerade das Schlimmste, was wir euch vorzuwerfen haben, daß ihr die Arbeiter anekelt, zu sparen. Meine Herren, es hat nie ein Sozialdemokrat gesagt: es soll niemand sparen — nie! — wohl aber haben wir gesagt: es ist einfach unmöglich, daß die Arbeiterklasse auf dem Wege des Sparens zu besseren Lebensverhältnissen kommen kann. Die große Mehrheit der Arbeiter kann nicht sparen; sie lebt eben von der Hand in den Mund, weil die Löhne erbärmlich sind. Wenn es so ist, daß wir auf Grund der Unfallgenossenschaftsstatistiken nachgewiesen bekommen haben, daß der Durchschnittslohn der Arbeiter unter 600 Mark per Jahr beträgt, dann müssen Sie zugeben, daß die sehr große Mehrheit der Arbeiter einen Lohn bekommt, der kaum ausreicht, um das Leben zu fristen. — Und selbst wenn es möglich wäre, daß die Arbeiter allgemein sparen könnten, dann sage ich Ihnen eins: dann wäre es für Ihre eigene bürgerliche Gesellschaft ein Unglück, wenn sie sparten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie selbst, meine Herren, haben kein Interesse daran, daß die Arbeiter allgemein ernsthaft sparen. (Zuruf.) — Der einzelne Unternehmer gewiß. Aber im allgemeinen wird der Unternehmer, wenn er weiß, daß seine Arbeiter sparen, sich sagen: da bekommen die Kerle zu viel Lohn, wenn die noch sparen können; und bei der nächsten Krise wird man es ihnen vom Lohn abknapsen. (Widerspruch.) — Herr Kollege Siegle, gewiß, ich gebe zu, daß es Ausnahmen giebt. Ich halte Sie für einen wohlwollenden Arbeitgeber; aber neben Ihnen giebt es andere in Menge, die anders denken, und Sie täuschen sich gewaltig, wenn Sie glauben, die Mehrheit handle anders, als ich sage. Die Konkurrenz auf dem Waarenmarkt nöthigt sie, unter möglichst günstigen Bedingungen zu produziren,

und dazu gehören, namentlich in ungünstigen Perioden, in erster Linie möglichst niedrige Löhne. — Aber wodurch entstehen die Krisen? Ich führte es schon aus: nicht, weil zu viel konsumirt wird, sondern zu wenig. Und wenn Sie die Arbeiter veranlassen, allgemein zu sparen, noch weniger zu konsumiren als jetzt, dann werden die Krisen immer schärfer. Woher kommen denn die großen Summen der indirekten Steuern? Hauptsächlich von den Arbeitern! Warum legen Sie die indirekten Steuern vornehmlich auf Konsumartikel der großen Massen? Weil das am meisten einbringt. Alle Verschwendung der reichen Klassen ist nicht entfernt dazu angethan, unsere Produktion im Gang zu erhalten oder uns große indirekte Steuereinnahmen zu sichern; dies hängt wesentlich davon ab, was die unteren Klassen verzehren können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Nun will ich Ihnen ein kleines Rechenexempel aufmachen. Ich habe es vor acht Jahren schon in ähnlicher Weise gethan; aber wenn Sie immer wieder mit den alten, längst widerlegten Einwänden kommen, muß man auch immer mit denselben Entgegnungen aufwarten. Am leichtesten kann der Arbeiter sicher beim Rauchen sparen; Rauchen ist ein Genußmittel. Nehmen wir also an, 6 Millionen Arbeiter sparen jede Woche 2 Cigarren à 4 Pfennige; das sind 48 Millionen Pfennige in der Woche oder 24 960 000 Mark im Jahr. Wenn aber 24 960 000 Mark weniger für Cigarren ausgegeben wird, können so und so viel Fabriken weniger existiren. Nehmen Sie an, daß jede Fabrik für 200 000 Mark Umsatz hat — das ist schon eine große Fabrik —, dann würden nach dieser Rechnung circa 120 Fabriken eingehen müssen. Die Arbeiter würden brodlos, und alle die Existenzen, die um diese Fabriken hängen: die Händler, Kaufleute, Kistenmacher u. s. w. würden alle keine Existenz mehr haben. Das wäre die Folge Ihres Sparsystems. — Nehmen Sie weiter an: Bier. Auch Bier ist ein Genußartikel, da kann gespart werden. Sechs Millionen Arbeiter sparen jeder in der Woche zwei Glas Bier, — diese sollen nur 20 Pfennig kosten; es ist also billig. Das sind im Jahre 62 400 000 Mark an Bier, um diese Summe wird weniger Bier getrunken, und das machte Hunderte von Brauereien existenzunfähig und die Arbeiter brodlos. Im ersten Fall hat der Arbeiter pro Jahr 4,16 Mark, im letzten Fall pro Jahr 10,40 Mark gespart, also pro Person eine winzige Summe. — Nehmen Sie ferner an: Schnaps sei überflüssig. Sechs Millionen Arbeiter pro Tag für drei Pfennig Schnaps gespart, also 18 Pfennig in der Woche, ergiebt im Jahre 56 160 000 Mark. Wie viel Brennereien müssen dabei untergehen und ebenso alle damit verbundenen Betriebe, wenn in dieser Weise der Schnapsverbrauch beschränkt wird! — Sie klagen ferner über den Putz der Arbeiterinnen! Vier Millionen weibliche Arbeiter, Dienstboten u. s. w. sollen für Putz pro Woche 30 Pfennig weniger ausgeben, macht pro Jahr 62 400 000 Mark. Wie viel Fabriken und kaufmännische Geschäfte würden darüber zu Grunde gehen! — Meine Herren, die Masse konsumirt nicht zu viel, sie konsumirt zu wenig; und wenn der Arbeiter doppelt so viel wie jetzt verbrauchen könnte, dann wäre das nicht nur für ihn, sondern auch für Sie geradezu eine Wohlthat. So sehen Sie, wie auf allen diesen Gebieten gerade Ihr eigenes Heilmittel zum Gegentheil dessen ausschlägt, zu dem es ausschlagen soll. — Weiter, meine Herren, sagen Sie: wir erzeugten die Unzufriedenheit, wir hetzten auf, wir veranlaßten die Menschen, mit ihrem Loose unzufrieden zu sein. Ich müßte hier, um das zu widerlegen, im wesentlichen die Worte meines Freundes Dreesbach, der neulich diesen Einwand in ausgezeichneter Weise widerlegte, wiederholen. Meine Herren, erlauben Sie mir, daß ich Ihnen eines Ihrer eigenen Blätter, die „Vossische Zeitung" zitire. Diese sagt am 26. Januar 1893:

> Die Unzufriedenheit ist freilich leitenden Staatsmännern unbequem, und sie zu beseitigen oder zu mildern, ist ihre unabweisliche Aufgabe. Aber dieses Ziel zu erreichen, wird Regierungen so wenig möglich sein, wie es dem einzelnen Menschen möglich ist, zur unbeschränkten Vollkommenheit durchzudringen und die unverhüllte Wahrheit zu ergründen. Die Unzufriedenheit, das ist der Drang zum Fortschritt, der Trieb zur vernünftigen Fortbildung, den die Natur in des Menschen Brust gepflanzt hat. Aus der Unzufriedenheit ist alles Große entstanden, was auf Erden besteht. Wäre man mit dem Besitz zufrieden gewesen, niemand wäre hinausgegangen, fremde Welttheile zu entdecken. Wäre man mit dem Wissensschatz zufrieden, kein Gelehrter grübelte bis tief in die Nacht über den Folianten, um sich über einen Zweifel klar zu werden. Wäre man mit dem Gas zufrieden, kein elektrisches Licht wäre erfunden worden. Die Unzufriedenheit ist das Prinzip der Bewegung; Stillstand aber bedeutet Rückschritt und Untergang.

Meine Herren, diese Worte aus einem Ihrer eigenen Blätter überheben mich, noch weiter hierauf einzugehen. — Nun komme ich zu Herrn Stöcker. Herr Stöcker sagte, wir hätten seinerzeit das Gothaer Programm, wissend, daß es unrichtig sei, jahrelang aufrecht erhalten nud damit unsere eigenen Anhänger getäuscht. Meine Herren, wir haben öffentlich erklärt, daß das Gothaer Programm ein Kompromiß-

programm war, daß ein Theil der damaligen vereinigten Parteien noch auf den alten Lassalle'schen Anschauungen stand, daß wir denen zu Liebe dieses Programm aufrecht erhalten haben, und daß, wenn das Sozialistengesetz nicht gekommen wäre, dieses Programm nicht so lange existirt hätte, wie es existirte, sondern schon vor zwölf Jahren bereits aus der Welt geschafft worden wäre. Wir haben jederzeit das offen zugestanden und auch die Gründe, weshalb wir zur Aufstellung eines Programms kamen, daß nach unserer eigenen Auffassung mangelhaft war und deshalb später einem vollkommeneren Programm weichen mußte. — Herr Stöcker ist auch entrüstet darüber, daß wir das allgemeine Stimmrecht für alle Personen über 20 Jahre gewähren wollen, auch den Frauen, diesen vollständig unmündigen Leuten, meinte er. Meine Herren, mit 20 Jahren wird der Mann militärfähig, ein Vaterlandsvertheidiger, und dann, sagen wir, ist er auch fähig, das bürgerliche Stimmrecht auszuüben. Mit 21 Jahren wird er sogar für fähig erklärt, sein Vermögen verwalten zu können. — Da Sie, Herr Kollege Sperling, eine verneinende Bewegung machen, so will ich Ihnen weiter sagen: mit 20 Jahren wird das Wahlrecht in der Schweiz, in Frankreich und in Nordamerika ausgeübt, und wenn in diesen drei Kulturstaaten die Bürger mit 20 Jahren so weit sind, ihr Stimmrecht ausüben zu können, und zwar sogar, wie sich zeigt, ohne jede Gefahr des Umsturzes, den Sie so fürchten, dann meine ich, daß auch wir im Deutschen Reich damit auskommen können. — Der Herr Abgeordnete Stöcker sagt: warum soll nicht schon ein Fünfjähriger stimmen? Er hätte ebenso gut fragen können: warum nicht auch die Säuglinge? (Heiterkeit.) — Dann, meine Herren, — ich kann das aber nur sehr kurz berühren — hat der Abgeordnete Stöcker die materialistische Geschäftsanschauung, die wir vertreten, als unberechtigt und falsch angegriffen. Er sagte zu mir: wo haben Sie denn in Ihrer Schrift über den Mohamedanismus diesen aus materialistischen Erscheinungen herleiten können? Wie können Sie das beim Christenthum nachweisen, wie bei der Reformation? Das sind alles rein geistige Bewegungen! Meine Herren, ich bin bei der langen Zeit, die ich schon gesprochen, und bei der weit vorgeschrittenen Zeit nicht mehr im Stande, hier noch einen geschichtsphilosophischen Vortrag zu halten; aber wenn Herr Stöcker meine Schrift über den Mohamedanismus genau gelesen hat, dann wird er auch gefunden haben, daß ich diesen auf rein materialistische Erscheinungen der damaligen Zeit im Orient zurückzuführen versucht habe. Und wenn Herr Stöcker weiter fragt, ob das Christenthum materialistischen Zeiterscheinungen seine Ursachen zu verdanken habe, so sage ich ja und nochmals ja. Ohne die Zustände im römischen und judäischen Reich zur Zeit Christi, wo die Juden bekanntlich unter der Herrschaft der Römer seufzten, ohne den furchtbaren Druck und die Sklaverei des die damalige Welt beherrschenden römischen Reichs und ohne die tiefe Mißstimmung und das Unbehagen, das die von Rom unterjochten Völker beseelte, war nicht denkbar, daß die religiösen und sozialen Ideen des Christenthums jenen Anklang gefunden hätten, den sie fanden. Sie haben den Anklang gefunden, weil die Unterdrückten jener Zeit glaubten, es handle sich für sie nicht allein um ein himmlisches Reich, sondern in erster Linie um ein neues irdisches Reich, um Befreiung aus Sklaverei und Knechtschaft. Und zahlreiche Stellen der Bibel bringen allerdings dem weniger denkenden Menschen den Glauben bei, als handle es sich in erster Linie nicht um ein himmlisches, sondern um ein irdisches Reich. Und besonders waren es die Frauen, die bei dem Verfall des römischen Reiches in der sozialen Stellung, die sie einnahmen, sich in der traurigsten Lage befanden und nach Befreiung lechzten, und zwar waren dies vorzugsweise die römischen Frauen aus den höheren Klassen, die sich in froher Hoffnung dem Christenthum anschlossen. Auf der einen Seite also die Frauen, auf der anderen die Proletarier, sie beide waren es, die den Grundstock des Christenthums bildeten; sie waren die Hauptvertreter, sowie Hauptagitatoren, — genau wie heute die Proletarier auf der einen und die Frauen auf der anderen Seite es sind, die den Sozialismus in die weitesten Kreise des Volkes tragen und ihm zum Siege verhelfen werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Und wie steht es mit der Reformation? Die Reformation wäre nicht möglich gewesen ohne die vollständige Zersetzung der alten feudalen Gesellschaft, wie sie am Ende des 15. und zu Anfang des 16. Jahrhunderts sich vollzog. Betrachten Sie nur die Zeiterscheinungen, die im 15. Jahrhundert zu Tage traten: der vollständige Zerfall der alten Gesellschaftsordnung, namentlich die Verarmung des Adels, die Bedrückung der Bauern, das aufstrebende Fürstenthum, der Verfall der alten Produktionsverhältnisse, der alten Weltmarktsbeziehungen, — alle diese Erscheinungen zusammen trugen dazu bei, tiefe Gährung und das Bestreben nach großen Veränderungen im sozialen und politischen Leben in die weitesten Schichten der Bevölkerung heineinzutragen. Und, meine Herren, daß die Bauern, als sie im großen Bauernkriege die 12 Artikel aufstellten, verlangten, als Luther sich gegen sie erklärte: er solle ihnen aus der heiligen Schrift nachweisen, daß

die 12 Artikel mit derselben im Widerspruch ständen, — beweist das alles nicht aufs allerdeutlichste die materielle Grundlage der damaligen religiösen Bewegung? Und wie war es mit den Fürsten? Haben sie etwa aus Begeisterung für Luther die Fahne ergriffen? Nein, aus Haß gegen die Kaisermacht, die ihnen unbequem war, aus Haß gegen die Geistlichkeit, aus dem Verlangen nach den Gütern der Geistlichkeit, welche die Fürsten einsacken wollten und eingesackt haben. Das waren die Motive, weshalb sie der Reformation ihre Unterstützung schenkten und Millionen ihrer Unterthanen zwangen, zur neuen Lehre überzugehen. — Angesichts solcher Erscheinungen glaubt nun Herr Stöcker auftreten zu dürfen und zu sagen: das war eine rein geistige Bewegung, die hat mit materiellen Ursachen und sozialen Triebfedern nichts zu thun! Nein, sie war nur aus materiellen und sozialen Ursachen hervorgegangen. Verließ doch Luther selbst sofort seinen alten revolutionären Standpunkt, als er sah, daß die Fürsten auf seine Seite traten, weil er glaubte, daß er mit den Fürsten auf seiner Seite allein im Stande sei, die Reformation durchzuführen. — Soll ich weiter auf den Hutten-Säckingenschen Zug gegen die Landesherren eingehen, auf ihre Motive, auf die Versuche, die sie machten, Luther für ihre Absicht zu gewinnen? Was war denn dabei im Spiel? Das nackteste Klassen- und Standesinteresse war es, weshalb sie ihn zu gewinnen suchten, um mit seinem und seiner Anhänger Beistand den Kampf gegen die Fürsten glücklich durchführen zu können. Das ist ein Thema, welches, wenn wir uns einmal darüber unterhalten wollten, zeigen würde, daß alles sich ganz anders vollzog, als die Herren von jener Seite glauben, daß die Entwickelung sich vollzogen habe. — Nun, meine Herren, war es mir hochinteressant, daß der Herr Abgeordnete Richter am Schlusse seiner Ausführungen ganz im Gegensatz zu dem stolzen Tone, den er bis dahin in seiner Rede angeschlagen hatte, dazu überging, ein elegisches Klagelied anzustimmen, und mit demselben zu enden, indem er sagte: „wohin ist das gekommen? ihr Sozialdemokraten habt uns bereits jetzt aus diesem Felde hinausgetrieben! möglich, daß ihr bei den nächsten Wahlen uns noch weiter nach der Mitte des Hauses drängt! aber euch Sozialdemokraten klage ich an, daß ihr daran schuld sei, daß das Bürgerthum gespalten, daß es seiner alten liberalen Fahne untreu geworden ist, daß wir heute nicht mehr vermögen, diejenigen liberalen Bestrebungen durchsetzen zu können, die wir vor Jahrzehnten durchzusetzen gehofft hatten.“ — Meine Herren, das ist alles richtig. Und warum ist das richtig? Weil die Sozialdemokratie entstanden ist, und indem sie sich immer mehr ausbreitete, hat aus Furcht vor den sozialdemokratischen Bestrebungen die Bourgeoisie ihr altes Programm in die Tasche gesteckt, ihre alten Forderungen preisgegeben, sodaß sie mehr und mehr zu einer konservativen Partei wird. Das ist ein ganz natürlicher Vorgang, und eine natürliche Entwickelung, die in unserem Bürgerthum zu Tage tritt. Daran sind wir sicher schuld! Sollen wir aber, weil wir sehen, daß die Bourgeoisie aus Angst vor unserer Entwicklung immer reaktionärer wird, aufhören, Sozialdemokraten zu sein? Fällt uns nicht ein! Das hieße an uns als Partei einen Selbstmord begehen. Jede Partei, die existirt, hat das Recht zu leben, und jede, die lebt, hat das Recht und die Pflicht, für ihre eigene Ausbreitung zu sorgen, und wenn wir für die unsere kämpfen, so kämpfen Sie doch für die Ihre! Wir werden schließlich sehen, wer am weitesten kommt. — Sind Sie nicht im Stande, uns gegenüber Ihre alte Machtstellung aufrecht zu erhalten, dann klagen Sie die Verhältnisse, die Entwickelung Ihrer Gesellschaft an, aber nicht uns, die wir ein Erzeugniß, eine Frucht dieser Entwickelung sind. Also weit entfernt, unsererseits darüber ein Bedauern zu empfinden, darin ein Unglück zu sehen, erblicken wir darin einen großen Fortschritt in der Entwickelung, daß es so gekommen ist. Wir wollen damit nicht sagen: wir freuen uns, wenn der Liberalismus nichts mehr durchsetzen kann. Im Gegentheil, wir sind stets bereit, wenn Sie Ihre liberalen Anträge stellen, sie zu unterstützen, und werden es auch ferner thun, weil wir die Ansicht haben, daß, so lange die heutige bürgerliche Gesellschaft besteht, wir alles gutheißen und unterstützen müssen, das geeignet ist, diese Gesellschaft zu verbessern und sie ihrer höchsten Vollendung auch in politischer Beziehung zuzuführen. Da sehen Sie wieder die Objektivität unseres Standpunktes. Wir haben die Ueberzeugung, daß das von uns geschehen muß, weil die sozialistische Gesellschaftsordnung nicht eher kommen kann, bis die bürgerliche Gesellschaft den Höhepunkt ihrer Entwickelung erreicht, sich ausgelebt hat. Deshalb unterstützen wir alles, was, von liberaler Seite ausgehend, dem Fortschritt und der Freiheit der Gesellschaft dient, heißen es gut und treten dafür ein. Aber alles das kann uns nicht abhalten, dafür zu sorgen, daß wir die Anhänger unserer eigenen Partei vermehren und zu vermehren suchen und damit wieder den Zeitpunkt beschleunigen, wo wir selbst zur Macht kommen und unsere Ziele verwirklichen können. Gereicht diese Entwickelung dem liberalen Bürgerthum zum Schaden, — wir können das nicht ändern. Wir können die Erscheinungen, die mit dieser Entwickelung ver-

bunden sind, von einem gewissen Standpunkte aus bedauern, — das ist alles. Und ich sage noch einmal: weit entfernt, daß der von Herrn Richter beklagte Vorgang in letzter Instanz ein Schade, ein Uebelstand für unsere Gesellschaft ist, ist er ein Fortschritt, und so können wir getrost der Zukunft entgegensehen. Wollen Sie also weiter mit uns kämpfen, meine Herren, — wir sind bereit dazu: bei Philippi sehen wir uns wieder. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter Richter: Ich höre, daß es die Ansicht sein soll, jetzt nur solchen Rednern das Wort zu ertheilen, welche über andere Fragen, insbesondere über die Sonntagsruhe, sprechen wollen. Ich würde es doch für angezeigt halten, nachdem die Debatte mehrere Tage gedauert, und Herr Bebel nun seinerseits zwei Stunden gesprochen hat, damit nicht die Debatte abzuschließen, sondern auch noch Rednern in dem Gedankenkreis, der den Herrn Abgeordneten Bebel beschäftigt hat, zum Worte zuzulassen. Es könnte sonst ein ganz falscher Eindruck, nicht etwa hier in diesem Hause, aber wohl nach außen entstehen. Und die Herren würden sich bemühen, diesen falschen Eindruck nach außen hervorzurufen. (Sehr richtig!)

Präsident: Vorläufig ist es meine Absicht gar nicht gewesen, diese Debatte zu unterbrechen. (Heiterkeit.)

Abgeordneter Dr. Böttcher: Meine Herren, es war auch nicht meine Absicht, von diesem Thema, das uns jetzt seit vier Tagen beschäftigt, abzuschweifen; im Gegentheil! Wenn der Herr Vorredner der Ansicht gewesen ist, wir könnten ja vier Jahre lang über dieses Thema weiter sprechen, so könnte das, wenn ein jeder die Zeit in Anspruch nehmen wollte, die er in Anspruch genommen hat, vielleicht so gehen. Ich für meine Person werde aber Ihre Geduld nicht so lange in Anspruch nehmen. Allein diejenigen, die hinter uns stehen im Lande, würden es nicht begreifen, daß, wenn alle übrigen Parteien hier das Wort ergriffen haben, wir unsererseits uns allein schweigend verhielten. Ueberdies ist ja die Frage, um die es sich hier handelt, die Ausgestaltung der sozialistischen Zukunftsgesellschaft, zunächst angeregt worden durch meinen Freund Buhl, und wir schämen uns nicht — wie der Herr Vorredner gemeint hat, daß wir es thun sollten —, wir schämen uns nicht, diese Frage hier an Sie gestellt zu haben. Denn diese Frage war berechtigt schon um deswegen, weil Sie immer und immer wieder uns vorhalten, daß unsere Gesellschaftsordnung außer Stande sei, den vorhandenen Schäden Rechnung zu tragen und die Wünsche der Arbeiter in einem berechtigten Maße zu erfüllen. Sie halten uns immer von neuem vor, daß lediglich Ihre sozialdemokratische Zukunftsordnung diese Schäden alle heilen werde. Wenn nun dieser Vorwurf immer von neuem erhoben wird, dann allerdings war es unsere Pflicht, nun endlich einmal klipp und klar herauszufragen: wie haltet ihr in eurem Zukunftsstaat die Heilung für möglich? Und nicht allein unter diesem Gesichtspunkte war die Frage berechtigt, sondern auch deshalb, weil die Entwickelungstheorie, die Sie uns immer vorhalten, uns keinen Aufschluß zu geben vermag. Denn soweit Sie in der ganzen Menschheitsgeschichte zurückblicken, nie und nimmer hat es eine Kulturstufe gegeben, auf der ein derartig umfassender Kommunismus der Produktionsmittel bestanden hätte, wie Sie ihn anstreben; nie und nimmer hat es eine Kulturstufe mit einer derartig absoluten Gleichheit unter dem Mangel jeglicher Autorität gegeben, wie Sie sie anstreben. Meine Herren, das ist etwas so absolut neues, daß kein Mensch, und beherrschte er die Geschichte bis in die tiefsten Tiefen, im Stande sein würde, sich ein klares Bild aus den Erfahrungen der Vergangenheit zu machen; und deshalb waren wir berechtigt, Sie zu fragen: wenn ihr diesen Zukunftsstaat anstrebt, so steht uns Rede und Antwort, wie soll er beschaffen sein! (Beifall bei den Nationalliberalen.) — Meine Herren, nicht aus Neugierde haben wir diese Frage gestellt, und noch viel weniger aus Angst, daß es uns in Ihrem Zukunftsstaate nicht sonderlich gefallen würde. Nein, wir glauben nicht an diesen Zukunftsstaat und die sozialistische Gesellschaft, wie Sie sie sich einbilden, wir glauben nicht daran; wir haben aber das Interesse, daß die Arbeiter, die durch Ihre Theorien verführt werden, endlich einmal klar sehen, daß Sie selbst nicht daran glauben, daß Sie selbst nicht im Stande sind, aufrecht zu erhalten, was Sie darüber früher sich gedacht haben, ja, daß Sie selbst sich wohl vorsehen für die Zukunft innerhalb unserer bürgerlichen Gesellschaft. — Meine Herren, es ist vor einigen Tagen erinnert worden an den eigenthümlichen und unschönen Vorgang auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitage hier in Berlin, an die Debatten über die Redaktionsgehälter. Nicht der Schmutz, der dabei zu Tage kam, war das Interessante an der Sache, sondern das Interessante daran war, daß der Herr Kollege Bebel diese ganze Frage mit den kleinsten Bourgeoisgesichtspunkten zu rechtfertigen suchte, die überhaupt nur denkbar sind. (Sehr richtig!) Unter anderem war eins der

Hauptargumente, daß der Herr Kollege Liebknecht seinen Kindern doch eine Zukunft schaffen müsse. Meine Herren, wenn im Jahre 1898 das glückliche Zeitalter der sozialistischen Zukunftsgesellschaft anbricht, warum muß dann Herr Liebknecht sich heute den Kopf über die Zukunft seiner Kinder zerbrechen? (Sehr richtig!) Sehen Sie, meine Herren, das war ein Punkt, von welchem klar wurde, daß, wenn es sich einmal um den Ernst des Lebens handelt, Sie selbst nicht an Ihren sozialistischen Zukunftsstaat glauben. (Sehr richtig!) — Meine Herren, das Einzige, was wir bisher in Händen zu haben glaubten, des Herrn Kollegen Bebel's interessantes Buch über „Die Frau" mit seinen Perspektiven in Ihren sozialistischen Zukunftsstaat, das hat er uns heute vollständig unter den Händen entzogen. Er ist sich allerdings im Verlaufe seiner langen Rede nicht sehr getreu geblieben. Nachdem er vorher den Herren Richter und Bachem vorgeworfen hatte, daß sie, auf eigenen Phantasmagorien fußend, den Zukunftsstaat bekämpft hätten, hat er nachher selbst zugegeben, daß Herr Kollege Richter auf Grund der Perspektive dieses seines Buches seine Zukunftsperspektive ausgemalt habe, und er ist dann selbst wieder des langen und breiten in eine Widerlegung der Richter'schen Zukunftsperspektiven eingetreten. Das, sage ich, ist etwas im Widerspruch gegenüber der vollständigen Desavouirung, welche der Herr Kollege Bebel heute seinen früheren schriftstellerischen Leistungen in dem bekannten Buche hat zu Theil werden lassen. Ich gebe ihm allerdings zu, er ist vollständig loyal verfahren; er hat uns seine Vorrede vorgelesen, und ich gestehe offen, ich habe diese Vorrede nicht gekannt. Man kann doch nicht von sämmtlichen Neuauflagen immer die Vorreden lesen. (Zurufe links.) — Die Vorrede der „Ziele"? Gut! Nachdem der Herr Kollege Bebel aber so klipp und klar uns erklärt hat, daß dasjenige, was er früher über diese Dinge geschrieben, auf seinem heutigen Entwickelungsstandpunkt allerdings von ihm selbst nicht mehr als zutreffend bezeichnet wird, woran sollen wir uns denn nun noch halten? In dem Augenblicke, wo alle diese konkreten Anhaltspunkte versagen, in dem Augenblicke kommen Sie uns immer mit der Erklärung: die Wissenschaft ist für uns! Ja, meine Herren. dieses große Wort „Wissenschaft" kann einen wohl einmal eine Weile graulich machen; wenn man aber den Dingen etwas näher auf den Leib geht, was ist denn diese Ihre Wissenschaft? Wo steckt sie? Lassalle mit seinem ehernen Lohngesetz haben Sie längst verworfen. Soweit ich mich umsehe, überall erblicke ich nur Ihren einzigen großen Heiligen, Marx. Was ist nun die Wissenschaft von Marx? Eine geistvolle, scharfsinnige, aber eine übertreibende, einseitige Kritik der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, eine Kritik, die zum Zersetzen, zum Zerstören führt, nicht ein Wegweiser zum Aufbauen! Sonst, meine Herren, soweit ich mich umsehe, was höre ich von Ihnen von Wissenschaft? Der Herr Kollege Bebel hat allerdings die Gepflogenheit, uns, d. h. doch in ziemlich vorgerückten Jahren stehende Männer, ab und zu einmal ein Stündchen zurück auf die Schulbank zu versetzen, und da man der Schulbank seit einem Menschenalter entwöhnt ist, macht einem dies unter Umständen auch wieder einmal Vergnügen. Aber alles, was ich neulich und heute an wissenschaftlichen Ausführungen und Perspektiven von dem Herrn Kollegen Bebel gehört habe, — die meisten von uns, wenn ich nicht behaupten will: alle, sind doch bereits vor 20 bis 30 Jahren in der Lage gewesen, das alles wieder vergessen zu können — damit uns hier zu imponiren, das können Sie doch unmöglich verlangen! — Und glauben Sie, daß Sie dem Arbeiter draußen eine wirkliche Befriedigung gewähren? Vor all diesem unendlichen Wortschwall über die Evolutionstheorie, ja da wird der Arbeiter draußen kopfschüttelnd stehen, er wird nichts damit anzufangen wissen; und wenn er das lange genug mit angehört hat, namentlich wenn Sie es verbreiten wollen draußen im Lande in der Ausführlichkeit, wie es hier vor sich gegangen ist, — wenn er das alles mit angehört hat, dann wird er dem Herrn Kollegen Bebel schließlich mit dem bekannten Refrain antworten: „glücklich, August, macht das nicht!" (Große Heiterkeit. Zuruf links.) — Nun aber, meine Herren, um ernst zu reden, was thun Sie denn wirklich für das Glück des Arbeiters? Was hat sich in diesen drei Tagen herausgestellt? Auf die Frage nach dem Zukunftsstaat, auf die Frage, ist es möglich, daß mit Ihren Theorien ein derartiger Gesellschaftszustand durchgeführt werden kann, der schließlich das dem Arbeiter vorschwebende Bild der Glückseligkeit zur Verwirklichung bringt — auf diese Frage haben Sie absolut nichts zu antworten gewußt. Das ist das eine Resultat dieser Debatten. — Dann aber, meine Herren, was haben Sie auf der anderen Seite zeigen können, was Sie wirklich zum Glück der Arbeiter gethan haben oder zu thun im Stande sind? Der Herr Kollege Bebel hat des langen und breiten Vorwürfe gegen seine Partei widerlegt, Vorzüge, Absichten, Verdienste seiner Partei geschildert. Ich will Ihnen das eine Verdienst nicht abstreiten: durch die Thatsache Ihres Bestehens ist allerdings der übrigen Gesellschaft das Gewissen geschärft worden; das habe ich stets anerkannt. — Meine Herren, die bestehende Gesell-

schaft hat ihre Fehler, sie hat zu lange — das habe ich stets anerkannt — es versäumt, denjenigen Pflichten nachzukommen, welche die kolossale Umgestaltung der Produktionsverhältnisse im Laufe dieses zu Ende gehenden Jahrhunderts ihr auferlegt hat. Meine Herren, da liegt allerdings ein Verdienst des Bestehens der sozialdemokratischen Partei, aber auch nur ein Verdienst, soweit eben jedes Ding, und sei es das schlimmste, auch einmal sein Gutes haben kann. Die schlimme Wirkung Ihrer Agitation schlage ich viel größer an. (Zuruf.) Alles, was Sie an positiven Vorschlägen zu Gunsten der Arbeiter hier im Reichstage gemacht haben — und Sie haben solche Vorschläge gemacht —, war immer so gehalten, daß es, wenn auch nur durch eine kleine Grenze des Unmöglichen von dem Ausführbaren geschieden war. Ihre Vorschläge waren immer so gehalten und sollten so gehalten sein, daß sie nicht verwirklicht werden konnten; (sehr wahr!) denn wie könnten Sie dann wünschen, daß der Arbeiter innerhalb der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung sich wohl fühle, daß er die Ueberzeugung gewönne: was unsere Vertrauensmänner — als welche Sie sich ja ausgeben — in den gesetzgebenden Körperschaften beantragen, wird gewährt —? Nein, meine Herren, das konnten Sie nicht wünschen, und deshalb mußten Sie Ihre Forderungen so stellen, daß wir sie anzunehmen außer Stande waren. Meine Herren, was geschehen ist für die Arbeiter — und ich behaupte, es giebt keinen Staat in der heutigen Welt, der so viel für die Arbeiter gethan hätte durch seine Gesetzgebung, wie es das Deutsche Reich gethan hat — (sehr richtig! links) was geschehen ist in dieser Richtung, das ist nicht durch Ihre Mitwirkung, sondern gegen Ihre Mitwirkung zu Stande gekommen. (Sehr richtig! links.) — Meine Herren, diese Zukunft ist für die Arbeiter, für die wirkliche Befriedigung ihrer berechtigten Ansprüche, eine außerordentlich viel aussichtsreichere als die Zukunft, welche Sie in Aussicht stellen. Nun, meine Herren, die Einsicht in diese Thatsache wird mehr und mehr in die Arbeiterkreise einziehen, davon bin ich fest überzeugt. (Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Ja gewiß, Herr Bebel, wir warten es alle zusammen ab. Sie können auch noch so lange deduziren mit dem Fanatismus der Marx'schen Entwickelungstheorie, daß die ganze gegenwärtige Entwickelung auf Ihren sozialistischen Zukunftsstaat hinausgeht, wer sagt Ihnen denn das? Es ist das wiederum einer Ihrer Widersprüche gegenüber Ihrer anderwärts vorgebrachten Theorie, daß man nicht einmal im Stande sei, für die nächsten Jahre zu prophezeien. Sie sagen, daß die Entwickelung, wie sie sich allerdings seit einem Menschenalter vollzogen hat, mit der kolossalen Konzentration des Kapitals, — daß die ununterbrochen so weiter gehen muß. Wer sagt Ihnen denn aber, daß es nicht gerade umgekehrt kommen kann, daß es durch die Fortschritte der Technik, der Erfindungen nicht vielleicht möglich sein wird, den Kleinbetrieb mit den Hilfsmitteln auszustatten, die ihn konkurrenzfähig machen? (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — Sie rufen: „glauben Sie daran?" Ich „glaube" nicht daran, aber ich halte es für möglich und sage mit Ihnen: ich warte es ab. Aber gesetzt auch, es ginge nach Ihrer Prophezeiung, wie, meine Herren, stellen Sie sich den kolossalen Expropriationsprozeß vor, der Ihnen allerdings außerordentlich erleichtert werden würde, wenn die Entwickelung so weiter gehen würde? Dieser kolossale Expropriationsprozeß, das ist das „hic Rhodus, hic salta", über das Sie Aufschluß geben müssen, die absolute Aufhebung des Privateigenthums an den Produktionsmitteln, d. h. so ziemlich an allem, das ist das Neue, über das Sie nicht herauskommen, das ist dasjenige, woran alle Prophezeiungen von einem friedlichen Hinüberwachsen der einen Gesellschaftsform in die andere scheitern, das ist der Punkt, wo dann, wenn Ernst gemacht werden sollte, allerdings das „Waten in Strömen von Blut" zur Wahrheit werden müßte. Meine Herren, ob es dahin kommen wird, weiß ich nicht; kommt aber diese Revolution, dann sind Sie die ersten, welche sie verschlingt. Sie wollen die Revolution nicht, dazu sind Sie schon viel zu alt, viel zu bequem geworden, dazu leben Sie viel zu behaglich; aber die „Jungen", welche über Sie hinausgehen, — ob es denen gelingen wird, diesen unheilvollen Moment über unser Vaterland herbeizuführen, will ich dahin gestellt sein lassen, da warte ich auch ab. Ich habe dann nur die feste Ueberzeugung, daß das Deutsche Reich stark genug sein wird, stark genug in seinen gesunden Elementen, um diese Gefahr zu überwinden. — Meine Herren, wenn ich von den gesunden Elementen sprach, so bin ich überzeugt, daß sie auch innerhalb des Arbeiterthums vorhanden sind, des Arbeiterthums freilich, das der Herr Abgeordnete Bebel am allerwenigsten kennt. Er kennt nur diejenigen, welche er gerade vor sich hat in seinen Volksversammlungen; die Millionen aber, die in diese Volksversammlungen nicht hineinkommen, kennt er nicht. Wenn mir etwas dafür den Beweis liefern könnte, so ist es die Manier, wie die Partei über das Sparen spottet. Das, meine Herren, ist ja gerade der kolossale Fehler, in dem Ihre Anschauungen sich befinden, daß Sie glauben, einen Zustand von

Idealismus, wie ihn die Weltgeschichte nie gesehen hat, und wie er selbst in der Phantasie sich nicht träumen läßt, herbeiführen zu können, indem Sie sich an die niedrigsten Triebe des Menschen wenden. Ihre ganze Agitation basirt darauf. Es ist geradezu tragisch für edeldenkende Schwärmer, daß Sie sich dieser Mittel bedienen müssen, um zu diesem idealen Zustande zu kommen, um die Seelen zu präpariren für Ihre Bestrebungen. Gerade an der Verhöhnung der Sparthätigkeit ist es recht deutlich zu sehen, wie vollständig Sie sich im Irrthum befinden über die Tiefe der menschlichen Natur. Nicht der wirthschaftliche Vortheil ist der größte Nutzen des Sparens, sondern das sittlich erziehliche Moment, welches im Sparen liegt, das Bewußtsein der Selbstüberwindung, der Sieg über die Begierde des Augenblicks, welcher den Menschen vor sich selbst mehr Achtung gewinnen läßt, — das ist meines Erachtens der höchste Vortheil des Sparens. (Sehr wahr!) Für dieses sittliche Moment aber haben Sie kein Verständniß, und wenn Sie es jemals gehabt haben, so wollen Sie es nicht mehr haben. Daher auch Ihr Haß gegen alles, was mit Religion zusammenhängt Den Kampf gegen einzelne Religionen, gegen einzelne Bekenntnisse kann ich verstehen, aber der Kampf gegen die Religiosität als solche ist mir absolut unbegreiflich. Meine Herren, nie in der Geschichte hat es eine Kulturstufe gegeben, die ohne diese sittlichen Mächte hätte bestehen können, und niemals werden Sie einen Zukunftsstaat schaffen können, ohne daß Sie mit dieser sittlichen Macht zu rechnen haben; und da Sie nicht damit rechnen, so ist Ihr Zukunftsstaat schon einfach aus diesem Grunde nicht möglich. — Der Herr Abgeordnete Bebel hat gemeint, wir würden keine Freude an dem Erfolge der Debatte der letzten Tage haben. Wir wollen das abwarten. Ich glaube Ihnen schon, meine Herren, daß diejenigen Arbeiter, welche Sie fest in ihren Fingern haben, Ihnen so leicht nicht entwischen werden, und andererseits werden Sie auch alle die Unzufriedenen, die meiner festen Ueberzeugung nach die Majorität in Ihren Wahlziffern bilden, die aber in Wirklichkeit gar nicht zur Sozialdemokratie gehören, in Zukunft noch haben; denn die haben lediglich — es kostet ja nichts, ist ja so billig unter dem Deckmantel des geheimen Wahlrechts — ihr Vergnügen daran, ihrer pessimistischen Stimmung einmal Ausdruck zu geben. Daneben aber, meine Herren, steht eine breite Masse solcher, welche der vernünftigen Rede noch zugänglich sind und sich die Unabhängigkeit des Urtheils auch Ihnen gegenüber genügend gewahrt haben, um angesichts solcher Verhandlungen, wie sie die letzten vier Tage gebracht haben, doch einmal stutzig zu werden. — Auf der anderen Seite, meine Herren, werden diese Debatten aufweckend wirken auf die Vertreter der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Niemals seit langer Zeit haben wir die Tribünen in der Weise überfüllt gesehen, wie es jetzt der Fall ist, und draußen im Lande ist seit langer Zeit nicht die Aufmerksamkeit auf dieses Haus so gerichtet gewesen, wie in diesen Tagen, aus dem einfachen Grunde, weil man überall ein Interesse daran hat, die Sozialdemokratie einmal voll und ganz in ihrer wirklichen Gestalt zu sehen. Das Ende ist gewesen, daß Sie mit absolut nackten Händen der Zukunft gegenüberstehen. (Lachen links.) Nun, diese Ueberzeugung wird dem deutschen Bürgerthum um so mehr die Verpflichtung auferlegen, den Arbeiter aufzuklären. Ja, meine Herren, nicht nur Sie, auch wir wollen ihn aufklären. Der Unterschied ist nur, daß Sie auf die niedrigsten Triebe spekuliren, wir unsererseits aber ihn auch sittlich heben wollen. — Wenn der Herr Kollege Bebel vorhin gemeint hat, es giebt eigentlich keinen Arbeitgeber, der sich darüber freut, daß sein Arbeiter zu sparen sucht, oder der nur den Gedanken dabei hat, ihm, sobald er spart, das bischen Ersparniß demnächst wieder abzuknöpfen, — nein, Herr Kollege Bebel, so ungeheuer verkennen Sie die Wirklichkeit. Ich behaupte steif und fest: die ungeheure Majorität aller Arbeitgeber hat eine Freude daran, wenn ihre Arbeiter im Stande sind, zu sparen, und sie hat ein tiefes Bedauern darüber, wenn sie, namentlich in jüngeren Jahren, dieser Pflicht, welche sie sich selbst auferlegen sollten, nicht nachkommen. (Sehr wahr! links.) Meine Herren, diese arbeiterfreundliche Thätigkeit des Bürgerthums wird um so mehr angespornt werden, je weiter die Verhältnisse sich klären. Wenn der Herr Kollege Bebel von der Angst des Bürgerthums gesprochen hat — ach, Herr Kollege Bebel, das glauben Sie wieder selbst nicht! Auf dem Berliner sozialdemokratischen Parteitag haben Sie den Genossen erklärt, die Bourgeoisie sei viel, viel widerstandsfähiger, als man gemeinhin in sozialdemokratischen Kreisen denkt. Zu dieser Erkenntniß ist Herr Bebel in den letzten Jahren gekommen, wie auch zu der Erkenntniß, daß die gegenwärtige Staats- und Gesellschaftsordnung eigentlich doch die schönste wäre, die man jemals gehabt hätte. Nun, meine Herren und Herr Kollege Bebel insbesondere, entwickeln Sie sich in Zukunft noch so weiter, vielleicht kommen Sie dann auch noch zu der Erkenntniß, daß selbst für den Arbeiter nach Ihrer Vorstellung innerhalb des gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftszustandes doch besser hausen ist als in einem höchst zweifel-

haiten Wolkenkukuksheim, über das Sie uns absolut keine Nachricht zu geben wissen. — Wir unsererseits sind der Ueberzeugung, daß in diesen Tagen über Ihre Art der Agitation, über Ihre Art der Vorspiegelung von Zukunftsbildern, die nicht verwirklicht werden können, ein scharfes Gericht hier gehalten worden ist; und, meine Herren, das Gericht draußen im Lande wird nicht ausbleiben. (Lebhaftes Bravo.)

Abgeordneter von Koscielski: Meine Herren, es ist gar nicht meine Absicht gewesen, mich an der Debatte zu betheiligen, und wenn ich mich, sozusagen, vor Thoresschluß noch dazu entschlossen habe, das Wort zu verlangen, so geschieht das auch der Furcht heraus, daß, nachdem sämmtliche Parteien des Hauses bereits zu dieser eigentlich nur akademischen Erörterung, die wir hier pflegen, Stellung genommen haben, das Schweigen meiner Fraktion falsch gedeutet werden könnte. Es könnte vielleicht dahin gedeutet werden, daß wir den Gefahren, die die sozialdemokratischen Umtriebe bergen, und den Bemühungen, denselben zu steuern, theilnahmslos gegenüberstehen, und diese Deutung würde ich von meinem Standpunkte aus höchst bedauerlich finden. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) — Man kann es vielleicht vorher vermuthen; aber Sie wissen noch nicht, was ich über die Frage und zu der Sache näher zu sagen habe, und eben in diesem Augenblick wollte ich, Herr Bebel, bevor ich daran gehe, unseren spezifischen Standpunkt zu präzisiren, gerade eins konstatiren und zwar in aller Kürze, nämlich daß die Herren Sozialdemokraten, trotz der langen Reden, die sie uns gehalten haben, in keiner Weise die Frage beantwortet haben, die ihnen ganz präzis von allen anderen Seiten des Hauses vorgelegt worden ist. (Sehr richtig! rechts.) Auf diese Frage haben wir keine Antwort erhalten! Allerdings wußten wir das im voraus. (Sehr richtig! im Zentrum.) Allein, statt uns eine klare Antwort zu geben, insofern eine möglich ist, provozirt heute Herr Abgeordneter Bebel seinerseits eine Antwort auf die Frage, wie wir z. B., die wir zur alten Ordnung der Dinge halten, uns dann einrichten werden, wenn dieselbe umgeschmissen ist. Ja, meine Herren, das ist ja sehr bequem, sich um eine Frage herumzudrücken, indem man eine andere aufwirft. (Sehr gut! im Zentrum.) Sagen Sie uns erst, wie Sie sich den Zukunftsstaat denken, und verlangen Sie dann erst eine Antwort, wie wir uns in Ihrem Zukunfsstaat einrichten werden! Wir kennen ja Ihren Zukunftsstaat nicht, trotz Ihrer langen Reden und deren sehr kurzem Sinn. (Sehr gut! im Zentrum.) Wenn wir ihn kennen, werden wir in der Lage sein, Ihnen Antwort zu ertheilen. Also erst Antwort stehen und dann Antwort verlangen. — Deswegen dürfen Sie keine Antwort auf die von Herrn Bebel aufgeworfene Frage von uns erwarten. Herr Bebel hat ja recht lange gesprochen und hat viel gefragt; er hat ja auch manches interessante gesagt; er hat uns aber im wesentlichen nur gesagt, wie es nicht sein wird, aber nicht im mindesten, wie es sein wird. Und das ist für uns das interessanteste. Er hat uns z. B. gesagt — und das war eine sehr beruhigende Erklärung —, daß Herr Singer z. B. nicht Bergwerkdirektor sein werde. Ja, meine Herren, das nehme ich auch an; aber damit ist doch nicht gesagt, wie die Verhältnisse sein werden, die für uns am allerwichtigsten erscheinen, und über die wir doch etwas mehr unterrichtet werden möchten, als wir es hier von Herrn Frohme und von Herrn Bebel gehört haben. — Nun, meine Herren, komme ich zu dem eigentlichen Zweck meiner Ausführungen. Ich will nämlich auch kurz, wie es jetzt die späte Stunde mit sich bringt, konstatiren, daß wir, die wir hier in diesem Hause die polnische Bevölkerung zu vertreten haben, in der Lage sind, eine Bevölkerung zu vertreten, die, wie es notorisch und von allen Seiten anerkannt ist, noch am allerwenigsten von den sozialdemokratischen Bestrebungen und Tendenzen infizirt worden ist. (Zuruf.) — Warten wir nur ab! ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Singer, daß Sie darauf gekommen sind, ich würde auch selbst darauf gekommen sein. — Ich meine, daß das, was Sie bis jetzt an Fortschritten gemacht haben, bitterwenig ist und sich nur auf einzelne jugendliche Arbeiter erstreckt, und zwar vorzugsweise auf diejenigen, die der Heimath den Rücken gekehrt haben. Das wollte ich betont haben. Jung und in der Ferne weilend, sind die polnischen Arbeiter eine wirksame Beute Ihrer Theorien; älter und seßhaft geworden, kehren sie wieder zu den gesunden Traditionen ihres Volkes zurück. Und das, meine Herren, kommt daher, daß dem polnischen Volksstamme, den wir hier vertreten, vor allen Dingen in seiner Seele im höchsten Grade zwei Ideale fest eingewurzelt sind, die beide vor der sozialdemokratischen Taufe abgeschworen werden müssen: das ist der religiöse positive Glaube und die Vaterlandsliebe. Das sind die beiden Waffen, mit denen wir auch zu Hause Ihre Theorien bekämpfen. Leider können wir das nicht so ergiebig thun, wie wir es möchten, weil uns in dieser Beziehung die Waffen aus der Hand entwunden werden, von der preußischen Regierung unter anderem, die ja bestrebt ist, grade in dieser Richtung alles aufzubieten, um diese Waffen, die einzigen

die wir haben, schartig zu machen. — Ja, Herr von Colmar, Sie mögen mit der Hand winken, so viel Sie wollen, das ist Thatsache: würde man uns nicht diese Waffen aus der Hand winden eines imaginären Zieles wegen, so würden wir viel eher gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen thatsächlich auftreten können. — Meine Herren, ich will das natürlich von diesem Platze aus und in dieser vorgerückten Stunde nicht näher erörtern, sondern nur bemerken, daß die Herren Sozialdemokraten selbst sich dessen sehr wohl bewußt sind, daß sie von den Fehlern, die auf der anderen Seite begangen werden, profitiren können, und daß sie das auch nach jeder Richtung hin thun. — Einer der namhaften Führer der Sozialdemokraten hat mir einmal persönlich gesagt, daß es eine lohnende Aufgabe für die Sozialdemokratie sei, gerade die polnischen Arbeiter für sich zu gewinnen, weil, wenn die Stunde der That schlage, das lebhaftere polnische Temperament dazu angethan sei, den besonneneren deutschen Michel davon abzubringen, Grübeleien nachzuhängen und abzuwarten, und daß es ihn dazu bringen werde, zur frischen, blutigen That überzugehen. Aus diesem Bestreben heraus haben die Herren Sozialdemokraten — und das halte ich für eine richtige Taktik — eine polnische Arbeiterzeitung gegründet; sie wenden sich zu den polnischen Arbeitern in polnischer Sprache, und das ist das Richtige. Sie haben auch ihre Agenten entsandt, und beides, das geschriebene wie das lebendige Wort, wirkt immens und vorzugsweise da, wo die kirchliche und elterliche Autorität durch alle möglichen anderen Momente untergraben worden sind. — Meine Herren, das mußte ich vorausschicken, weil das den ganzen Kampf, den wir privatim gegen die Sozialdemokratie führen, mit bedingt; und das bringt es mit sich, daß die Schwierigkeiten, die wir auf diesem Gebiete finden, uns nicht von sozialdemokratischer, sondern von ganz anderer Seite kommen, von der wir sie nicht erwartet hätten. Das, was man in Regierungskreisen und auch in anderen autoritativen Kreisen polnische Agitation nennt, ist im jetzigen Stadium nichts weiter als eine Brustwehr gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen der Gegenwart, und es ist meiner Ansicht nach thöricht, eine Brustwehr zu zerstören, auf deren Platz man nichts anderes zu setzen hat. — Meine Herren, das Vorhandensein sozialdemokratischer Tendenzen im Staate muß nothwendig dazu führen, eine Menge alter Ueberlieferungen über den Haufen zu werfen, und dazu gehören in erster Linie die Bestrebungen, einen Theil der Staatsbürger zu entnationalisiren. Diesen Luxus durfte man sich vielleicht ein paar Jahrzehntel früher erlauben, obgleich er ethisch niemals berechtigt gewesen ist; aber in diesem Augenblick daran festzuhalten, ist Wahnwitz; denn man fördert dadurch dasjenige, was viel gefährlicher ist als alle nationalen Strömungen und nationalen Gegensätze: man fördert die soziale Zerrüttung. — Meine Herren, wenn ich gesagt habe, daß ich einem Volksstamm angehöre, welcher in dem positiven Glauben und in der Vaterlandsliebe eine feste Abwehr gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen besitzt, so muß ich dazu sagen, daß es gerade die beiden schwersten Vorwürfe sind, die wir unsererseits den Sozialdemokraten machen, daß sie keinen Gott und kein Vaterland gelten lassen. Aber so schwer diese Vorwürfe auch sind, so würde ich für meinen Theil, wenn ich zum Richter bestellt wäre über die Irreligiosität und den Mangel an Patriotismus bei den Sozialdemokraten, denselben doch unbedingt mildernde Umstände bewilligen. — Meine Herren, sind es denn die Sozialdemokraten, die als die ersten an diesen Grundfesten des modernen Staates gerüttelt haben? oder wird nicht tagtäglich von allen Seiten daran gerüttelt? Ich verweise nur darauf, daß auf jeden Schritt und Tritt, sei es in konfessionellen Verfolgungen, wie sie leider in letzter Zeit vorgekommen sind, sei es in der gesammten Presse und Literatur, in einem beträchtlichen Theil der Wissenschaft, ja in unserem parteipolitischen Hader hier in diesem hohen Hause — überall sind Motive vorhanden, überall wird an dieser Autorität gerüttelt, und es ist kein Wunder, daß dann der ungebildete Mann, der Mann, der die Sache oberflächlich zu betrachten genöthigt ist, die Ursache für die Wirkung nimmt, und daß er dem Glauben, der positiven Religion entfremdet wird. Meine Herren, der Herr Abgeordnete Hitze hat ganz recht gehabt, wenn er sagte, daß der Haß gegen die Religion innerhalb der sozialdemokratischen Partei größer wäre als der Enthusiasmus für den Zukunftsstaat; das ist ganz richtig; aber ebenso richtig ist, daß dieser Haß nicht von den Sozialdemokraten gezeitigt wurde, daß sie nur Vorgefundenes sich angeeignet haben. Denn der alte Ruf: écrasez l'infame! ist nicht sozialistischen Ursprungs. — Meine Herren, wie liegen denn die Sachen, wenn wir von der Vaterlandsliebe sprechen wollen? — Ich will hier einen heiklen Punkt nur sehr leicht und vorsichtig berühren; aber ich glaube, daß er doch berührt werden muß. Ist etwa das alles, was bei uns auf jeden Schritt und Tritt, auf allen Gebieten im politischen Leben geschieht, gesprochen, gedruckt und gesagt wird, dazu angethan, das Ge-

fühl der Vaterlandsliebe, der Größe und des Glanzes des Vaterlandes in den Massen zu heben? Ist vielleicht die Ueberwucherung des Parteihaders, wie er sich gegenüber jeder großen Aufgabe, vor die wir gestellt werden, breit macht, nicht dazu angethan, diese Vaterlandsliebe herabzumindern und dieses Gefühl herabzudrücken? Die Sozialdemokraten haben kein Vaterlandsgefühl, und wir verdammen das; aber, wie ich vorhin gesagt habe: ich muß ihnen mildernde Umstände bewilligen, weil in dieser Richtung von allen Seiten ebenso gefehlt wird. — Meine Herren, das sind ernste und wohlgemeinte Worte, und der sie zu Ihnen spricht, der ist kein Deutscher, der gehört nicht zur deutschen Nation, ja er gehört einer anderen Rasse an. Aber, meine Herren, vielleicht eben deshalb sieht er die Frage klarer und ungetrübt vom Parteihader, unbeirrt vom Parteiinteresse an, und jedenfalls meint er es ehrlich, weil er und seine Landsleute treu zum Reich halten und innerhalb des Reiches gar keine parteipolitischen Zwecke zu verfolgen haben. — Alle Herren, die in dieser dreitägigen Diskussion das Wort ergriffen haben, haben den Lehren der Sozialdemokraten einen berechtigten Kern zuerkannt; das unterschreibe ich voll und ganz. Ich gehe sogar weiter: ich glaube, daß es unter den Anhängern dieser Irrlehre Leute giebt, die ihr mit Hintansetzung des persönlichen Vortheils treu und ehrlich dienen; aber von meinem Standpunkt aus ist es bedauerlich, daß so viele Kräfte vergeudet werden für eine Sache, die doch aussichtslos ist. — Meine Herren, ich habe vorhin von Parteihader gesprochen; und da komme ich darauf, womit sich die Sozialdemokraten so oft und gern brüsten, d. h. mit der großen Zunahme von Stimmen, die auf ihre Kandidaten bei der letzten Wahl gefallen sind. Meine Herren, glauben denn die Herren von der äußersten Linken, daß sämmtliche Leute, die für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben, auch Sozialdemokraten sind? Nein, meine Herren das sind sie nicht! (Sehr richtig! rechts.) Ich kenne sehr viele Fälle, wo Leute, die keine Befriedigung in den anderen Parteien finden können, denen der Parteihader, das Gespaltensein zuwider ist, sich dazu verstehen, den Sozialdemokraten ihre Stimme zu geben. Halten aber alle anderen Staatserhaltenden Elemente fest zusammen, und vergeben sie sich gegenseitig kleinere Sünden, für die sie gegeneinander ins Feld ziehen, begraben sie die Streitaxt, wenn es sich um große Gesichtspunkte handelt, dann wird auch die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen auf das Maß zurücksinken, welches nach Maßgabe des sozialdemokratischen Elements innerhalb der Bevölkerung normirt wird. — Meine Herren, es wäre interessant, noch manches anzuführen; bei dieser späten Zeit will ich aber davon Abstand nehmen. Ich resümire mich dahin: wir Polen hier im Reichstag und außerhalb verdammen die sozialdemokratischen Irrlehren und sind bereit, sie mit allen Mitteln zu bekämpfen, — natürlich mit Ausnahme von Ausnahmegesetzen, gegen die wir stets eingetreten sind; wir bedauern, daß uns in der Heimath die Hände gebunden sind, den Kampf mit Erfolg zu führen; und endlich sprechen wir die Hoffnung aus, daß, wenn wir hier einmüthig für alles eintreten, was die Größe, Würde, Wehrkraft des Reiches erheischt, dann diese Einmüthigkeit dazu beitragen wird, die Sozialdemokraten davon zu überzeugen, daß auch innerhalb des Rahmens der alten Gesellschaft, des alten Staats, der alten Ordnung sich Tüchtiges, Großes und Gutes leisten läßt. (Beifall bei den Polen und rechts.)

Abgeordneter Dr. Bachem: Meine Herren, die Zeit ist heute schon so weit vorgeschritten, daß es mir unmöglich ist, auf alle Angriffe und Einwendungen des Herrn Kollegen Bebel zu antworten. Ich will darum hauptsächlich nur auf dasjenige zurückkommen, worauf es mir bei dieser Debatte in erster Linie angekommen ist und noch ankommt. Vorher ist es mir aber doch Bedürfniß, einen anderen Punkt kurz zu berühren, weil sonst vielleicht wieder eine falsche Legendenbildung über die Stellung meiner Partei ins Land ginge. — Herr Kollege Bebel hat bei uns angefragt wegen unserer Stellung zum allgemeinen Stimmrecht und hat dabei gemeint, wir seien durchaus bereit, jederzeit das allgemeine Stimmrecht zum Deutschen Reichstag abzuschaffen. Ich habe einer derartigen Insinuation gegenüber nichts anderes zu thun, als zu wiederholen, was der Abgeordnete Windthorst, unser hochverehrter Führer, und meine ganze Partei einmüthig von Anfang an gesagt hat: daß wir unbedingt festhalten an dem allgemeinen Stimmrecht im Reiche. — Was sodann das allgemeine Stimmrecht in Preußen angeht, wobei uns der Kollege Bebel vorgeworfen hat, daß wir es nicht durchführen wollten, so gestatte ich mir, daran zu erinnern, daß bei der jüngsten Wahlrechtsdebatte im preußischen Abgeordnetenhause sowohl der Herr Kollege Dr. Lieber als meine Wenigkeit ausdrücklich betont haben, daß unsere Partei nach wie vor an ihrem alten Programm in dieser Beziehung festhält und, nachdem im Reich das allgemeine Stimmrecht eingeführt worden ist, es als lediglich konsequent und als eine

Nothwendigkeit betrachtet, auch in Preußen das allgemeine Stimmrecht einzuführen; daß wir lediglich aus dem Grunde zur Zeit auf eine nachdrücklichere Geltendmachung dieses Programmpunktes verzichtet haben, weil nach den Machtverhältnissen im preußischen Abgeordnetenhause ein derartiges Bestreben ausschließlich zu einer Zeitvergeudung hätte führen müssen. (Ach! bei den Sozialdemokraten.) — Ich komme nun zur Hauptsache. Ich brauche das Haus nicht daran zu erinnern, wie diese Debatte über den Zukunftsstaat sich entwickelt hat. Ich habe an den Herrn Kollegen Bebel gewisse Fragen gestellt über diesen Zukunftsstaat, nachdem die Herren von der sozialdemokratischen Partei die mannigfaltigsten Vorwürfe gegen unsere heutige Staatsordnung erhoben hatten. Das ganze Haus wird mir bezeugen, daß der Herr Kollege Bebel eine Antwort auf diese Frage nicht gegeben hat (lebhafter Beifall — Widerspruch bei den Sozialdemokraten), und ich glaube mich daher berechtigt, anzunehmen, daß er sie nicht geben kann. Der Herr Kollege Bebel ist vielmehr in seiner Antwort heute wie am Freitag ausschließlich wiederum nach dem alten Grundsatz seiner Partei verfahren, der in einer Resolution des St. Galler Parteitages niedergelegt ist und lautet:

Wie bisher, ist das Hauptgewicht auf die kritische und agitatorische Seite zu legen. (Hört! hört!)

Er hat diese Debatte zu einer bitteren Kritik unserer Gesellschaftsordnung, wie wir sie von ihm gewohnt sind, zu einer Agitation gegen die bestehende Rechtsordnung benutzt. Aber einen positiven Beitrag zur Hebung derjenigen Uebelstände, die er tadelt, hat er nicht gegeben. Einer sachlichen Auseinandersetzung über seinen Zukunftsstaat ist er ausgewichen und glaubt meine Fragen mit Angriffen auf die bestehende Ordnung aus der Welt geschafft zu haben. (Sehr richtig.) Agitiren, kritisiren, diskreditiren — das war die Signatur der Rede des Herrn Kollegen Bebel. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist nicht nur die Methode, mit der die Herren Sozialdemokraten kämpfen, sondern das das ist auch das Wesen ihrer Politik. (Sehr richtig!) — Auf meine Frage nach dem Zukunftsstaat hat der Herr Kollege Bebel zunächst geantwortet: wir wollen ja gar keinen Zukunftsstaat. Meine Herren, das ist nichts als ein leeres Spiel mit Worten. Der Herr Kollege Bebel hat zur Begründung seines Satzes behauptet, daß „die heutige Gesellschaft ihrem ganzen Wesen nach umgestaltet werden muß"; er hat dann ferner ausgeführt, daß „in letzter Entwickelung für den Sozialismus es sich gar nicht mehr um irgend einen Staat handelt, sondern gerade um die Aufhebung des Staates, um die Schaffung einer Organisation der Verwaltung, der nichts obliegt als die Leitung der Produktions- und Austauschprozessen, also einer Organisation, die mit dem heutigen Staate nichts mehr zu thun hat", daß es sich „nicht um den sozialdemokratischen Zukunftsstaat, sondern um etwas ganz anderes, um eine sozialistische Gesellschaftsorganisation handelt". Meine Herren, Sie sehen: ein Fechterkunststück! Er sagt einfach: wir wollen keinen Staat, sondern eine Ordnung, die nicht Staat ist und die mit dem heutigen Staate nichts zu thun hat. Nun, Herr Kollege Bebel, dann formuliren wir jetzt die Frage anders: ich frage nicht mehr: wie sieht es in ihrem sozialdemokratischen Staate aus? — sondern ich wünsche von Ihnen Auskunft (ach! bei den Sozialdemokraten) über die sozialistische Gesellschaftsordnung, über diejenige Ordnung der Verwaltung, der die Leitung der Produktions- und Austauschprozesse obliegt, (sehr gut!) die Sie, wenn Ihr Programm durchgeht, doch nothwendig verwirklichen müssen. Die Frage ist allerdings ihrer Tragweite nach genau dieselbe wie die frühere, und ich zweifle nicht: auch die Anwort wird dieselbe sein. (Sehr gut!) Sie wird darin bestehen, daß Sie sich ausschweigen. — Ich muß sodann mit einem Worte noch auf das Werk des Herrn Kollegen Bebel zurückkommen „Unsere Ziele". Ich habe am vorigen Freitag Ihnen mitgetheilt, daß in diesem Werk der Satz enthalten ist:

In der Zeit der Aktion ist es zu spät zu theoretischen Diskussionen. Der Plan des Zukunftsstaats muß bereits vor der Aktion in allen Theilen ausgearbeitet und fertig sein.

Das Werk ist im Jahre 1869 geschrieben. Damals im Jahre 1869 war also der Herr Kollege Bebel der Ansicht, daß ein sozialdemokratischer Zukunftsstaat anzustreben sei, und daß man den Plan dieses Zukunftsstaates bis in alle Einzelheiten fertig haben müßte, ehe die Aktion losgehe. — Danach hat denn der Herr Kollege Bebel im Verfolg eines Entwickelungsprozesses, der mit ihm selbst vorgegangen ist, erkannt, daß diese Theorie nicht haltbar sei, daß erstens kein Zukunftsstaat anzustreben sei, und daß zweitens es gar nicht nöthig sei, ein detaillirtes Programm für diesen Zukunftsstaat bereit zu haben. Trotzdem hat er im Jahre 1886 dieses Werk ohne Aenderung der angeführten Stelle nochmals veröffentlicht. (Hört! hört!) Er hat uns aus der Vorrede zu diesem Werke eine Stelle mitgetheilt, die mir nicht bekannt war, aber, ich muß sagen, die mich überrascht hat. Er hat uns mitgetheilt, daß er in der Vorrede zu

diesem Werk selbst ausgeführt habe, er veröffentliche auf Wunsch nochmals diese Schrift aus dem Grunde, weil es einen gewissen agitatorischen Werth habe. Ja, meine Herren, das ist die Hauptsache bei dem „Zukunftsstaat“: der agitatorische Werth! Der Zukunftsstaat hat einen agitatorischen Werth und weiter nichts. Nur zum Agitiren haben Sie diese Theorie benutzt, und dazu benutzen Sie sie heute noch. Wenn Sie genug mit derselben agitirt haben und sind dann unter vier Augen, dann lachen Sie sich gegenseitig an, wie die römischen Auguren, die auch das Volk betrogen. (Sehr gut!) Damit sind aber meine Fragen in Bezug auf die zukünftige „sozialistische Gesellschaftsordnung“ nicht erledigt. Ich gestatte mir hier noch einmal kurz diese Fragen zu präzisiren; also ich frage nicht mehr nach dem sozialistischen Zukunftsstaat, sondern nach den sozialistischen Gesellschaftsordnungen. Also, Herr Kollege Bebel und meine Herren von der sozialdemokratischen Partei, wie werden Sie es auf dem Boden Ihrer zukünftigen sozialdemokratischen Zukunftsgesellschaft halten, um die Ordner zu bestellen, welche die Fabriken und die Bergwerke leiten, welche die Produktion, die Konsumtion und die Distribution regeln, welche die Statistiken aufstellen, um zu berechnen, was produzirt werden müsse, was konsumirt werden dürfe, wie die Distribution in der besten Weise zu machen sei? Werden sie von den Arbeitern der einzelnen Fabrik oder des einzelnen Bergwerks gewählt? Oder werden sie von der Gemeinde gewählt? Oder werden sie von der gesammten sozialistischen Gesellschaft gewählt? Alterniren diese Aemter unter allen, oder wie soll es gemacht werden, daß nur die Fähigen zu diesen Aemtern berufen werden? — Der Herr Kollege Bebel ist der Ansicht, daß bei der sozialistischen Gesellschaftsordnung man auskomme auch ohne Autorität. Ich frage also weiter: wie werden bei dieser Ordnung die Ordner ohne Autorität auskommen? wie werden Sie die Ordnung in den Bergwerken und Fabriken, wie werden Sie den Betrieb selbst ohne Autorität aufrecht erhalten können? Wie werden Sie sich Gehorsam verschaffen, wenn Ihnen der freiwillige Gehorsam verweigert wird? Wie werden Sie in Ihren Betrieben ein Abwechseln der angenehmen und weniger angenehmen Arbeiten durchführen können, ohne die Produktivität der Arbeit zu schädigen? — Ich frage sodann drittens: wie werden Sie es alsdann anstellen, um die widerstrebenden Elemente niederzuhalten? Denn Sie werden doch selbst nicht behaupten, daß derartige widerstrebende Elemente unter Ihrer Gesellschaftsordnung fehlen werden. Sie wollen keine Justiz haben; Sie haben ausgeführt, daß es weder Rechtsanwälte noch Richter geben werde, und das entspricht auch durchaus der Theorie, welche Sie und Ihre Parteigenossen bisher vertraten. Wie machen Sie es also, wenn Sie die Herrschaft haben, um ohne Justiz und ohne Autorität die Leute zum Gehorsam anzuhalten, und die widerstrebenden Elemente mit den Verhältnissen auszusöhnen? — Das ist der Schwerpunkt unserer Fragen, die wir beantwortet wissen wollen. Können Sie diese Fragen nicht beantworten, so ist es ebenso unberechtigt, einen sozialdemokratischen Zukunftsstaat anzustreben als eine sozialistische Gesellschaftsordnung, wie Sie jetzt dasjenige nennen, was Sie wollen. — Meine Herren, ich konstatire als das Ergebniß dieser langen Debatte: es ist zunächst nicht mehr von dem Zukunftsstaat die Rede gewesen, es ist vielmehr offen ausgesprochen worden, daß man nicht in der Lage sei, ein genaues Bild der geträumten Zukunftszustände zu geben; es ist dann aber auch nicht mehr die Rede gewesen von einer Revolution, mit welcher die sozialistische Gesellschaftsordnung eingeführt werden soll; es ist nicht mehr davon die Rede gewesen, daß man mit einem einfachen Dekret feststellen könne: von morgen Mittag 12 Uhr an beginnt der sozialdemokratische Staat; — und es ist endlich mit keinem Worte mehr die Rede gewesen von dem bevorstehenden „großen Kladderadatsch“. — Herr Kollege Bebel, Sie haben heute gesagt, daß Sie „keinen Grund hätten, irgend etwas zu verhehlen, was Sie denken und was Sie wollen“. Ich nehme also an, daß Sie heute alles gesagt haben, was Sie heute wollen. Wenn Sie also ehrlich sind, wollen Sie heute die Revolution nicht mehr, sondern Sie haben eingesehen, daß die Revolution Ihnen nicht dienen kann. Das würde stimmen mit derjenigen Theorie, welche Sie allein heute noch aufrecht erhalten haben, nämlich mit der Theorie der gesellschaftlichen Entwickelung. Wie aus der feudalen Gesellschaft die bürgerliche, so werde aus der bürgerlichen die sozialistische Gesellschaft sich entwickeln. Nach dem Herrn Kollegen Frohme wird die sozialistische Gesellschaft eine „naturnothwendige Entwickelung“, nichts als ein „Produkt der organischen Evolution“ sein. Sie selber haben sodann gesagt, daß Sie „diesen ganzen gesellschaftlichen Entwickelungsgang nicht künstlich beschleunigen können und nicht künstlich beschleunigen wollen.“ Das bedeutet den ausdrücklichen Verzicht auf die Revolution. Sie wollen also fortan eine Evolution ohne Revolution. Das nagle ich hiermit fest. Wenn Ihnen also Ihre Haltung in dieser Debatte ernst war, dann haben Sie in diesem Augenblick aufgehört, eine revolutionäre Partei zu sein, dann sind Sie von jetzt an nichts anderes, als eine [illegible]

liche Partei, dann unterscheiden Sie sich in nichts mehr von den Herren, die links von Ihnen sitzen, von der Volkspartei, und dann steht nichts mehr im Wege, daß Sie sich als linker Flügel der süddeutschen Volkspartei konstituiren. (Sehr richtig!) — Herr Kollege Bebel, wenn Sie also die Revolution nicht mehr wollen, dann wird es auch keinen Sinn mehr haben, daß Sie Ihre bisherige Haltung gegenüber unseren sozialreformatorischen Bestrebungen aufrecht erhalten. Ich habe Ihnen schon vorgehalten, daß Sie gegen die Krankenversicherung, gegen die Unfallversicherung, gegen die Alters- und Invaliditätsversicherung und gegen die Arbeiterschutzgebung gestimmt haben. Warum haben Sie das gethan? Der Zweck dieser Haltung ist niemals unklar gewesen: weil Sie keine Besserung der Verhältnisse der deutschen Arbeiter auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsverhältnisse haben wollten, weil Sie dieselbe in proletarischen Verhältnissen halten wollen, und weil Sie ja alles beförderten, um die proletarische Entwickelung zu fördern, — alles aus dem Gesichtspunkte, daß nur Proletarier in schlechtester wirthschaftlicher Lage gewillt sind, Revolution zu machen. Wenn Sie also die Revolution nicht mehr wollen, dann hat es gar keinen Sinn mehr, gegen unsere sozialen Reformgesetze zu stimmen, dann werden Sie richtiger handeln, wenn Sie an den Reformen auf dem Boden unserer heutigen Gesellschaftsordnung mitarbeiten, wenn Sie Anträge stellen, um den sozialistischen Entwickelungsgang, den Sie voraussehen und wünschen, zu beschleunigen. Bringen Sie uns derartige Gesetzentwürfe, dann werden wir sachlich mit Ihnen diskutiren und vielleicht uns darüber verständigen. (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten.) — Ja, meine Herren, ich bitte Sie, uns doch eben ruhig anzuhören, wie wir den Herrn Bebel angehört haben. Wir wünschen einen Nutzen aus dieser Debatte zu ziehen; den werden wir aber nicht haben, wenn Sie in derartig leidenschaftlicher Weise durch Zwischenrufe antworten. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Bachem, wenn Sie nicht immer die Herren direkt anreden wollten! (Heiterkeit.)

Abgeordneter Dr. Bachem: Ich konstatire dann ferner, daß in diesen ganzen Debatten nicht mehr die Rede davon gewesen ist, daß diejenige Evolution, welche zu den sozialdemokratischen Zuständen führen soll, in irgendwie absehbarer oder baldiger Zeit eintreten werde. Ich habe Ihnen am Freitag mitgetheilt, daß von autoritativer Seite in der sozialdemokratischen Partei prophezeit worden ist, daß noch in diesem Jahrzehnt die soziale Evolution kommen werde, oder daß im Jahre 1898 der große Kladderadatsch zu erwarten sei, oder daß alle, die damals, als der Herr Abgeordnete Bebel diese Worte sprach, im Saale anwesend waren, dieselbe noch erleben würden. Davon ist heute keine Rede mehr gewesen, sondern nur davon, daß Sie die Entwickelung ruhig abwarten, und daß bis zu der sozialistischen Entwickelung noch eine sehr lange Zeit vergehen könne. Keiner von Ihnen hat mehr gewagt, die soziale Revolution für eine nahe Zukunft vorherzusagen. Dem gegenüber bedaure ich im höchsten Maße, feststellen zu müssen, daß bisher im Lande in tausenden und abertausenden sozialistischen Versammlungen die Arbeiter gerade mit dieser Hoffnung fanatisirt worden sind, und daß bisher diese Hoffnung von offizieller Seite Ihrer Partei unablässig genährt worden ist. (Sehr richtig!) Auch dieses Mittel war Ihnen nur ein Agitationsmittel; es ist Ihnen nicht ernst gemeint gewesen. Es war Ihnen nichts als ein Mittel, um durch die fanatisirten Arbeitermassen zu politischer Macht zu gelangen. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) — Herr Kollege Bebel, ob das zieht oder nicht, das werden wir abzuwarten haben. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte nochmals darum, daß Sie nicht immer geschäftsordnungswidrig zu einzelnen Abgeordneten sprechen. (Zurufe.)

Abgeordneter Dr. Bachem: Jedenfalls, ob das zieht oder nicht, — wir werden in nachhaltigster Arbeit nicht nachlassen, das deutsche Volk aufzuklären über die Natur Ihrer Agitation und über das Wesen derjenigen Versprechungen und Verheißungen, welche Sie ihm machen. Herr Kollege Frohme hat in der vorigen Woche gesagt, daß es Ihr alleiniges Bestreben sei, den deutschen Arbeiter aufzuklären durch „Verbreitung der Erkenntniß der gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände und des gesellschaftlichen Zusammenhangs". Bedarf es dazu solcher innerlich unwahrer Mittel? Nach dem Herrn Kollegen Bebel haben Sie „heute nichts weiter mehr zu thun, als dafür zu sorgen, daß die Massen über das Wesen und die Natur der bürgerlichen Gesellschaft aufgeklärt werden". Ja, wenn Sie weiter nichts thäten! Sie behaupten, daß das genüge, um die Arbeiter in Ihr Fahrwasser zu bringen. Ja, meine Herren, nach den Erfahrungen, die ich gemacht habe, nach zahllosen Versammlungsberichten, die ich gelesen und mündlich bekommen habe, wiederhole ich eine energische Bezweiflung. Wenn

Sie nur das gethan hätten, waren Sie nicht annähernd da, wo Sie heute sind; wenn Sie keinen sozialdemokratischen Zukunftsstaat, wenn Sie nicht die Revolution, wenn Sie nicht das alsbaldige und sofortige, für alle noch zu erlebende Eintreten der sozialistischen Entwickelung gepredigt hätten, wenn Sie nicht in erster Linie gerade diese auf Täuschung beruhenden Mittel, die Sie heute nicht mehr haben aufrecht erhalten können, forcirt hätten, dann hätten Sie nicht annähernd — — (Zuruf bei den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Singer, ich bitte, nicht zu sprechen, wenn Sie nicht das Wort haben.

Abgeordneter Dr. Bachem: — — die Hunderttausende von Arbeitern hinter sich bekommen, die, leider Gottes! jetzt ohne klares Verständniß, lediglich aus dem Gefühl einer allgemeinen Unzufriedenheit und Unbefriedigtheit heraus hinter Ihnen herlaufen. — Was ist die Wahrheit über eine derartige Politik? „Sie zogen an die dreißig Jahr, herauf und herab und quer und krumm, Ihre Schüler an der Nase herum!" (Sehr richtig!) — Ich komme zu einem weiteren Mittel Ihrer Agitation. Ich kann auch darauf nur ganz kurz eingehen. Sie haben hier wieder mit einem Pathos, das einer besseren Sache würdig wäre, alle unseren Ausführungen mit den Prädikaten „maßlos, oberflächlich und platt, ungeheuer leichtsinnig, dürftig" und ähnlichen Kraftausdrücken belegt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) „Sehr richtig!" rufen Sie. Jawohl, was *wir* sagen, das ist ungeheuer oberflächlich, leichtsinnig, dürftig; was aber *Sie* sagen, ist immer und allemal tiefsinnig und vor allem *wissenschaftlich*! (Bravo und Heiterkeit.) Gerade so arbeiten Sie auch in den sozialdemokratischen Versammlungen im Lande, wo 20- bis 25jährige junge Leute, die alle nur elementare Schulbildung genossen haben, vor Ihnen sitzen. Jeder Sozialdemokrat von 20 bis 25 Jahren ist Ihnen ein wissenschaftlicher Geist, und Sie schlagen ihm so lange das Weihrauchfaß der Wissenschaftlichkeit um den Kopf, bis er an seine eigene Wissenschaftlichkeit glaubt und in diesem Taumel Ihnen blindlings folgt. Ueber alle Wissenschaften hört man in Ihren Versammlungen, über Philosophie, Jurisprudenz und Medizin und leider auch Theologie. (Heiterkeit.) Es ist meist das tollste Zeug, aber immer noch „wissenschaftlich" aus dem einzigen Grunde, weil es sozialdemokratisch ist. Alles aber, was *gegen* Sie gesagt wird, das ist unwissenschaftlich von vornherein. Wer eine vorwitzige Frage thut, die Sie nicht beantworten können, ist ein „dogmatischer Dickkopf", wie der Herr Abgeordnete Liebknecht gesagt hat; wer nicht an Ihre sozialistische Weltordnung glaubt, ist ein Mensch der niemals denken gelernt hat, der nie auf die Höhe der Wissenschaft kommt. Ja, haben Sie denn hier bei dieser Debatte im Reichstag einen so wissenschaftlichen Eindruck gemacht? (Heiterkeit.) Sie haben ja Thomas von Aquino nicht unterscheiden können von Aristoteles! (Heiterkeit im Zentrum. Widerspruch links.) Das ist die Wissenschaft, mit der Sie hier und im Lande paradiren! — Aber auch mit dieser „Wissenschaftlichkeit" hantiren Sie nur, wenn es Ihnen paßt. Der Herr Kollege Bebel hat auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Berlin im vorigen Jahre eine Ansicht ausgesprochen, die mit dieser Hochhaltung der Wissenschaftlichkeit in einem sehr merkwürdigen Widerspruch steht. Er hat gesagt:

> *Es ist nicht nöthig, daß jeder Sozialdemokrat das Programm versteht, sondern er braucht es nur anzuerkennen.* (Große Heiterkeit.)

Wenn jeder Sozialdemokrat das sozialdemokratische Parteiprogramm nicht nur anerkennen, sondern auch verstehen müßte, so wäre erst die Zahl Ihrer Anhänger ganz außerordentlich klein. (Sehr richtig!) In seiner „Frau" hat auch der Herr Kollege Bebel die Trommel der „Wissenschaftlichkeit" gerührt. Er hat dort in fetten Buchstaben drucken lassen:

> *Der Sozialismus ist die mit klarem Bewußtsein und voller Erkenntniß auf alle Gebiete der menschlichen Thätigkeit angewandte Wissenschaft.*

Er ist also die reine angewandte Wissenschaft und nichts mehr, — nicht eine Agitation, nicht eine Parteirichtung, nicht eine Untergrabung der heutigen Gesellschaftsordnung. Er ist nichts wie Wissenschaft! Wer nicht zu ihm schwört, der ist ein Mensch, der ins vorige Jahrhundert gehört, ein Dummkopf: es wäre besser, man nähme ihm den Kopf weg, wenn er von seinem Verstand keinen besseren Gebrauch macht. — Ich will über diesen Punkt nicht lange mit Ihnen rechten, nachdem einer Ihrer früheren Parteigenossen über denselben außerordentlich scharf mit Ihnen ins Gebet gegangen ist. Sie werden wohl die Schrift von Benedikt Friedländer kennen — (Zustimmung links) über den „freiheitlichen Sozialismus." Sie rührt her von einem Manne, der sich selber als früherer Sozialdemokrat und, wenn ich nicht irre, als jetziger Antianarchist bekennt. Dieser Mann zählt sich selbst zu den „Jüngsten". Er hält Ihnen vor, welche Tyrannei jetzt schon in Ihrer Partei ist, und welche unglaubliche Tyrannei in Ihrer Partei sein

wird, wenn Sie erst einmal die Herrschaft erlangt haben. Dieser Mann spricht auch über die Wissenschaftlichkeit in Ihrer Partei. Lesen Sie einmal die Schrift nach; nicht einmal Engels, Dühring und Marx erkennt dieser Mann als „wissenschaftlich“ an. Mit einer Schärfe sondergleichen bestreitet dieser Mann Ihnen die Gelehrsamkeit. Danach würde es gewiß nicht unberechtigt sein, wenn ich hier die Gelehrsamkeit der ganzen sozialdemokratischen Fraktion bestritte. Aber ich verzichte darauf. Ebenso thöricht, wie es von mir wäre, wenn ich solche Argumente Ihnen gegenüber anwenden würde, ebenso thöricht wäre es, wenn jemand anderes auf die Tribüne geht und dem ganzen Reichstage ins Gesicht schleudert: unter euch ist kein wissenschaftlich gebildeter Mensch außer der sozialdemokratischen Partei. (Bravo!) — So viel zur agitatorischen Taktik der Sozialdemokratie. Ob meine Ausführungen an derselben etwas ändern werden, ist mir allerdings zweifelhaft. Ich darf aber den Herren versichern, daß wir in künftiger Zeit aufs sorgfältigste aufpassen werden, ob Sie wieder über den Zukunftsstaat, über die soziale Revolution und die alsbaldige Durchführung der sozialdemokratischen Gesellschaftsordnung reden werden. Wenn Sie das je wieder thun, werden wir sofort auftreten (Heiterkeit links) und Ihnen vorhalten, daß Sie hier im Reichstag es nicht gewagt haben, vor den angeblich wissenschaftlich nicht gebildeten Mitgliedern desselben diese Dinge zu vertreten, und daß Sie dieselben nur dann vertreten, wenn Sie vor 20-, 25jährigen „wissenschaftlich“ gebildeten, „zielbewußten“ Fabrikarbeitern reden. (Bravo! Heiterkeit.) — Ich habe sodann ein Wort zu sagen über unsere Stellung zu der Möglichkeit einer sozialistischen Entwickelung unserer Verhältnisse; denn von dieser Stellung aus wird man unser ganzes Vorgehen und Verhalten beurtheilen müssen. Ich habe schon zugegeben, daß ich es für möglich halte, daß unsere Entwickelung in Deutschland einen gewissen sozialistischen Charakter haben werde. Die bisherige Entwickelung im Deutschen Reich seit den letzten zehn Jahren hat ja unverkennbar, wenn man das Wort richtig versteht, in einem gewissen Sinne und in einem gewissen Umfange eine sozialistische Richtung: sie hat die Bedeutung, daß sie den wohlhabenderen Klassen, den „herrschenden“ Klassen, wie die Sozialdemokraten sie nennen, erhebliche Opfer auferlegt zu Gunsten der minder Wohlhabenden, der arbeitenden Klassen. Die ganze Arbeitergesetzgebung im Reiche hat ausschließlich diesen Charakter; die Krankenversicherung, die Unfallversicherung, die Alters- und Invaliditätsversicherung, sie haben den wohlhabenden Klassen ganz enorme Leistungen auferlegt, welche den Arbeitern zu gute kommen. Ist das nicht sozialistisch? Ferner: wir haben in der vorigen Session die Arbeiterschutzvorlage zu Stande gebracht, welche die Sonntagsruhe, die Frauen- und Kinderarbeit u. s. w. regelt; sie wird in ihrem Verfolg nicht nur zu einer Erleichterung und Verbesserung der Lage der Arbeiter hinsichtlich der Arbeitszeit, sondern auch zu einer Erhöhung ihrer Löhne führen. Dieses Gesetz legt unseren Fabrikbesitzern die weitestgehenden Schranken, die weitestgehenden Lasten auf ausschließlich und allein im Interesse der arbeitenden Stände. Ist das nicht im guten Sinne sozialistisch? Wir haben in Preußen eine Steuergesetzgebung gemacht, deren ausgesprochener Zweck und deren Wirkung es auch ist, die Steuerlasten weit mehr als bisher auf die Schultern der wohlhabenden Stände zu legen. Wir haben weitgehende Entlastungen, vollständige und theilweise Entlastungen der unteren Stände erreicht; wir haben die reicheren Klassen durch die neu eingeführte Progression der Einkommensteuer mehr belastet und sind jetzt gerade daran, durch eine neue Steuer die reichen Klassen noch einmal ganz erheblich mehr zu belasten, während wir die vermögenslosen Klassen von dieser Steuer vollständig freilassen. Ganz demselben Zwecke dient die Aufbesserung der Gehälter der unteren Beamten in Reich und Staat, die begonnen ist und jedenfalls in einigen Jahren durchgeführt werden wird. Ist das keine sozialistische Entwickelung? (Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Sie sagen nein! Sie versagen uns sogar die Anerkennung unserer guten Absicht bei allen diesen großen Gesetzeswerken! Doch wird uns das nicht hindern, auf dem begonnenen Wege fortzuschreiten. Von einer derartigen sozialistischen Entwickelung werden wir uns nicht abbringen lassen. Wir sind unbefangen und selbstlos genug, einzusehen und anzuerkennen, daß die gegenwärtige Vertheilung des Besitzes auf die verschiedenen Klassen und Stände unseres Volkes nicht die beste ist. Wir sind durchaus der Ansicht, daß Maßregeln zur Ausgleichung der Gegensätze zwischen großem Reichthum und großer Armuth getroffen werden sollen. Wir haben solcher Maßregeln schon eine ganze Reihe getroffen und wir sind bereit, auf dieser Bahn weiter voranzuschreiten. Aber, meine Herren, aus diesem im guten Sinne sozialistischen Charakter unserer Entwickelung folgt nicht, daß wir in das sozialdemokratische Lager mit seinen Utopien und Phantastereien, seinen Verhetzungen und falschen Vorspiegelungen übergehen, sondern daraus folgt nur, was ich schon sagte, daß wir auf denjenigen Wege weitergehen wollen und weiter gehen müssen, den wir zunächst betreten haben und den auch die Reichsregierung betreten

hat. Das ist der ganze Unterschied zwischen uns und Ihnen: **wir sind redliche, aber praktische Sozialisten, Sie sind revolutionäre, aber darum unfruchtbare Sozialisten.** (Sehr gut!) — Eins aber muß ich nochmals und zum Schluß betonen: wenn wir auf dieser im guten Sinn sozialistischen Bahn bleiben sollen, wenn wir diese Politik, welche Reich und Arm, die Besitzenden und Nichtbesitzenden, die herrschenden und arbeitenden Klassen versöhnen soll, weiter verfolgen wollen, dann können wir unseren Zweck nur erreichen, wenn wir unbedingt festhalten an den beseligenden Lehren des Christenthums. Das Christenthum, meine Herren, ist von jeher die einzige Religion gewesen, die es verstanden hat, auf freiwilligem Wege diese Kluft in weitem Maße zu überbrücken. Wir werden diese freiwillige Mitarbeit an der Ueberbrückung dieser Kluft nicht entbehren können, neben derjenigen Ueberbrückung, die wir mit staatlichem Zwange im Wege der Reichs- und Landesgesetzgebung zu machen suchen. Wenn wir in unserer Gesetzgebung nicht von diesem christlichen Geiste durchdrungen sind, wenn wir im praktischen Leben draußen nicht in diesem Geiste wirken, dann werden unsere Bemühungen zur sozialen Versöhnung ohne Frucht bleiben, und dann wird es nicht möglich sein, aus den Schwierigkeiten unserer Tage zu einem guten Ende zu kommen. Wie aber stellt sich gerade zum Christenthum die Sozialdemokratie? Nicht, daß sie den christlichen, gerade den Mühseligen und Beladenen so freundlichen Geist annimmt und pflegt; nicht, daß sie sagt, wir sind in erster Linie Verfechter dieses beseligenden Evangeliums; ganz im Gegentheil, sie bekämpft das Christenthum und die christliche Kultur fast in erster Linie und mit den schärfsten und bittersten Waffen. Im „Vorwärts“ hat im Juni 1892 eine Stelle gestanden, die mich erschreckt hat. Dort wurde bedauert, daß man „unsere christliche Zivilisation nicht an die Mauer stellen und mit einem humanen Geschosse niederknallen könne“. (Hört! hört! im Zentrum.) Das also ist die einzige Lehre, welche Sie nehmen aus einem Werke, das seit 18 Jahrhunderten in selbstloser Weise für die Armen und Bedrängten gewirkt hat, und welches das Größte geleistet hat zur Hebung unserer niederen Volksklassen! Sie wissen für dasselbe nichts besseres vorzuschlagen, als es an die Wand zu stellen und mit einem humanen Geschosse niederzuknallen! — Wenn wir einer solchen sozialen und im guten Sinne sozialistischen Entwickelung nicht nur vorurtheilslos, sondern auch fördernd gegenüberstehen, so ist es mir aber doch Bedürfniß, hervorzuheben, was wir eine sozialistische Entwickelung, wie Sie sie wollen, immer und unter allen Umständen abzulehnen uns für verpflichtet halten. — Wir lehnen zunächst ab die Lehre, daß es möglich sei, jemals eine **vollständige Besitz-, Rechts- und Arbeitsgleichheit** unter allen Menschen herzustellen. Wir wollen die Besitz-, Rechts- und Arbeitsverhältnisse besser gestalten; wir wollen den Gegensatz zwischen Arm und Reich vermitteln, versöhnen, abschwächen; aber wir sind fest überzeugt: niemals kann es gelingen, eine vollständige Gleichheit in den wesentlichen Lebensbedingungen in unserem deutschen Vaterlande herzustellen. Wir wollen auch eine solche Gleichheit nicht. Denn eine vollständige Gleichheit des Besitzes und Rechts würde unbedingt einen vollständigen Untergang unserer Kultur bedeuten; es wird niemals eine Kultur geben, die nur mit Menschen zu rechnen hat, die alle denselben Besitz und dieselben Rechte haben, weil es niemals Menschen geben wird, welche alle dieselben Fähigkeiten, dieselben Anlagen, dieselben Tugenden haben. Die allgemeine Gleichheit ist eine Irrlehre, und Sie werden nie nachweisen können, daß wir auf diesem Wege eine Besserung der Lage der arbeitenden Klassen erreichen können. — Wir lehnen dann ferner alles und jedes ab, was zu einem Staate führen könnte ohne Autorität. Wir sind überzeugt, daß ohne Autorität nicht auszukommen ist, weder ohne staatliche Autorität, weder Autorität im Staat, noch in der Fabrik, noch in der Familie. Alle diese Autoritäten werden zusammen arbeiten müssen am Werke der Gesundung unserer wirthschaftlichen Verhältnisse. Ein Staat, in dem keine Autorität ist, ein Staat oder eine Gesellschaftsordnung, welche sogar die Autorität verurtheilt, weil sie sich einbildet, sie widerspräche dem Prinzip der Gleichberechtigung, das ist und bleibt nichts als ein Unsinn. — Wir lehnen dann in letzter Linie unbedingt Ihre Bestrebungen ab, soweit sie irgendwie gegen die christliche Religion und der christlichen Ordnung der Familie feindlich gesinnt sind. Wir stehen auf dem Boden des Christenthums und fallen auf diesem Boden. Ich weiß nicht, ob es wahr ist, was Sie sagen, daß es ihnen gelingen wird, das Christenthum in Deutschland ganz auszurotten; dessen dürfen Sie aber ganz überzeugt sein: der Sieg über das Christenthum in Deutschland führt nur über unsere Leichen. (Beifall.) Sie können das Christenthum nur dann ausrotten, nachdem Sie uns allen die Köpfe abgeschlagen haben. Ja, meine Herren, einmal ist ja schon ein derartiger Versuch gemacht worden. Das war am Ende des vorigen Jahrhunderts in Frankreich, in der „glorreichen“ französischen Revolution. Wenn Sie auch einmal diese Probe in Deutschland wagen, so werden Sie dieselbe Erfahrung machen, daß der Weg nur über Hunderttausende

von Leichen geht und dann noch nicht zum Ziele führt. Es ist nicht nur ein Unsinn, sondern sogar ein Frevel, daß Sie immer wieder und wieder gegen das Christenthum anstürmen. (Bravo!) Jedenfalls werden wir weder durch Ihre Angriffe gegen das Christenthum noch dadurch, daß Sie unseren Bestrebungen und sogar unserem guten Willen Ihre Anerkennung versagen, noch auch durch etwaige Mißerfolge uns irre machen lassen. Ich habe Ihnen schon einmal gesagt: Sie werden uns nicht übertreffen an Liebe zum deutschen Arbeiter. Wer kann hier behaupten, daß wir nicht ebenso begeistert und selbstlos für den deutschen Arbeiter arbeiten wie Sie? Was habe ich, was haben meine Freunde für ein Intesse daran, hier diesen mühseligen und anstrengenden Arbeiten obzuliegen! Ich für meinen Theil könnte ganz gut zu Hause hinter dem Ofen sitzen, ich hätte nicht nöthig, hier zu arbeiten, ich würde es zu Hause bequemer haben. Ich könnte denken: „uns hält's aus. — après nous le déluge!" Trotzdem arbeiten wir hier im Schweiße unseres Angesichts, mit dem Aufgebot aller unserer geistigen Kräfte, — warum? aus Liebe zum deutschen Arbeiter! Sie mögen das anerkennen oder nicht anerkennen, es bleibt doch wahr. Sie werden uns nicht übertreffen an Liebe zum deutschen Arbeiter; aber wir werden Sie übertreffen an praktischen Erfolgen. Vor den Wahlen ist mir nicht bange, und vor der künftigen Entwickelung ist mir auch nicht bange. Denn eines Tages werden Ihre Wähler schon zur Einsicht kommen, daß sie genasführt worden sind, (Bravo!) wie ich schon einmal gesagt habe. Ich habe am vorigen Freitag an einer ganzen Reihe von Beispielen nachgewiesen, wie haltlos Ihr Entwickelungsgang gewesen ist, wie Sie taumeln von einer Anschauung zur anderen, von einem Agitationsmittel zum anderen, wie Sie keine Spur von einer festen Ansicht haben. Was wollen Sie mit Ihrer „Wissenschaft", wo nicht ein einziger von Ihnen in der Lage ist, zu sagen: ich habe vor 10 Jahren gelehrt, was ich jetzt lehre! Sind nur zwei in Ihrer Partei, die einig sind über das, was sie wollen? Ich bezweifle es. Sie haben die ganze Debatte über den Zukunftsstaat dem Herrn Kollegen Bebel überlassen! Wo war denn Herr Liebknecht, wo war Herr Singer, wo war ferner vor allem Herr Kollege von Vollmar? Warum haben sie nicht auch über das angeregte Thema sich geäußert? Ich bin fest überzeugt, daß, wenn hier Herr Liebknecht, Herr Singer und Herr von Vollmar auch geredet hätten, wir in der Lage gewesen sein würden, dem deutschen Arbeiter nachzuweisen, daß selbst diese vier Herren in keinem einzigen Punkte übereinstimmen, sondern in tausend und abertausend Dingen in Widersprüchen mit sich selbst, mit ihren Parteigenossen, mit ihrer Vergangenheit und ihrer geträumten Zukunft sich verwickelt hätten. Meine Herren, mit einer derartigen „Wissenschaft" schrecken Sie uns nicht. Wir stehen auf festerem Grund und Boden. Dieser Boden hat nie gewankt und wird nie wanken. Wir werden uns mit Ihnen verständigen, wenn Sie aufhören, eine republikanische, kommunistische und atheistische Partei zu sein, wenn Sie eine sozialreformatorische Partei werden, welche den Glauben unserer Väter achtet. Aber wir werden Sie auf das äußerste bekämpfen, wenn Sie eine religionsfeindliche, eine staatsfeindliche, revolutionäre Partei bleiben wollen! (Andauernder lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Richter: Der Herr Abgeordnete Bebel meinte, ich hätte die Suppe eingebrockt und müsse sie nun auch ausessen. Ich habe seiner Rede mit voller Ruhe bis zum Ende zugehört und ich empfehle Ihnen dieselbe Ruhe in dem Anhören der Erwiderung, um so mehr als nach der Ansicht des Herrn Präsidenten es nicht zulässig ist, auf Provokationen der Nachbarschaft unmittelbar sofort zu antworten. Ich habe nur gefunden, daß diese Suppe diesmal dünnflüssiger war, als wir es sonst an den Reden des Herrn Abgeordneten Bebel gewohnt sind. Ich habe in dem großen Brei nur hier und da Brocken gefunden, die es lohnen, sich noch weiter darauf einzulassen. Je schwächer der Inhalt war — und das pflegt immer so zu sein —, um so stärker war das Selbstbewußtsein, das bei dem Herrn Abgeordneten Bebel hervortrat, (sehr richtig!) seine wiederholte Berufung auf die wachsenden Wählermassen draußen. Wenn es sich hier um eine Auseinandersetzung über solche Dinge im Parlament handelt, dann hat man gar nicht nothwendig, sich auf irgend wen draußen zu berufen, wenn die Sache an sich stark genug ist. (Sehr richtig! links.) — Der Herr Abgeordnete Bebel sprach auch wieder von der Broschürenverbreitung und meinte, solche Broschüren wie sein Buch über „Die Frau" würden von den Arbeitern gelesen, Gegenschriften, wie die meinige, nicht. Nun, meine Herren, wenn das wirklich wahr wäre, so würde es nicht für die Intelligenz der sozialdemokratischen Arbeiterschichten sprechen. (Sehr gut! links.) Es ist ein altes Wort: eines Mannes Rede ist keine Rede, man soll sie hören alle beede. Wir haben sein Buch über die Frau gelesen und haben uns daraus nicht zu belehren vermocht. Wenn aber die sozialdemokratischen Arbeiter Gegenschriften ohne weiteres fortweisen, dann wagen Sie es nicht, anderes

in die Hände zu nehmen, aus Furcht, sie könnten an dem, was ihnen so oft vorgesagt worden ist, irre gemacht werden. Alle diese Kunstgriffe, mit denen Sie durch verschiedene Witzchen und Scherze glauben, an sich ernstlich angelegte Broschüren ins Lächerliche ziehen zu können, sind nur darauf berechnet, zu verhindern, daß jemand in ernster Weise sich in die Lektüre solcher Broschüren einläßt. Indessen, meine Herren, Sie sind dieser Ihrer Arbeiter in Bezug auf die Wirkung solcher Broschüren gar nicht sicher. Als z. B. in einer großen Stadt Norddeutschlands, die von einem sozialdemokratischen Abgeordneten vertreten ist, ein dortiger liberaler Wahlverein meine Broschüre verbreitete, unentgeltlich, da hatten die Sozialdemokraten nichts eiligeres zu thun, als die Broschüre, die gegen mich geschrieben war, in demselben Kreise auch unentgeltlich zu verbreiten. Also wie können Sie es zum Vorwurf machen, wenn auf der einen Seite eine solche Verbreitung stattfindet? — Meine Herren, Sie werfen mir vor, Witzchen und Mätzchen gemacht zu haben, schlechte und gute. Ich kann Ihnen das nicht attestiren; Ihre Witze waren von einer und derselben Qualität! (Heiterkeit.) Die Späße, mit denen Sie mich zu unterbrechen gesucht haben, waren wirklich nicht des Prädikats „gut" werth. Sie haben mich auch nicht erbost; Sie haben mich nur insofern indignirt, als alle Zwischenrufe darauf berechnet waren, die Aufmerksamkeit und mich selbst von der ernsten Sache abzulenken, um die es sich in der Diskussion handelte. (Sehr wahr! links.) — Meine Herren, allerdings giebt es Dinge, in denen es äußerst schwer wird, noch eine ernste Rede zu führen, wenn man auf die Phantasiegemälde zu sprechen kommt, die Sie in Ihrem Buche darlegen: so z. B. in dem Thema über die Uebervölkerung. Der Herr Abgeordnete Bebel hat heute zwei Stunden gesprochen, aber darüber hat er geschwiegen. Warum geben Sie darüber gar keine Auskunft? Wenn Sie noch kein Mittel haben, den Himmel auf Erden vor der Uebervölkerung zu schützen und damit diesen Himmel wieder zu zerstören, so fehlt ja der Schlußstein an Ihrem ganzen Gebäude, so fällt ja das ganze Gebäude in sich zusammen, zerstört sich in sich selbst! — Der Herr Abgeordnete Bebel hat sich in der That heute wieder als ein Muster erwiesen, durch Streiten um Wortfassungen, Wortspielereien die Aufmerksamkeit abzulenken von dem, worauf es ankommt. Ich sagte, Sie wollten die Aktionäre los sein, nachdem sie das Geld für die Unternehmungen hergegeben, und wollten sie dann auf das Schiff nach Kamerun setzen. Darauf sagt der Herr Abgeordnete Bebel: I bewahre, wir geben ihnen so viel Geld, als sie in der Tasche haben, so viel Möbel mit auf das Schiff, als sie nur haben wollen. Ja, meine Herren, darauf kommt es nicht an. Wollen Sie etwa leugnen, daß der sozialdemokratische Staat bedingt, sämmtliche Aktien für werthlos zu erklären, d. h. die Besitzer der Unternehmungen zu expropriiren? Ja oder nein? Entschlüpfen Sie nicht, daß Sie streiten über das Wort: wir wollen den Aktionären ihr Geld mitgeben. Es handelt sich nicht darum, ob man ihnen ihr Geld in der Tasche läßt, es handelt sich um das Rechtsverhältniß. Darauf wagen Sie keine Antwort zu geben, weil Sie wissen, daß unter den kleinen Leuten sehr viele sind, die aus eigenen Ersparnissen solche Aktien erworben haben. — Sie wagen es ebenso wenig, eine Antwort darauf zu geben, wie es mit den Milliarden, die in den Sparkassen liegen, gemacht werden soll. Sie spielen die Frage auf Scherze hinaus über die „Spar-Agnes" u. s. w. und der Hauptsache gehen Sie aus dem Wege. Auf diese Weise wollen Sie den Arbeitern verbergen, daß Sie die Arbeiterersparnisse, die sich auf Milliarden beziffern, auch konfiszieren wollen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — So, die Arbeiter brauchten im sozialdemokratischen Staat die Ersparnisse nicht mehr? (Heiterkeit.) Also derjenige, der in seinem Leben gespart hat und etwas vor sich gebracht hat — (Zurufe bei den Sozialdemokraten) — ich kann mich doch nicht allein mit Ihnen unterhalten, Herr Singer! Hören Sie mir doch ruhig zu, wie ich Herrn Bebel ruhig zugehört habe. (Heiterkeit.) Also Sie wollen diejenigen, die in ihrem Leben gespart haben und etwas vor sich gebracht haben durch Fleiß und Umsicht, gleich behandeln mit denjenigen, die im Leben vorher aus der Hand in den Mund gelebt, Ersparnisse vielleicht zur Befriedigung der Putzsucht, zum Müßiggang verwendet haben! Sie wollen also, daß in Ihrem Staat derjenige nicht besser daran sein soll, der in seinem Leben gespart hat, als derjenige, der vergeudet hat. Sie sagen: die Arbeiter brauchen keine Ersparnisse mehr. Das ist eben der Beweis, den Sie nicht liefern können. Vor der Hand fangen Sie damit an, auch diesen Leuten ihre Kapitalien zu nehmen. Deswegen ist Ihnen gerade diese Schilderung so äußerst widerwärtig, darum suchen Sie ihr aus dem Wege zu gehen. Sie sagen: die Sparkassenguthaben stammen aus wohlhabenden Kreisen und nicht von Arbeitern. Meine Herren, in meinem Wahlkreis wird darüber genaue Statistik geführt; beispielsweise sind in der Stadt Hagen rund 6 Millionen Mark von Handarbeitern gespart, nach Abzug der kleinen Handwerksmeister bleiben über 4 Millionen übrig, welche von den Arbeitern

der Stadt Hagen eingelegt worden sind. Aehnlich liegen die Verhältnisse auch an anderen Orten. — Meine Herren, wir sprachen von der Verstaatlichung der Eisenbahnen. Sie sagen, wenn die Eisenbahnverwaltungen jetzt rücksichtslos verfahren gegenüber dem Verkehr und den Arbeitern, so liege das an der schlechten Verwaltung, an den Personen, in dem Bestreben, Ueberschüsse zu erzielen. Nein, meine Herren, ich sage es: es liegt an der Einrichtung. Eine monopolisirte, zentralisirte Verwaltung verfährt ganz anders, rücksichtslos nach allen Richtungen, als eine Konkurrenz von Unternehmungen auf demselben Gebiet. Das sind die Ausführungen, die ich gemacht habe. Konkurrirende Privatbahnen werden gezwungen durch ihr Konkurrenzinteresse, andere Rücksichten zu nehmen als eine monopolisirte Verwaltung. Darum sage ich: die Erfahrungen, die wir mit der Eisenbahnverstaatlichung jetzt nach manchen Richtungen machen, lassen wenn auch nur einen leisen Vorgeschmack erkennen dessen, was sein würde, wenn die ganze Produktion des Staates in einer Hand monopolisirt wäre und alle Unternehmungen sich dieser Organisation von oben herab unterwerfen müßten. — Meine Herren, den Beweis können Sie nicht erbringen, daß ein solcher Großbetrieb möglich wäre, oder daß er auch nur vortheilhaft wäre. Der Großbetrieb ist vortheilhaft in gewissen Grenzen und an gewissen Stellen; aber in dem Augenblick, wo alles monopolisirt wird, wird er für die Allgemeinheit selbst dann nicht mehr vortheilhaft, wo er an sich dem Kleinbetrieb überlegen war. Diese ganze Behauptung, daß überhaupt in Ihrem Zukunftsstaat so große Schätze zur Verfügung ständen, beruht doch auf der Annahme einer steigenden Produktion des zunehmenden Großbetriebes, und diese Annahme ist eine durchaus falsche. Auch der Großbetrieb hat seine ganz bestimmten Grenzen, jenseit deren er aufhört, produktiver zu sein als der Kleinbetrieb. — Meine Herren, dann sprachen wir von den Arbeitslosen. Ich weiß sehr wohl, daß in diesen Versammlungen der Arbeitslosen auch wirklich Arbeitslose gesprochen haben; nur wäre es ja von Interesse, die Saisonarbeitslosen — da hier doch besondere Verhältnisse obwalten — von den anderen zu trennen. Das lasse ich mir aber nicht ausreden, daß diese Schaustellungen — und darum handelt es sich — eine von oben her organisirte sozialdemokratische Mache sind, mit den Referenten, den Resolutionen, den Deputationen, der ganzen Behandlung dieser Sache in der Presse. Nun waren Sie ja provozirt, zu antworten, wie es denn der sozialdemokratische Staat machen würde, wenn er unter solchen Verhältnissen eine schlechte Ernte hätte, wie er die ungünstigen Wirkungen dann paralysiren würde. Darauf war ich gespannt. Darauf haben Sie wieder geschwiegen. Dafür hat uns Herr Bebel, wie er sagt, eine wissenschaftliche Auseinandersetzung über Krisen im allgemeinen gegeben. (Heiterkeit.) Er hat sich dabei von vornherein berufen auf den Abgeordneten Bamberger und dessen Wissenschaftlichkeit im Verhältniß zu mir belobt. Sie setzen also damit den Herrn Abgeordneten Bamberger als Richter zwischen sich und mir ein. Der Herr Abgeordnete Bamberger hat mich autorisirt, zu erklären, daß er in allen diesen Beziehungen meine wirthschaftlichen Ansichten theilt. Damit ist also jede Berufung auf den Abgeordneten Bamberger abgeschnitten. (Heiterkeit). Wenn die Diskussion sich noch länger hinzieht, wird der Abgeordnete Bamberger vielleicht noch Gelegeheit nehmen, auch darüber hinaus, was ich sehr wünschte, einmal seine Ansichten zur Sache klar zu legen. — Meine Herren, ich habe gar nicht gesagt, daß alle Krisen von der Ernte herkämen; ich habe nur von dieser Krisis gesprochen und habe gesagt: es liegt doch hier keine Ueberproduktion vor als Grund, sondern eine Unterproduktion in Folge ungünstiger Ernten. Gewiß haben Krisen verschiedene Ursachen. Die große Krisis von 1873 war die Folge von großen Gründungen, und die großen Gründungen waren durch die großen Verschiebungen der wirthschaftlichen Verhältnisse in Folge des Krieges 1870 hervorgerufen. Auch entstehen Krisen durch falsche Spekulationen, falsche Berechnungen. Aber loben Sie uns doch nicht die früheren Jahrhunderte im Vergleich zu der Gegenwart! Was war denn die Hungersnoth von damals? Das war doch nur der schlimmste akute Ausdruck einer Krisis. Da verhungerten die Menschen zu Tausenden und Hunderttausenden, wie auch noch jetzt in fernen Ländern, ohne daß irgend einer danach frug, während jetzt diese Verhältnisse in ihren schärfsten Auswüchsen gemildert sind. Und das verdanken wir der Organisation der Privatbetriebe, dem Unternehmerthum. Wie wäre es uns ergangen, wenn das Privatunternehmerthum nicht bestanden hätte und hätte nicht nach den letzten ungünstigen Ernten aus Ostindien, Amerika, aus den fernsten Ländern selbst, wo wir sonst kein Getreide herbezogen, uns dasjenige herbeigeschafft, was uns fehlte! — Meine Herren, Sie haben uns weder gesagt, was Sie bei einer ähnlichen Krisis machen würden — denn den Ernteschwankungen ist der sozialdemokratische Staat in keiner Weise entrückt —, noch haben Sie uns den Beweis geführt, daß bei Ihnen die Krisen ausbleiben müßten. Eine Krisis kann ausbleiben, wenn die Produktion allerdings eine planmäßige ist und auch die Konsumtion eine planmäßige

ist. Denn was ist die Krisis anders als ein Zustand, in dem sich die Verhältnisse der Konsumtion und Produktion nicht mehr decken? In dem Augenblick, wo Sie — Sie wagen es gar nicht, einzugestehen, daß Sie auch zur planmäßigen Konsumtion kommen müssen — sagen: Produktion nach dem Plan, aber Konsumtion nach dem Belieben — haben Sie die Möglichkeit einer Krisis auch in dem sozialdemokratischen Staat. (Sehr richtig!) Sie haben sie alsdann öfter und schärfer als im jetzigen modernen Staat. Was hat Herr Bebel da für ein Mittel? Er will eine gute Statistik einführen (Heiterkeit), er will zählen lassen, was die Leute konsumiren; und danach läßt sich dann die Produktion berechnen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Sehr gut! jawohl! Das kann man aber jetzt auch; dazu braucht man gar nicht Ihre Weltordnung. (Heiterkeit.) Die Statistik ist jetzt ebenso möglich als in dem sozialdemokratischen Staat; und ich erkenne es an, daß wir durch das Reich und durch das Verdienst des Reichsamt des Innern uns außerordentlich in den letzten Jahren in dieser Statistik verbessert haben und daß die Produzenten und alle, die es angeht, dadurch im Stande sind, in ihren Spekulationen eine bessere Grundlage zu haben als früher, und durch nichts würde unsere Gesellschaftsordnung gehindert werden, diese Statistik noch mehr zu vervollkommnen. Aber das ist ja wieder der große Irrthum des Herrn Bebel; er kennt bloß eine Statistik von der Konsumtion, die besteht. Kommt es denn im Gebiet der Volkswirthschaft bloß darauf an, die bestehende Konsumtion zu erhalten? Nein, es kommt darauf an, die Konsumtion zu verbessern! Das ist die große Aufgabe der Privatunternehmungen, durch ihre Spekulation eine bessere Konsumtion, in dieser oder jener Richtung bessere Gewohnheiten hervorzurufen, als sie jetzt bestehen, neue Bedürfnisse, feinere Bedürfnisse der Bevölkerung anzugewöhnen und diese auch zu befriedigen. Von dem allen ist natürlich im sozialdemokratischen Staat keine Rede, da muß man sich mit den einmal gegebenen Konsumtionsverhältnissen begnügen. Denn was hätte denn die oberste Staatsordnung, die doch durch gar keine Konkurrenz dazu gezwungen wird, für ein Interesse, an den bisherigen Konsumtionsverhältnissen etwas zu ändern? Sie würde ja alle Vorräthe, die vorhanden sind, dadurch werthlos machen, sie würde alle Maschinen, alle Einrichtungen werthlos machen! Die Konkurrenz der Privatunternehmer aber fragt danach nicht, sie schreitet in Verbesserungen fort; das können Sie aber nicht, jeder Fortschritt hört auf in Ihrem Staat. — Meine Herren, nun kommen wir auf die Frage des Lohnes. Ich frug Herrn Bebel: erkennen Sie an, daß der Lohn im sozialdemokratischen Staat ein gleicher sein muß? — da weicht er aus, und zum zweiten Mal weicht er heute aus und bringt uns eine lange Erzählung über den Begriff des Lohnes in verschiedenen Jahrhunderten und über die Unwissenschaftlichkeit solcher Leute, wie ich einer bin. Was aber hat es für eine Bewandniß mit Ihrer Berufung auf die Wissenschaft?! Wer wirklich von Wissenschaft durchdrungen ist, der spricht nicht immer davon (lebhafte Zustimmung); dem wissenschaftlich Gebildeten merkt man es an, an der Klarheit seiner Darstellung, an der Folgerichtigkeit seiner Schlußfolgerungen. (Sehr richtig!) Aber wer — und das passirt Autodidakten nur zu oft — nicht über die Oberfläche hinausgekommen ist, mit gutem Gedächtniß mehr oder weniger auswendig gelernt hat und dies mit einer gewissen Volubilität vorzutragen versteht, der hängt sich gerne das Mäntelchen der Wissenschaftlichkeit um und stolzirt damit herum wie auf dem Jahrmarkt diejenigen, die die größten Pfuschmittel vertreiben, sich gern mit dem Talar der Wissenschaft zu schmücken belieben. (Sehr gut!) Das ist das Kennzeichen nicht des wissenschaftlichen Arztes, sondern des Pfuschers! (Lebhaftes Bravo.) — Nun sagen Sie doch mal, ob Sie den Lohn gleich haben wollen oder nicht? Das haben Sie gestern unterlassen! In dem Buch „Die Frau" proklamiren Sie die Gleichheit des Lohnes. (Zuruf.) — Ach Gott! Wenn Sie an dem Wort „Lohn" Anstoß nehmen (Heiterkeit), so wollen wir uns darüber verständigen. — Also zunächst in dem Buch „Die Frau" heißt es:

> Ein Zertifikat, ein unbedeutendes Stückchen Papier, Gold oder Blech bescheinigt die geleistete Arbeitszeit und setzt den Inhaber in die Lage, dieses Zeichen gegen seine Bedürfnißgegenstände von der verschiedensten Art einzutauschen.

Sehen Sie, das meine ich, das „Zertifikat von Gold oder Blech" (Heiterkeit), wenn Sie das Wort „Lohn" genirt. — Danach frage ich: bekommt jeder für seine Arbeit das gleiche Zertifikat, oder bekommt der Eine mehr Blech? (Große Heiterkeit.) — Ja, schlagen Sie gefälligst nach; es wird das auch in der neuesten Auflage noch nicht ausgemausert sein. (Heiterkeit.) In dem Buch „Die Frau" — ich habe hier im Augenblick allerdings nur die Auflage von 1883; aber ich glaube nicht, daß das geändert ist — (Zuruf) — nein, einige, z. B. über die Wüste Sahara, haben Sie ohne mein Zuthun weggelassen (Heiterkeit), ich habe die Wüste Sahara in der neuen Auflage nicht entdecken können — also es heißt in dem Buch „Die Frau":

> Ist jemand von der Natur so stiefmütterlich behandelt, daß er beim besten Willen

nicht das zu leisten vermag, was andere leisten, so kann ihn die Gesellschaft für die Fehler der Natur nicht strafen. Hat umgekehrt jemand durch die Natur Fähigkeiten erhalten, die ihn über die anderen erheben, so ist die Gesellschaft nicht verpflichtet, zu belohnen, was nicht sein persönliches Verdienst ist.

Und an anderer Stelle heißt es:

Da die Gesellschaft nur gesellschaftlich nützliche Arbeit verrichtet, so ist jede Arbeit, die diese Eigenschaft besitzt, auch der Gesellschaft gleich werth. Weil jeder, was er ist, nur der Gesellschaft verdankt, so kann dieselbe keine Verpflichtung haben, das, was sie selbst erst möglich gemacht hat, besonders zu honoriren.

Das ist garnicht anders zu erklären als: gleicher Lohn — oder, wenn Sie es lieber hören — gleiche Zertifikate in Gold oder Blech. Nun frage ich: wenn in dieser Weise gleiche Entschädigung gegeben wird für verschiedene Arbeit, für Arbeiten von verschiedener Qualität, von verschiedener Schwierigkeit, für angenehme oder unangenehme Arbeit, für Arbeit, die ganz andere Vorbildung voraussetzt, und wenn dadurch niemand in die Lage kommen kann, durch Fleiß, Anstrengung und Bildung irgendwie ein besseres Zertifikat in Gold oder Blech zu erlangen, so heißt das: die Produktivität der Arbeit vernichten. (Sehr richtig!) Indem ich jedes Bestreben ertödte, vorwärts zu kommen und mehr zu leisten als ein anderer, jedes Streben, mich mehr auszubilden, indem ich jedes Bestreben in dieser Weise vernichte, heben Sie jede Produktivität der Arbeit auf, und Sie mögen im übrigen den Staat so schön und folgerichtig einrichten, wie Sie wollen, — dadurch allein schon entsteht ein Milliardendefizit in Ihrer Volkswirthschaft, das durch gar keine andere Einrichtung wieder ausgeglichen werden kann. — Nun, meine Herren, mit der gerühmten Wissenschaft habe ich auch noch abzurechnen in Bezug auf den Begriff Staat. Immer suchen Sie uns zu entwischen, wenn vom Staat die Rede ist; nun, sagen wir lieber „Zwangsgewalt". Nennen Sie die Organisation, wie Sie wollen, Genossenschaft, Gesellschaft; aber geben Sie eine klare Antwort: glauben Sie die Zwangsgewalt entbehren zu können? Glauben Sie, daß alles, was Sie wollen, die Organisation der Produktion von oben, die Organisation der Konsumtion, alles bei gleichen Zertifikaten in Gold oder Blech — statt „Lohn" — durch Freiwilligkeit geleistet wird? Wenn Sie der Meinung nicht sind, so brauchen Sie den Zwang und brauchen den stärksten und schlimmsten Zwang, der jemals in der Welt ausgeübt und versucht worden ist. Darauf müssen sie Antwort geben; darum dürfen Sie nicht herum reden. (Zuruf.) — Sagen Sie: brauchen Sie die Zwangsanstalt? (Zuruf.) — Sie sagen es doch selbst in Ihrem Buch! Was machen Sie denn, wenn Sie nicht die betreffende Zahl von Arbeitern finden, die irgendwo nöthig ist? (Zuruf. — Lang anhaltende stürmische Heiterkeit.) — Das also meine Herren, ist nach der Debatte dieser vier Tage herausgekommen! (Erneute stürmische Heiterkeit.) „Wer nicht arbeiten will, bekommt auch nichts zu essen", und da er von Niemandem Essen bekommen kann als vom Staat, so heißt das: Arbeitszwang bei Strafe der Verhungerung. (Stürmische Heiterkeit und Beifall.) Sie wollen also eine große Zwangsarbeitsanstalt; das ist ja gerade das Zuchthaus. (Zuruf.) — Jeder muß bei Strafe des Verhungerns diejenige Arbeit leisten, die ihm aufgetragen wird. (Zuruf.) — Nicht ablenken! — Und wie genau stimmt damit meine verspottete Broschüre! Lesen Sie doch die letzten Kapitel! Da sagen die Maschinenarbeiter, sie wollen den ganzen Lohn ihrer Werkstättenarbeit! als man ihnen sagt: das geht nicht, nicht den ganzen Ertrag, sondern so viel wie die übrigen, — da revoltiren sie, und was geschieht? — Man sperrt ihnen die Speisehäuser! So genau habe ich Sie erkannt! (Stürmische Heiterkeit.) Die ganze Herrlichkeit platzt zusammen. Sehen Sie doch, wie wir, soweit Sie logisch denken, vollständig in den Schlußfolgerungen aus Ihren Grundlagen mit Ihnen zusammentreffen. — Nun sagen Sie, es würden keine bösen Leidenschaften in Ihrem Zukunftsstaat entstehen. Meine Herren, giebt es denn Leidenschaften blos über Mein und Dein? Es mag ja sein, daß solche Leidenschaft abgestumpft werden kann, aber nicht ganz; denn man wird sich dann auch streiten, heimlich und durch List Gegenstände zu verschaffen suchen, die über das Zertifikat aus Gold oder Blech hinausgehen. Es bleiben alle die Leidenschaften noch übrig, die sich nicht an Mein und Dein anknüpfen; wird man nicht suchen, sich in eine möglichst mächtige Stellung, in eine bequeme Arbeitsstellung mit List, Gewalt und Betrug oder weiß Gott wie hineindrängen? Grade weil in diesem sozialdemokratischen Staat niemand mehr im Stande ist, auf ehrliche Weise es weiter zu bringen als die andern durch Fleiß und Vervollkommnung, um so mehr werden die Leidenschaften entfesselt werden, um gewisse Vortheile vor den anderen auf unehrliche Weise zu erlangen. (Sehr richtig!) Dieser Zwang der Gleichmäßigkeit, weil sie der Natur zuwigerspricht, reagirt um so mehr in der Entwickelung der bösen Leidenschaften. — Juristen! Sie brauchen ja hundert Mal mehr Juristen als der heutige Staat. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) — Je mehr

Gesetze, desto mehr Juristen braucht man. Mögen Sie das nun Gesetze nennen oder anders, — ein Staat, der die ganze Produktion und Konsumtion regelt, bedarf einer Fülle von Anordnungen von oben herab, mit denen Sie unsere Gesetzessammlung nicht entfernt vergleichen können, und die Befolgung dieser Anordnungen kann streitig werden, ebenso die Auslegung; die Beschwerden darüber, mögen Sie das nun Prozesse nennen, oder mögen Sie es nennen Beschwerdeverfahren an die oberste Staatsbehörde, in der Sache ist es gleich — die Juristen werden zu entscheiden haben, ob der individuelle Fall der allgemeinen Anordnung entspricht. Und wenn Sie erst, wie das in Ihrem Programm steht, die Gebührenfreiheit haben, dann reichen Sie mit der hundertfachen Zahl der heutigen Juristen für Ihren Staat noch nicht aus. (Lebhafter Beifall und Heiterkeit) — Doch nun die Hauptsache: die Zerstörung der Familie. Meine Herren, Sie führen allerhand Beispiele an, in denen die Familie heute nach dieser oder jener Richtig auch nicht den Zweck erfülle; Sie nennen einzelne Anstalten, die gewisse Funktionen übernehmen. Sie thun als ob mir nichts bekannt wäre, als ob ich in einem solchen Wolkenkukuksheim lebte von dem herab Sie solche Schriften schreiben. Ja, Zentralküchen bestehen in unseren Hotels, in den Volksküchen, es bestehen heute Zentralreinigungsanstalten, es bestehen Erziehungsanstalten, es bestehen Küchen für Gefängnisse und Kasernen — obgleich ich Ihnen nicht gerade rathe, die Gefängnisse und Kasernen für Ihre Einrichtungen anzuziehen. (Sehr gut!) Aber wenn das alles ist — weil es gewisse Verhältnisse giebt, in denen eine Zentralisation zweckmäßig und nothwendig ist für besondere Verhältnisse (Unterbrechung) — aber, Herr Bebel, lassen Sie mich doch aussprechen! ich habe Sie auch ruhig angehört — ist es denn nun gerechtfertigt, dasjenige, was in der freien Gesellschaftsordnung für einzelne Verhältnisse zweckmäßig und richtig ist, nunmehr zu generalisiren, nunmehr von oben herab überall es einzuführen, es allgemein gültig zu erklären? Darin steckt ja der Fehler! (Lebhafter Beifall. — Unterbrechung.) — Ja, das ist mein Urtheil über Sie im ganzen! (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Bebel, Sie haben eben gehört, daß der Herr Redner nicht unterbrochen sein will; und Sie setzen ihr geschäftsordnungswidriges Verfahren immer noch fort!

Abgeordneter **Richter:** — Ja, Unterbrechen ist ja das einzige, was den Herren noch übrig bleibt! — (Lebhafter Beifall und Heiterkeit.) — Sie sagen: die Kinder werden aus dem Hause weggenommen, werden von dem Staate unterhalten und erzogen, die Reinigung — Herr Most wollte ja auch eine Zentralscheueranstalt — wird von dem Staat vollzogen, die Arbeiterinnen müssen ebenso arbeiten wie die Männer. Was bleibt denn dann von der Häuslichkeit, überhaupt von dem Familienleben und dem besonderen Leben überhaupt irgendwie übrig? Mit Recht folgert Herr Bebel: die Häuslichkeit wird auf das Nothwendigste beschränkt; die Privatküchen hören auf. Das kann ja unter Umständen vortheilhaft sein, es muß es aber nicht. Ist denn zuletzt blos der pekuniäre Vortheil darüber entscheidend? Wie schlecht kennen Sie doch die Arbeiter selbst! (Sehr gut!) Wie schwer fällt es hier in Berlin den Arbeitern, die fern von der Werkstatt wohnen, zu Hause zu essen! Aber ein Theil scheut nicht die weiten Wege, um in der Mittagspause zu Hause zu essen. Ein anderer Theil, dem es unmöglich ist, arbeitet lieber durch mit spärlichem Frühstück, um nach der Tagesarbeit doch in der Familie zu essen. (Sehr richtig!) Und sehen Sie sich um auf den Werkplätzen, wo der Mann arbeitet, und wo die Frau Mittags mit dem Topf kommt und das Kind mitbringt — was in dem Topf vielleicht enthalten ist, mag so viel nicht werth sein, die Zeit, welche der Frau mit dem Essentragen verloren geht, fällt auch sehr ins Gewicht; ich habe immer die Auffassung, der Mann würde in einer benachbarten Küche oder Restauration für ein Billiges ebenso gut und bequemer essen wie aus dem Topf, den ihm die Frau von Hause bringt — aber es ist doch ein Stück Häuslichkeit, (sehr gut!) es ist ein Stück Familienleben, was sich da auf dem Arbeitsplatze abspielt. (Lebhafter Beifall auf allen Seiten.) Der Mann sitzt bei der Frau, und das Kind spielt um ihn herum; (Bravo!) und so vergißt er in dem Augenblick der Mittagspause die Mühen seines Berufs. (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie dies nicht würdigen, dann fehlt Ihnen jedes Verständniß. (Lebhafter Beifall.) Für diese Imponderabilien im Arbeiterleben haben Sie ganz und gar kein Verständniß, und darum bilden Sie sich ein, die Massen würden Ihnen folgen, wenn ihnen vorgestellt wird, daß künftig ihre Wohnung nichts mehr sein soll als eine Schlafstelle, daß darin kein Heerd brennt, keine Speise bereitet wird, kein Kind am Abend dem Vater entgegenkommt. Und damit glauben Sie den Arbeiter zu locken, indem Sie ihm vorspiegeln, daß er dafür in der Ernährung durch die Zentralanstalt Vortheile haben werde?! (Bravo!) — Sie spotten darüber, daß ich in dieser Erzählung

ein kleines Kind zu Grunde gehen und sterben lasse in einer öffentlichen Anstalt. Nun, meine Herren, ist das nicht eine von allen Volkswirthen, von allen Aerzten anerkannte Thatsache, daß gerade die individuelle Pflege, welche das Kind in den ersten Jahren erheischt, am wenigsten gegeben werden kann auch in den größten ung bestgeleiteten Anstalten? Gerade in den jungen Jahren kann das Kind am wenigsten der individuellen Pflege der Mutter, der Eltern entbehren. Das ist ja die Thatsache, weshalb in den Findelhäusern so unendlich viel Kinder zu Grunde gehen, auch in den bestgeleiteten und bestgeordneten. Und dann in den späteren Jahren: Sie wollen die Kinder zusammenbringen und erziehen — so wird es ja in dem Buche geschildert — in großen, gemeinsamen Anstalten. Nun, meine Herren, die Stadt Berlin denkt anders im Interesse der Kinder; sie hat Tausende von Waisenkindern zu erziehen, und soweit sie irgend kann, erzieht sie sie nicht in großen Anstalten, sondern bringt sie hinaus aufs Land und vertheilt sie in einzelnen Familien, weil sie sich sagt: diese Familienpflege und Familienerziehung des einzelnen Waisenkindes ist besser als alles, was die großen Anstalten leisten. (Sehr richtig!) Das haben Sie aber garnicht in Ihrem Staat; denn es giebt dort keine Familie, der die eigenen Kinder gelassen werden; also kann man ihr auch nicht von Staatswegen und Obrigkeitswegen solche Kinder überweisen. — Meine Herren, Sie sagen, ich hätte einen Typus in Bezug auf Ersparnisse gezeichnet, der in Wirklichkeit nicht vorkommt; eine Putzmacherin möchte wohl solche Ersparnisse zu machen und wohl eine solche Aussteuer zu beschaffen in der Lage sein, nicht aber der gewöhnliche Arbeiter. Ich habe überhaupt gar nicht daran gedacht, Typen in dieser Weise zu zeichnen; mir kam es nur darauf an, die Frage vorzuführen: wie wird es, wenn der soziale Staat alle Sparkassenbücher annullirt? — ob nun diese Person, diese Figur in der Geschichte, 2000, 1000 oder 500 Mark gespart hat, bleibt für diese Darlegung vollständig gleichgültig. Sie berufen sich auf den Bericht des Fabrikinspektors von Stülpnagel — ja, der „Vorwärts" und diejenigen, die Broschüren gegen mich geschrieben haben —, um zu beweisen, daß es nicht möglich wäre, so zu sparen, daß in Berlin die Verhältnisse dürftiger sind; die haben die Zitate aus dem Berichte des Fabrikinspektors gefälscht, haben ganz falsche Zitate angegeben, in denen weggelassen ist, was für mich spricht. Ich habe gesagt, es könnte in den jungen Jahren mehr gespart werden in den Kreisen, wenn man weniger auf Putz und Vergnügen verwenden wollte; und in dieser Broschüre, in dem Bericht des Fabrikinspektors von Berlin von Stülpnagel, den Herr Bebel gegen mich angezogen hat, heißt es wörtlich gerade von den Arbeiterinnen:

> Sehr häufig werden die häuslichen Bedürfnisse auf das Aeußerste herabgedrückt, um Mittel zu Putz und Vergnügen auf Landpartien und Bällen zu gewinnen, in einzelnen Fällen auch, um den selten fehlenden Liebhaber noch zu unterstützen.

Das sind Zustände, die ich tadele; das sind Zustände, denen ich gegenübersetze die Aufforderung zum Sparen, um im späteren Leben einen Halt zu haben, einen Halt unter Umständen auch gegen die Willkür der Arbeitgeber und die schlechte Behandlung. Denn wer einen Spargroschen hinter sich hat, ist ganz anders in der Lage, den Willkürlichkeiten eines Arbeitsgebers zu entgehen durch Wechsel der Arbeitsstätte und des Wohnorts, als jemand, der nach Ihrem Ideal nur aus der Hand in den Mund lebt und wartet, daß der sozialdemokratische Staat alles macht, was er selbst zu machen nicht gewillt ist. — Nun noch die Stiefelwichsfrage. Ein Scherz! Ich wäre nicht darauf gekommen, wenn nicht Herr Bebel in seinem Buch über die Frau diese Stiefelwichsfrage selbst aufgeworfen hätte, und es reizte mich, in einer allerdings etwas scherzhaften Weise darauf einzugehen. Sie wollten an der Stiefelwichsfrage nachweisen, daß die persönlichen Dienstleistungen aufhören müßten, und daß der sozialdemokratische Staat solche Knechtsschaftsverhältnisse nicht mehr mit sich bringt. Der Herr Abgeordnete Bebel sagt, daß in Folge meiner Anregung eine Stiefelwichsmaschine erfunden worden sei. (Zwischenruf.) — Nach dem Erscheinen des Buchs? Nach dem Zusammenhang könnte ich mir einiges Verdienst daran zuschreiben; ich verzichte jedoch gern darauf. Also bemerken Sie wohl: die Stiefelwichsmaschine ist in der heutigen Gesellschaftsordnung erfunden — warum brauchen wir demnach auf den sozialdemokratischen Staat zu warten? (Heiterkeit.) Ja, das ist doch auch ein Kennzeichen unserer Entwickelung. Es ist ja ganz unstreitig, daß mit der Zunahme der Maschinen — denken Sie nur an die Zunahme der maschinellen Einrichtungen, z. B. an die Verbreitung der Wasserleitungen im Hause — daß eine Menge der persönlichen Dienstleistungen sich von selbst vermindert. Dazu braucht man gar nicht Ihren sozialdemokratischen Staat, um in dieser Weise erst Maschinen zu erfinden und in dieser Beziehung Abhilfe zu schaffen. Sie meinen, ich hätte die Stiefelwichser für unehrliche Arbeiter erklärt. Das ist so eine Anklage nach außen, um zu zeigen, ein wie schlechter Mensch ich bin. Das sind alle die Mätzchen nach außen, mit denen Sie aber nicht Stich halten, wenn Sie

gezwungen sind, hier in Ruhe Entgegnungen anzuhören. Es ist mir das im Traum nicht eingefallen, es ist das eine eben so ehrliche Arbeit, wie irgend eine andere. Ich theile darin vollständig die Ansicht des Kollegen Bebel und bin der letzte, der irgend einen Arbeiter dieser Art wegen dieser mechanischen Arbeit verachtet. Aber das, was ich an dem Beispiel zeigen wollte, war, wie thöricht und unsinnig es ist, wenn man von denjenigen, von denen man qualifizirte Arbeit höchster Art verlangt, also die Staatsleitung — und auch der sozialdemokratische Staat bedarf solcher Leitung — wenn man diesen Personen zumuthet, gewisse mechanische, persönliche Leistungen für ihre Bedürfnisse auszuführen. Denn darüber können Sie doch keinen Augenblick zweifeln, daß, wenn Sie erst einem qualifizirten und bestgeeigneten Beamten zumuthen, für seine persönlichen Bedürfnisse alles selbst zu besorgen von früh morgens an, ihm die Zeit und Kraft um so mehr verloren geht für die Wahrnehmung derjenigen Funktionen, zu denen er eigentlich bestellt ist. An dem Punkt habe ich in gleicher Weise den Widersinn, den Unsinn Ihrer ganzen Theorie festgenagelt. (Zwischenruf.) — Sie sagen: es giebt keinen Reichskanzler! Sie wollen doch den Herrn Staatssekretär von Boetticher haben. (Zwischenruf.) — Dann verstehen sie auch den Scherz mit dem Reichskanzler; ob sie den obersten Leiter Reichskanzler nennen oder nicht, das überlasse ich ganz Ihrem Geschmack. In jedem Falle muß doch eine oberste Instanz da sein, denn von selbst regulirt sich doch die ganze Produktion und Konsumtion nicht in dieser Weise. Da möchte ich eine Frage an Herrn Bebel richten: haben Sie sich die Sache wirklich so gedacht, wie Sie es in Ihrem Buche darstellen? Da sind Sie allerdings der Meinung, daß es nicht darauf ankommt, besonders qualifizirte Personen an die Spitze Ihres Staatswesens zu stellen. (Zwischenruf.) — Nein? Es heißt in dem Buch von Bebel über die Frau in Betreff der obersten Zentralverwaltung,

> bei der vorgeschrittenen Organisation und bei hoher Durchbildung aller Glieder sei es nicht ausgeschlossen, daß die Leiter der einzelnen Abtheilungen und Arbeitszweige einfach alterniren werden, indem in gewissen Zwischenräumen nach einem bestimmten Turnus alle Betheiligten ohne Unterschied des Geschlechts die Leitung übernehmen.

(Heiterkeit.) Also der Minister, der Reichskanzler, wie Sie sich nun die höchste Autorität denken mögen, mit Abwechslung, in einem gewissen Turnus! Meine Herren, jeder Sozialdemokrat hat danach also das angeborene Recht, auch einmal, wenn auch nur auf einige Tage, die oberste Leitung eines Arbeitsfaches zu übernehmen. Glauben Sie noch daran, Herr Bebel, daß das möglich ist? (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — So, Sie halten es für möglich?! Dann machen Sie es uns zunächst in Ihrer eigenen Partei vor. (Große Heiterkeit.) Was im Zukunftsstaat möglich sein soll, das muß unter solchen idealen Sozialdemokraten der Gegenwart in dem beschränkten Rahmen einer Parteiorganisation erst recht möchlich sein. Aber wechseln denn die Herren mit einander? Nein, sie denken gar nicht daran! Es sind immer nur Bebel, Liebknecht, Singer Jahr aus Jahr ein, die durch Wiederwahl immer an der Spitze geblieben sind. Und noch weniger denken die daran, ihre Damen an der obersten Parteileitung zu betheiligen (große Heiterkeit), wie das ja ausdrücklich für den sozialdemokratischen Staat vorgesehen war. Meine Herren, die Stimmung darüber, daß Sie gar nicht Rede zu stehen wissen auf solche Fragen und Provokationen, ist in Ihrer Partei keineswegs eine so zufriedene und ruhige, wie Sie es hier darzustellen suchen. Sie haben eine Broschüre herausgegeben als Antwort auf meine Broschüre, und es hat der Zufall gefügt, daß auf dem Deckblatte der Broschüre auf eine andere in einem sozialdemokratischen Verlage in Nürnberg erschienene Broschüre aufmerksam gemacht wurde. Ich habe mir diese Broschüre kommen lassen und da ausdrücklich gelesen in dieser sozialdemokratischen Broschüre, es genüge nicht, daß man bloß wisse, wie eine neue Gesellschaftsordnung nicht sein solle, es müsse auch ausführlich bekannt sein, wie die neue Ordnung sich gestalten werde; wenn man nur sage, das würde sich alles zur rechten Zeit von selbst machen, dann würde man Einbuße in der Achtung erleiden sowohl bei der großen Menge der zielbewußten Parteigenossen, wie auch in den Kreisen der bisherigen indifferent gebliebenen Bevölkerung. (Zurufe links.) — Ja, sehen Sie, wenn Ihnen etwas nicht paßt, dann wird von oben dekretirt: daß ist nicht unsere Ansicht! — Meine Herren, daß ist Ihre Preßfreiheit! (Heiterkeit.) Welch eine schlimme Zensur ist das! Eine Schrift aus dem Verlage, wo, wenn ich nicht irre, auch die Zeitung des Herrn Grillenberger erscheint, wird einfach auf den Index gestellt, weil sie Ihnen nicht gefällt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Ja, es ist Ihnen dann noch das Eigenthümlichere passirt: derselbe Schriftsteller, den Sie auserlesen haben gegen meine Broschüre zu schreiben, der hatte einige Jahre früher in seinem wechselvollen Leben geschrieben:

> Gerade die sozialdemokratischen Führer freilich dürfen es gar nicht wagen, Bilder ihres Zukunftsstaats zu entwerfen, weil ihre wüsten Agitationen selbst den Le-

Halt, die letzte Möglichkeit der Propaganda verlieren würden, wenn sie den Nebelritt in das Wolkenkuckucksheim unternehmen. (Heiterkeit.)
Das hat sich allerdings vollständig bestätigt. — Nun, meine Herren, haben Sie mich bezeichnet als einen lebendigen Petrefakten. Ich ziehe den doch immer noch dem Ichthyosaurus in Essig vor, mit dem Sie den Herrn Abgeordneten von Stumm verglichen haben. Es hat mir gleichzeitig der Herr Abgeordnete Bebel attestirt, daß ich mich rückwärts entwickele. Das ist mir in dieser Weise gerade bei einem Petrefakten noch nicht bekannt geworden. (Große Heiterkeit.) Das mag auch nur in einer Wissenschaft möglich sein, die wir nicht verstehen. (Heiterkeit.) Meine Herren, habe ich mich denn wirklich rückwärts entwickelt? Sagen Sie mir doch, was ich jetzt vertrete und früher nicht vertreten hätte, und umgekehrt! Das Programm der freisinnigen Partei verpflichtet mich keinesfalls, einen früher vertretenen Standpunkt künftig nicht zu vertreten oder das Gegentheil davon. Wenn ich irgendwie zweifelhaft darüber wäre, ob ich mich selbst geändert habe, so beruhigt mich eins: meine Gegner sind seit 30 Jahren immer die nämlichen gewesen und immer nur erbitterter gegen mich geworden, und das beweist mir, daß ich auch derselbe geblieben bin und vielleicht in mancher Richtung heute wirksamer auftrete, als es früher der Fall war. — Ich habe von der Spaltung gesprochen, die die Sozialdemokratie in das Bürgerthum getragen hat. Herr Bebel sagt, er unterstützt unsere Anträge, wenn sie in liberaler Beziehung mit seiner Ansicht übereinstimmen. (Zuruf links.) — Jawohl, das allein macht es aber nicht. Sehen Sie doch die Wahlkreise an! Ich sage: in vielen Wahlkreisen, die jetzt weder von uns noch von Ihnen vertreten werden, würde eine liberale Vertretung sein ohne diese Spaltung. Die ganze Parteikraft, die von uns verwendet werden muß im Kampfe nach Ihrer Seite, geht verloren im Kampfe nach der anderen Seite. Insofern hat sich die ganze Spekulation des Fürsten Bismarck, aus der er Sie anfangs der sechziger Jahre in Ihren ersten Anfängen patronisirte und pflegte, vollauf bestätigt; (sehr gut!) den Zweck hat er erreicht, und Sie können heute mit einem gewissen Rechte auf manche für Sie schmeichelhafte Aeußerungen sich berufen. Sie sind mittelbar und unmittelbar unter seiner Regierung künstlich gepflegt worden (sehr wahr! links) und zu dem emporgewachsen, was Sie heute sind. Sie würden heute nicht mehr sein als die Sozialdemokratie auch in anderen Staaten, wenn nicht seine Politik, eine falsche Politik in vieler Beziehung, Ihnen darin zu gute gekommen wäre. (Zuruf links.) Und auch die Sozialreform, für die Sie uns doch nicht verantwortlich machen können in der Weise, wie sie begründet ist, in der Weise, wie sie in einer Zwangsschablone vorgeht, entspricht zum guten Theil auch Anschauungen, die ein Nährboden sind, wie Sie sehr wohl wissen, für Ansichten, die Ihnen zu gute kommen. (Sehr richtig!) — Nun sagt der Herr Abgeordnete Bebel: ja, wenn es falsch wäre, dann lassen Sie uns doch gewähren, dann werden wir Schiffbruch leiden; warum stört Ihr uns? Ja, meine Herren, wenn wir das Experiment machen könnten als wissenschaftliches Experiment in der Studirstube, unter der Retorte, dann würden wir das sehr wünschen, daß das Experiment gemacht würde; oder wenn Sie es auf einer Insel machen könnten, fernab von uns gelegen, ohne jede Beziehung zur Volkswirthschaft und uns selbst, dann mögen Sie es auch machen. Aber Sie können Ihr Exempel nicht verwirklichen, Sie können den Staat, wie Sie ihn sich denken, nicht einrichten, ohne die bestehende Gesellschaftsordnung zu erschüttern und zu zerstören; und eben deshalb halten wir es für unsere Pflicht, dem entgegenzutreten und Sie auf diesem Wege zu hindern. (Sehr richtig!) — Man hat von einem berechtigten Kern der Sozialdemokratie gesprochen. Meine Herren, die Sozialdemokratie hat in manchen Bestrebungen nicht Unrecht, sie theilt mit uns manches; manche Bestrebungen sind nur zu radikal, sie sind nicht reif, sie werden vielleicht in einer Zukunft reif werden; aber das, was ich so anerkenne, sind nur Nebendinge, nur gewisse Aeußerlichkeiten. Einen berechtigten Kern erkenne ich überhaupt nicht bei Ihnen, (sehr wahr!) und dasjenige was der Kern Ihrer Bestrebungen ist, die Einrichtung des Zukunftsstaates, ist nicht berechtigt, und je mehr man Sie zwingt, diesen Kern zu enthüllen, je mehr man durch die dicke Schale durchdringt, mit der Sie den Kern zu umgeben gewußt haben, um so mehr erkennt man, daß der Kern taub ist. (Sehr gut!) Und wenn diese viertägigen Debatten keinen anderen Zweck gehabt hätten, als die Taubheit und Werthlosigkeit des Kerns der sozialdemokratischen Partei dem Volke klar zu machen, so sind diese Tage für uns wahrlich nicht verloren. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Singer hat die Vertagung beantragt. Ich bitte, daß die Herren, welche den Antrag unterstützen wollen, aufstehen. (Geschieht.) Die Unterstützung reicht aus. — Ich bitte, daß die aufstehen oder stehen bleiben, welche die Vertagung beschließen wollen. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; unsere

Sitzung ist vertagt. — Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm-Halberg.

Abgeordneter Freiherr von Stumm-Halberg: Meine Herren, der Abgeordnete Bebel hat meinen Vergleich mit dem Kaninchenstall ganz falsch aufgefaßt. Er hat mir persönlich den Vorwurf gemacht, ich hätte eine ähnliche Einrichtung eingeführt durch ein Heirathsverbot für Arbeiter unter 24 Jahren und die dadurch verursachte Regulirung der Bevölkerungsvermehrung. Ich fordere den Abgeordneten Bebel auf, sich einmal in einen Kaninchenstall zu begeben; dann wird er finden, daß von einer Regulirung der Vermehrung dort absolut keine Rede ist, und es versteht sich ganz von selbst, daß ich den Vergleich zwischen dem Kaninchenstall und seinem Staate oder seiner Genossenschaft der freien Liebe nur in diesem Sinne gemeint habe.

Abgeordneter Frohme: Der Herr Abgeordnete Dr. Bachem hat heute, wie schon am Sonnabend sein Fraktionsgenosse, der Herr Abgeordnete Hitze, behauptet, ich habe mich bei meinem Zitate betreffend die Ansichten des Thomas von Aquino geirrt. Ich erkläre, daß ein Irrthum nicht vorliegt. Was ich vorgetragen habe, das sind wirkliche Ansichten dieses Mannes. Ich habe es lediglich für überflüssig gehalten, in diesem Falle darauf hinzuweisen, daß Thomas von Aquino sich allerdings auf die Ansichten des Aristoteles, welche er kommentirt, stützt und dabei dieselben zu den seinigen macht und sie weiter führt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich will hier bei dieser Gelegenheit bemerken, daß das bekannte alte Spiel auf jener Seite wiederholt wird: was man von Thomas von Aquino gebrauchen kann (Glocke des Präsidenten), das wird genommen, und umgekehrt, alles was nicht paßt —

Präsident: Herr Abgeordneter, ich bitte zu schweigen, wenn ich Sie unterbreche. Die Bemerkung war nicht mehr persönlich.

Abgeordneter Frohme: Also ich verweise Sie auf das Werk, woraus ich zitirt habe. Es ist die „Staatslehre des heiligen Thomas von Aquino, des größten Theologen und Philosophen der katholischen Kirche von Dr. J. J. Baumann", ein Buch aus der Reichstagsbibliothek. Ich habe es den Herren sofort hinübergegeben, und Sie konnten, wenn Sie wollten, sich davon überzeugen, daß von einem falschen Zitat nicht die Rede sein kann. Es heißt da auf Seite 12, nachdem darauf hingewiesen ist, daß nach der Ansicht des Thomas der Beruf des Königs ist die Leitung der Gesellschaft, als Vertreter der Gerechtigkeit, als lebendiges Recht, an welches Reich und Arm sich mit gleichem Vertrauen wenden, — heißt es dort weiter in der Vorrede dieses Werkes des Herrn Baumann:

> Freilich werden wir wieder stutzig, wenn wir lesen des Thomas Scheu vor ausgedehntem Handel, und wie endlich danach im Idealstaat

— d. h. nicht im Idealstaat des Aristoteles, sondern in dem des Thomas —

> Bauer, Handwerker und Handelsleute nicht Bürger sind, sondern modern ausgedrückt, allein Militär- und Beamtenadel, Bürger und sie allein auch Grundbesitzer sind.

In Rücksicht auf die weitvorgeschrittene Zeit unterlasse ich es selbstverständlich, noch weiter auf diese Dinge näher einzugehen; es würde das zu weit führen. Ich behaupte, jene Herren irren sich, wenn Sie mir einen Irrthum in diesem Falle schuld geben.

Abgeordneter Dr. Bachem: Meine Herren, es ist jetzt nicht mehr die Zeit, die Staatsauffassung des heiligen Thomas von Aquino hier vorzutragen. Dieselbe hat hier auch gar nichts zu thun mit der Kontroverse, mit der wir uns beschäftigen; darum kann ich das Haus darauf verweisen, daß wir später bei geeigneter Gelegenheit das thun wollen. — Was hier Herr Kollege Frohme vorgetragen hat, ist entnommen dem Werke eines liberalen Professors Baumann, welches in feindseligem Sinne gegen Thomas von Aquino geschrieben ist, welches nicht arbeitet mit den anerkannten Werken des heiligen Thomas von Aquino, den beiden Summen, sondern mit zwei Werken, „de regimine principum" und den Kommentaren zu Aristoteles, die weder anerkannt sind noch unverstümmelt und in sicherer Form auf uns gekommen sind. Daß der heilige Thomas die vorgetragenen Stellen des Aristoteles nicht zu seiner eigenen Ansicht gemacht hat, ist für jede, der die Staatslehre des christlichen Mittelalters und insbesondere des heiligen Thomas auch nur einigermaßen kennt, von vornherein klar. — Aber wie gesagt, die Sache hat hier nichts zu thun. Darum kann ich mir versagen, auf diese noch weiter zurückzukommen. — Was die Staatslehre des heiligen Thomas von Aquino und des christlichen Mittelalters selbst betrifft, so sind das Dinge, die im Mittelalter feststanden, und die auch jetzt feststehen, und an denen kann der Herr Abgeordnete Frohme nichts ändern.

Abgeordneter **Frohme**: Ich muß dem Herrn Abgeordneten Dr. Bachem bemerken, daß der liberale Professor Baumann dieses Thema über Thomas durchaus nicht in absolut feindseliger Weise behandelt; im Gegentheil, wer sich die Mühe nehmen will, dieses Werk zu studiren, wird finden, daß er auf viele Ansichten des Thomas direkt zustimmend eingeht. Er tadelt besonders und in der Hauptsache, daß in dem Idealstaate des Thomas thatsächlich nur die katholische Kirche herrschen soll, daß es keine prinzipielle Duldung anderer Religionen geben solle, welche vom Katholizismus abweichen.

Alle, welche eine vom Katholizismus abweichende christliche Lehre haben, werden mit Strafen an Leib und Seele zur Rückkehr in den Schoß der Kirche gezwungen.

Das sind Ansichten, welche der Verfasser des Werkes, Professor Baumann, zurückweist, und im übrigen geht er auf eine ganze Reihe von Aeußerungen des Thomas ein, erkennt sie sogar zum Theil an.

Abgeordneter **Liebknecht**: Meine Herren, vorgestern oder am vorigen Sonnabend wurde hier konstatirt, daß die deutsche Sozialdemokratie „vernichtet" ist. Gestern haben wir „eine furchtbare Niederlage" erlitten nach einem Blatt, nach einem anderen „stehen wir an dem Pranger des Reichstages". Jedenfalls stimmen die gegnerischen Organe so ziemlich alle darin überein, daß die deutsche Sozialdemokratie in dieser viertägigen Debatte „moralisch vernichtet" worden ist. (Sehr richtig!) Nun, in meinem Leben habe ich solcher „Vernichtungen" schon einige Dutzende und Hunderte erlebt, und habe stets gefunden, daß sie dann sich ereigneten, wenn es den Gegnern sehr schlecht ergangen ist (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten); und ich habe stets gefunden, daß es mir dann am besten ergangen ist, wenn ich vernichtet war — mit sammt meinen Genossen. Es ist eine Eigenthümlichkeit des deutschen Bürgerthums, daß es sich für seine wirklichen Niederlagen zu revanchiren, zu trösten sucht durch Siege, die es sich andichtet. Die deutsche Fortschrittspartei in ihrem Konfliktkampf mit Bismarck eilte von moralischen Siegen zu moralischen Siegen, Bismarck von moralischer Niederlage zu moralischer Niederlage, bis Bismarck der vollständige Herr der Situation und der Konflikt in seinem Sinne beendet war. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aehnlich war es 1848 im Feldzug der Oesterreicher gegen die Ungarn: jeden Tag erfochten die Oesterreicher einen glänzenden Sieg. Wenn man nun auf der Karte die Stellungen verfolgte, so merkte man, wie der Besiegte immer etwas weiter vorwärts gekommen war, und nach einigen Monaten hatten die Oesterreicher so gründlich gesiegt, daß sie aus ganz Ungarn hinausgeworfen waren. — Genau so verhält es sich mit den vernichtenden Siegen, welche von jener Seite so häufig über uns erfochten werden. — Und nun will ich fragen: was hat denn diese ganze Debatte für einen Sinn? Was haben Sie damit bezweckt? Wie kommen Sie dazu, eine solche Debatte in einem solchen Momente vom Zaune zu brechen? Womit beschäftigt sich jetzt das **deutsche Volk**? — und Sie sind die Vertreter des deutschen Volks. Zwei Fragen sind es, die in diesem Augenblick für unser Volk obenan stehen: die Frage des **Nothstands** und die Frage der **Militärvorlage**. Das deutsche Volk verlangt in Bezug auf letztere die Entscheidung, und diese Entscheidung kommt nicht, sie wird verzögert, systematisch verzögert, und ich sage, daß diese Debatte über den Zukunftsstaat herangezerrt worden ist, **bloß um das Spiel zu verdecken, welches hinter den Kulissen mit der Militärvorlage gespielt wird.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Heiterkeit und Widerspruch im Zentrum und rechts.) Statt daß der Herr Abgeordnete Bachem uns nach dem Zukunftsstaat fragt, eine Frage, auf die nur ein Narr ihm Antwort geben wird und kann —, statt dieser unbeantwortbaren Frage sollte er uns Antwort geben auf die sehr brennende Frage: **was macht seine Partei, die ausschlaggebend ist, in Sachen der Militärvorlage?** Warum weisen Sie die Vorlage nicht zurück, wie Sie dem Volk versprochen haben? Warum tagt die Kommission noch immer? Die ganze Zukunftsstaatsdebatte ist nichts anderes als eine homerische Wolke, in welcher **der Kompromiß, den Sie vorbereiten, versteckt werden soll.** (Bravo! bei den Sozialdemokraten); sonst hat die Debatte keinen Sinn —, sie hat überhaupt keinen Sinn. (Lachen rechts und im Zentrum.) — Ja, diese ganze Debatte ist bloß eine **Komödie** und nichts weiter als eine Komödie. Haben Sie vielleicht in dieser Debatte **etwas neues gesagt**? Ist in diesen vier Tagen auch nur ein Gedanke ausgesprochen, der nicht schon hundertmal weit besser vorher ausgesprochen worden ist? Ist für solche nebeligen Diskussionen der Reichstag, die Volksvertretung, namentlich in einem so kritischen Momente, wie dieser, der richtige Ort? Wahrhaftig nicht! Das sind Fragen, die entweder gar keinen Sinn haben, oder soweit wissenschaftliche Fragen gestreift worden sind, von der Wissenschaft ausgemacht werden können. Alles, was wir hier gehört haben, — hundert und tausendmal haben wir es schon gehört. Nehmen wir z. B., was Herr Bachem sagte — er wird ja in der Presse seiner

Partei überschwänglich gelobt —: was er gesagt hat und daß er das Gesagte wiederholen konnte, daß er in demselben Tone, mit derselben Rede dreimal auftreten konnte, das hat so recht merken lassen, wie sehr jener Partei drüben ihr alter bewährter Führer Dr. Windthorst fehlt. Unter einem Windthorst wäre eine derartige Debatte und Schaustellung einfach nicht möglich gewesen (sehr richtig! links); der würde Ihnen gesagt haben: das sind Dinge, die nicht hierher gehören. (Heiterkeit im Zentrum.) — Ja, Herr Dr. Bachem, der Reichstag ist kein Debattirklub; er hat Anderes und Wichtigeres zu thun. Einige Zeitungen haben die Debatte als ein „Disputatorium" über die soziale Frage und den Zukunftsstaat aufgefaßt. Aber ist der Reichstag dazu da — und im jetzigen Moment —, um Disputatorien zu halten? Und nun gar über den Zukunftsstaat! Wie kommen Sie darauf? Wie ist es denn möglich, überhaupt über ein derartiges Thema zu reden? (Lachen im Zentrum.) Um Herrn Dr. Bachem doch einen Rath zu geben, will ich ihm eine Quelle für seine Studien verrathen. Was er gesagt hat, ist hundertmal besser gesagt worden vor 20 Jahren und zwar von einem Geistlichen, aber einem der evangelischen Kirche, von einem gewissen Schuster. Dieser Pfarrer Schuster hat die sozialisten-tödterischen Zitate unendlich vollständiger gebracht, er hat sie viel besser gesichtet und zusammengestellt; und ich hoffe, wenn der Herr Kollege Dr. Bachem uns mit der vierten Rede kommt, daß er dann seinen Schuster studirt haben wird. Er findet viel neues darin; und auch wir fänden, da in 20 Jahren viel vergessen worden ist, wohl manches, was wenigstens neu erscheint. — Was den Herrn Kollegen von Stumm betrifft, so hat er entdeckt, daß die Sozialdemokratie das Zuchthaus will und den Kaninchenstall. Ja, wenn Herr von Stumm wissen will, was ein Zuchthaus ist, dann mach er es einmal wie der Predigtamtskandidat Goehre: er werde einmal drei Monat lang Fabrikarbeiter und gehe in seine eigene Fabrik, dann ist er im Zuchthaus. (Sehr richtig! links. Lachen rechts.) Und wenn Herr von Stumm den Kaninchenstall will, dann gehe er zu den Bourgeois nach Leipzig, da kann er ihn finden. (Sehr gut! links. Heiterkeit rechts.) Was die Rede des Herrn Abgeordneten Richter betrifft, so haben wir auch sie schon gehört, wir haben sie sogar vorher schon gelesen und zwar in verschiedener Gestalt. Und selbst schon lange, ehe er sein berühmtes Buch zur Tödtung der Sozialdemokratie schrieb, haben wir das alles schon gehört und — viel besser gehört. (Zuruf links.) — Nicht von Hans Blum! Hans Blum hat auch abgeschrieben; diese neuen Sozialistentödter verstehen nicht einmal das Abschreiben richtig. — Als ich im Jahre 1862 nach Deutschland zurückkehrte, war der König im sozialen Reich, Schultze-Delitzsch, noch beinahe unbeschränkter Herrscher über die deutsche Arbeiterwelt. Wohin man kam, wurde damals das Evangelium des heiligen Manchester gepredigt: das Evangelium vom freien Spiel der Kräfte, von der Harmonie der Interessen, von dem Sporn der Konkurrenz, ohne den jede Erfindungskraft, jeder Trieb zum Fortschritt verschwinden müßte. Damals habe ich das Evangelium von so beredtem Munde und in so gewinnender Form gehört, daß, als ich das las, was neuerdings über dasselbe Thema mit gleichem Inhalt geschrieben worden ist, ich mir gesagt habe: die Epigonen reichen den Vorgänger doch lange nicht das Wasser! Wenn doch der Herr Kollege Richter hübsch studiren wollte, was in den 60er Jahren von Julius Faucher, dem geistvollen Vertreter dieser Lehre, in Broschüren und Vorträgen geleistet worden ist, dann würde er mir zugeben: da habe ich doch noch manches zu lernen. Und wenn Rip van Winkle in den Jahren 1862 oder 1863 nach Deutschland gekommen und bei einer Rede Fauchers eingeschlafen wäre, und wäre dann hier im Saal aufgewacht, als Herr Eugen Richter vor drei Tagen seine Rede hielt, er würde nicht bemerkt haben, daß er 30 Jahre geschlafen hat, er würde denken: es ist noch dieselbe Rede. Und in der That war es, nur in etwas abgeschwächter und weniger eleganter Form, genau, was wir schon 1862 gehört haben. Und 1862 kam Ferdinand Lassalle und begann die neue sozialistische Bewegung. — Kollege Richter ist gestern ein Petrefakt genannt worden. Nein, er ist kein Petrefakt, aber stehen geblieben ist er — er ist nicht vorangegangen, ich will nicht sagen, daß er zurückgegangen ist. Abgesehen davon, daß er die Lehre Fauchers insofern einigermaßen geändert hat, als er ihrer geistreichen Urwüchsigkeit und des Gepräges der Hegelschen Philosophie entkleidete und so in seiner Weise verbesserte, ist er noch vollständig auf dem Boden von 1862. Wir sind inzwischen um 30 Jahre vorangegangen, und die deutsche Sozialdemokratie ist in diesen 30 Jahren zu einer gewaltigen Machtentwickelung gelangt, und Herr Eugen Richter wird mit der Weisheit, die vor 30 Jahren gegen die erst aufkommende und noch ganz schwache Sozialdemokratie nichts ausrichten konnte, heut gegen die groß und stark gewordene Sozialdemokratie sicherlich nichts ausrichten können. — Dann hat uns gestern Herr Böttcher die Sittlichkeit des Sparens pathetisch betont. Um Himmelswillen, glauben Sie denn, daß die Sozialdemokratie die Arbeiter das Verschwenden lehrt? Wissen Sie nicht, daß der Arbeiter als solcher genöthigt ist zu sparen? Wie die

Herren hier, Herrn Böttcher mit eingeschlossen, die da von Sparen geredet haben, bitte ich, nur einmal auf 8 Tage in eine Arbeiterfamilie zu gehen und mit ihr zu leben, wie sie lebt. Sie werden Ihr Wunder erleben. Sie selbst würden mit all Ihren Sparrezepten nicht so sparen können, wie diese Arbeiter gezwungen sind zu sparen. — Nun ist es allerdings richtig, daß die Arbeiter zum Theil trotz ihrer erbärmlichen Löhne noch in Ihrem Sinne sparen. Es giebt merkwürdigerweise Arbeiter, bei denen der Trieb, ihren Kindern irgend etwas zu bieten, eine etwas gesicherte Existenz zu verschaffen, so stark ist, daß sie auch von dem Wenigen, von dem Zuwenig, was sie haben, doch noch ein paar Sparpfennige zurücklegen. Aber, was ist das Loos solcher Familien? Ich will Ihnen aus einem Organ der kapitalistischen Parteien, aus der „Frankfurter Zeitung" vom vorigen Sonntag (Zuruf), — durch ihre kapitalistische Tendenz steht diese Zeitung Ihnen doch nahe, sie ist so gut wie ein fortschrittliches Organ — ich will Ihnen aus der „Frankfurter Zeitung" eine Stelle vorlesen. In einer Korrespondenz aus Sachsen wird gesagt — entgegen einer Aeußerung Bebels, der gemeint hatte, in Sachsen könne der Arbeiter nicht sparen —: „Wir, die wir die Verhältnisse dort kennen, müssen doch sagen, der Herr Mehnert hat Recht gehabt, und der Herr Bebel hat Unrecht gehabt — — — auch die armen sächsischen Arbeiter sparen noch". Was folgt, will ich wörtlich vorlesen:

> Auch der schlecht bezahlte sächsische Arbeiter „spart" also, aber er hungert sich vielfach mit Weib und Kind seine Spargroschen am nothwendigsten Bissen Brod ab. Das ist gewiß für eine um ihr ehrliches Durchkommen bangende Familie ehrenwerth. Doch derartig „sparende" Arbeiterfamilien sind meistens schlecht genährt. Der durch die Angst um die Existenz erzeugte „Sparsinn" kann den Einsichtigen nicht darüber täuschen, daß eine Mindererährung, wie sie in diesen sparenden Arbeiterfamilien vielfach vorkommt, für die körperliche und geistige Entwickelung des Geschlechts und damit auch für die sächsische Volkswirthschaft in absehbarer Zeit auch ihre Folgen äußern wird. Aber Herr Mehnert hat vollständig Recht, die sächsischen Arbeiter „sparen".

(Hört! hört!) Das heißt, sie sparen sich die Lebenskraft ab, sie verurtheilen sich zu langsamem Verhungern. (Widerspruch und Lachen rechts.) Und das wollen Sie dem deutschen Arbeiter als Rezept, als Heilmittel verschreiben? Das nennen Sie Sittlichkeit? — Und nun komme ich auf den Zukunftsstaat! Glauben Sie nicht, daß ich darüber reden werde. Ich habe meine Ansicht über die Zukunftsstaatsfragerei in einem Zitat, welches von dem Herrn Kollegen Bachem verlesen worden ist, so klar und so drastisch ausgedrückt, daß ich dem absolut nicht das Geringste hier hinzuzufügen habe. Was den Zukunftsstaat betrifft, so ist das Phantasiesache. Jeder Mann ohne Ausnahme, Sie auch, Sie alle hier im Hause, haben Ihren Zukunftsstaat, wenn auch Ihr Ideal meist in der Vergangenheit zurückliegt. Unser Ideal liegt glücklicherweise vor uns, und jeder macht sich nach seiner Façon in seinem eigenen Zukunftsstaate selig. Der Zukunftsstaat ist in gewisser Beziehung ein Ideal; aber die Wissenschaft hat niemals etwas mit ihm zu thun gehabt. Unsere Partei, die sozialdemokratische Partei, hat niemals die Utopie eines Zukunftsstaats in ihr Programm aufgenommen. Wir haben ein Programm, wir sind sogar die einzige Partei, die ein klares und umfassendes Programm hat, allein niemals hat die Partei den Arbeitern von einem Zukunftsstaat erzählt, niemals, ausgenommen als von einer Utopie. Wenn jemand sagt: ich stelle mir nach der Verwirklichung des Programms, nachdem die Lohnarbeit abgeschafft ist und die Ausbeutung der Menschen aufgehört hat, die Gesellschaft etwa so vor — nun gut! Gedanken sind zollfrei; vorstellen kann sich das jeder, wie er Lust hat. Wer es glauben will, glaubt daran; wer nicht daran glauben will, glaubt nicht daran. Es sind eben Phantasiestücke und nichts weiter. In anderer Weise hat die Sozialdemokratie den sogenannten Zukunftsstaat niemals aufgefaßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) — Man hat einen Streit begonnen um die Worte „Zukunftsstaat" oder „Zukunftsgesellschaft." Es fällt mir nicht ein, hier in diesen Streit einzugreifen. Ich selbst habe mich wiederholt dahin ausgesprochen, daß es gleich ist, ob ich die organisirte Gesellschaft Staat nenne, oder ob ich sie nicht Staat nenne; das ist ein Streit um ein Wort. Aber ich will Ihnen einen Mann, der für Sie alle eine Autorität ist, vorführen und einen Ausspruch von ihm zitiren, nämlich eine Stelle aus Johann Gottlieb Fichte's Schrift „Ueber die Bestimmung des Gelehrten". Da steht — in der Reclam'schen Ausgabe auf Seite 20 — folgender Satz, der ganz wesentlich mit den Gedanken übereinstimmt, wie sie Bebel in den letzten Tagen hier entwickelt hat:

> Sie sehen, meine Herren, wie wichtig es ist, die Gesellschaft überhaupt nicht mit besonderen empirisch bedingten Art von Gesellschaft, die man den Staat nennt, zu verwechseln. Das Leben im Staate gehört nicht unter die absoluten Zwecke

des Menschen, sondern es ist ein nur unter gewissen Bedingungen stattfindendes Mittel zur Gründung einer vollkommenen Gesellschaft. Der Staat geht, ebenso wie alle menschlichen Institute, die bloß Mittel sind, auf seine eigene Vernichtung aus: es ist der Zweck aller Regierungen, die Regierung überflüssig zu machen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)
Da sind gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen, einmal die Meinung, daß das Streben nach Vernichtung des Staates etwas fürchterlich Revolutionäres und Gewaltthätiges sei; und ferner die sittliche Entrüstung des Herrn Kollegen Bachem darüber, daß ich die Autorität leugne. Ich erkenne keine Autorität an; ich erkenne bloß die Gewalt an, insofern sie ist. Ist eine stärkere Gewalt mir gegenüber, so muß ich sie selbstverständlich als Thatsache anerkennen, aber eine Autorität aus sich selbst heraus erkenne ich nicht an. Glauben an die Autorität habe ich nicht und flöße ich auch niemand ein; im Gegentheil, ich suche ihn einem jeden zu nehmen und ich habe hierbei die ganze Wissenschaft zu meiner Mitschuldigen und Verbündeten. Sie ärgern sich, daß man von Wissenschaft spricht. Einen Mann wie Fichte werden Sie wohl nicht unter die Autodidakten rechnen. Wenn wir einmal auf dem wissenschaftlichen Gebiete definiren wollten, was Wissenschaftlichkeit ist, und was nicht Wissenschaftlichkeit ist, dann würden wir wohl das Autodidaktenthum und die Unwissenschaftlichkeit auf einer anderen Seite finden als auf der der Sozialdemokratie. Ein Marx, den die gesammte Kathederwissenschaft in Deutschland, soweit sie wirklich den Namen „Wissenschaft" verdient, als die höchste Autorität auf nationalökonomischem Gebiete anerkennt, ist es, der den Boden geschaffen hat, auf dem die deutsche Sozialdemokratie steht. Der sozialdemokratische Arbeiter, der die Ideen und das System von Karl Marx vertritt, sagt darum nicht: ich bin ein Mann der Wissenschaft, er sagt aber: meine Lehre beruht auf der Wissenschaft. Und die Wissenschaft der Sozialdemokratie ist wesentlich von einem Karl Marx gegründet worden, während die vulgäre Volkswirthschaft, wie sie früher eine Zeit lang — jetzt ist sie mehr zurückgedrängt — in dem noch von Herrn Richter vertretenen Freihändlerthum sich breit gemacht hat, von der wirklichen, ernsten Wissenschaft einstimmig als Afterwissenschaft zurückgewiesen worden ist. — Es fällt mir natürlich nicht ein, im einzelnen auf die verschiedenen Fragen einzugehen, die hier im Laufe der letzten Tage angeregt worden sind; ich will bloß einige Punkte hervorheben. Was Sie uns vorwerfen, was Sie, um uns anzuschwärzen, als unser Bestreben hinzustellen, ist ohne Ausnahme das, was in Ihrer heutigen Gesellschaft besteht; Sie werfen uns die Laster und Sünden Ihrer Gesellschaft vor. Sie sagen uns z. B., wir wollen die Familie zerstören. Der Abgeordnete Richter hat ja in der heutigen Gesellschaft noch ein Stück von idillyschem Familienleben entdeckt: es ist die Frau des Arbeiters, die mit einem Topf Essen, dessen Güte Herr Richter selbst einigermaßen anzweifeln muß, in die Nähe des Arbeitsplatzes kommt, um es ihrem Mann zu bringen. Der Abgeordnete Richter soll doch einmal unter die Arbeiter gehen, er soll einmal sehen, wie das Familienleben gestaltet ist! Er soll mir sagen, ob ein Familienleben möglich ist da, wo der Vater den ganzen Tag bei der Arbeit, theilweise fern von zu Hause sein muß, wo auch die Frau den ganzen Tag oder einen großen Theil des Tages von zu Hause abwesend ist, um das zum Leben Nothwendige zu verdienen, oder wo die Frau, wenn sie zu Hause sein kann, so viel mit der Bewältigung der Haus- und Familienarbeit zu thun hat, daß sie meist gar nicht im Stande ist, für ein ordentliches Hauswesen zu sorgen, namentlich bei der Geringfügigkeit der Mittel, über welche sie zu verfügen hat! Wie es bei den Arbeitern heute mit dem Familienleben steht, das können Sie, wenn auch in abgeschwächter Form, schon in den Berichten der Fabrikinspektoren lesen. — Dann kommt die Frage des Eigenthums, der Expropriation. Der Abgeordnete Bachem fragt uns: kommen Sie einmal heraus mit dem Flederwisch, wollen Sie expropriiren oder nicht? Abgeordneter Kollege Bachem, ich frage Sie: expropriirt denn die heutige Gesellschaft nicht? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wird nicht in einem fort expropriirt? Glauben Sie, daß die heutige sozialdemokratische Bewegung vor 30 Jahren möglich gewesen wäre? Warum hat Lassalle, der Mann von Genie, es nicht vermocht, vor 30 Jahren eine bedeutende Bewegung, diese Massenbewegung, wie wir sie jetzt haben, hervorzubringen? Einfach deshalb, weil die bürgerliche Gesellschaft sich noch nicht so weit entwickelt hatte, (sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), weil sie ihre Gemeinschädlichkeit noch nicht so voll offenbart hatte, weil die Expropriation der Kleinen durch die Großen, die Pauperisirung der Massen noch nicht in diesem Maße vorgekommen war, wie dies heutzutage der Fall ist. — Es hat dann der Herr Abgeordnete Stöcker vorigen Sonnabend davon gesprochen, daß das Grundeigenthum heute — Gott sei Dank! sagte er — noch in den Händen der Massen des Volks sei. So habe ich seine Aeußerung wenigstens verstanden; den stenographischen

Bericht habe ich noch nicht gelesen; ich las nur die Zeitungsberichte. Jedenfalls hat er gesagt, daß die Masse des Volks heut noch Eigenthum besitze. Das ist einfach nicht wahr. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Masse besitzt kein Eigenthum mehr; sie ist expropriirt. Wenn die Masse heute noch Eigenthum besäße, dann gäbe es nicht diese mächtige Sozialdemokratie, von der Sie immer sagen, daß sie die Unzufriedenheit erzeugt habe. Nein, es ist umgekehrt: die Sozialdemokratie ist das Produkt der Unzufriedenheit der Bevölkerungsmasse mit den heutigen Gesellschaftszuständen. — Der Abgeordnete Richter freilich hat sich, wie er sich alles uns Betreffende leicht macht, auch die Geschichte vom Ursprung und Wachsthum der Sozialdemokratie leicht gemacht. Er kann sich nun einmal nicht auf den demokratisch-wissenschaftlichen Standpunkt emporschwingen, von dem aus zu sehen ist, wie die Dinge nach gewissen festen Gesetzen entstehen; er muß irgend einen Wundermann haben, der die Geschichte macht. So hat er sich zurecht gelegt, daß Fürst Bismarck die Sozialdemokratie gemacht und in die Höhe gebracht hat. Ich gebe zu, daß Fürst Bismarck den Selbstvernichtungsprozeß der heutigen bürgerlichen Gesellschaft beschleunigt, ihre Korruption und Fäulniß nach Möglichkeit gefördert und dadurch uns Sozialdemokraten bedeutenden Vorschub geleistet hat; aber die Sozialdemokratie wäre auch ohne den Fürsten Bismarck dagewesen, gerade wie alle anderen Erscheinungen, die man mit seinem Namen verbindet, gekommen wären, auch wenn Bismarck nicht gelebt, sondern ein beliebiger Schulze oder Müller an seiner Stelle gestanden hätte. Wir glauben eben nicht an diese weltgeschichtlichen Rollen von einzelnen Personen, sondern leiten die Dinge aus den Verhältnissen her. Wohlan, Fürst Bismarck ist gestürzt. Er suchte uns zu vernichten; es ist ihm nicht gelungen; er ist zerschmettert. Gut, seine Ungeschicklichkeit mag ja, wie Herr Eugen Richter meint, dazu beigetragen haben, daß wir immer stärker geworden sind trotz des Sozialistengesetzes. Jetzt haben wir aber ein neues Regiment; das Sozialistengesetz ist beseitigt, und doch: die Sozialdemokratie wächst und wächst, und diese Debatte, die Sie angefangen haben, um die Sozialdemokratie zu vernichten, wird uns bei den nächsten Wahlen ein ganz ausgezeichnetes Material gegen Sie liefern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch.) — Ich frage noch einmal: wer hat heute noch Eigenthum? Nur eine Minderheit. Wenn die Masse des Volks in Stadt und Land Eigenthum hätte, dann brauchten Sie keine Sozialdemokratie zu fürchten; dann gäbe es überhaupt keine Sozialdemokratie als politische Partei. Nicht durch den Fürsten Bismarck sind wir erzeugt worden, sondern durch die Verhältnisse. Und möge der Reichskanzler Bismarck oder Caprivi heißen oder meinetwegen Eugen Richter — falls es ihm einmal beschieden werden sollte —, wir werden trotzdem genau in derselben Weise wachsen und vorwärts gehen wie bisher, ja, in immer rascherem Tempo, und zwar deshalb, weil diejenigen Gesetze, welche den Zerfalls- und Auflösungsprozeß der heutigen Gesellschaft hervorbringen, immer verheerender wirken und willkürlich von keinem Reichskanzler beseitigt werden können. Man hat ferner behauptet, die Sozialdemokratie wolle den Zwangsstaat, sie zerstöre die Freiheit des Willens. Man hat auf gewisse Vorkommnisse hingewiesen, die den „Terrorismus der Führer“ beweisen sollten. Auf solche Kindereien und Klatschereien will ich mich gar nicht einlassen. Terrorismus der Führer! Sie haben uns den Terrorismus des Staats gegenübergesetzt, und Sie haben uns nicht terrorisiren können mit Ihrem Sozialistengesetz, und wir „Führer“, die wir keine mechanischen Machtmittel haben, wir sollten eine Partei, die keiner von uns zwingen kann, bei uns zu bleiben, terrorisiren! Es ist lächerlich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie glauben eine solche Dummheit ja selber nicht, und außerdem wird ja diese Legende vom Terrorismus der Führer aufgezehrt durch eine entgegengesetzte Legende, die Sie vor Jahresfrist mit Freuden kolportirt haben. Ich denke an mein kleines Abenteuer mit der Philharmonie; damals hieß es: nicht einmal die Führer sind sicher vor dem Terrorismus der Masse, die Masse terrorisirt die Führer! Heute sind es die Führer, die die Masse terrorisiren. Das eine ist genau so unwahr und albern wie das andere, und beides hebt einander auf. Und wir glauben, daß, wer einer Partei, wie der unseren mit derartigen Dingen etwas am Zeuge flicken will, überhaupt gar nichts von dem Wesen unserer Partei begreift und obendrein von der Intelligenz seiner Zuhörer außerordentliche geringe Meinung hat. Was das Zuchthaus betrifft, welches Herr Richter in dem Zukunftsstaat sieht, so irrt er sich in Bezug auf die Zeit und Oertlichkeit; ich denke, er braucht nicht weit zu gehen, um es zu finden. Wo ist denn die Freiheit in dem heutigen Staat, in Ihrer bürgerlichen Gesellschaft? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da machen sich jene Herren ein Ideal der heutigen Gesellschaft. Ja, die Gesellschaft, von der Sie uns vorreden, es sei eine Gesellschaft von Freien, — wo hat sie denn die Freiheit? Wer hat heute die freie Wahl seines Berufes? unter

dem Zwang? Können Sie überhaupt annehmen, daß ein Mensch, der in Bezug auf sein Essen, auf all' seine wirthschaftlichen Bedürfnisse, von anderen abhängig ist, ein freier Mensch sein kann? Herr Eugen Richter hat sich gestern sehr entrüstet, als Bebel auf eine seiner Bemerkungen sagte: der Zwang, den wir ausüben, wenn einer nicht arbeiten will, würde sein, daß er nichts zu essen bekommt. Darob sittliche Entrüstung. Nun, Bebel hat gestern natürlich nicht gemeint, daß man irgend jemanden zum Hungertode verurtheilen soll; aber er hat den richtigen und gerechten Gedanken ausgesprochen, daß, wer arbeiten kann und nicht arbeitet, auch nicht verdient, etwas ordentliches, d. h. mehr als das zur Erhaltung des Lebens nothwendige zu essen zu bekommen, daß er kein Recht hat, an den Genüssen der Gesellschaft theilzunehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist freilich anders als jetzt: bei uns werden in diesem beschränkten Sinne die Faulenzer hungern, die nicht arbeiten wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Heute ist es gerade umgekehrt. Die, welche **nicht arbeiten, essen am besten, und die, welche am meisten arbeiten, haben am wenigsten, oft nichts zu essen.** (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und das ist es, was Ihrer Gesellschaft den Hals bricht, auch wenn der Herr Abgeordnete Richter noch 20 Irrlehren und Spar-Agnesse ins Feld führt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) — Man hat auch von der **Religion** gesprochen. Der Abgeordnete Bachem, der es ziemlich ernst zu nehmen schien, wurde sogar so tragisch, daß er ausrief, nur über seine Leiche würden wir an das Christenthum kommen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wahrlich, ich bin kein blutdürstiger Mensch, so wenig wie meine Freunde, und am wenigsten habe ich Lust, das Blut eines Mannes zu vergießen, der uns so gute Dienste geleistet hat wie er mit seinen Reden. Bei der nächsten Wahlschlacht hoffe ich allerdings, Herrn Bachem als Leiche auf dem Schlachtfelde zu finden — aber bloß figürlich und nicht in Wirklichkeit. Und seine Religion betreffend, so kann ich ihm sagen: wenn er in dem Staat ist, in welchem wir etwas zu sagen haben, dann wird er **keinen Kulturkampf** haben, dann wird das, was wir in unserem Programm sagen, daß die Religion nicht Staats-, sondern **Privatsache** ist, Wahrheit sein; denn die Gewissensfreiheit, die Freiheit der Meinung ist uns heilig, sie steht hervorragend in unserem Programm, ohne sie — **das wissen wir — kann ein gesundes Staatsleben oder Gemeinwesen überhaupt nicht bestehen.** Aber wie ist es denn mit der Freiheit da drüben bestellt? Hat die katholische Kirche die Freiheit der Anderen je geachtet, da, wo sie die **Macht hatte?** Sie haben nicht das Recht, sich zu beschweren, wenn die protestantische Kirche es ebenso macht, wie Sie es früher gemacht haben! **Jede Kirche** ist herrschsüchtig und sucht die anderen zu unterdrücken (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), jede Kirche, ohne alle Ausnahme; und wenn die Kirche es **nicht thut**, so hat sie nicht die **Macht** dazu. Jedenfalls werden **Sie** es in unserem Staat besser haben, als wir es in **Ihrem Zukunftsstaat** haben werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Und dann kommt der Herr Abgeordnete Bachem, der sich gewissermaßen in die Rolle eines Beichtvaters versetzte, und fragt: **schwören Sie die Revolution ab oder nicht?** Herr Kollege Bachem, wer giebt Ihnen das Recht, eine solche Frage an uns zu richten? Sie sind nicht unser Beichtvater! (Heiterkeit.) **Wir haben die Revolution nicht abgeschworen, wir werden sie nicht abschwören.** Wir haben unter dem Sozialistengesetz, als jedem von uns das Damoklesschwert der Ausweisung und der schlimmsten Maßregelungen, ja der Expatriirung über den Kopf hing — wir haben hier hohen Haupts bekannt: **wir sind eine revolutionäre Partei**, freilich nicht im revolutionären Polizeisinn, in dem Sinne der willkürlich gemachten Revolution, des gewaltsamen Umsturzes. **Wir sagen dasselbe heute, und werden es allezeit sagen. Wir haben uns nicht geändert und ändern uns nicht.** Und wenn Sie, anstatt sich mit Zitaten von Schuster und anderen noch schlechteren Schustern zu vergnügen, unsere jedem zugänglichen Schriften, unsere authentischen Reden im Reichstag gelesen hätten, gelesen hätten, was wir auf unseren Kongressen verhandelt haben, dann würden Sie eine solche Frage ebenso wenig haben stellen können wie die lächerliche **Frage nach dem Zukunftsstaat.** — Ich glaube, der Herr Abgeordnete Richter war es, der sagte: **wir** studiren, was die Sozialdemokraten wollen, während die Sozialdemokraten sich nicht um das bekümmern, was die Gegner thun und wollen. Das **Umgekehrte** ist die Wahrheit; die Sozialdemokraten verfolgen alles, was Sie schreiben und thun, soweit es in ihren Kräften liegt. Wir geben zu allen Zeiten unseren Genossen die Weisung, zu lesen, was die Gegner sagen; denn mit Erfolg bekämpfen und überwinden kann man nur den Feind, den man kennt. Und wenn der Abgeordnete Bachem uns wirklich studirt hätte, anstatt sein Urtheil aus ein paar zusammengewürfelten Thatsachen und Zitaten zu bilden, dann hätte er nicht so verkehrtes Zeug geredet, wie er gethan hat. — Ja, was ist nun **Revolution?** Ich kann selbstver-

ständlich den Begriff der Revolution hier nicht definiren; da hätten wir wieder eine Debatte von Tagen und Tagen. Das Revolutionäre unserer Partei liegt darin, daß wir keine Kompromisse mit den jetzigen faulen Verhältnissen wollen, daß wir kein Palliativmittel wollen, daß wir sagen: die Uebel der heutigen Gesellschaft fließen aus einer bestimmten Quelle, und sie können nur geheilt werden, wenn diese Quelle verstopft wird. Der Kapitalismus ist die Ursache des gesellschaftlichen Elends. Das kapitalistische System muß fallen. Die ganze heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung mit ihrer Grundlage und mit allen ihren Auswüchsen muß beseitigt werden. Die Uebel, welche das System zu Tage fördert, beseitigen zu wollen, ohne das System des Kapitalismus zu beseitigen, wäre sinnlos und Pfuscherei. Das haben wir zu allen Zeiten erklärt, und darum sind wir eine revolutionäre Partei. Aber niemals hat ein Sozialdemokrat gesagt, daß wir nun über Nacht durch irgend ein Wunder, durch Verschwörung, durch einen Putsch den heutigen Staat, die heutige Gesellschaft umstürzen können oder wollen; und wir halten jeden für einen Schwindler oder einen thörichten Fanatiker, der da behauptet, gewaltsam, willkürlich eine Revolution machen zu können. Revolutionen werden nicht gemacht, sie werden, sie entstehen, sie wachsen organisch, sie sind das Produkt geschichtlicher Entwickelungsverhältnisse. — Kollege Bachem hat allerdings von mir eine Aeußerung zitirt, die scheinbar dem widerspricht, was ich gesagt habe; nämlich ich soll in einer Versammlung erkärt haben —, ich glaube im sechsten Berliner Wahlkreis —: wenn wir heute dekretiren — ich zitire dem Sinn nach —: morgen um 12 Uhr wird der sozialdemokratische Staat eingerichtet, dann ist er eingerichtet. Kollege Bachem, wenn einem meiner Gegner, auch dem geistig unbedeutensten, eine bis zur Blödsinnigkeit absurde Aeußerung in den Mund gelegt wird, dann frage ich mich doch erst: ist der Mann so dumm, daß er das gesagt haben könnte? Und ich erkundige mich. Kollege Bachem, eine solche Dummheit habe weder ich, noch meines Wissens irgend jemand sonst gesagt; das ist Sache irgend eines Berichterstatters, der diesen grotesken Satz zusammenphantasirt hat. Das, was ich ausführte, war folgendes. Gegenüber einigen Genossen, welche die Bedeutung der gewerkschaftlichen Bewegung unterschätzten, wies ich damals auf eine Aeußerung hin, die ich früher, wenn ich nicht irre, auf einem unserer Kongresse in Bezug auf die englische Gewerkschaftsbewegung gethan hatte, und führte etwa aus: wenn die sozialistische Partei in England, wo sie jetzt schwach ist, so stark wäre, daß sie das Staatsruder in die Hand nehmen könnte, dann wäre England kraft seiner wunderbaren Arbeiterorganisationen in der glücklichen Lage, daß die Regierung dekretiren könnte: „von morgen Mittag 12 Uhr ab geht der Betrieb aller Fabriken, aller Bergwerke u. s. w. über an die organisirten Arbeiterschaften" — und in keinem Betriebe würde die geringste Stockung eintreten. Das habe ich gesagt, und das ist die volle Wahrheit. — Wenn die Arbeiter des Herrn Stumm organisirt wären, so wäre es ganz gleichgültig, ob Herr Stumm in der Fabrik ist oder nicht — die Fabrik ginge ruhig fort. — Oder nehmen Sie Berlin. Wir haben hier eine vortrefflich organisirte Gewerkschaft, ähnlich wie die englischen, die beste, die es in Deutschland giebt, die Buchdruckergewerkschaft. Glauben Sie, daß eine Berliner Buchdruckerei auch nur eine Minute still stände, wenn der Herr Buchdruckereibesitzer expropriirt worden wäre? Das bringt mich auch zu dem, was ich seinerzeit gemeint habe mit dem „Hineinwachsen in den Sozialismus". Da, wo die Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft nicht vorhanden sind, wo die wirthschaftlichen und geistigen Vorbedingungen fehlen, — da ist es auch unmöglich, daß eine sozialistische Gesellschaft organisirt werden kann; wo die Masse des Volkes Eigenthum hat, wo das kleine Eigenthum herrscht, ist eine sozialistische Organisation unmöglich. Die Gesellschaft muß erst durch den Großkapitalismus hindurch gegangen, durch ihn herangezogen sein, es muß erst die Massenexpropriation der kleinen Eigenthümer stattgefunden haben, ehe der Kapitalismus stürzen kann; jeder kleine Eigenthümer ist eine Stütze des Kapitalstaats, und mit jedem Kleinen Eigenthümer, der durch das Großkapital zu Grunde gerichtet wird, fällt im wahren Sinne des Worts, wie Sie es zu nennen pflegen, eine „Ordnungssäule". Eine „Ordnungssäule" nach der andern fällt, die meisten sind schon gefallen; die Masse des Volkes ist heute expropriirt, sie ist eigenthumslos und hat an der Einführung der sozialistischen Gesellschaft ein unmittelbares Interesse. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist es, was die Sozialdemokratie stark macht; das ist es, was Ihrer Herrschaft mit absoluter Sicherheit das Ende bereitet. Ja, hätten wir eine Gesellschaft, die so wäre, wie Sie sie darstellen, eine ideale Gesellschaft, in der jeder, der arbeiten will, seinen menschenwürdigen Lohn hat, in der jeder Mensch frei ist, in der Milch und Honig fließt selbst für den leibeigenen Arbeiter an der russischen Grenze, eine Gesellschaft, in der jedes Nähmädchen sich 2000 Mark ersparen kann, um dann hübsch heirathen zu können, ja, dann gäbe es

keine Sozialdemokratie. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber Sie bewegen sich in einer Welt der Einbildung, in einem — was der Engländer nennt — Fools Paradise, — einem Narrenparadies. Sie träumen sich eine Welt, die gar nicht ist, und statt den Zukunftsstaat zu studiren, rathe ich Ihnen, Herr Eugen Richter, und den anderen Herren dort, den gegenwärtigen Staat zu studiren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das wird Ihnen und uns nützlicher sein. Und dann werden Sie nicht solche Thorheiten mehr vorbringen, wie es jetzt in dieser Debatte ausnahmslos von Ihrer Seite geschehen ist. — Man hat von dem Fatalismus der Marx'schen Lehre gesprochen. Das ist so eine Redensart, die neuerdings aufgekommen ist. Die Marx'sche Lehre, welche die ehernen Entwickelungsgesetze in ihrem Wesen und an der Arbeit zeigt, betrachtet nicht das Individuum als einen Teig, der von einer unwiderstehlichen Macht mechanisch platt gedrückt wird wie ein Pfannkuchen; das geschieht in der heutigen Gesellschaft. Die Walze Ihrer ökonomischen „Freiheit", Ihrer „freien Konkurrenz" geht über das Individuum hinweg; ob der junge Mensch Künstler ist seiner Begabung nach, ob Wissenschaftler, ob Gelehrter, ob er Techniker ist — einerlei: da ist die eherne Walze Ihrer freien Konkurrenz und des heutigen Kapitalismus; er muß in die Fabrik, in den Frohndienst des Kapitals, in die Tretmühle. Da wird er nicht individualistisch erzogen; da werden die Kinder nicht, wie wir es bezwecken, in die Lage gebracht, all ihre Fähigkeit zu entwickeln. Nein, da ist es die eherne Walze, unter die alles gebracht, von der alles platt gedrückt wird. Fürwahr, Marx weiß so gut wie einer von Ihnen und wahrscheinlich besser als einer von Ihnen, daß auch der Mensch ein Faktor ist in der Entwickelung, und daß ohne die Menschenkraft und Menschenindividualität ein Fortschreiten nicht möglich ist. Aber die Kraft des einzelnen Menschen, die Kraft einer Gruppe von Menschen kann den Entwickelungsgesetzen nicht entgegenhandeln; sie muß handeln vermittelst dieser Gesetze, mit Benutzung derselben, im Einklang mit ihnen. Das ist es, was er gemeint hat. Daß das Individuum mit verschränkten Armen an dem Baum der historischen Entwickelung stehen und wie hypnotisirt hinaufschauen soll, bis die Birnen des „Zukunftsstaats" reif sind und von selbst — wie im Schlaraffenland — ihm in den Mund fallen, — einen solchen Blödsinn mag wohl dieser und jener sich ersonnen haben — ich will hier nicht anzüglich werden — (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten); aber ein Marx hat solche und ähnliche Gedanken nie gehabt. Er hat den revolutionären Charakter der Arbeiterbewegung stets betont; er hat verlangt, daß der Baum der Entwickelung von den Menschen gepflegt und geschüttelt werden soll. Aber wenn erst Blüthen dran sind, können wir keine reifen Früchte ernten. Wir haben den Baum gepflegt, wir haben ihn geschüttelt, und wir werden ihn schütteln, und keiner von Ihnen wird uns daran hindern. — Da ich gerade bei Marx bin, kann ich auch gleich das Schreckbild erwähnen, das man uns vorgeführt hat — das Schreckbild von der „Diktatur des Proletariats". In dem bekannten Marx'schen Briefe, der vor zwei Jahren von Engels veröffentlicht ward, ist die Rede von einer Diktatur des Proletariats. Aber was erschrecken Sie denn vor dem Wort Diktatur. Sie, die Herren der Majoritätsparteien, wie Sie hier sitzen? Vor der Sache sind Sie nicht erschreckt. Haben wir nicht die Diktatur der Bourgeoisie thatsächlich gehabt? Haben wir nicht unter dem Sozialistengesetz die Diktatur in der härtesten Form gehabt? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.) — Das nennen Sie nicht Diktatur! Nun, Schlimmeres werden wir Ihnen wohl sicherlich nicht auferlegen, wenn wir einmal an der Macht sind und Sie rebellisch sein, das Gesetz nicht respektiren sollten. Diese Diktatur genügt vollständig. Und das nenne ich Diktatur, daß eine Gesellschaftsklasse die Gesetzgebung dazu benutzt, um die andere rechtlos zu machen. Das ist hier geschehen. Und rechtlos werden wir niemanden machen. Wenn Marx von einer Diktatur des Proletariats gesprochen hat, so hat er gemeint, daß, um die Verwirklichung der neuen Gesellschaft mit ihren neuen Einrichtungen zu ermöglichen, das Proletariat, die siegreiche Sozialdemokratie, die Gegner unschädlich zu machen hat. (Hört! hört!) — Ja: „hört, hört!" Selbstverständlich! Suchen Sie nicht uns, die wir nichts ungesetzliches gethan haben, unschädlich zu machen, bloß weil unsere Bestrebungen Ihnen mißfallen? Haben Sie uns nicht 13 Jahre lang das Sozialistengesetz aufgehalst? Das, was uns recht war, das müssen sie als billig für sich anerkennen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Heucheln Sie doch nicht! Thun Sie doch nicht so zimperlich! Und bei uns handelt es sich nur um die Diktatur gegen Rebellen. — Die Diktatur ist wahrhaftig nichts, das ich besonders liebe; aber im Bürgerkrieg haben wir doch nicht Friedenszustände, — wir haben ja jetzt schon so etwas wie gesellschaftlichen Krieg. Und im Bürgerkrieg muß die Regierung Diktatur üben, ist sie zur Diktatur gezwungen und verpflichtet. Ja, wenn der Staat wirklich seine „soziale

Mission" begriffe, wenn er sich an die Spitze der Sozialreform stellte, wenn er, anstatt sich auf den Kapitalismus zu stützen, sich auf den Sozialismus stützte, würde der Bürgerkrieg außerhalb des Bereichs der Möglichkeit sein; denn dann könnte methodisch, Schritt für Schritt auf gesetzlichem Wege das Ziel einer friedlichen Umgestaltung der Gesellschaft erreicht werden, ohne daß verheerende Katastrophen eintreten und Menschen dabei geopfert werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber das will man nicht, man drängt ja zu dem Aeußersten, man hat ohne berechtigten Grund die Diktatur in der schlimmsten Form gegen uns angewendet, und jetzt droht man uns wieder mit der Diktatur. König Stumm — er nennt sich ja selbst König Stumm (große, langanhaltende Heiterkeit) ist auch in der That ein absoluter König, und der König Stumm regiert im sozialen Reiche heute weit mehr und weit wirklicher, als irgend ein „sozialer König" regiert oder je regiert hat — (Heiterkeit; — sehr gut! bei den Sozialdemokraten), also dieser Herr Kollege Stumm (stürmische Heiterkeit), meinetwegen König Stumm —, was hat er jüngst als sein einziges Heilmittel, als seine Panacee hingestellt? — neues Sozialistengesetz, neue Diktatur gegen die Sozialdemokratie! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das ist Ihr letztes Wort, Ihre letzte Zuflucht. Und Sie sind wahrhaftig die letzten, die über das Wort Diktatur entrüstet sein dürfen. Wer Wind säet, der wird Sturm ernten. Wenn die Entwickelung der Dinge in dieser Weise vorangeht, wenn der Staat sich dauernd dem Kapitalismus unterwirft, so wird sie ja selbstverständlich, den geschichtlichen Entwickelungsgesetzen gemäß, einen gewaltsamen Charakter annehmen. (Hört! Hört!) — So wenig Sie unsere Prinzipien und unser Programm kennen, so wenig kennen Sie auch die Vorgänge in unserer Partei. Da haben Sie den Streit zwischen den „Jungen" und den „Alten" zu einem großen Ereigniß aufgepufft, welches den Zerfall der Partei nach sich ziehen könne. Ja, wissen Sie denn, wer die „Jungen" sind? Sind sie denn eine Partei, oder auch nur ein Parteiembryo? Ist es denn wahr, daß irgend jemand jemals aus unserer Partei ausgestoßen worden ist wegen abweichender Meinung? (Zurufe.) Wer es sagt, ist einfach ein Lügner. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn jemand gegen die guten Sitten verstößt, das Hausrecht mißachtet, die Hausbewohner rüpelhaft beschimpt, — kurz, sich so benimmt, daß man anständigerweise nicht mehr mit ihm verkehren kann, gut, dann entfernt man ihn. Und das haben wir gethan. Das ist doch keine Intoleranz, kein Gewissenszwang! Und die Partei der „Jungen", von der Sie so viel reden, und die uns „Alte" nächstens „entthronen" soll, — wo ist sie denn, diese Partei? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe.) In Ihren Zeitungen — in den Zeitungen aller der Parteien, die da rechts von uns sitzen und die sich so brüderlich zu unserer Vernichtung geeinigt haben! Sie suchen diese „Partei der Jungen" aufzupäppeln! Sie geben sich die größte Mühe, ihnen künstlich zu Macht und Einfluß zu verhelfen, Sie machen eifrigste Propaganda und Reklame für sie, Sie erzählen in Ihren Blättern fast täglich von Versammlungen und sonstigen Thaten der „Unabhängigen" und Anarchisten. Es nützt Ihnen jedoch nichts. Die deutschen Arbeiter kennen diese Kniffe und sie kennen ihre Pappenheimer. Wer sind den die tausende und tausende, die uns „Führer" und „Alte" bekämpfen? Sie wimmeln nur in den Spalten Ihrer Zeitungsblätter; es sind die Steifleinenen des edlen Ritters Falstaff; sie leben nur in der Phantasie. Belügen Sie sich doch nicht selbst! Betrachten Sie doch die Dinge, wie sie sind, — dann würden Sie auch über unsere Partei ein anderes Urtheil gewinnen, als Sie es jetzt haben. — Wir sind eben eine Partei der absolut freien Kritik. Wenn da einmal ein kräftiges Wort über mich, über Bebel, über irgend einen der sogenannten Führer fällt, wenn aus dem Munde eines Genossen einmal ein scharfer Tadel kommt, dann denken und rufen Sie gleich: das ist der Zerfall der Partei. Ja, Sie sind eben an die ungesunden Zustände eines Landes gewöhnt, wo keine freie Presse ist. Ich habe das Glück gehabt, einen großen Theil meines Lebens unter absoluter Preßfreiheit zu leben: in England, in der Schweiz. Die freie, rücksichtslose Sprache, die wir unter uns führen, wird dort von allen Parteien unter sich und gegen einander geführt, sie gilt als selbstverständlich; das freie Wort schadet nie, und verwundet nicht unter Freunden. Wir wollen die freie Kritik, wir wollen nichts vertuschen und haben nichts zu vertuschen; es soll jeder Gedanke, jedes Urtheil, jedes Gefühl der Billigung oder der Unzufriedenheit — alles soll heraus; und gerade diese rücksichtslose Parteikritik, die Sie so außerordentlich falsch auffassen, ist das festeste Bollwerk unserer Partei, sie ist unsere Wehr und Waffen, und weil wir sie haben, darum können Sie uns auch nichts anhaben. — Und bei uns gilt jeder gleich. Wir sind nicht, wie das, beiläufig gesagt, *bei anderen Parteien zutrifft* — wie soll ich sagen? — gewissermaßen eine erbliche *oder lebenslängliche Aristokratie* von Proletariern, ein paar Größen, die geachtet

werden, und neben denen die Anderen nicht aufkommen. Nein, gehen Sie einmal in unsere Parteiversammlungen! Da werden Sie überall sehen, wie unser eifrigstes Bestreben dahin geht, Kräfte zu wecken, junge, frische Kräfte empor- und hervorzuziehen und zu verhindern, daß sich eine parlamentarische und außerparlamentarische Aristokratie herausbildet und Versumpfung eintritt. Darin liegt die Stärke der Partei, daß alle ins Gefecht gehen, daß die Führer auch nichts sind als gemeine Soldaten, die bei jeder Gelegenheit mit der Masse marschiren müssen. — Und nun komme ich zu der Moral dieser Debatten. Vier Tage lang haben wir nun schon diskutirt, und wenn es Ihnen Spaß macht, mag es noch vier Wochen lang dauern; wir haben nichts dabei zu verlieren. Wir sind unsere 36, wir schicken Ihnen jeden Tag zwei entgegen, die jeder zwei Stunden lang reden; also Sie können kommen — niederreden werden Sie uns nicht! Und warum das alles? Gestern sagte einer der Redner, der sich damit ein bischen Begeisterung machen wollte: „Deutschland schaut auf uns!" Ja, wenn das deutsche Volk auf uns schaut und hört, wie, statt sich mit der Militärvorlage zu beschäftigen, der deutsche Reichstag über den Zukunftsstaat debattirt, dann denkt das deutsche Volk: träume ich, bin ich verrückt geworden (Heiterkeit), oder ist das ein Narrenhaus? Sind das die berufenen Volksvertreter? Ist das in einem solchen kritischen Moment eine der Volksvertretung würdige Aufgabe? Nein, meine Herren, das ist sie nicht! Was kann durch diese Debatte denn erreicht werden? Wollten Sie uns widerlegen? Aber das muß doch ein vernünftiger Mensch wissen, daß durch Reden noch niemals eine Theorie, ein Prinzip widerlegt worden ist, daß mit Reden eine Streitfrage, eine wissenschaftliche Streitfrage unmöglich zum Austrag gebracht werden kann. Sie können in dieser uferlosen Debatte jahrelang reden, wir reden jahrelang dagegen und erreicht ist nichts — es giebt kein Ende, keinen Abschluß. Mit Reden kommen wir nicht weiter! — Sie waren aber wohl kaum so naiv, unsere Widerlegung zu bezwecken; Sie haben einen anderen, sehr realen Zweck gehabt — ich deutete schon darauf hin —: Sie wollen die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes von den Dingen ablenken, die jetzt in Bezug auf die Militärvorlage vorgehen (Große Heiterkeit), — ja, das wollen Sie! Eine so offenbare Thatsache läßt sich nicht weglachen. Wenn es den Herren der Majorität, namentlich des Zentrums, mit der Verwerfung der Militärvorlage wirklich ernst wäre, wie sie behaupten, dann wäre die Militärvorlage schon längst in den Papierkorb des Reichstags geworfen worden, und das wäre die Auflösung gewesen. Aber davor haben Sie Angst, Sie fürchten die Auflösung, Sie fürchten die Neuwahl, Sie fürchten vor Ihre Wähler zu treten. Sie wollen sich auf irgend eine Weise salviren, und da mag der eine oder andere von Ihnen wohl auch meinen, durch ein paar sozialistentödterische Reden könne für die Wahlen ein wenig vorgearbeitet werden. Hierin irren Sie sich aber; denn das, was Sie geredet haben, das wird uns als Munition für den Wahlkampf dienen. — Was auf ihren geistigen Gehalt geprüft, uns diese Debatte lehrt — und darin besteht ihre Bedeutung —, das ist, daß die Vertreter der besitzenden Klassen in den letzten 30 Jahren, seitdem Lassalle aufgetreten ist, nichts gelernt und nichts vergessen haben, daß sie heute noch der sozialen Frage, der größten Bewegung der Gegenwart, ebenso verständnißlos gegenüberstehen wie damals, als Lassalle den Stein ins Rollen gebracht hat. Und weiter beweist diese Debatte in der drastischsten, anschaulichsten Weise, was wir ja schon gelegentlich des Arbeiterschutzgesetzes gesehen haben, die vollständige Einmüthigkeit aller Parteien, die auf dem Boden des Kapitalismus stehen, — von Herrn von Stumm an bis herab zu Eugen Richter und Stöcker alle ein Herz und eine Seele, alle geschaart um dasselbe Evangelium! Ihre inneren Zwistigkeiten haben Sie vergessen in Ihrer Angst vor uns, und Herr Eugen Richter, dem die meisten von Ihnen sonst so abhold sind, hat in seinen „Irrlehren" Ihnen die „geistige Waffe" gegen uns geliefert. Ich wünsche ihm Glück! — Nun, über diese „geistige Waffe" muß ich eine Bemerkung einschieben. Es ist gesagt worden, eine Widerlegung sei nicht erfolgt. Das ist nicht richtig. Es ist eine sehr schöne — ich will nicht sagen: Widerlegung — das würde ein wissenschaftliches Objekt voraussetzen — aber Gegenschrift erschienen, auf welche ich alle, die etwas lernen wollen, aufmerksam mache. Sie ist geschrieben von Dr. Franz Mehring, den Herr Kollege Richter dadurch zu diskreditiren suchte, daß er aus einem Buch, das derselbe vor vier Jahren geschrieben hatte, eine Aeußerung vorlas, die uns sehr feindlich war. Was soll damit bewiesen sein? Herr Franz Mehring, den ich als meinen Freund betrachte und hoch schätze, hat sich eben vorwärts entwickelt; das ist Herrn Richter nicht passirt, der stehen geblieben ist. Das ist der große Unterschied. Die Schrift Mehring's richtet sich nicht sowohl gegen das, was Herr Eugen Richter selbst gesagt hat, als gegen die Grundanschauungen, auf denen seine Broschüre beruht. Und diese werden auch nicht um des Werthes der

Richterschen Ausführungen willen, sondern einfach deshalb unter das Sezirmesser der Kritik genommen, weil dieses Büchelchen gewissermaßen die **Bibel** der sämmtlichen kapitalistischen Parteien geworden ist, weil es sowohl im Zentrum wie von den Nationalliberalen und Konservativen ebenso verehrt wird wie innerhalb der eigenen Partei des Herrn Richter. — Herr Dr. Franz Mehring führt nun aus: gerade die Thatsache, daß eine an sich völlig werthlose Schrift wie diese — ich habe mich ja jetzt parlamentarisch auszudrücken, ich kann also das Urtheil nicht wortgetreu wiedergeben — die Bibel der deutschen Bourgeoisie, der gebildeten, der kapitalistischen Klasse geworden ist, das giebt dem Opus eine **kulturhistorische Bedeutung**, und nur **von diesem** Standpunkte aus halte ich es der Mühe werth, mich mit ihm zu beschäftigen. Es ist ein **Kulturmesser**, der uns zeigt, wie **tief in Bezug auf geistige Entwickelung die deutsche Bourgeoisie steht**, wie kläglich Sie hinter der Bourgeoisie anderer Länder zurückgeblieben ist. (Widerspruch. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Und nun komme ich zum Schlusse. Der Herr Abgeordnete Bachem hat gestern — es war **kein** parlamentarischer Ausdruck — gesagt: wir Sozialdemokraten „nasführten die Arbeiter“. Das „Nasführen überlassen wir anderen. Ich kann dem Herrn Abgeordneten Bachem nur sagen: das ist ein Ausdruck, den hier im Hause gegen Kollegen zu gebrauchen ich mich schämen würde. (Zwischenrufe.) — Ja, das sagt man nicht unter gebildeten Männern; das ist **ungezogen**. Wenn ich sagen wollte, daß die Partei des Zentrums die deutschen Arbeiter „genasführt“ hat und weiter „nasführen“ will, wenn ich sagen wollte, daß mit dem himmlischen Rezepte, welches die Partei des Herrn Bachem als alleiniges Heilmittel zur Kur der sozialen Krankheit vorgeschlagen hat, die Menschheit **schon fast zweitausend Jahre lang „genasführt“ worden ist**, — — (Zwischenruf) — Ja, da rufen Sie: Oho! Sie haben das Wort **zuerst** und **gegen uns** gebraucht und damit mir das Recht gegeben, es gegen Sie zu brauchen: wenn ich Ihnen das „Nasführen“ zurückgebe, so müssen Sie es sich gefallen lassen. **Wir** führen die Arbeiter nicht an der Nase. Wir haben den Arbeitern nie, wie Sie es hier fälschlich gesagt haben, einen Zukunftsstaat versprochen, sondern wir haben ihnen stets ehrlich die Wahrheit gesagt. (Lachen rechts.) Ja, **wir** sind weder Arbeiter- noch Bauernfänger. Wir haben den Arbeitern allezeit die Wahrheit gesagt. — Wir haben ihnen schon gesagt: ihr habt innerhalb des Reichstags und außerhalb des Reichstags **keine Freunde, ihr steht allein**. Alle Parteien, die auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft stehen, und fließen sie von Arbeiterfreundlichkeit über, sind **eure Gegner**! Und Sie, meine Herren, beweisen das jetzt wieder auf das allerdeutlichste! Das haben wir den Arbeitern allezeit gesagt, und wir haben ihnen weiter gesagt: die Aufgabe ist eine schwere, die gebratenen Tauben werden euch nicht in den Mund fliegen; ein Schwindler ist, wer euch ein Paradies auf Erden verspricht, welches mühelos erlangt wird. Wir glauben nicht an eine Lösung, nicht an eine Erlösung, die urplötzlich durch Wunder kommen kann. So leicht wie die Herren dort drüben, machen wir es uns nicht und stellen wir die Sache nicht dar. Sie insbesondere (zum Zentrum) machen es sich bequem. Sie geben dem Arbeiter die **Hitze'sche Knochensuppe** zu essen; das Fleisch zu den Knochen mag er sich im Himmel nachholen. Mit solchen Knochensuppen kommen wir dem Arbeiter nicht, weil wir ihn nicht verhöhnen wollen. Mit solchen bettelhaften Mittelchen suchen **wir** allerdings nicht die Arbeiter abzuspeisen; solche Mittel weisen wir zurück, obschon wir, wie auch Freund Bebel ausdrücklich erklärte, jeden ehrlichen Versuch, die Lage der Arbeiter zu bessern — bis zu den Konsumvereinen — unterstützen, wo immer Aussicht auf wenn auch bescheidenen praktischen Erfolg ist. Und haben wir nicht im Reichstag Dutzende von praktischen Vorschlägen auf Grund der heutigen Gesellschaftsordnung gemacht? Die Arbeiter haben wir nie in Illusionen gewiegt. Wir haben ihnen stets gesagt: eure Befreiung kann nur die Folge langsamen Ringens sein; aber sie muß sein **euer eigenes Werk**; ihr habt nicht zu rechnen auf die Hilfe anderer Parteien! In der einen oder anderen Form, mit oder ohne Diktatur, mit oder ohne Sozialistengesetz werden die kapitalistischen Parteien euch entgegentreten, eure Befreiung zu hindern suchen. Nur das werdet ihr erlangen, was ihr euch erkämpft; nur **so weit werdet ihr vordringen, als eure Kraft reicht**. Eure Kraft genügt aber, **wenn ihr euch einigt. Darum organisirt euch**, schließt euch zusammen zu einer selbstständigen politischen Partei, laßt euch nicht nasführen von anderen Parteien, tretet bei eurer Partei, die die Befreiung der Arbeiterklasse auf ihre Fahnen geschrieben hat, der Partei, unter deren Bannern jetzt schon Millionen von Arbeitern vereinigt sind! Und diese Partei, welche die organisirte Arbeiterschaft Deutschlands ist — das klassenbewußte, intelligente, zum Denken gelangte, gegen Arbeiterfängerei gefeite deutsche Proletariat — das ist die **Sozialdemokratie**. Wir stehen wahrscheinlich vor den Wahlen.

